

# Landtag von Baden-Württemberg

33. Sitzung 15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 18. April 2012 • Haus des Landtags

Beginn: 10:02 Uhr Mittagspause: 13:34 bis 14:31 Uhr Schluss: 19:12 Uhr

#### INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten 1739	Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer 1772
Absetzung von Tagesordnungspunkt 12 1833	Beschluss
1. Aktuelle Debatte – Abbestellungen im Schie-	4. Regierungsbefragung
nenpersonennahverkehr – Missmanagement der Landesregierung? – beantragt von der Frak- tion der CDU	4.1 Gesetz zur Einführung einer Landesverfassungsbeschwerde
	Minister Rainer Stickelberger
Abg. Nicole Razavi CDU.1739, 1752Abg. Andreas Schwarz GRÜNE1741, 1753Abg. Hans-Martin Haller SPD.1744, 1754	4.2 Staatstheater Stuttgart – Sanierung des Schauspielhauses
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP 1745, 1755 Minister Winfried Hermann 1746, 1756	Abg. Sabine Kurtz CDU 1783, 1785, 1789, 1792 Staatssekretär Ingo Rust 1783, 1784, 1785, 1786, 1787, 1788, 1789, 1790.
2. Aktuelle Debatte – Jugendbegleiterprogramm II – einen geeigneten Rahmen für die Kooperation von (Ganztags-)Schulen mit außerschulischen Partnern schaffen – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP	Abg. Manfred Hollenbach CDU 1784, 1786 Abg. Claus Schmiedel SPD 1784, 1787, 1791 Abg. Theresia Bauer GRÜNE
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP       1756, 1762         Abg. Dr. Monika Stolz CDU       1758, 1763         Abg. Sandra Boser GRÜNE       1758, 1763         Abg. Christoph Bayer SPD       1759, 1764	Abg. Manfred Kern GRÜNE1789Abg. Peter Hauk CDU1789Abg. Klaus Herrmann CDU1790Abg. Dr. Dietrich Birk CDU1791
<ul> <li>Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer 1761</li> <li>Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg und anderer Gesetze – Drucksache 15/1466</li> </ul>	5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts –
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport – Drucksache 15/1522	Drucksache 15/1465
Abg. Georg Wacker CDU       1764, 1776         Abg. Sandra Boser GRÜNE       1766, 1778         Abg. Gerhard Kleinböck SPD       1768, 1779	Abg. Thomas Marwein GRÜNE 1794 Abg. Gabi Rolland SPD 1795 Abg. Andreas Glück FDP/DVP 1795
Abg Dr Timm Kern FDP/DVP 1770 1770	Reschluse 1705

6.	Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur –		braucherschutz – <b>Agrartourismus</b> – Drucksache 15/1153 (geänderte Fassung)	1819
	<b>Zukünftige Straßenverkehrsfinanzierung</b> – Drucksache 15/799 (geänderte Fassung) 1'	795	Abg. Dr. Patrick Rapp CDU	1819 1820
	Abg. Thaddäus Kunzmann CDU	796 803	Abg. Hans-Peter Storz SPD	1821 1822 1823
	Staatssekretärin Dr. Gisela Splett. 1	799	Beschluss	1824
7	Beschluss	803 10.	Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport –	
/.	<ul> <li>a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft – Wirtschaftsstandort Baden-Würt-</li> </ul>		<b>Zukunft des Bündnisses für die Jugend</b> – Drucksache 15/989 (geänderte Fassung)	
	temberg – Die Perspektiven der Elektromo- bilität und notwendige Strategien – Druck- sache 15/935 (geänderte Fassung)		Abg. Felix Schreiner CDU.  Abg. Thomas Poreski GRÜNE  Abg. Florian Wahl SPD  Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP.	1825 1826 1827
	b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft – Gewerbliche Ausbildung und For-		Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer	
	schung auf dem Gebiet der Elektromobilität – Drucksache 15/936 (geänderte Fassung) 18	803 11.	Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur –	
	Abg. Peter Hofelich SPD 18 Abg. Karl Klein CDU 18	805	<b>Fördermittel nach Entflechtungsgesetz</b> – Drucksache 15/1052 (geänderte Fassung)	1829
	Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE18Abg. Leopold Grimm FDP/DVP18Staatssekretär Ingo Rust18	808	Abg. Thaddäus Kunzmann CDU	1830
	Beschluss	812	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP Staatssekretärin Dr. Gisela Splett	1831
8.	Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Innenministeriums – <b>Gefahren durch die</b> rechtsextremistischen türkischen "Grauen Wölfe"		Beschluss	1833
	in Baden-Württemberg – Drucksache 15/983 18	812 12.	a) Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Energiespeicher-	
	Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU	813 818	technologie und Stromnetzentwicklung in Baden-Württemberg – Drucksache 15/906	
	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP		b) Antrag der Fraktion der CDU und Stellung- nahme des Ministeriums für Umwelt, Klima	
	Beschluss	819	und Energiewirtschaft – Intelligente Strom- netze – "Smart-Grid"-Lösungen in der Ge-	
	Abg. Claus Schmiedel SPD (zur Abstimmung) 18	819	genwart und für die Zukunft – Drucksache 15/1135 abgesetzt (	1833)
	Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Ver-	Näc	chste Sitzung	1833

# **Protokoll**

über die 33. Sitzung vom 18. April 2012

Beginn: 10:02 Uhr

**Präsident Guido Wolf:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 33. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg und darf Sie bitten, Ihre Plätze einzunehmen.

Dienstlich verhindert sind Frau Abg. Gurr-Hirsch und Herr Abg. Fritz.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Dr. Reinhart und Herrn Abg. Schoch erteilt.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt hat sich Herr Minister Dr. Schmid.

Dienstlich verhindert sind außerdem Frau Ministerin Öney bis ca. 11:30 Uhr, Herr Minister Hermann ab ca. 11:00 Uhr sowie Herr Minister Friedrich ab 14:00 Uhr.

Meine Damen und Herren, eine Zusammenstellung der E i n g ä n g e liegt vervielfältigt auf Ihren Tischen. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Es ist so beschlossen.

\*

Im Eingang befinden sich:

 Mitteilung der Landesregierung vom 22. März 2012 – Bericht der Landesregierung nach § 6 Absatz 1 des Auszeichnungsgesetzes (AuszG) – Drucksache 15/1542

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

 Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 27. März 2012 – Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschlüsse des Landtags vom 15. März 1973, Drucksache 6/1993, und vom 20. Dezember 1973, Drucksache 6/3910 Ziff. II Nr. 6); Bericht für das Haushaltsjahr 2011 – Drucksache 15/1513

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

\*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe Punkt 1 der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Abbestellungen im Schienenpersonennahverkehr – Missmanagement der Landesregierung? – beantragt von der Fraktion der CDU

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt.

Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle pflege ich und pflegen die Vizepräsidenten auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung hinzuweisen. Wir tun das mit stetiger Nachhaltigkeit, aber nicht immer mit durchdringendem Erfolg. Deswegen möchte ich einmal mehr anregen, dass wir, um die Lebendigkeit der Debatte zu erhöhen, diesem § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung auch wirklich Rechnung tragen. Die Lebendigkeit, die Aktualität, der Austausch von Argumenten leben auch von dieser Spontaneität. Deswegen ist es kein Selbstzweck, dass dies in unserer Geschäftsordnung steht. Im Übrigen hat im Zuge der Änderung der Geschäftsordnung niemand angezweifelt, dass dies dort richtigerweise so steht. Dann sollten wir uns aber im Rahmen der Möglichkeiten auch daran halten.

Das gilt übrigens nicht nur für die Damen und Herren Abgeordneten, es gilt auch für die Mitglieder der Landesregierung.

Ich möchte herzlich darum bitten, dass wir uns nicht der Chance begeben, eine Aktuelle Debatte auch wirklich zu einer lebendigen Debatte werden zu lassen. Deswegen bitte ich Sie, dieser Vorgabe im Rahmen der Möglichkeiten Rechnung zu tragen.

Das Wort für die CDU-Fraktion erhält Frau Kollegin Razavi.

**Abg. Nicole Razavi** CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! "Grüner Verkehrsminister kündigt Abbestellungen im SPNV an". Diese Nachricht hat vor einigen Tagen eingeschlagen wie eine Bombe.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Bombe ist etwas anderes!)

Und was lesen wir im Koalitionsvertrag?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das Gegenteil!)

Ich zitiere, Herr Präsident:

Wir werden das Angebot des Schienenpersonennahverkehrs ... spürbar verbessern. Dazu nutzen wir die mit einer konsequenten Strategie wettbewerblicher Verfahren verbundene Effizienzrendite ... (Nicole Razavi)

Hört, hört! Die Widersprüche könnten nicht größer sein. Nur ein Jahr im Amt, und Sie scheitern schon jetzt bei einem Kernthema.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nicht so vorlaut, Frau Kollegin!)

Meine Damen und Herren, Sie werden Ihrer eigenen Vorgabe nicht gerecht, und Sie werden sie auch nicht erreichen können. Sie haben eine Fassade aufgebaut. Schon jetzt zeigt sich: Sie werden auch den SPNV im Land an die Wand fahren.

Dabei ist der Schienenpersonennahverkehr seit der Regionalisierung im Jahr 1996 eine riesige Erfolgsgeschichte. Baden-Württemberg hat wie kein anderes Bundesland die Chance genutzt, den Schienenpersonennahverkehr im Land auszubauen. Es hat die Mittel effizient eingesetzt. Wer dies nicht glaubt, der sollte einmal die Studie "Schienenverkehr" des Verbraucherzentrale Bundesverbands 2010 nachlesen.

Sie, Herr Minister, schaffen es in dieser kurzen Zeit, diesen Erfolg zunichtezumachen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Davon kann gar keine Rede sein! Meine Güte!)

Sie können den SPNV nicht nur nicht weiter ausbauen, wie vollmundig versprochen. Sie müssen nach den Haushaltsberatungen sogar schon jetzt zugeben, dass Sie sich verrechnet haben, dass uns Abbestellungen von Verkehren in großem Umfang ins Haus stehen und dass es droht, dass die Regionalisierungsmittel nicht ausreichen.

Die Zahlen sind erschreckend. Schauen wir sie uns einmal an. Für das Jahr 2012 fehlen 20 Millionen € und für das Jahr 2013 sage und schreibe 60 Millionen €.

Jetzt können wir Ihnen nicht vorwerfen, dass die Stationspreise der Bahn gestiegen sind. Wir werfen Ihnen auch nicht vor, dass sich die Trassenpreise erhöht haben. Auch dafür, dass die Energiepreise steigen, können Sie nichts.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Begrenzt!)

Was wir Ihnen aber vorwerfen, ist, dass Sie jetzt behaupten, diese Kosten wären plötzlich explodiert. Sie behaupten, Sie hätten nichts davon gewusst.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das kann schon sein!)

Das, meine Damen und Herren, stimmt nicht. Das nehmen wir Ihnen nicht ab, und das nimmt Ihnen am allerwenigsten Ihr eigener Koalitionspartner ab.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Was wir Ihnen außerdem vorwerfen, ist – das ist das Entscheidende –: Sie kannten diese Zahlen schon vor den Haushaltsberatungen in diesem Jahr, und Sie haben sie diesem Parlament verschwiegen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Täuscher! – Abg. Winfried Mack CDU: Taschenspielertrick!)

Ist das die Politik der Wahrheit und Klarheit, von der Sie immer reden? Nein, Sie haben dieses Parlament erneut getäuscht. Sie haben versäumt, rechtzeitig Geld im Haushalt einzuplanen – unsere Zustimmung hätten Sie gehabt –; das wäre klug und ehrlich gewesen. Aber Sie sind auch hier völlig konzeptionslos, völlig planlos und völlig ratlos. Herr Minister, das ist ein Versäumnis, das uns alle teuer zu stehen kommt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sehr richtig!)

Sie reden jetzt von Abbestellungen; lassen Sie uns einmal konkret werden. 2012 sind vertraglich gar keine Abbestellungen mehr möglich. Woher nehmen Sie dann die 20 Millionen €? Für das Jahr 2013 fehlen 60 Millionen €. Das heißt, Sie müssten sage und schreibe neun Millionen Zugkilometer im Land Baden-Württemberg einsparen. Das sind 12 % der vom Land und vom Verband Region Stuttgart bestellten Zugleistungen.

Meine Damen und Herren, das ist schlicht und ergreifend eine Katastrophe für dieses Land. Das alles hätten Sie, Herr Minister, voraussehen können und voraussehen müssen. Sie wollten es aber nicht, weil Sie sonst auf einige Ihrer grünen Tagträume hätten verzichten müssen. Dabei gab es schon früher Probleme bei den Regionalisierungsmitteln. Ich erinnere an die Kürzungen aufgrund des Koch/Steinbrück-Papiers. Damals hat die CDU-geführte Landesregierung Haushaltsmittel in die Hand genommen, um das Schlimmste zu verhindern. Dafür hat uns damals sogar Boris Palmer gelobt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist nicht immer gut!)

Jetzt reden Sie von einer Streichung im vierfachen Umfang. Das ist eine Bankrotterklärung der grünen Verkehrspolitik. Sie haben vollmundig einen Strauß neuer Vorhaben versprochen. Jetzt landen Sie als Bettvorleger des Finanzministers.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Den Sündenbock, meine Damen und Herren, haben Sie wie immer ausgemacht – das ist ähnlich wie beim pawlowschen Hund –: Stuttgart 21, Stuttgart 21 und wieder Stuttgart 21.

Das alles geschieht, während Sie in dieser prekären Situation Ihre Klientel mit Verbesserungen an der Allgäubahn bedienen und sich feiern lassen. Sie wollen bis heute nicht verstehen, dass Stuttgart 21 auch ein Nahverkehrsprojekt ist. Natürlich war es völlig richtig und deutlich billiger, für Stuttgart 21 auch freie Regionalisierungsmittel einzuplanen, die ohnehin in die Schieneninfrastruktur der Region Stuttgart geflossen wären. Dem restlichen Land ist dadurch überhaupt kein Schaden entstanden, auch wenn Sie es noch so oft behaupten.

Seltsam ist nur, dass in den Jahren der CDU-Regierung bereits ein Großteil dieser Raten aus den Regionalisierungsmitteln für Stuttgart 21 ohne Probleme bedient werden konnte; erst seitdem Sie regieren, ist das Geld weg. Stuttgart 21 oder im Zweifel die Vorgängerregierung sind dann an allem schuld.

(Lachen der Abg. Claus Schmiedel SPD und Edith Sitzmann GRÜNE)

(Nicole Razavi)

Sehr geehrter Herr Minister, meine Damen und Herren, dieses Mantra hat sich wirklich totgelaufen, und es möchte schlicht und ergreifend niemand mehr hören.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Sie wollen es nicht hören!)

Sie sind derjenige, Herr Minister, der jetzt handeln muss. Heute ist für Sie der Tag der Wahrheit. Wir wollen von Ihnen wissen, wie Sie dieses Problem lösen. Wir wollen wissen, welche Konzepte Sie haben.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Wir wollen wissen: Was machen Sie in diesem Jahr? Oder machen Sie nichts? Bringen Sie einen Nachtragshaushalt ein? Was machen Sie im Jahr 2013? Wie bringen Sie die 60 Millionen € auf? Werden Sie Verbindungen streichen? Werden Sie bei der NVBW kürzen? Werden Sie bei den Verbünden kürzen? Werden Sie bei der Infrastruktur kürzen? Darauf erwarten wir heute von Ihnen Antworten. Wir wollen wissen – das ist mit das Entscheidende –, warum Sie die wichtigste Möglichkeit, Geld zu sparen, verschlafen.

Sie beklagen sich, die bestehenden Verkehrsverträge seien zu teuer, und deshalb fehle Ihnen das Geld. Das ist völliger Unsinn! Der große Verkehrsvertrag, den das Land im Jahr 2003 mit der Deutschen Bahn AG geschlossen hat, war ein guter Vertrag – zu seiner Zeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Heute sind die Bedingungen natürlich viel besser,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Warum denn diese lange Laufzeit? – Unruhe)

weil durch mehr Wettbewerb günstige Angebote und bessere Fahrzeuge zu bekommen sind. Es gibt also mehr Leistung für das Geld. Das ist genau das, was wir wollen.

Aber dafür ist es eigentlich schon zu spät. 2016 läuft der Verkehrsvertrag aus. 40 Millionen Zugkilometer werden frei, auf mehr als zwölf Strecken verteilt. Aber auch hier sind Sie seit Ihrem Amtsantritt vor über einem Jahr völlig

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Untergetaucht!)

abgetaucht. Sie haben es verschlafen. Es ist nichts passiert – Fehlanzeige.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Es gab bisher keine einzige neue Ausschreibung. Auch hier sind Sie planlos, konzeptionslos und ratlos. Mittlerweile ist es sogar schon Ihre eigene Fraktion, die Sie hier vorantreiben muss.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Sie, Herr Minister, stecken in einer Sackgasse: Sie beklagen sich über fehlendes Geld, aber Sie verhindern gleichzeitig den Wettbewerb und damit gute Leistungen zu guten Preisen.

(Zurufe der Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP und Thomas Marwein GRÜNE)

Das ist für das Land verheerend. Darüber werden wir dann noch an anderer Stelle zu diskutieren haben.

Klar ist schon jetzt: Die aktuelle Situation ist in jeder Hinsicht ein Zeugnis Ihres Versagens, des Versagens des Verkehrsministers. Sie brechen dem Schienenpersonennahverkehr im Land das Genick.

(Widerspruch bei den Grünen)

Das ist dann Ihr Vermächtnis. Dafür tragen Sie die Verantwortung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollege Schwarz.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Schwarzer Tag heute!)

**Abg. Andreas Schwarz** GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Ziel in der Verkehrspolitik ist ganz klar: Wir wollen nämlich, dass der Verkehr einen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Daher müssen wir CO<sub>2</sub>-Emissionen reduzieren.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Wir werden den öffentlichen Nahverkehr daher gegenüber dem motorisierten Individualverkehr deutlich stärken. Ich sage es hier ganz klar:

(Zuruf von der CDU: Abbestellungen!)

Zugabbestellungen wären das falsche Signal.

(Abg. Peter Hauk und Abg. Nicole Razavi CDU: Aha!)

Wir werden alles dafür tun, dass es nicht zu Abbestellungen im Schienenpersonennahverkehr kommt.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Volker Schebesta CDU: Aber! – Abg. Nicole Razavi CDU: Wie er sich freut!)

 Nein, Herr Schebesta, kein "aber". – Dieses ambitionierte Ausbauprogramm für den öffentlichen Nahverkehr, das wir uns vorgenommen haben,

(Abg. Peter Hauk CDU: Dann legen Sie doch einmal etwas vor!)

droht ins Stocken zu geraten.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das können wir nicht kontrollieren, wir kennen es gar nicht!)

Grund dafür ist ein beispiellos schlechter Verkehrsvertrag.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Nicole Razavi CDU: Quatsch! Unsinn! – Weitere Zurufe)

Grund dafür sind die gestiegenen Stations- und Trassenpreise

(Abg. Nicole Razavi CDU: Alte Kamellen, Herr Schwarz! – Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

(Andreas Schwarz)

Beides wurde nicht von der aktuellen Landesregierung verursacht. Den Vorwurf der Konzeptionslosigkeit weise ich zurück.

(Abg. Peter Hauk CDU meldet sich.)

- Schlussfragen gern am Ende.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Peter Hauk CDU: Herr Schwarz, es gibt keine Schlussfragen! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Lassen Sie doch einmal eine Zwischenfrage zu! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So etwas nennt man auch Feigheit vor dem Feind! – Weitere Zurufe von der CDU)

Die Verantwortung für diesen schlechten Verkehrsvertrag trägt allein die vorherige Landesregierung, indem sie mit der Deutschen Bahn einen Vertrag mit einer langen Laufzeit mit überhöhten Preisen abgeschlossen hat. Wir bezahlen zu viel.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Sagen Sie doch einmal, was Sie machen wollen!)

Darüber hinaus tragen die gestiegenen Stations- und Trassenpreise und die Energiekosten ihr Übriges dazu bei. In den letzten zehn Jahren sind die Stations- und Trassenpreise und die Kosten für Bahnstrom um 40 % gestiegen.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Sie wussten es doch!)

Gerade die Stations- und Trassenpreise sind für das Land immer weniger kalkulierbar.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie haben sie doch gekannt!)

Die Transparenz bei den Stations- und Trassenpreisen lässt immer mehr zu wünschen übrig.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie wissen es doch!)

Wenn die öffentliche Hand immer mehr Geld für die Infrastruktur, also Stations- und Trassenpreise, ausgeben muss, dann bleibt für den Betrieb immer weniger übrig. Die Bahn provoziert damit quasi Abbestellungen, weil die Regionalisierungsmittel vom Bund eben nicht ausreichend dynamisiert werden.

Ich sage an die Adresse der Deutschen Bahn: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Es ist höchste Eisenbahn, dass wir ein transparentes Stations- und Trassenpreissystem bekommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie des Abg. Peter Hauk CDU – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Schauen Sie sich doch einmal an, womit die Deutsche Bahn ihren Gewinn macht – im Jahr 2011 waren es 1,3 Milliarden €. 900 Millionen € davon gehen auf das Konto der Stations- und Trassenpreise. Davon zahlen wir aus Baden-Württemberg einen großen Anteil. Wir finanzieren damit quasi andere Aktivitäten im Konzern der Deutschen Bahn, Logistik- und Mobilitätsaktivitäten. Das darf nicht sein. Hier muss ein Umdenken stattfinden. Bei den Stations- und Trassenpreisen brauchen wir Kriterien, die die Auslastung, Regionalfaktoren und

Leerfahrten berücksichtigen. Dann würde Baden-Württemberg besser dastehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Aber es ist völlig klar, Frau Razavi: Wir müssen mit dieser Situation umgehen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ja!)

Unser Ziel ist ganz klar: Es darf nicht zu Abbestellungen kommen. Wir werden alles tun, damit das Bahnangebot im Land nicht ausgedünnt wird.

(Abg. Peter Hauk CDU: Was tun Sie?)

Wir müssen also prüfen, welche Positionen tatsächlich aus Regionalisierungsmitteln bezahlt werden müssen. Schon früher, schon in Ihrer Regierungszeit wurde die Förderung der Verkehrsverbünde aus dem Landeshaushalt finanziert. Das waren einmal 28 Millionen  $\mathfrak{E}-54$ %. Diesen Punkt muss man prüfen.

Ebenso sollte man prüfen, ob die Planungs- und Baukosten für die großen Infrastrukturvorhaben – die Südbahn, die Gäubahn, die Rheintalbahn, S 21 – tatsächlich aus Regionalisierungsmitteln bezahlt werden müssen oder ob man hier nicht ein Sondervermögen Baden-Württemberg 21 aufstellt, aus dem diese Planungs- und Baukosten bezahlt werden.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Handlungsbedarf sehen wir bei Ihrem Verkehrsvertrag, den die Vorgängerregierung abgeschlossen hat. Ich möchte einmal ein paar Zahlen nennen, um zu veranschaulichen, was für ein wirtschaftlich schlechter Verkehrsvertrag das ist:

Im Jahr 2012 bezahlt das Land Zuschüsse in Höhe von über 10 € je Kilometer an die Bahntochter DB Regio. Das ist zu viel. Das ist im Vergleich mit anderen Strecken in der Bundesrepublik eindeutig zu viel. Das ist selbst im Vergleich mit anderen Strecken in Baden-Württemberg zu viel.

Die Schwarzwaldbahn zwischen Karlsruhe und Konstanz verkehrt für weniger als die Hälfte. Die Kulturbahn zwischen Tübingen und Pforzheim benötigt lediglich zwei Drittel davon. Auch die S-Bahn in Stuttgart fährt wesentlich günstiger. Wir bezahlen für diesen großen Verkehrsvertrag also zu viel. Dafür tragen Sie die Verantwortung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich fasse zusammen --

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Herr Kollege Schwarz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Köberle?

**Abg. Andreas Schwarz** GRÜNE: Meine Redezeit ist abgelaufen. Ich will noch zusammenfassen.

(Heiterkeit – Zurufe von der CDU)

Wir werden alles dafür tun, dass es nicht zu Abbestellungen --

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Herr Kollege, Sie täuschen sich: Ihre Redezeit ist nicht abgelaufen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Sie können die fünf Minuten für die zweite Runde der Redezeit für die erste Runde hinzufügen. Allein deswegen ist die Chance, eine Zwischenfrage zuzulassen, nicht ausgeschlossen

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Gut.

Präsident Guido Wolf: Bitte schön, Herr Köberle.

(Zuruf: Sehr gut, Herr Präsident!)

**Abg. Rudolf Köberle** CDU: Lieber Kollege Schwarz, Sie sowie Kolleginnen und Kollegen aus Ihrer Fraktion nehmen ja jede Gelegenheit wahr, den großen Bahnvertrag aus dem Jahr 2003 mieszureden.

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Das ist er auch!)

Bei uns ist es immer so dargestellt worden – so war es auch –, dass andere Länder ...

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Und die Frage?

**Abg. Rudolf Köberle** CDU: ... günstigere Trassenpreise oder höhere Trassenpreise haben als wir in Baden-Württemberg.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist eine Kurzintervention, Herr Präsident!)

Beim großen Bahnvertrag ist man zu dem Ergebnis gekommen, dass wir einen Landesdurchschnittspreis haben. Das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen. Sie dürfen den Bahnvertrag nicht nur an günstigeren Vertragsabschlüssen messen.

Ich frage Sie: Ist Ihnen bekannt, wie dieser große Bahnvertrag konstruiert ist?

**Abg. Andreas Schwarz** GRÜNE: Sehr geehrter Herr Kollege Köberle, ich habe mich umfassend mit dem großen Verkehrsvertrag und mit Ausschreibungen im SPNV beschäftigt. Gerade deshalb weiß ich, dass wir zu viel für den großen Verkehrsvertrag bezahlen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich komme zum Schluss --

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Herr Kollege Schwarz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Müller?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja, gern.

**Abg.** Ulrich Müller CDU: Herr Kollege Schwarz, Sie können davon ausgehen: Ich kenne den Vertrag auch. Meine Unterschrift steht darunter.

(Zurufe von der SPD: Oi! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Er ist der Täter! Er hat es verursacht! Jetzt ein Schuldbekenntnis! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich frage Sie jetzt einmal ganz simpel: Kennen Sie die Untersuchung des Verbraucherzentrale Bundesverbands, bei der die Verkehrsverträge aller Bundesländer unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten nebeneinandergelegt werden und bei der Baden-Württemberg mit Platz 1 abschneidet?

(Beifall bei der CDU)

**Abg. Andreas Schwarz** GRÜNE: Herr Kollege Müller, ich kenne diese Vielzahl von Untersuchungen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Es geht um eine!)

Wenn wir in Baden-Württemberg aber so gut dastünden, wenn wir einen so guten Vertrag hätten, dann hätten wir doch gar keine Probleme.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Probleme gehen doch auf Ihren Vertrag zurück.

(Zurufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Herr Kollege Schwarz, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Gönner?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Gern.

(Zurufe von den Grünen und der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Ich darf Sie um Aufmerksamkeit bitten

**Abg. Tanja Gönner** CDU: Herr Kollege Schwarz, zunächst bin ich erstaunt, dass vonseiten der Regierung, die immer über Parlamentarismus redet, in einer Aktuellen Debatte offensichtlich Zwischenfragen ungern gesehen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Herr Kollege Schwarz, ich will zu zwei Punkten, die Sie angesprochen haben, Nachfragen stellen. Sie sprachen von den hohen Trassenpreisen und haben die Bahn aufgefordert, da mehr Transparenz zu schaffen. Ist Ihnen bekannt, dass die Trassenpreise durch die Regulierungsbehörde festgelegt werden und über die Regulierungsbehörde die entsprechende Transparenz geschaffen werden sollte?

Zum Zweiten: Wenn Sie sagen, dass der große Verkehrsvertrag sehr schlecht sei und Sie sich als Mitarbeiter beim Verband Region Stuttgart intensiv mit Ausschreibungen beschäftigt hätten, können Sie uns dann erklären, warum der Minister bis heute den bereits vorliegenden Ausschreibungsplan nicht umsetzt und selbst noch keinen erstellt hat? Denn wenn der Vertrag so schlecht wäre, müsste man doch alles dafür tun, um so rasch wie möglich aus diesem Vertrag herauszukommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Winfried Mack CDU: Bravo!)

**Abg. Andreas Schwarz** GRÜNE: Ihre erste Frage, Frau Kollegin, beantworte ich mit Ja. Zur zweiten Frage sage ich:

(Abg. Nicole Razavi CDU: "Weiß ich nicht"!)

(Andreas Schwarz)

Wir müssen tatsächlich mehr Tempo bei der Vergabe, bei der Ausschreibung an den Tag legen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir müssen aber auch genau sehen: Worin liegt die Ursache? Die Ursache liegt doch darin, dass zum Jahr 2016 auf einen Schlag 39 Millionen Zugkilometer in den Wettbewerb gehen. Das hätte man doch besser vorbereiten können.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Man hätte doch sagen können, ein Teil der Verkehre läuft früher aus, wird früher in den Wettbewerb vergeben. Man hätte beim Thema "Fahrzeugpool des Landes" etwas machen können, man hätte beim Thema Einnahmeaufteilung etwas machen können, um die Risiken für Bieter zu reduzieren, um gute Angebote zu bekommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wenn jetzt keine Fragen mehr vorliegen – –

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/ DVP – Abg. Peter Hauk CDU meldet sich. – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Kollege Schwarz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hauk?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Gern.

**Abg. Peter Hauk** CDU: Herr Kollege Schwarz, ist Ihnen bekannt, dass genau die von Ihnen monierten Bereiche, nämlich vorgezogene Ausschreibungen in Teilbereichen, damit nicht alles im Jahr 2016 anfällt, vorbereitet waren? Können Sie mir erklären, warum der Verkehrsminister des Landes diese vorgezogenen Ausschreibungen nicht durchführt?

**Abg. Andreas Schwarz** GRÜNE: Herr Kollege Hauk, das liegt nicht am Verkehrsminister des Landes,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Sondern?)

das liegt an dem Urteil des Bundesgerichtshofs.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist doch Quatsch! Da geht es um freihändige Vergaben!)

– Nein. Sie können doch der Rechtsprechung glauben.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Der Bundesgerichtshof hat nach einem Vergabevorgang – ich glaube, in Nordrhein-Westfalen – Direktvergaben untersagt. Und der große Verkehrsvertrag ist schon einmal direkt vergeben worden. Daher ist das Modell, das die vorherige Regierung vorgesehen hat, vergaberechtlich nicht zulässig.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Kennen Sie den Unterschied zwischen Ausschreibungen und Direktvergaben?)

Wir werden jetzt alles daransetzen, dass die Ausschreibung gut über die Bühne geht, dass wir gute Angebote bekommen. (Abg. Tanja Gönner CDU: Da müssen Sie eben zuerst einmal mit der Ausschreibung anfangen! – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Wir werden Risiken für Bieter reduzieren, damit sich hier mehrere Firmen für einen guten Schienenpersonennahverkehr beteiligen. Wir werden bis dahin alles dafür tun, dass es nicht zu Abbestellungen kommt.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Bevor ich Herrn Kollegen Haller von der SPD-Fraktion das Wort erteile, möchte ich Herrn Kollegen Heiler von der SPD-Fraktion dazu gratulieren, dass seine Familie heute Nacht Zuwachs bekommen hat. Er ist zum zweiten Mal Großvater geworden. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt, da er es gesagt hat, sieht man es!)

Herr Kollege Haller hat das Wort.

**Abg. Hans-Martin Haller** SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Heiler, auch von dieser Stelle aus im Namen der SPD-Fraktion herzlichen Glückwunsch. Ich dachte zuerst, Sie wären noch einmal Vater geworden. Sei's drum.

(Heiterkeit)

Der SPNV hat sich im Bundesland Baden-Württemberg seit der Bahnreform hervorragend entwickelt. Das haben wir immer anerkannt. Er war und ist eine Erfolgsgeschichte. Diese Regierung hat klar erklärt, dass sie diese Erfolgsgeschichte weiterführen will und weiterführen wird. Das ist ein klar erklärter Wille.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU und der Grünen – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Daran können Augenblicksmeinungen eines Journalisten oder Zitate nichts ändern. Das ist im Koalitionsvertrag so verankert. Sie können sich darauf verlassen – die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes auch –, dass wir an dieser Stelle einmal mehr unsere Glaubwürdigkeit unter Beweis stellen werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Winfried Mack CDU: Wenn Sie es sagen, glauben wir Ihnen!)

Wir waren in diesem Bundesland jahrelang in einer sehr komfortablen Situation,

(Abg. Peter Hauk CDU: Beim bestehenden Vertrag!)

nämlich dadurch, dass wir mehr Geld erhalten haben, als wir für Schienenleistungen ausgeben mussten. Wir hatten etwa 70 Millionen € für verkehrsnotwendige, aber nicht zwingend aus Regionalisierungsmitteln zu bezahlende Leistungen zur Verfügung. Das war eine ganz tolle Sache.

An dieser Stelle stellt sich die Frage – ich komme nachher noch darauf zurück –, ob man hier nicht Umverlagerungen in der Finanzierung vornehmen sollte. Es zeigt sich, dass dies (Hans-Martin Haller)

notwendig ist, weil das bisherige System reformbedürftig ist. Der Kollege hat es erwähnt: Die Dynamisierung um jährlich 1,5 % reicht hinten und vorn nicht mehr aus, um die gestiegenen Kosten für Trassen, für Stationen, für Energie aufzufangen.

#### (Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Dieser Trend besteht nicht erst seit dem letzten Herbst, sondern es gab ihn schon in Zeiten Ihrer Regierung. Deswegen stellt sich für uns die Frage, ob es verantwortungsbewusst war, diese ca. 70 Millionen € dauerhaft oder mittel- und langfristig über Verträge an Aufgaben zu binden, bei denen man sich im Einzelnen nun wirklich fragen kann, ob es nicht sogar eine Zweckentfremdung von Regionalisierungsmitteln ist,

(Beifall der Abg. Andreas Schwarz und Andrea Lindlohr GRÜNE)

wenn man der Stadt Stuttgart über den Verkehrslastenausgleich eine Querfinanzierung für das Theater oder Sonstiges zukommen lässt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Da müssen wir schon einmal intensiv nachfragen, ob wir die einzelnen Leistungen so beibehalten wollen, ob wir sie kündigen oder deren Finanzierung durch andere Quellen ersetzen.

Zum anderen möchte ich an dieser Stelle auf eine gewisse Widersinnigkeit hinweisen. Wir finanzieren aus Regionalisierungsmitteln die Bahnhofsförderprogramme, den Streckenausbau und anderes mehr.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Es ist gut, dass wir das machen. Aber es ist doch absurd, durch diese Mittel Aufgaben zu finanzieren, die der Bund oder die DB haben, nämlich Strecken auszubauen und Bahnhöfe zu modernisieren. Da schickt uns der Bund über die Regionalisierungsmittel Geld, damit wir Verkehr betreiben, aber wir stecken dieses Geld in Bahnhöfe und geben auf diese Weise das Geld dem Geldgeber zurück. Es ist doch eine Absurdität des Föderalismus, Geld durch die Bürokratie zu schleusen, um es nachher dem Geldgeber wieder zurückzugeben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das kann und darf nicht Zweck der Regionalisierungsmittel sein. Diese müssen in allererster Linie dazu dienen, dass die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes über die Schiene transportiert werden.

(Zuruf von der SPD: Auf der Schiene!)

Wir werden unsere Kraft dafür einsetzen, dass dem so ist.

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Der Streit darüber, ob man das zwei Monate früher oder später auf das politische Tapet bringt, ist müßig. Denn die Rahmenbedingungen werden sich dadurch nicht ändern.

(Abg. Peter Hauk CDU: Die haben sich auch nicht geändert! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Doch!)

Es ist Aufgabe der von uns gestellten Regierung, in der verbleibenden Zeit bis zur Neuausschreibung, bis 2016, hierzu eine Lösung anzubieten. Darauf gehe ich in der zweiten Runde noch näher ein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Herr Kollege Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Thematik, die wir heute diskutieren, ist nicht neu. Wir haben dieses Thema am 21. September letzten Jahres im Verkehrsausschuss bei der Beratung eines Antrags von Abgeordneten der SPD zu den Stationspreisen diskutiert. Schon in dieser Gesprächsrunde hatte der Verkehrsminister darauf hingewiesen, dass er davon ausgehe, dass die Mehrkosten für 2012 20 Millionen € betragen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aha!)

Das ist im Bericht über die Beratungen nachzulesen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aha!)

Insofern ist unverständlich, was in den letzten sechs Monaten gemacht wurde. Am 26. März dieses Jahres ist eine Pressemitteilung veröffentlicht worden zu Punkten, die heute auch schon angesprochen wurden, die auch bekannt sind: die Stationspreise, die angehoben wurden, die durch den Wegfall des Regionalfaktors höheren Trassenpreise, die Beteiligung bei den Energiepreissteigerungen. Ferner wurden schon der bestehende Verkehrsvertrag und die Angebotsausweitung angesprochen. Dann reitet man immer wieder auf dem Thema Stuttgart 21 herum, aber wenn ich einmal alle diese Themen zusammennehme – da kann sicherlich auch die neue Regierung gar nicht viel dafür –,

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

dann ist klar: Das alles war schon bekannt; die Probleme und die Themen sind bekannt. Insofern ist es einfach nicht verständlich, was man in den letzten sechs Monaten in dieser Hinsicht getan hat.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich bin dem Kollegen Haller dankbar, dass er am 23. März der dpa gemeldet hat und darauf eingegangen ist – ich darf zitieren –:

In Kenntnis aller Rahmenbedingungen schreit Hermann kurz vor dem Abgrund: Hilfe, wir fahren in den Abgrund!

Der Minister hätte nach Ansicht des SPD-Verkehrsexperten Hans-Martin Haller früher eingreifen müssen.

(Zuruf: Guter Mann!)

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Da hat er recht, der Herr Haller!)

(Jochen Haußmann)

Herr Kollege Schwarz, Sie haben auf den Koalitionsvertrag hingewiesen. Dafür bin ich Ihnen ausdrücklich dankbar. Sie haben im Koalitionsvertrag festgeschrieben, Sie wollten das Programm ausweiten, den Nahverkehr nicht einschränken. Sie haben aber auch hineingeschrieben, dass Sie bereit sind, Haushaltsmittel aus dem Land Baden-Württemberg einzusetzen. Also haben Sie indirekt schon den entscheidenden Hinweis gegeben: Eine Einschränkung wäre im Grunde genommen ein Bruch des Koalitionsvertrags. Sie haben jetzt ausdrücklich beschrieben, dass Sie keine Reduzierungen wollen. Dafür ganz herzlichen Dank.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Haller wird sich durchsetzen!)

Es gibt Handlungsbereiche – das wurde auch in der Verkehrsausschusssitzung vom Verkehrsminister angesprochen –, bei denen man auf die Deutsche Bahn und auf den Bund einwirken möchte. Dafür haben Sie auch die Unterstützung der Fraktionen. Es gibt einige Themen, was die Unabhängigkeit der Infrastruktursparten anbelangt, bei denen die Fraktionen des Landtags von Baden-Württemberg Sie unterstützen. Aber wir wollen heute schon hören, wie es mit dem Nachtragshaushalt aussieht, in welchem Umfang Sie Mittel für die Jahre 2012 und 2013 bereitstellen.

Es wird auch immer wieder auf den Vertrag hingewiesen, und dabei hört es sich an, als wären Sie der Meinung, bis zum Jahr 2016 sei es noch weit hin. Wenn man aber weiß, wie lange eine Ausschreibung dauert – eine solche EU-weite Ausschreibung dauert etwa ein Jahr, und dann braucht man mindestens sechs Monate Zeit für die Prüfung –, und angesichts dessen, wie lang derzeit die Bestellzeiten bei den Wagenherstellern sind, dann mache ich mir schon Sorgen, ob wir denn diesen Zeitplan einhalten können. Bombardier hat derzeit Lieferzeiten von zwei bis drei Jahren für Wagenmaterial. Insoweit wollen wir schon konkret hören, wie es zeitlich weitergeht.

Ein chinesisches Sprichwort sagt: Wer am Brunnenrand wartet, bis das Wasser aus der Tiefe kommt, der verdurstet.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir sind gespannt, lieber Herr Hermann, auf Ihre Lösungsvorschläge.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Landesregierung spricht Verkehrsminister Hermann.

(Abg. Peter Hauk CDU: Spricht er in freier Rede?)

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich erlaube mir, dass ich wie meine Kolleginnen und Kollegen Vorredner ein Stichwortkonzept vor mir liegen habe, ansonsten aber doch sehr frei reden werde.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Manche Zahlen braucht man, und da ist es gut, wenn man sie vor sich liegen hat.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich bin immer wieder überrascht, was Frau Razavi mir alles zutraut. Es bedürfte geradezu übermenschlicher Fähigkeiten, wenn ich all das in einem Jahr verbogen haben könnte, müsste oder sollte.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Es sind auf jeden Fall Unterstellungen. Deshalb will ich eines vorweg in aller Klarheit sagen: Ich habe nirgendwo geschrieben oder behauptet und auch in keinem Interview gesagt, dass ich Züge abbestellen werde,

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

sondern ich sage hier ganz klar: Ich werde als Verkehrsminister alles tun, dass wir in diesem Land keine Züge abbestellen müssen. Dabei weiß ich meine Koalition an meiner Seite. Wir werden als Koalition alles tun, um nicht in diese Situation zu kommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie haben das Thema Finanzierungsprobleme angesprochen. Sie haben gefragt: Gibt es Missmanagement der Landesregierung? Sie haben nicht dazugeschrieben, welche Sie meinen. Das war vielleicht ein Fehler. Wer ein solches Thema anspricht, muss wissen, dass das, was da alles läuft, sehr langfristig ist. Das, worüber wir jetzt diskutieren, was Sie zu Recht angestoßen haben – die Finanzierungsprobleme im Nahverkehr –, sind im Wesentlichen Probleme, die eigentlich im Laufe der letzten Jahre – um nicht zu sagen Jahrzehnte – durch falsche Weichenstellungen verursacht wurden. Damit habe ich heute zu tun, weil Sie das so eingeleitet haben.

Ich werde das im Detail nachweisen, und Sie werden Freude daran haben, dass Sie diese Debatte angestoßen haben.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Die haben wir schon!)

Die erste Unterstellung lautet: Da bestellt er im Unverstand noch zusätzliche Züge, obwohl er schon weiß, dass er kein Geld mehr hat. Ich bitte Sie. Gehen wir der Sache einmal genau nach. Das Einzige, was wir zusätzlich gemacht haben, war, im Allgäu den Stundentakt wiederherzustellen, den Sie 2006/2007 streichen mussten, weil Sie insgesamt Kürzungen vorzunehmen hatten. Das habe ich rückgängig gemacht. Mit welchem Geld?

(Abg. Nicole Razavi CDU: Mit der Pönale!)

– Mit der Pönale. Also. – Also habe ich nicht im Unverstand Züge bestellt, sondern habe Folgendes gemacht: 5 Millionen € betrug die Summe der Pönalen. Frau Gönner, meine Vorgängerin im Ministeramt, weiß das sehr genau. Sie hat nämlich die Hälfte dieser Pönalen selbst ausgegeben, und zwar im Donautal

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Nicole Razavi CDU: Aber damals hatten wir noch Geld!)

Das war für die grüne Klientel, die Sie da bedient haben. Da sage ich Danke schön. Aber die andere Hälfte der Summe haben wir im Allgäu wieder eingesetzt.

Nun sagen Sie: Das hätte ich einsparen können. Ihr Vertrag war aber so ausgestaltet, dass wir das nicht einmal einsparen konnten; denn man hat kein Bargeld bekommen, sondern man konnte sich das nur in Naturalien zurückgeben lassen. Das war zwar auch nicht schlecht, aber das ist zumindest kein Vorschlag zum Einsparen von Geld.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Gönner?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Nein.

(Unruhe bei der CDU)

weil diese Methode, schon zu Beginn einer Rede Zwischenfragen zu stellen, darauf abzielt, dass man die Rede insgesamt in der Struktur –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die Rede hat sowieso keine Struktur! Da kann man auch eine Zwischenfrage stellen! – Unruhe bei der CDU)

 Sie können sich gern anstellen und hinterher fragen. Ihre Tricks sind so billig; darauf muss man nicht immer hereinfallen

(Unruhe bei der CDU)

Kommen wir zu den Fakten. Im Jahr 2012 haben wir immense Kostensteigerungen bei Trassen- und Stationsgebühren. Insgesamt belastet uns das mit zusätzlich 50 Millionen €. Dass ich das ignoriert hätte und darüber nicht gesprochen hätte, das ist ein Witz. Wenn es einen gab, der von Anfang an, seit er hier Minister ist, darauf hingewiesen hat

(Abg. Peter Hauk CDU: Wo ist denn der Haushalt? – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

– hören Sie einmal zu! –, dass wir in diesem Bereich Probleme bekommen, so, wie die Finanzierung insgesamt angelegt ist, dass Kostensteigerungen durch all die anderen Ausgabenposten aus den Regionalisierungsmitteln, zu denen ich nachher noch komme, zu erwarten sind und wir dadurch Probleme bekommen – Das habe ich von Anfang an gesagt.

Weil Sie mir immer unterstellen, ich hätte Stuttgart 21 immer wieder als Argument verwendet: Ich habe gerade in diesem Zusammenhang immer wieder darauf hingewiesen, dass man – egal, wie man dazu steht – wissen muss, dass ein Teil der Finanzierung über Regionalisierungsmittel läuft. Dass es da eine Konkurrenz mit diesem Projekt gibt, kann man nicht bestreiten. Wenn man das Projekt gut findet, ist es okay. Dann muss man halt eine Form finden, wie man das anders finanziert. Aber man muss zumindest wissen: Da gibt es eine Konkurrenz.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Herr Minister, wollen Sie im Moment generell keine Zwischenfragen zulassen?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Am Ende, Herr Präsident.

(Zuruf: Dann ist es auch keine Zwischenfrage mehr!)

Jetzt kommen wir zu einem Hauptproblem: Regionalfaktor. Der Wegfall des Regionalfaktors hat uns eigentlich das Genick gebrochen; er hat die Steigerung in Baden-Württemberg herbeigeführt. Das ist aber nicht die Schuld der jetzigen Landesregierung – übrigens auch nicht die Schuld der vorherigen Landesregierung –, sondern geht auf Folgendes zurück: Die Netzagentur hat – übrigens auch durch Intervention von Baden-Württemberg – Ich selbst habe auch interveniert.

(Abg. Peter Hauk CDU: Warum haben Sie es nicht etatisiert, wenn Sie es wussten? Warum steht es nicht im Haushalt?)

 Sie haben noch nicht verstanden, was das Thema ist, Herr Hauk. Nein, Sie haben es noch nicht verstanden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Warum steht es nicht im Haushalt?)

Die eigentlichen Probleme entstehen im Jahr 2013 und nicht im Jahr 2012. Deswegen musste es auch nicht bei den Haushaltsberatungen für 2012 eingebracht werden. Das werden wir vielmehr jetzt im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen für 2013/2014 einbringen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Warum steht es nicht im Mifrifi des Finanzministers?)

Diese explosionsartigen Preissteigerungen haben Sie, Frau Gönner – jetzt sehe ich sie nicht mehr –,

(Abg. Tanja Gönner CDU: Hier bin ich!)

abzuwehren versucht. Sie haben es aber auch nicht vermocht, das abzuwehren, was jedoch nötig gewesen wäre, weil das für Baden-Württemberg extrem aufwendig, schädlich war. Aber das ist halt die Wahrheit, dass hier die Preise gestiegen sind.

Aber ich will im Folgenden einen Beitrag leisten und erklären, was eigentlich der Hintergrund der gesamten Finanzierungsproblematik ist. Denn ganz so einfach ist es nicht, wie es sich einige von Ihnen machen – da können Sie immer auch noch so nett lachen –; das Problem ist leider ziemlich kompliziert.

Jetzt kommen wir zu Ihrem großen Verkehrsvertrag. Sie haben immer behauptet, vonseiten des Verbraucherschutzes hätten Sie sogar eine gute Beurteilung erhalten.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das stimmt!)

Das weiß ich. Das anerkenne ich. Die Untersuchung hat Ihnen bestätigt, dass man, bezogen auf die tatsächlichen Bedarfe, richtig bestellt hat. Das ist nicht bestritten. Aber wir sagen, dass Sie bezogen auf das, was man mit dem Geld erlösen könnte, einen schlechten Vertrag abgeschlossen haben.

(Abg. Peter Hauk CDU: Widerspruch!)

Wir haben heute nämlich Vergleichszahlen. Sie haben den Vertrag damals direkt vergeben, obwohl man hätte ausschreiben

können. Das haben Sie nicht gemacht. Heute wissen wir, was dieser Direktvertrag gekostet hat: Im Schnitt zahlen wir 30 % mehr als das, was man heute im Wettbewerb für einen Kilometer ausgeben muss.

(Zurufe von der CDU: Unglaublich! – Abg. Peter Hauk CDU: Aber damals! Das war im Jahr 2003!)

– Jetzt kommt Ihr Argument: "aber damals". Aber warum haben Sie ihn dann damals – da muss ich sagen, das war wirklich unklug, und das war wirklich Missmanagement –, wenn man schon einen großen Verkehrsvertrag macht, so angelegt, dass man nach 13 Jahren wieder einen großen Brocken hat und wieder nicht detailliert und abgestuft vergeben kann? Das war Ihr größter Fehler. Sie hätten in diesem Vertrag zeitlich abstufen müssen, damit ich überhaupt in der Lage bin oder die Nachfolger in der Lage sind, zeitlich abgestuft Ausschreibungen vorzunehmen. Heute stehen wir vor der Situation, dass ich in diesem Vertrag gefangen bin. Ich komme ja gar nicht heraus! Ich kann ihn bis zum Jahr 2016 gar nicht kündigen!

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der CDU: Quatsch!)

Es ist doch absurd, dass ausgerechnet Sie, die diese Fesseln angelegt haben, mir vorwerfen, dass ich in ihnen stecke. Das ist doch ein Witz. Sie haben einen Vertrag abgeschlossen, der nicht vor 2016 kündbar ist,

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU – Vereinzelt Heiterkeit)

und wenn Sie sagen, aber die Bahn biete doch an, dass wir vorzeitig etwas machen können,

(Abg. Peter Hauk CDU: Genau!)

dann sage ich Ihnen, was die Bahn anbietet. Die Bahn bietet nämlich Folgendes an: Weil sie den bis 2016 laufenden Vertrag in der Hand hat und nicht aussteigen muss, kommt sie zum Verkehrsminister und fragt: "Können wir da nicht etwas machen?", und dann lautet das Angebot: "Wenn wir vorzeitig kündigen," – in Klammern: einen gut dotierten Vertrag kündigen wir ja nicht vorzeitig – "dann müssen Sie uns etwas bieten, dann wollen wir im Gegenzug die eine Hälfte als Direktvergabe, und für die andere Hälfte können wir dann über eine Ausschreibung reden."

Dazu sage ich Ihnen: Nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs – –

(Abg. Tanja Gönner CDU: BGH-Urteil!)

– Entschuldigung, nach dem BGH-Urteil, nach höchstrichterlicher Entscheidung, können wir keine Direktvergabe mehr machen, jedenfalls nur noch in ausdrücklichen Ausnahmefällen. Das wäre aber keine ausdrückliche Ausnahmesituation. Aus dieser Sicht heraus muss ich Ihnen sagen: Das war ein vergiftetes Angebot. Aus dem Verkehrsvertrag komme ich nicht ohne Weiteres heraus.

Gleichwohl muss ich Ihnen sagen: Wir werden Übergangsverträge machen müssen, wenn wir vermeiden wollen, dass in 15 oder 20 Jahren das gleiche Problem wie heute auftritt, dass alles in ein Paket kommt und nicht gestaffelt werden kann. Deswegen werden wir Übergangsverträge machen, um

zu einer Staffelung zu kommen. Das habe ich übrigens auch den Mitgliedern des Verkehrsausschusses dargelegt, und daher ist der Vorwurf, wir würden nichts machen und nicht daran arbeiten, völlig daneben.

Ich will heute nicht so blöd sein und Ihnen Vorwürfe machen, aber so viel möchte ich Ihnen schon sagen: Wenn man viel vorbereitet hätte, wären wir schneller gewesen. Beispielsweise gehört zu dieser Vorbereitung, dass man sich überlegt, wie wir zukünftig die Fahrzeuge finanzieren. Müssen wir, wenn wir Wettbewerb wollen, dann den Anbietern eventuell bei der Fahrzeugfinanzierung helfen? Ich habe inzwischen erfahren, Frau Gönner, dass Sie sich vehement gegen einen Fahrzeugpool gewehrt haben. Das wäre eine Variante gewesen.

(Zuruf von den Grünen: Aha! – Zuruf: 1 Milliarde €! – Abg. Peter Hauk CDU: 25 Jahre Finanzierung!)

Das wäre eine Variante gewesen, die man hätte vorbereiten können. Da gibt es inzwischen auch andere Lösungen; wir sind auch an anderen Lösungen dran. Wir überlegen z. B. ein Konzept der Wiedereinsatzgarantie, über die Verträge abgesichert werden können. Das sind Punkte, an denen wir dran sind. Darüber sind übrigens alle, die ebenfalls in diesem Thema drin sind und die Mitglied im Ausschuss sind, informiert. Zu behaupten, wir würden da gar nichts machen, ist wirklich völlig daneben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Jetzt will ich Ihnen sagen, was uns bei der Finanzierung der Zugbestellungen Probleme macht: Man hat in den Jahren, in denen die Regionalisierungsmittel richtig üppig waren – sie lagen über dem, was man an Zugbestellungen ausgegeben hat; auch Sie, Herr Hauk, können sich gut daran erinnern, denn das waren für Sie die goldenen Jahre des Schienen-ÖPNV –

(Abg. Peter Hauk CDU: Weil die Dynamisierung damals höher war!)

Ja, die Dynamisierung war höher. Ferner gab es keine Kürzungen durch die Große Koalition auf Bundesebene, an der die CDU ja auch beteiligt war. Aber davor gab es goldene Zeiten, und man hat relativ viel Geld gehabt.

In dieser Zeit haben Sie, die CDU-FDP/DVP-Koalition – jetzt reden wir über Weichenstellungen –, nahezu alles, was ursprünglich auch einmal aus dem Landeshaushalt finanziert worden war, vollständig aus Regionalisierungsmitteln finanziert. Sie haben – das hat mich überrascht – zum Teil sogar auch noch die Kofinanzierungsmittel bei Bundesprojekten daraus entnommen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ein Blödsinn, Kultur aus Regionalisierungsmitteln zu finanzieren! – Gegenruf des Abg. Winfried Mack CDU: Ist das blöd, oder was?)

Das weiß ich inzwischen. Der Bund hat dies merkwürdigerweise toleriert. So ist das halt in der Politik. Aber Sie haben daraus alles Mögliche finanziert. In der Phase – –

(Abg. Peter Hauk CDU: Aber das ist doch zum Nutzen des Landes! Was ist daran nicht zum Nutzen des Landes?)

 Dass man Bundesmittel zur Kofinanzierung von Bundesprojekten einsetzt, geht eigentlich nicht. Da muss man Landesmittel bringen. So ist das. Das geht wirklich nicht,

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

aber Sie haben es gemacht. Sie haben damit Innovationsprogramme finanziert. Nun sind Innovationsprogramme gut, aber sie müssen nicht zwingend aus Regionalisierungsmitteln finanziert werden. Sie haben ein Bahnhofsmodernisierungsprogramm finanziert; auch das ist eine gute Sache, aber auch das muss nicht aus Regionalisierungsmitteln finanziert werden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das kommt doch den Regionen zugute!)

Sie haben auch die Verbundförderung, die uns inzwischen fast 50 Millionen € kostet – sie ist gut –,

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja, also!)

aus Regionalisierungsmitteln finanziert.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch in Ordnung!)

Dann haben Sie noch insgesamt 285 Millionen € für Stuttgart 21 aus Regionalisierungsmitteln finanziert.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Staatstheater!)

Die eigentliche Dramatik der Finanzierung entsteht übrigens im nächsten Jahr, weil dann der Sprung bei den Zahlungen für Stuttgart 21 sehr hoch ist.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aber das ist doch ein großer Teil des Regionalverkehrs!)

- Natürlich ist das auch ein Teil des Regionalverkehrs.

(Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich!)

Aber Sie haben in Zeiten, als die Mittel üppig geflossen sind, alles Mögliche aus Regionalisierungsmitteln finanziert. Jetzt aber, da die Trassenpreise, die Stationspreise, die Energiepreise steigen und der Vertrag so ist, dass man alles durchreicht und der Aufgabenträger bzw. das Land als Verantwortlicher für den Nahverkehr bezahlen muss, wird es eng. Darüber müssen wir reden. Aber Sie können nicht so tun, als hätten Sie nichts damit zu tun. Denn Sie haben alle diese Weichen genau so gestellt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Oper Stuttgart! – Zuruf von der SPD: Schauspielhaus!)

Jetzt sage ich Ihnen, was der Skandal hinter dem Skandal ist.

(Zuruf: Oh!)

Was ist der Skandal hinter dem Skandal?

(Abg. Peter Hauk CDU: Also doch ein Skandal!)

Dieser Skandal ist, dass die jetzige Bundesregierung, getragen von FDP und CDU/CSU, einen interessanten Vorgang

durchführt. Zum ersten Mal seit vielen Jahren muss die Bahn AG nämlich Beträge in dreistelliger Millionenhöhe als Rendite beim Bund abliefern.

(Zuruf von den Grünen: Aha!)

Schauen Sie einmal in der Bilanz, die erst vor zwei Wochen von Herrn Bahnchef Grube vorgestellt wurde, woher die Gewinne kommen. Da stellen wir fest, dass inzwischen über 700 Millionen € – über 700 Millionen €! – aus Trassengebühren und Stationspreisen kommen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Abg. Nicole Razavi CDU: Ja, das sind alles Fakten! Wo sind die Lösungen?)

Sie kommen aus Infrastruktur, die wir über Regionalisierungsmittel bezahlen. Ich sage Ihnen: Das ist das Verhalten einer renditeorientierten, an sich sogar eher einer privat orientierten Wirtschaft, die sagt: Wir wollen Geld sehen. Es ist doch aber verrückt, dass der Bund einerseits den Ländern Regionalisierungsmittel gibt, um Züge zu bestellen, und andererseits die Bahn über die Infrastrukturunternehmen abkassieren lässt und das dann im eigenen Haushalt einkassiert.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ist Ihnen bekannt, dass die Grünen dies in ihrer Regierungszeit perpetuiert haben?)

Dies kommt faktisch einer Kürzung der Regionalisierungsmittel gleich. Das ist der Skandal, und da schauen Sie zu und tun nichts.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Widerspruch des Abg. Peter Hauk CDU)

– Da schütteln Sie den Kopf. Dabei hätte ich von Ihnen aber wahrlich Initiative erwartet. Sie sind doch in Berlin mitbeteiligt. Warum tun Sie dann nichts? Warum kritisieren Sie das nicht?

(Abg. Peter Hauk CDU: Wir wollen doch von Ihnen eine Lösung haben, Herr Hermann! Sie regieren doch! – Gegenruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Aber das fällt Ihnen nicht ein, weil Sie hier nur immer als Opposition schießen.

Ich jedenfalls habe auch auf diesen Mechanismus hingewiesen.

Jetzt noch einmal zur Frage: "Warum haben Sie nicht rechtzeitig auf diese Klemme hingewiesen?" Noch einmal: Ich habe Ihnen im Haushaltsausschuss gesagt – das habe ich auch der Koalition sowie der Öffentlichkeit gesagt –: Wir werden 2012 die ersten Finanzierungsprobleme bekommen. Wir werden aber alles tun,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Was ist "alles"?)

um das im Verlauf des Haushaltsjahrs hinzubekommen. – Das waren 18 Millionen  $\in$ .

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das steht im Haushalt nicht drin!)

Jetzt sage ich Ihnen einmal eines: Bei einer Summe von etwa 700 Millionen €, die Sie gar nicht direkt ausgeben,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das sind alles Nebelkerzen!)

sondern die Sie erst einmal in eine Nahverkehrsgesellschaft geben – die Nahverkehrsgesellschaft hat Verträge mit vielen anderen Verkehrsgesellschaften, die erst nachträglich abrechnen –, können Sie nicht spitz am Jahresende genau wissen, was los ist.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aber Sie wussten doch, dass es Steigerungen gibt!)

Das wissen alle meine Vorgängerinnen und Vorgänger.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aber Sie wussten, dass es Steigerungen gibt!)

- Nein, wir wussten, dass die Preise steigen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja, natürlich!)

Wir wussten, dass es teurer wird.

(Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich!)

Das wussten wir alles. Aber wir wussten nicht genau, was herauskommen würde. Was wir aber an Zahlen hatten, führte uns zu der Einschätzung, dass wir dies im Jahr 2012 noch einigermaßen hinbekommen würden, dass aber im Jahr 2013 ein Finanzierungsproblem entstehen wird. Wir wissen: Da müssen wir umschichten; da müssen wir eine neue Finanzierung finden. Genau an dieser Aufgabe sind wir, und deswegen werden wir dazu auch im Rahmen der Haushaltsberatungen sprechen.

Was ich Ihnen aber auch noch sagen will, Frau Gönner & Co.,

(Zuruf von der CDU: Herr Hermann & Co.! – Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Schwarz & Co.! – Unruhe)

allen meinen Vorgängerinnen und Vorgängern: Wenn Sie bei der Nahverkehrsgesellschaft und im Ministerium ein Controlling aufgebaut hätten, mit dem man monatsscharf Ausgaben hätte kontrollieren können, dann würden wir heute mit all den Problemen einfacher fertig werden. Ich sage Ihnen voraus: Wir werden das machen. Wir werden die Nahverkehrsgesellschaft schärfer kontrollieren. Wir werden auch im Haus ein Controlling aufbauen, weil das natürlich auch ein Hinweis darauf ist, dass da Personen sehr selbstständig arbeiten und lange Zeit in dem Bewusstsein gearbeitet haben: Wenn das am Ende nicht so ganz aufgeht, ist das nicht schlimm, denn wir haben sowieso etwas übrig. Das war doch so. In den vergangenen Jahren war doch die Frage nicht: "Haben wir keine Mittel mehr?", sondern da war die Frage: "Sind 50 oder 60 oder 70 Millionen € übrig?"

(Abg. Nicole Razavi CDU: Zum Glück!)

Das war die Situation,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Aber die haben Sie nicht mehr!)

und deswegen hat man es eigentlich ziemlich locker genommen. Das können wir uns nicht mehr leisten. Wir werden das scharf kontrollieren

(Abg. Nicole Razavi CDU: Aber wie?)

und genau aufpassen, wo das Geld hingeht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Was werde ich auf Bundesebene tun? Ich fahre ja nachher gleich zur Verkehrsministerkonferenz.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da wünschen wir viel Erfolg!)

Ich werde auf Bundesebene, und zwar an jeder Stelle, wo ich kann, darauf hinweisen, dass wir dringend eine Nachfolgeregelung zu den Regionalisierungsmitteln für das Jahr 2014 und die folgenden Jahre brauchen, dass wir eine bessere Ausstattung, eine bessere Dynamisierung brauchen, die auch die Steigerungen abdeckt. Ich werde auch dafür kämpfen, dass wir einen anderen Anteil bekommen, denn auch der derzeitige ist nicht gerecht.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Da können Sie wieder gegen andere schießen! Da können Sie selbst nichts tun, sondern wieder gegen andere schießen!)

Heute gibt es Bundesländer, die gar keine Möglichkeit und auch keinen Bedarf mehr haben, Schienenpersonennahverkehr auszubauen, während wir einen Nachholbedarf haben. Aufgrund Ihrer Nachlässigkeit in den letzten Jahrzehnten haben wir einen Nachholbedarf, den wir jetzt finanziert haben wollen

Jedenfalls muss eines klar sein: Es kann nicht sein, dass die DB-Infrastrukturunternehmen die Melkkühe der Bundesregierung sind,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

mit deren Erträgen sie ihre Haushaltslücken im Verkehrsbereich stopfen will. Das ist unfair, das schadet den Ländern, das schadet wirklich auch dem Nahverkehr im Land.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Was werden wir auf Landesebene tun? Wir arbeiten zusammen mit der Nahverkehrsgesellschaft mit Hochdruck daran, dass wir einen klug gestaffelten Ausschreibungswettbewerb hinbekommen. Aber ich sage noch einmal in aller Klarheit: Der Hauptbrocken läuft bis 2016, und kein einziger Vertrag, der in diesem Brocken drin ist, wird vorher anders laufen; denn wir hängen da in diesem Paket. Es geht immer um die Zeit danach. Das ist ja das Bittere für mich. Wenn wir nach Ausschreibungen bessere Verträge hinbekommen, werden wir erst 2016 tatsächlich zeigen können, wie das funktioniert und was dabei herausgekommen ist. So langwierig ist das Ganze, und so langwierig sind die Vorentscheidungen, die Sie getroffen haben

Wir arbeiten an den Vergabekriterien, an den Qualitätsstandards bei den Ausschreibungen. Wir arbeiten auch an einem Konzept der Finanzierung der Transportmittel. Denn es ist völlig klar: Sie bekommen keinen Wettbewerb, wenn Sie den

Wettbewerbern nicht bei der Beschaffung des Wagenmaterials helfen,

(Abg. Winfried Mack CDU: So weit waren wir vor einem Jahr auch schon!)

wenn Sie da nicht eine gewisse Garantie geben.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss.

(Abg. Winfried Mack CDU: Gott sei Dank! – Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Wir werden darauf angewiesen sein, dass wir neben dem, was wir alles an Ausschreibungen machen, eine Übergangsstrategie verfolgen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ein Jahr nichts gemacht!)

Ich sage Ihnen nochmals in aller Klarheit: Ich werde als Verkehrsminister einer Landesregierung, die in der Koalition dafür angetreten ist, dass wir den Verkehr nachhaltig gestalten wollen, dass wir den Schienenpersonennahverkehr entwickeln wollen,

(Abg. Winfried Mack CDU: Alles Sprechblasen!)

alles tun und gemeinsam mit dieser Koalition dafür kämpfen, dass dieser Verkehr besser und nicht schlechter wird.

(Abg. Winfried Mack CDU: Tun, nicht sprechen!)

Deswegen werden wir alles tun, damit wir keine Züge abbestellen müssen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Herr Minister, Sie hatten die Frage von Frau Kollegin Gönner an den Schluss verwiesen. Wollen Sie sie jetzt noch zulassen? – Bitte schön.

Abg. Tanja Gönner CDU: Vielen herzlichen Dank. – Es sind am Ende dann doch zwei Fragen geworden. Ich erlaube mir vorab auch noch eine Richtigstellung: Entgegen Ihrer Aussage, Herr Minister, habe ich mich nicht vehement gegen einen Fahrzeugpool gewehrt. Ich habe nur gesagt, es sind zu viele Fragen offen, die geklärt werden müssen, u. a. nämlich die Frage, ob Finanzierungen außerhalb des Landeshaushalts und gemeinsam mit anderen Ländern möglich sind. Insofern bitte ich Sie, auf solche Aussagen zu verzichten.

Jetzt zwei Fragen: Sie haben darauf hingewiesen, dass ich die Hälfte der Pönale im Donautal bereits ausgegeben habe, und intendierten damit insbesondere, hervorzuheben, dass ich es in meiner Heimat eingesetzt habe. Würden Sie zugestehen, dass die Pönale durch das Ausfallen der Neigetechnikzüge entstanden ist, die insbesondere auf der Strecke zwischen Ulm und Freiburg und zwischen Sigmaringen bzw. Aulendorf und Tübingen, also im Donautal, eingesetzt sind? Würden Sie dann zugestehen, dass es richtig ist, dass ein Teil der Pönale genau dort eingesetzt wird?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zweite Frage: Wenn Sie sagen, bei der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg hätten wir kein Controlling geschaffen, und zugleich – Herr Kollege Haußmann hat darauf hingewiesen – bereits im September letzten Jahres wussten, dass Ihnen in diesem Jahr 20 Millionen € fehlen, können Sie uns dann erklären, warum diese 20 Millionen € nicht in den Haushalt für das Jahr 2012, über den bekanntermaßen erst im Januar und Februar dieses Jahres diskutiert wurde, aufgenommen worden sind?

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ganz konkret!)

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Ganz konkret: Es ist richtig, dass Sie sich vor allem gegen den Fahrzeugpool gewehrt haben, weil Sie dazu Fragen haben. Aber es ist auch richtig, dass Sie diese Fragen nicht geklärt haben. Wenn Sie die Fragen beantwortet hätten, hätten wir mehr davon.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zur Frage bezüglich des Zugestehens – diese Frage war ja ein Satzmonster –: Ich gestehe es Ihnen zu.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aha! Immerhin!)

Schließlich noch zur Frage zu den 20 Millionen € und warum wir diese nicht im Haushalt veranschlagt haben: Zum Jahresende 2011 hat dieser Betrag zum ersten Mal im Raum gestanden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein, im September! – Abg. Tanja Gönner CDU: Im September! Nicht Ende des Jahres!)

Ja. Wir haben das noch einmal nachgerechnet und nachgerechnet

(Zurufe: Ah! – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist eine ernste Frage!)

Ich habe es Ihnen noch einmal gesagt. Das ärgert mich schon. Denn Sie müssten das sehr genau wissen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein, das ist eine ernste Frage! Herr Hermann, Täuschung! Haben Sie das Parlament getäuscht oder nicht? – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Ein Trickser und Täuscher!)

– Ja, das ist eine ernste Frage. – Sie als ehemalige Ministerin wissen, dass es nicht zum Jahresende eine Liste gibt, auf der die Spitzabrechnungen der Nahverkehrsgesellschaften verzeichnet sind. Das wissen Sie. Vieles reicht noch in das andere Jahr hinein, und zum Teil gibt es noch Rückflüsse, Reste, die man nicht ausgeben muss. Diese bestehen übrigens in Millionenhöhe; sie summieren sich.

Meine Verwaltung, die auch Ihre Verwaltung war, hat mir eindeutig gesagt: "Herr Minister, es gibt ein Problem. Aber wenn Sie sich die Summe anschauen – 18 Millionen € – und die Beträge, die in den letzten Jahren hin- und hergeflossen sind, weil

es Rückflüsse und Reste und dergleichen gab, ist die Summe so klein, dass Sie die Finanzierung hinbekommen."

Das war die Ansage. Darauf habe ich mich verlassen. Wie ich jetzt sehe, war das ziemlich knapp. In Zukunft werde ich mich auf solche Aussagen nicht mehr verlassen. Ich werde ein schärferes Controlling einführen, damit ich da nicht verlassen bin.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Jetzt schiebt er es auf die arme Verwaltung!)

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Für die CDU-Fraktion hat Frau Kollegin Razavi das Wort.

**Abg. Nicole Razavi** CDU: Herr Minister, es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder Sie sind tatsächlich der Meister der Nebelkerzen, weil Sie auf keine unserer Fragen eine Antwort gegeben haben, obwohl wir mehrfach nachgefragt haben.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Sie haben nicht zugehört! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie wollen nicht zuhören!)

Oder aber – das glaube ich viel mehr – Sie sind zu lange Oppositionspolitiker gewesen; Sie sind in Ihrem Regierungsamt nicht angekommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie tun nichts anderes als zu lamentieren und zu kritisieren. Aber Sie sind jetzt der Minister. Sie müssen handeln, Sie müssen Konzepte anbieten. Das tun Sie nicht.

(Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Sie ereifern sich über alte Dinge, die Sie vielleicht aus Ihrer Zeit im Bundestag in der Opposition noch gewohnt sind.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Haben Sie nicht zugehört, Frau Razavi?)

Aber sonst kommt eben nichts. Das halte ich schon für tragisch, denn ich glaube, ein Minister, der konzeptionslos und nicht handlungsfähig ist, ist das Letzte, was dieses Land brauchen kann.

Sie sprechen hier von gestaffelten Ausschreibungen. All dies war bereits auch mit der Deutschen Bahn AG vereinbart. Wir haben Ihnen das Konzept auf dem Silbertablett serviert. Sie hätten es bei Antritt Ihres Amtes einfach nur umsetzen müssen. Aber das haben Sie nicht getan. Warum nicht? Das bleibt ein Rätsel. Man kann nur vermuten.

Das Witzige ist, dass Sie auf die Nachfrage von Herrn Kollegen Mack im Ausschuss zur Konzeption und zum Fahrplan der Ausschreibung unsere eigene Konzeption vorgelegt haben. Das haben Sie gar nicht gemerkt. Das war peinlich; es war peinlich für Sie. Sie hätten das Konzept nur umsetzen müssen.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Fakt ist: Sie sind zu spät dran. Auch Ihre Fraktion merkt, dass Sie endlich etwas tun müssen. Sonst hätte sie nicht zusammen mit der SPD einen Beschluss zum Antrag von Herrn Mack ergänzt. Ihre eigene Fraktion wird nervös. Das merkt man Herrn Schwarz auch an. Er weiß gar nicht mehr, wie er argumentieren soll, um Sie da herauszuboxen.

(Oh-Rufe von Abgeordneten der Grünen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wenn das der Stoff ist, aus dem Sie Ihre Oppositionsarbeit machen, dann gute Nacht! – Weitere Zurufe)

Sie haben auch in der Stellungnahme zu dem Antrag von Herrn Kollegen Haller zugeben müssen, dass Sie zu spät dran sind und Ausschreibungen und neue Verträge gar nicht mehr vor 2016 umzusetzen sind.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Frau Kollegin Razavi, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Renkonen?

**Abg. Nicole Razavi** CDU: Ja, gleich. Lassen Sie mich noch einen Gedanken zu Ende führen.

Ich kann nur vermuten, dass der Fahrzeugpool als ein Grund dahintersteckt. Sie träumen von diesem Fahrzeugpool. Dieser wird das Land 1 Milliarde € kosten und eine Abschreibungszeit von 25 Jahren aufweisen. Bei dem Defizit, das Sie hier aufzeigen, haben Sie diese 1 Milliarde € nicht. 25 Jahre Abschreibung heißt:

(Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

25 Jahre keine neuen Fahrzeuge. Dann werden Sie schon lange nicht mehr im Amt sein – zum Glück. Es werden dann andere erklären müssen, warum wir mit alten Fahrzeugen herumfahren.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das sind die "Hermann-Gedächtnis-Fahrzeuge"!)

Sie behindern sich selbst. Sie sitzen wie das Kaninchen vor der Schlange und sind völlig gelähmt und handlungsunfähig. Herr Minister, ich glaube, das hat dieses Land nicht verdient.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Bitte.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Renkonen.

**Abg. Daniel Renkonen** GRÜNE: Frau Kollegin Razavi, Sie haben jetzt sehr viel über Abbestellungen im Schienenverkehr gesprochen, über Handlungsunfähigkeit, über einen Minister, der kein Konzept habe.

Jetzt frage ich Sie einmal allen Ernstes: Stimmt es, dass die CDU-Vorgängerregierung zwei Millionen Zugkilometer in Baden-Württemberg abbestellt hat? Ja oder nein?

(Abg. Tanja Gönner CDU: Ja, wegen der Kürzungen auf Bundesebene unter Rot-Grün!)

**Abg. Nicole Razavi** CDU: Herr Renkonen, das ist eine Ihrer taktischen Fragen.

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Nein, ich will eine Antwort haben!)

- Nein, nein. Sie bekommen Sie.

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Keine taktische Antwort, eine richtige Antwort!)

- Sie bekommen die Antwort.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Da war Rot-Grün in Berlin schuld! – Gegenruf des Ministers Winfried Hermann: Nein, die Große Koalition!)

Es war die Große Koalition, das Koch/Steinbrück-Papier.
 Wir haben aber damals – das habe ich vorhin schon erwähnt
 Landesmittel in die Hand genommen

(Abg. Tanja Gönner CDU: So!)

und haben den größten Teil der Abbestellungen, die dadurch gedroht haben, durch Mittel aus dem Landeshaushalt aufgefangen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Genau!)

Natürlich mussten wir streichen, aber das Problem ist: Der Minister steckt in einer viel prekäreren Situation, weil der Umfang viermal so groß wie damals ist. Er hat noch keinen Vorschlag gemacht, woher er das Geld bekommt. Wir sind völlig einig – das habe ich vorhin gesagt –: Sie können nichts dafür, dass sich die Stationspreise erhöhen, dass sich die Trassenpreise erhöhen, dass die Energiekosten steigen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dafür kann die Regierung nichts!)

Aber das ist gar nicht der Punkt. Sie müssen einfach Lösungen anbieten.

Herr Renkonen, die Frage nutzt Ihnen nichts, weil die Antworten der Regierung schlicht und ergreifend fehlen. Wir haben sie damals gebracht; Sie bringen sie nicht. Das ist entscheidend.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sauber abgewatscht!)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollege Schwarz.

**Abg. Andreas Schwarz** GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich noch einmal, Frau Razavi, drei Stichworte dazu nennen, wo wir ansetzen müssen.

Frau Gönner, ich gebe Ihnen recht: Bei den Stationspreisen muss man über die Bundesnetzagentur vorgehen. Das sollten wir machen. Da haben Sie über Ihre Bundestagsmehrheit einen direkten Einfluss.

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein, nein! Hier sitzt der Minister! – Abg. Nicole Razavi CDU: Da sitzt der Ministerpräsident!)

Wir werden das vonseiten des Landes machen; denn durch den Wegfall der Regionalfaktoren bei den Stations- und Trassenpreisen

(Abg. Peter Hauk CDU: Seit Januar 2011, Herr Schwarz! Seit über einem Jahr weiß man es!)

zahlt das Land wesentlich mehr. Das ist der erste Ansatzpunkt:

(Abg. Tanja Gönner CDU: Nach dem gescheiterten Versuch einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe, eine andere Verteilung zu erreichen! Was wollen Sie denn machen?)

Bewertung der Stations- und Trassenpreise.

Der zweite Ansatzpunkt sind die Regionalisierungsmittel. Diese werden nur um 1,5 % pro Jahr dynamisiert. Man muss auf Bundesebene

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ja!)

etwas dafür tun, dass sich die gestiegenen Energiekosten und die gestiegenen Netznutzungsentgelte auch in höheren Regionalisierungsmitteln widerspiegeln.

(Abg. Peter Hauk CDU: Gibt es denn schon eine Bundesratsinitiative hierzu?)

Der dritte Punkt: Wenn wir noch einmal über die Vergaben im Land reden, dann wissen Sie genau: Ihr Konzept ist vergaberechtlich bedenklich gewesen. Deswegen konnte man es nicht umsetzen.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Aber geprüft! Es war geprüft!)

Unser Ziel ist ganz klar: Wir wollen Angebots- und Qualitätsverbesserungen aus der Vergabe ziehen. Ein Problem sind die 40 Millionen Zugkilometer, die Ende 2016 auf einen Schlag kommen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Sie kommen nicht auf einen Schlag!)

Wir brauchen das Abschmelzszenario. Wir brauchen das Entzerrungsszenario. Das ist klar. Aber man muss auch einmal über neue Lösungen nachdenken. Wie sieht es mit dem Fahrzeugpool des Landes aus? Wie sieht es mit dem Leasing von Fahrzeugen aus? Welche Risiken können wir Bietern abnehmen, um möglichst viele gute wirtschaftliche Angebote zu bekommen? An diesen Themen sind wir dran.

(Zuruf von der CDU: Nur zu!)

Wir haben das klare Ziel, damit einen guten ÖPNV in Baden-Württemberg auf die Beine zu stellen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Herr Abg. Schwarz, gestatten Sie noch eine nachgeschobene Zwischenfrage der Kollegin Gönner?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja.

**Abg. Tanja Gönner** CDU: Herr Schwarz, Sie haben gerade die Fragen, die hinsichtlich des Fahrzeugpools geklärt werden müssen, dargestellt. Können Sie erstens erklären, ob der Minister die Klärung dieser Fragen in Gang gesetzt hat, und zweitens, warum er sich vor der Klärung dieser Fragen bereits festgelegt hat, dass er einen Fahrzeugpool möchte?

(Minister Winfried Hermann: Hat er nicht!)

**Abg. Andreas Schwarz** GRÜNE: Frau Kollegin, Sie können den Minister nachher selbst fragen, worauf er sich festgelegt hat.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Nein, er antwortet ja nicht! – Abg. Nicole Razavi CDU: Er gibt ja keine Antwort!)

Ich meine, dass ein Fahrzeugpool --

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein, er lässt keine Fragen zu! – Gegenruf der Abg. Tanja Gönner CDU: Lass ihn antworten!)

Sie haben doch eine Frage gestellt; dann will ich darauf antworten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Tanja Gönner CDU: Genau!)

Ich meine, dass es richtig ist, über einen Fahrzeugpool nachzudenken, über Fahrzeugleasing nachzudenken. Da gibt es jede Menge wirtschaftliche und rechtliche Fragen zu klären. Aber das müssen wir machen, um gute und neue Fahrzeuge zu bekommen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Tanja Gönner CDU: Genau! Vollumfänglich! – Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Schwarz, wie lange denken Sie noch nach?)

**Präsident Guido Wolf:** Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Haller.

(Abg. Peter Hauk CDU: Jetzt kommen die Lösungen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nicht bescheiden sein, Kollege Haller!)

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Ja, ja. – Meine Damen und Herren, ich glaube, der Herr Minister hat deutlich gemacht, in welches Korsett der Schienenpersonennahverkehr eingezwängt ist. Wir haben im Grunde ganz wenig Handlungsoptionen. Die entscheidenden Stellhebel liegen beim Bund: Regionalisierungsmittel, Trassenpreise und/oder die Gewinnabführung der DB AG an den Bund.

Wir stehen vor dem Kernproblem – darüber müssen wir uns jetzt ernsthaft unterhalten –: Wie lösen wir die missliche Situation, die uns bis 2016 auferlegt wurde? Wir brauchen keine Katastrophenszenarien zu konstruieren, was da alles kommt. Vielmehr müssen wir diesen Zeitraum überbrücken.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau!)

Dazu hat der Minister einiges ausgesagt. Er geht nämlich davon aus, dass angesichts der Volumina die Defizitsumme von 18 Millionen € im Rahmen der vorhandenen Mittel noch refinanzierbar ist.

Auf die zweite Frage müssen wir heute keine Antwort geben. Es wäre nachgerade unverantwortlich, wenn der Minister vor Haushaltsentscheidungen vorpreschen würde – allein mit seinem Haushalt. Diese Regierung wird versuchen, im Rahmen des Haushalts für die Jahre 2013 bis 2016 Antworten zu finden – aber nicht jetzt und heute aus einer Spontanaktion heraus. Das wäre kein verantwortliches Handeln.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Vielmehr werden wir dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land, die auf dem Weg zur Arbeit, auf dem Weg zur Schule, auch in ihrer Freizeit täglich auf den Schienenpersonennahverkehr angewiesen sind, sich darauf verlassen können, dass sie den Schienenweg weiterhin nutzen können. Oberstes Ziel ist ganz klar, die Abbestellung von Verkehrsleistungen unbedingt zu vermeiden.

Noch ein Wort zum Jahr 2016: Es wäre absurd, wenn wir hier Denkverbote einfließen lassen würden. Ein Fahrzeugpool kann kommen oder nicht, aber darüber muss man doch nachdenken. Das können wir hier auch nicht allein geschwind aus dem Ärmel saugen. Um eine abgewogene Antwort treffen zu können, muss man fragen: Was spricht dafür, was spricht dagegen? Das ist verantwortliches Handeln, und so werden wir die Ausschreibung des Verkehrsvertrags für 2016 im Verlauf dieses Jahres angehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Herr Kollege Haller, gestatten Sie eine Nachfrage der Kollegin Razavi?

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Ja, gern.

(Zurufe der Abg. Helmut Walter Rüeck und Karl-Wilhelm Röhm CDU)

**Abg. Nicole Razavi** CDU: Herr Kollege, sind Sie der Meinung, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt noch viel Zeit zum Nachdenken haben?

(Zuruf des Abg. Georg Nelius SPD)

Der Minister hat Ihnen ja in seiner Stellungnahme geschrieben, dass uns die Zeit davonläuft.

Mich würde Ihre Einschätzung interessieren. Erstens: Ist der Fahrzeugpool mit den Kosten, die ich vorhin beschrieben habe, für das Land lukrativ?

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Zweitens: Wie schätzen Sie den zeitlichen Spielraum, den wir derzeit haben, um 2016 wirklich zu günstigen Preisen gute Verkehre mit neuen Fahrzeugen zu bekommen, ein?

**Abg. Hans-Martin Haller** SPD: Der entscheidende Punkt, dass wir gute Preise bekommen, ist die Entzerrung. Wir dürfen nicht alles auf einen Schlag vergeben. Das gilt auch für Baden-Württemberg; da haben wir 40 Millionen Zugkilometer zu vergeben. Bundesweit sind es fast 320 Millionen. Es ist das A und O, dass wir das Ganze entzerren wollen.

Nochmals: Sie wollten das, aber das Konzept, das Sie auf dem Silbertablett serviert haben, ist zerbrochen. Dies war nicht Ih(Hans-Martin Haller)

re Schuld, sondern es ging auf eine höchstrichterliche Entscheidung zurück. Die Direktvergabe ist eben nicht mehr möglich. So viel Realismus müssen Sie schon anerkennen.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Die Zeit ist knapp. Das ist völlig klar. Herr Haußmann hat es angesprochen: Bauzeiten und anderes mehr. Aber angesichts der Leistungsfähigkeit des Ministeriums und der Regierung werden wir das schaffen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident! Ich möchte unserem Verkehrsminister

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Loben!)

helfen, eine Erinnerungslücke zu schließen, indem ich aus einem Bericht über die Beratungen des zuständigen Ausschusses vom 21. September 2011 zitiere. Darin heißt es:

Der Minister für Verkehr und Infrastruktur trug vor, die Stationspreise seien seit der Umstellung des Berechnungsverfahrens für Stationspreise immens gestiegen. Durch die Abschaffung des Regionalfaktors und andere Maβnahmen habe das Land Baden-Württemberg mit Mehrausgaben in Höhe von 20 Millionen € pro Jahr zu rechnen

Das war am 21. September 2011. Ich hätte mir schon gewünscht, zu hören, wie die Lücke von 20 Millionen € im Haushalt geschlossen werden soll. Ich habe aufmerksam zugehört. Dazu habe ich vom Minister nichts gehört. Dazu habe ich auch vom Kollegen Schwarz nichts gehört. Ich habe bloß gehört, Sie wollen nichts einschränken.

(Glocke des Präsidenten)

Aber ich habe nicht gehört, wie diese Finanzierungslücke geschlossen werden soll.

**Präsident Guido Wolf:** Herr Abg. Haußmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hauk?

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ja.

Abg. Peter Hauk CDU: Kollege Haußmann, können Sie sich erklären, warum wir uns über diesen Sachverhalt erst jetzt, im April, wenige Wochen nach der Verabschiedung des Landeshaushalts, unterhalten, obwohl der Sachverhalt bereits im September letzten Jahres bekannt gewesen ist?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Weil das Protokoll verloren ging!)

**Abg. Jochen Haußmann** FDP/DVP: Ich kann es mir nur dadurch erklären, dass 2011 die Arbeit im Ministerium durch das Thema Stuttgart 21 geprägt war

(Abg. Nicole Razavi CDU: Verhinderung!)

und man möglicherweise völlig vergessen hat, dieses Thema im Haushalt einzuplanen. Das ist meine Erklärung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Zweiter Punkt: Ich höre, Herr Minister, dass Sie das Controlling ausbauen wollen. Jetzt haben Sie eine Menge Leute eingestellt, viel Personal hinzugezogen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Auch Qualität?)

Wenn man jetzt eine gewisse Zeit arbeitet, dann frage ich: Wie lange dauert es, bis man ein Controlling aufbaut?

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das Controlling gibt es ja schon!)

Wenn es so lange dauert, ein Controlling aufzubauen, würde ich mir die Frage stellen: Habe ich die richtigen Leute für das Controlling?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Es wäre mein Wunsch, zu hören, wie die 20 Millionen € finanziert werden. Sie haben gesagt, Sie werden sie irgendwie aus anderen Haushaltsmitteln nehmen. Es gibt ja Millionenprogramme für Radverkehr.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Millionenprogramme? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Lächerlich!)

Vielleicht sind es die Mittel, die Sie umschichten. Aber wir haben nichts dazu gehört, wie das laufen soll. Zum Jahresende kommt der Haushaltsplan für 2013, aber für 2012 haben wir nichts gehört.

Es gibt viele Punkte bei den Kostensteigerungen, bei denen wir eine gemeinsame Linie haben. Aber die Antwort auf die konkrete Frage – das ist ein Thema des Ministeriums –, wie Sie diese Finanzierungslücke schließen, sind Sie hier und heute schuldig geblieben. Sie haben über viele andere Dinge gesprochen, aber über diese Finanzierungslücke haben Sie nicht gesprochen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist das Entscheidende!)

Wenn ich der Verkehrsminister wäre, würde ich meinen Ministerpräsidenten dazu drängen, beispielsweise das Steuerabkommen mit der Schweiz schnell zum Abschluss zu bringen. Denn dann könnten wir über hohe Mittel für den Nahverkehr verfügen.

(Lachen der Abg. Claus Schmiedel SPD und Andreas Schwarz GRÜNE – Abg. Claus Schmiedel SPD: Steuerhinterzieher schützen! Jetzt geht es aber los! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Insofern wäre das eine gute Gelegenheit, dass wir zu hohen Mitteln für den Nahverkehr gelangen. Ich sehe, ich habe den richtigen Punkt getroffen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Landesregierung spricht Verkehrsminister Winfried Hermann.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Vielen Dank, Herr Präsident.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Erklären Sie das mit den 20 Millionen €!)

Es ist mehrfach die Rede davon gewesen, dass ich bereits einen Fahrzeugpool einrichte.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das hat niemand gesagt! "Wollen"!)

Ich dementiere das hier noch einmal in aller Deutlichkeit. Nein, ich habe gesagt, wir prüfen alle Möglichkeiten, und eine Möglichkeit ist ein Fahrzeugpool. Wir haben damit übrigens auch Gutachter, Experten beauftragt. Die Leute aus meinem Haus waren in Niedersachsen, wo sie sich angeschaut haben, wie das mit einem Fahrzeugpool funktioniert. Wir werden in den nächsten Tagen das Endergebnis von diesen Experten vorliegen haben. Aber ich kann Ihnen schon heute sagen: Wir werden genau abwägen. Wir sind überhaupt nicht vorfestgelegt.

Wir sehen jedoch gewisse Risiken bei dem Fahrzeugpool und auch, dass es andere Möglichkeiten gibt. Ich habe vorhin gesagt: Auch die Wiedereinsatzgarantie von Fahrzeugen ist ein mögliches Mittel. Wir werden hier sicherlich noch darüber diskutieren, wie wir es machen.

Zweiter Punkt: Herr Haußmann hat freundlicherweise aus einem Bericht über die Beratungen des Verkehrsausschusses zitiert. Damit haben Sie bestätigt, was ich vorhin gesagt habe: Ich habe den Haushaltsgesetzgeber frühzeitig gewarnt, dass dort ein Problem auf uns zukommt. Die Zahlen, die Sie genannt haben – das wissen wir heute –, stimmen so gar nicht,

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Den Haushalt stellen doch Sie auf! – Abg. Peter Hauk CDU: Sie haben doch gelogen und betrogen!)

weil es im September noch keine Endabrechnung für 2011 geben konnte, sondern da gab es sozusagen die Ankündigung: Wir haben eine Preissteigerung.

(Abg. Peter Hauk CDU: Warum haben Sie es nicht im Haushalt angemeldet? – Gegenruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das hat er schon dreimal gesagt!)

Herr Hauk, Sie schreien dauernd dazwischen. Das ist einfach unmöglich, Herr Präsident. Egal, was ich sage, es gibt immer jemanden, der dazwischenschreit. Das ist irgendwie mühselig.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das liegt an dem Redner! – Abg. Peter Hauk CDU: Dann lassen Sie doch eine Zwischenfrage zu!)

Noch einmal zu Herrn Haußmann: Diese 20 Millionen € waren die als wahrscheinlich angesehene Ansage für 2012. Ich habe darauf hingewiesen, dass es 2013 mehr sein könnte.

Was war nun 2012? Erstens – noch einmal –: Es war ein Volumen von 700 Millionen €. Bei Abrechnungen haben Sie über

das Jahr immer einen zweistelligen Millionenbetrag, der hinund hergeht, wobei Sie unter Umständen durch z. B. Verschiebung einer Rechnungszahlung einen Teil hinbekommen.

Dann werden wir sicherlich auch im Haushalt schauen, ob dort Mittel eingestellt sind, die nicht entsprechend den Planungen ausgegeben werden können. Sie kennen auch solche Fälle, bei denen ein Projekt nicht zustande kommt oder nicht so schnell abgewickelt wird. Wir können die entsprechenden Mittel aber nur dann übertragen, wenn die Haushaltspositionen gegenseitig deckungsfähig sind, und nicht – wie Sie es gesagt haben – beliebig. Jedenfalls wäre das, was Sie genannt haben, ein Beispiel für beliebiges Verschieben. Das machen wir nicht.

Im Übrigen weise ich darauf hin, dass Sie der Haushaltsgesetzgeber sind und die entsprechenden Beschlüsse fassen. Wenn ich – das habe ich heute und schon im letzten Jahr getan – darauf hinweise, dass es in Zukunft Probleme gibt, dann finde ich es nicht in Ordnung, wenn mir vorgeworfen wird, ich hätte etwas verschlafen.

(Zuruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU)

Vielmehr sind dann Sie als Haushaltsgesetzgeber gefragt,

(Abg. Peter Hauk CDU: Unglaublich! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Vorschläge zu machen, wie man mittel- und langfristig diese Probleme löst.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist ja der Hammer!)

**Präsident Guido Wolf:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Jugendbegleiterprogramm II – einen geeigneten Rahmen für die Kooperation von (Ganztags-) Schulen mit außerschulischen Partnern schaffen – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Es wurde wiederum eine Gesamtredezeit von 40 Minuten mit den soeben praktizierten Modalitäten festgelegt.

Das Wort für die Fraktion der FDP/DVP darf ich Herrn Kollegen Dr. Kern erteilen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ich darf Sie um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erfreulicherweise setzt Grün-Rot den Ausbau der Ganztagsschulen fort. Denn die Ganztagsschule war und ist der FDP/DVP stets ein wichtiges Anliegen. Ohne Zweifel gehört der Ganztagsschule die Zukunft. Das hat zum einen wirtschaftliche Gründe – Stichwort Arbeitskräftebedarf –, aber auch bildungspolitische Gründe. Denn wollen wir einen größeren Teil eines Jahrgangs noch weiter gehender qualifizieren als in der Vergangenheit, dann spielen Ganztagsschulangebote eine entscheidende Rolle. Hierbei geht es um

(Dr. Timm Kern)

ein echtes Mehr an Bildungschancen gerade für die Kinder und Jugendlichen, die von Haus aus nicht viel Förderung mitbekommen haben.

Vermutlich wäre es zum Zweck der Entkopplung von Herkunft und Bildungserfolg sinnvoller, Grün-Rot würde sich mehr dem Ganztagsschulausbau widmen, als die knappen Mittel für die Gemeinschaftsschulen und andere Experimente einzusetzen, deren Mehrwert bislang weder nachgewiesen noch plausibel dargelegt werden konnte.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ferner muss man sich der Tatsache bewusst sein, dass mit dem Übergang zur Ganztagsschule als der regulären Schulform auch entsprechende gesellschaftliche Veränderungen einhergehen. So werden unsere Kinder noch mehr Zeit in der Schule verbringen und folglich weniger Zeit zu Hause in den Familien und in den Vereinen. Das bedeutet für die Familien eine erhebliche Umstellung. So wird nicht nur die gemeinsame Zeit mit den Kindern neu bewertet und entsprechend anders gestaltet werden, sondern auch die Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Lehrern erhält eine neue Qualität.

Denn die gemeinsame Verantwortung für die Erziehung der Kinder hört ja nicht mit der Ganztagsschule auf. Zumindest stellen wir Liberalen uns Ganztagsschule nicht wie einen monolithischen Block vor, der in sich geschlossen und isoliert in seiner Umgebung steht, sozusagen als rein staatlicher Bereich, völlig losgelöst von jeglichem gesellschaftlichen Zusammenhang. Für uns Liberale ist die Ganztagsschule in den gesellschaftlichen Zusammenhang eingebunden.

Damit Ganztagsschule kein monolithischer Block wird, der Monokultur hervorbringt, ist ein Rahmen erforderlich, der die Kooperation mit engagierten Eltern, mit Vertretern aus Kirchen, Sport- und Musikvereinen, von lokalen Institutionen und Vereinen sowie aus der Kultur, der Wirtschaft und dem öffentlichen Leben und nicht zuletzt auch aus der Jugendarbeit zuverlässig ermöglicht.

Das Jugendbegleiterprogramm hat bei der Kooperation von Schule und außerschulischen Partnern gute Erfolge vorzuweisen. 1 269 Schulen nahmen zum Schuljahr 2010/2011 an dem Programm teil. Mittlerweile sind es wohl rund 1 500.

Deshalb wollen wir von der grün-roten Landesregierung wissen: Wie halten Sie es mit dem Jugendbegleiterprogramm? Unsere Sorge ist nicht unbegründet. Denn in der Vergangenheit haben sich Grüne und SPD teilweise sehr kritisch über den Einsatz Ehrenamtlicher an den Schulen geäußert.

Ich will die Äußerungen der damaligen Oppositionsvertreter keineswegs pauschal verurteilen, denn letztlich ging es auch Ihnen um Qualität. Das ist auch das wesentliche Anliegen der FDP/DVP im Bildungsbereich. Uns ist es aber an dieser Stelle wichtig, festzustellen, dass für uns Qualität im Bildungsbereich nicht nur gegeben ist, wenn Schule rein staatlich organisiert ist. Für uns ist selbstverständlich, dass gerade auch bürgerschaftliches Engagement ein ebenso hohes Maß an Qualität hervorzubringen vermag, z. B. wenn ein Chorsänger mit Musikmentorenausbildung die Schüler durch seine Begeisterung entsprechend mitreißt.

Die FDP/DVP ist der Auffassung, dass die Leistungen ehrenamtlich engagierter Bürgerinnen und Bürger nicht hoch genug eingeschätzt werden können. Das darin steckende Potenzial sollten wir für ein anspruchsvolles und das gesellschaftliche Leben integrierendes Ganztagsschulangebot nutzbar machen. Ich glaube, dass wir – Regierung und Opposition – uns auf einen gemeinsamen Nenner einigen können, und dieser gemeinsame Nenner heißt: Qualität durch Ehrenamt.

Sicherlich haben alle Fraktionen aus Gesprächen mit Verbänden aus den Bereichen Musik, Sport, Kirchen, Kunst und Kultur sowie aus der Jugendarbeit mitgenommen, dass diese sich eine noch weiter gehende Verzahnung von Ganztagsschule und außerschulischen Partnern wünschen.

Nach der überwiegenden Auffassung geht das Jugendbegleiterprogramm dabei grundsätzlich in die richtige Richtung. Aber es wird angemahnt, den Rahmen für die Kooperation zu verbessern. Eine Weiterentwicklung des Jugendbegleiterprogramms sollte deshalb aus unserer Sicht an drei Punkten ansetzen:

Erstens: Es muss einen unbürokratischen und praktisch zu handhabenden Rahmen für die Kooperation abgeben. Das Budgetprinzip, das die christlich-liberale Landesregierung hierbei eingeführt hat, weist in die richtige Richtung. Noch immer klagen einige Schulen aber über den hohen Verwaltungsaufwand als der größten Schwierigkeit im Zusammenhang mit dem Jugendbegleiterprogramm.

Zweitens: Es muss überprüft werden, inwieweit die Entlohnung der außerschulischen Partner ausreicht, wenn wir gleichzeitig eine hohe Qualität verlangen. Wenn wir das Mitglied einer Laienschauspielgruppe mit theaterpädagogischer Qualifizierung für ein Theaterangebot an einer Schule nachmittags gewinnen wollen, dürften die hierfür in der Mehrzahl der Fälle bisher bezahlten 8 € pro Stunde kaum angemessen sein. Ich lade Sie hierbei ein, nicht in den altbekannten Reflex zu verfallen, nach dem Grüne und SPD zu FDP/DVP und CDU sagen: "Hättet ihr das in den Jahren eurer Regierung gemacht!", während die Opposition sagt: "Ihr habt so viel versprochen, jetzt beweist euch!" Der Blick in den Rückspiegel führt uns auch hier nicht weiter. Das Argument steigender Kosten muss man, längerfristig betrachtet, anders beurteilen. Wenn wir jetzt beim weiteren Ausbau der Ganztagsbetreuung darauf achten, dass das Potenzial aus dem Ehrenamt für ein qualitativ hochwertiges Angebot eingebunden wird, spart uns das unter dem Strich eine ganze Menge.

Drittens: eine breit angelegte Werbeoffensive zur Gewinnung von Jugendbegleitern. Wie die Evaluationen zum Jugendbegleiterprogramm zeigen, gibt es eine sehr starke Nachfrage seitens der Schulen nach Kooperationspartnern. 70 % wünschen sich einen Kooperationspartner aus dem Bereich des Sports, 40 % aus dem Bereich Soziales, 35 % aus der Kultur, 34 % aus der Musik, 30 % aus der Jugendarbeit, 21 % aus der Wirtschaft, 16 % aus dem Bereich Umwelt, 11 % aus der Kirche und 10 % aus den Hilfsorganisationen.

Fazit: Wir Liberalen fordern die Landesregierung auf, mit den betroffenen Verbänden und Institutionen sowie mit den kommunalen Landesverbänden über eine Fortsetzung und Weiterentwicklung des Jugendbegleiterprogramms zu sprechen und verbindliche Vereinbarungen zu treffen. Sollte es zu einer in(Dr. Timm Kern)

terfraktionellen Initiative kommen, würde die FDP/DVP das begrüßen und aktiv mitwirken, sofern Konsens darüber besteht, dass Ehrenamt und Vereine wesentlich zum Gelingen eines Ganztagsangebots beitragen können und auch sollten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Guido Wolf:** Für die CDU-Fraktion spricht die Kollegin Dr. Stolz.

Abg. Dr. Monika Stolz CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Jugendbegleiterprogramm ist eine kleine Erfolgsgeschichte. Es ist vor sechs Jahren eingeführt worden. Mehr als ein Viertel der Schulen bedienen sich dieses Programms. Es ist erprobt, es ist evaluiert. Es hat sich als Chance erwiesen, dass die Schulen geöffnet werden. Qualifiziertes Ehrenamt von Verbänden und Vereinen wird einbezogen.

Das Jugendbegleiterprogramm deckt ein breites Angebotsspektrum ab. Die Jugendbegleiter und die Schulen werden unterstützt. Die Jugendbegleiter werden qualifiziert. Das Programm ist durch verschiedene Maßnahmen qualitätsgesichert. Es ist nach einer Evaluation weiterentwickelt worden. Den Schulen wurde mehr Autonomie zugesichert. Berufliche Schulen wurden einbezogen. Dieses Programm wächst dynamisch und mobilisiert in der Tat breite Schichten der Bevölkerung. Der Schüleranteil liegt bei knapp 40 %. Das heißt, viele ältere Schüler übernehmen Verantwortung für die jungen Schüler und erwerben Sozialkompetenz. Das Jugendbegleiterprogramm ist häufig auch fester Bestandteil des Schulprofils.

Es ist also eine kleine Erfolgsgeschichte. Wenn ich mich erinnere – es macht wenig Sinn, aber ich mache das trotzdem –, wird mir noch einmal deutlich, dass in den ersten Bemerkungen auch vonseiten der damaligen Opposition von einem "Rohrkrepierer" die Rede war. Mittlerweile ist das nicht mehr nur eine kleine Erfolgsgeschichte, sondern eine große Erfolgsgeschichte.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir können im Prinzip jetzt, bei allen Bedürfnissen, dass so etwas auch weiterentwickelt werden muss, froh sein, dass die derzeitige, grün-rote Regierung bei all dem Chaos, das hier in der Schulpolitik angerichtet wird,

(Zurufe von der SPD: Oi! – Abg. Peter Hofelich SPD: Na, na! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt bitte sachlich bleiben! Das ist doch völlig unsachlich! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

bei diesem Thema nicht holzt. Da können wir froh sein. Wir können im Prinzip auch nicht nur froh sein, sondern auch dankbar sein – im Interesse der Schüler, die von diesem Programm profitieren.

Selbstverständlich ist der Schulbegleiter ein wesentlicher Bestandteil eines Ganztagsschulprogramms, und deshalb warten wir natürlich auf das "Ganztagsschulprogramm, das diesen Namen auch verdient". So ist es im Koalitionsvertrag formuliert. Wir befürchten, dass bei allem Herzblut, das in die Diskussion um die Gemeinschaftsschule – um 40 Gemeinschaftsschulen – gesteckt wird, die unter den geplanten Vorausset-

zungen, sage ich jetzt einmal, scheitern werden, ein Ganztagsschulprogramm, das wir dringend brauchen, eine Weiterentwicklung der Ganztagsangebote in allen Schulformen, unter den Tisch fällt. Deswegen warten wir noch immer auf dieses angekündigte wunderbare "Ganztagsschulprogramm, das diesen Namen auch verdient".

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion GRÜNE spricht Frau Kollegin Boser.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wir haben hier derzeit dank der FDP/DVP eine absolut "aktuelle" und "herausragende" Debatte. Bei Herrn Dr. Kern habe ich absolut die freie Rede vermisst. Ich vermisse auch die Aktualität bei diesem Thema. Wir haben derzeit überhaupt keine Debatte über das Jugendbegleiterprogramm.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir hatten das bei der FDP/DVP schon bei der letzten Aktuellen Debatte; damals ging es um das – was war noch einmal das Thema? – Spekulationsverbot im kommunalen Haushaltsrecht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frei reden!)

– Ich darf nachschauen, was Sie beim letzten Mal auf die Tagesordnung zu bringen versucht haben, Herr Rülke.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wer schon im ersten Satz anderen Vorwürfe macht, muss sich das selbst auch gefallen lassen!)

– Ich werde meine Rede frei halten, Herr Dr. Rülke. Da brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Zum Thema!)

 Ja, zum Thema: Das Jugendbegleiterprogramm existiert. Es wurde von der vorherigen Landesregierung eingeführt und besteht seither fort.

Meine Damen und Herren, das, was die Fraktion GRÜNE in der vergangenen Legislaturperiode kritisiert hat, kritisiere ich heute auch. Denn das Jugendbegleiterprogramm hat leider nicht dazu geführt, dass beispielsweise im Ganztagsschulangebot eine zusätzliche Qualität innerhalb der Ganztagsschulbetreuung entsteht. Die Kritik am Jugendbegleiterprogramm existiert von Beginn an. Wir haben es dabei nicht geschafft

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: "Es hat keinen Wert, was die Leute machen", wollten Sie sagen!)

– Das will ich damit nicht sagen, Herr Röhm, auch wenn Ihr Einwurf – Sie können gern einmal eine Zwischenfrage stellen, statt immer nur Ihre Zwischenrufe zu bringen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die sind aber gut! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Auf jeden Fall besser als Ihre freie Rede, Frau Boser! – Gegenruf des Abg. Walter Heiler SPD: Er sagt es so, die anderen sagen so! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

(Sandra Boser)

Mit dem Jugendbegleiterprogramm werden in den Schulen heutzutage teilweise auch die Hausaufgabenbetreuungen finanziert. Das bedeutet, dass die Qualität, die im Normalfall durch die Lehrer erbracht wird, durch Ehrenamtliche gesteuert wird. Das ist ein großer Kritikpunkt, den die Schulen an diesem Jugendbegleiterprogramm beispielsweise haben.

Ein weiterer Kritikpunkt, den Herr Dr. Kern schon angeführt hat, liegt darin, dass die Schulen einen enormen Organisationsaufwand haben, um die ehrenamtlichen Jugendbegleiter an die Schulen zu bekommen. Wir haben gar kein Problem damit, dass das Ganztagsangebot um die Elemente des Jugendbegleiterprogramms ergänzt wird; dagegen stellen wir uns überhaupt nicht, ganz im Gegenteil.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Frau Kollegin Boser, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Röhm?

**Abg. Sandra Boser** GRÜNE: Wenn sie der --

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich kann meine Frage auch am Ende stellen!)

- Ach, Herr Röhm, ich lasse Ihre Frage gern zu.

Präsident Guido Wolf: Bitte schön.

(Abg. Walter Heiler SPD: Ja, was jetzt?)

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Ich lasse Ihre Frage gern zu.

**Abg. Karl-Wilhelm Röhm** CDU: Kollege Heiler, es hat alles seine Ordnung. Frau Kollegin Boser ist so freundlich und lässt eine Frage zu.

Sie haben vorhin, Frau Kollegin Boser – so habe ich es zunächst verstanden –, Zweifel an der Qualität oder an der Qualifizierung derer geäußert, die ehrenamtlich an Schulen tätig sind. Was berechtigt Sie dazu, die Qualität anzuzweifeln? Mit dieser Frage einhergehend: Wäre es Ihnen lieber, wenn dafür qualifizierte Lehrer eingesetzt würden?

**Abg. Sandra Boser** GRÜNE: Zu Frage 2: Bei der Hausaufgabenbetreuung und der Förderung am Nachmittag halte ich es für besser, wenn Lehrer eingesetzt werden.

Zu Frage 1: Mit dem ehrenamtlichen Engagement habe ich, wenn für die Kinder Zusatzangebote wie beispielsweise Yoga oder Ringen gemacht werden, überhaupt kein Problem. Aber wir müssen uns doch zunächst einmal darum kümmern, dass über das Ganztagsschulangebot auch individuelle Förderungen ermöglicht werden, Herr Röhm. Das sehe ich im Ganztagsschulangebot derzeit nicht. Sie haben in der letzten Legislaturperiode mehrere Gesetzentwürfe abgelehnt, mit denen die Ganztagsschule im Schulgesetz verankert werden sollte. Hätten Sie doch einmal den Mut gehabt, hier einheitliche Regelungen auf den Weg zu bringen, damit zunächst einmal die Qualität an den Schulen im Vordergrund steht, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Machen Sie es doch! – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Frau Kollegin Boser, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wacker?

**Abg. Sandra Boser** GRÜNE: Gern. Dann haben wir wenigstens eine Debatte anstatt nur eine Zusammenfassung der Stichworte. Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Abg. Georg Wacker CDU: Vielen Dank. – Frau Kollegin Boser, Sie kritisieren, dass in der Hausaufgabenbetreuung Ehrenamtliche tätig sind. Sie sagten eben, das sollten Lehrkräfte machen. Wie stehen Sie denn dazu, dass an der neu genehmigten Gemeinschaftsschule, an der Geschwister-Scholl-Schule in Tübingen, Schüler in der sogenannten stillen Zeit – das ist eine Betreuungsphase, in der Hausaufgaben erledigt oder Inhalte nachbereitet werden – von Ehrenamtlichen betreut werden und das Schulkonzept ausdrücklich die Einbindung der Ehrenamtlichen in diesem Bereich vorsieht? Ist dies nicht ein Widerspruch zu Ihrer eben getroffenen Aussage?

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Nein, Herr Wacker, das ist kein Widerspruch zu meiner Aussage. Wenn Sie nämlich das Gemeinschaftsschulkonzept anschauen, dann werden Sie feststellen, dass hier ein rhythmisiertes Ganztagsangebot in gebundener Form vorliegt. Hier haben Sie die Möglichkeit, die individuelle Förderung im Ganztagsschulbereich in den Regelunterricht zu integrieren. Wenn dann in der stillen Arbeitszeit ein Zusatzangebot besteht und diese beispielsweise von Schülern, Schülermentoren begleitet wird, gibt es überhaupt keinen Qualitätsverlust. Wenn aber beispielsweise in einer Realschule die Hausaufgabenbetreuung einzig und allein von Müttern organisiert wird, weil keine anderen Möglichkeiten bestehen, dann sehe ich hier keine Qualität und keine Fördermöglichkeiten, die ein Ganztagsangebot benötigt, Herr Wacker.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Daher stehe ich weiterhin zu der Kritik, die die Grünen in der letzten Legislaturperiode geäußert haben. Wir brauchen in erster Linie ein entsprechendes Ganztagsschulgesetz, das für Qualität und Professionalität steht, und dann das Jugendbegleiterprogramm und andere Kooperationen mit außerschulischen Partnern wie Musikvereinen und Sportvereinen, deren Tätigkeiten als Zusatzangebot gewertet werden, aber nicht das ausschlaggebende Angebot im Ganztagsschulbereich bilden.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Bayer.

Abg. Christoph Bayer SPD: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Diese Debatte ist, zumindest was die Begründung der Aktualität angeht, reichlich skurril. Sie hätte entweder vor eineinhalb Jahren stattfinden müssen, oder sie müsste in einem halben Jahr stattfinden – vor eineinhalb Jahren deswegen, weil zu diesem Zeitpunkt die damalige Landesregierung das Jugendbegleiterprogramm novelliert und neu aufgelegt hat. Da hätten Sie alle diese segensreichen Dinge schon hineinformulieren können. In einem halben Jahr müsste die Debatte deswegen stattfinden, weil aktuell ein Evaluationsbe-

(Christoph Bayer)

richt entsteht. Diesen Bericht hätte man doch bitte schön seriöserweise ruhig noch abwarten können, bevor man über Änderungen diskutiert.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Deswegen kann ich jetzt nicht aus aktuellem Anlass zu diesem Programm sprechen, wohl aber das eine oder andere grundsätzlich sagen. Aber dabei handelt es sich nicht um politische Aufreger. Sie haben es gesagt: Wir können weitestgehend – bis auf Dinge, auf die ich gleich kommen werde – Gemeinsamkeiten feststellen. Das Jugendbegleiterprogramm ist von der Modellphase in die Regelphase übergegangen. Das ist gut so. Auch wir sagen: Gut so. Wir haben die Fortführung dieses Programms ausdrücklich im Koalitionsvertrag vereinbart. Gut so – das müssten wir alle so sehen.

Zur Stärkung dieses Programms und seines Budgets wurde die Zahl der Stunden so weit erhöht, dass es inzwischen 30 000 oder sogar bis zu 40 000 Stunden pro Woche sind. Auch hier sagen wir: Gut so. Das Unterstützungspotenzial ist enorm. Es reicht vom Sport über Kultur, Medien, Sprache etc. bis hin zu Bewerbertrainings. Auch das ist gut so.

Aber jetzt möchte ich Ihnen, meine Damen und Herren, sagen, warum es auch Sinn macht, vor Veränderungen noch einmal ein bisschen über die Grundintention nachzudenken,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

um nicht einfach nur die "Version 2.0" aufzulegen. Ich beziehe mich in dieser Hinsicht auch auf kritische Anmerkungen aus der vergangenen Legislaturperiode. Diese Anmerkungen waren damals richtig, und sie sind jetzt richtig. Das Jugendbegleiterprogramm ist ein gutes, ein wichtiges und ein richtiges Programm, wenn es als Ergänzung zum Schulbetrieb gesehen wird. Es ist eine falsche Weichenstellung, wenn man so tut, als könnte man damit eine tragende Säule der Ganztagsbildung etablieren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dieses Jugendbegleiterprogramm ist – das habe ich immer wieder gesagt – dann ein gutes Programm, wenn es quasi die ehrenamtliche Kür darstellt, also sozusagen das pädagogische Sahnehäubchen draufsetzt. Es ist eine falsche Weichenstellung, wenn man meint, Kernbereiche von Erziehung und Bildung dadurch möglichst kostengünstig irgendwie abdecken zu können.

Es ist also alles in allem ein gutes Programm, wenn das Ehrenamt die Professionalität ergänzt, aber es ist eine falsche Weichenstellung, wenn Professionalität durch Ehrenamt ersetzt wird.

Die Grundintention – auch darüber sind wir uns, denke ich, in diesem Haus einig –, nämlich die zivilgesellschaftliche Öffnung, die Öffnung der Schulen in die Zivilgesellschaft hinein, ist richtig. Aber schon in der ersten Evaluation, im ersten Evaluationsbericht, wurde deutlich, dass nur 19 % der Jugendbegleiterinnen und Jugendbegleiter aus Vereinen, Verbänden und Organisationen kamen und dass 80 % von ihnen bereits einen unmittelbaren oder mittelbaren Schulbezug haben. Es kommt also nur ein relativ kleiner Teil von außen; das Ganze wird im Grunde relativ schulintern organisiert.

Professor Dr. Rauschenbach, der für die Landesregierung bekanntlich den Bereich der Kinder- und Jugendarbeit untersucht hat, kommt in Bezug zum Jugendbegleiterprogramm denn auch zu einigen kritischen Fragen bzw. Einschätzungen. Er sagt nämlich, dass sich durch die Struktur dieses Programms ein – ich zitiere – "höchst situatives, jedes Schulhalbjahr neu auszuhandelndes Ganztagsangebot" ergebe, "das von (einigen) Ehrenamtlichen und (vielen) Honorarkräften getragen wird".

Weiter hinten heißt es in dieser Untersuchung – ich zitiere weiter mit Genehmigung des Präsidenten –:

Ein Dilemma des Jugend-Begleiterprogramms ist, dass es die Entscheidung zur Kooperation und auch zu den Kooperationspartnern "individualisiert" und dadurch ein sehr heterogenes und vielfach zufälliges, personengebundenes Angebot erwarten lässt.

Abschließend steht dort:

Und schließlich scheint sich bislang mit Blick auf die Inhalte des Angebots doch eher ein Übergewicht zugunsten von Betreuung und zulasten von Bildung und Erziehung anzudeuten.

So äußert sich Professor Dr. Rauschenbach in seinem Gutachten, das 2010 veröffentlicht wurde.

Meine Damen und Herren, es sind gerade solche Analysen, die uns auch ein klein wenig zum Nachdenken bringen sollten, wenn es um die Weiterentwicklung und die Nachjustierung eines solchen Programms geht.

Das einfache, pure "Weiter so!" mit allerlei Programmen und Projekten, meine Damen und Herren, wird es mit uns nicht mehr geben.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Kollege Bayer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Röhm?

Abg. Christoph Bayer SPD: Ja, bitte schön.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Vielen Dank, Herr Bayer. – Ich höre aus den Worten von Frau Boser und auch aus Ihrem Beitrag, dass es Ihnen lieber wäre – ich komme noch einmal darauf zurück –, die Jugendbegleiter durch qualifizierte Lehrer zu ersetzen. Welchen Ressourcenbedarf sehen Sie, um in der von Ihnen favorisierten gebundenen Ganztagsschule dann auch alle bedienen zu können, und wie groß schätzen Sie die Chance ein, dass diese Lehrer – wir haben jetzt ganz starke Jahrgänge – dann auch alsbald eingestellt werden können?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und was kostet das?)

**Abg.** Christoph Bayer SPD: Ich habe mich zum Grundsatz geäußert, dass wir unser Schulsystem nicht so aufbauen können, dass wir Ehrenamt für Pflichtaufgaben einsetzen. Das habe ich damals gesagt, das sage ich jetzt, und das bleibt auch in Zukunft richtig.

(Christoph Bayer)

Richtig ist auch, dass Ehrenamtliche, wo immer sie qualifiziert eingesetzt werden können — Ich freue mich, dass in der neuen Tranche nun 20 % des Budgets auch zur Qualifizierung genutzt werden können; das war vorher nicht der Fall. Ich bin mir sicher, dass dadurch ein Qualitätsplus an die Schulen kommt. Ich warne aber sehr davor, dass man das mit dem Aufbau eines gut rhythmisierten Bildungsganztags, der professionell getragen werden muss, verwechselt.

Ich meine, wenn Veränderungen an Programmen überhaupt anstehen – ich sehe diese Möglichkeiten und diese Notwendigkeiten gar nicht –, bedarf es zuvor einer Aufgabenkritik und bedarf es der Evaluation. Da sind wir mittendrin. Das warten wir jetzt auch gemütlich ab.

Lieber Herr Dr. Kern, es hätte sich gelohnt, dieses Berichtchen, das jährlich aufgelegt wird, abzuwarten. Es ist für das zweite Quartal 2012 angekündigt. Diese Eile kann eigentlich nur Ihrer Ungeduld, vielleicht auch den Umfragetiefs, in denen Sie sich befinden, geschuldet sein. Bringen Sie da also ein klein wenig Geduld auf. Wir haben noch genügend Möglichkeiten, solche Debatten zu führen. Die Aktualität wird vermisst. Sie besteht schlichtweg nicht.

Zum gesamten Thema Ganztagsschulen, zur Einbettung von Ganztagsbetreuung in das Schulkonzept werde ich mich in der zweiten Runde äußern.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Landesregierung spricht Frau Kultusministerin Warminski-Leitheußer.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich fange heute einmal mit einem Lob an. Natürlich, das Jugendbegleiterprogramm ist ein gutes Programm, das geeignet ist, Sachverstand aus Vereinen und Verbänden, der an der Schule so nicht vorhanden ist, in die Schule einzubeziehen – übrigens nicht nur an den Ganztagsschulen. Ich sage das auch ganz bewusst vor dem Hintergrund meiner kommunalen Erfahrung: Ja, wir haben es in der Tat mit der Situation zu tun, dass wir sehr viel Sachverstand, sehr viel Engagement im individuell-privaten Bereich und in den Verbänden haben, und es ist vernünftig, das zusammenzubringen und gemeinsam Schule zu gestalten.

Deshalb haben wir, die Landesregierung, auch das Programm, dessen Fortsetzung Sie noch Anfang 2011 beschlossen haben, gern fortgesetzt und dafür auch zusätzliche Deputate zur Verfügung gestellt.

Es ist allerdings auch Folgendes richtig: Genauso wie das Jugendbegleiterprogramm dazu dient, dass man außerschulischen Sachverstand nicht nur an Ganztagsschulen bringt – was vernünftig ist –, genauso ist klar: Wir werden Ganztagsschule mit dem, was wir qualitativ tatsächlich abbilden wollen, nicht allein durch das Jugendbegleiterprogramm hinbekommen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Frau Boser hat es gerade sehr eindrucksvoll skizziert: Eine Ganztagsschule ist eine rhythmisierte Schule mit einem rhythmisierten Betrieb über den ganzen Tag – Abwechslung zwischen Lernen und Freizeitgestaltung und Beaufsichtigung. Wir haben dort in der Tat ein viel größeres Erfordernis an zusätz-

lichem pädagogischen Sachverstand, als man das allein durch Jugendbegleiter hinbekommt.

Wie ist der aktuelle Stand? Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will diese Zahlen sehr gern vortragen. Im Moment werden im außerschulischen Bereich etwa 30 000 Stunden durch Jugendbegleiter abgedeckt. 1 500 Schulen sind aktuell an dem Jugendbegleiterprogramm beteiligt. Das ist schon ein Pfund

Wir gehen im Augenblick davon aus – es ist angesprochen worden –, dass wir die konkrete Auswertung der jetzigen zweiten Tranche bzw. der jetzt regulierten Tranche im Sommer haben werden. Wir werden sehen, wie hoch die Zahlen tatsächlich sind. Womöglich sind wir dann bereits bei 20 000 Stunden. Natürlich ist das ein schöner und wunderbarer Beitrag, um Schulen in Baden-Württemberg zu unterstützen. Niemand wird Menschen, die engagiert sind und Sachverstand haben, daran hindern, ihr Wissen einzubringen.

Im Übrigen geht es nicht nur darum – das haben wir schon an den beruflichen Schulen gesehen –, dass wir die Schulen dabei unterstützen, ihr Programm zu vervollständigen. Vielmehr geht es auch darum, dass Menschen aus der Wirtschaft ihren Sachverstand einbringen, um die berufliche Orientierung zu verbessern. Das funktioniert in der Zusammenarbeit mit den IHKs sehr gut. Ich denke, wir werden aufgrund der Evaluationsergebnisse im Sommer noch weitere Ansatzpunkte erhalten, an welcher Stelle wir weiterentwickeln können.

Eine Linie ist im Gespräch mit Vertretern des Sports schon sehr deutlich geworden: Die Sportvereine bieten an, uns noch intensiver als bisher dabei zu unterstützen, die sportliche Betätigung von Kindern und Jugendlichen an den Schulen zu intensivieren. Ich sehe das Jugendbegleiterprogramm durchaus als eine Möglichkeit, um die Zusammenarbeit mit den Sportvereinen zu intensivieren.

Ich als Kultusministerin möchte die Ergebnisse der Evaluation abwarten. Dann werden wir anhand der Hinweise, die wir dadurch erhalten, weitermachen.

Was auf jeden Fall schon jetzt passiert: Der Wunsch sowohl der Schulen als auch der Kommunen und der beteiligten Verbände ist es, dass wir eine Datenbank aufbauen. Diese wird noch in diesem Sommer im wahrsten Sinn des Wortes ins Netz gehen. Es handelt sich um die Datenbank "Lokale Bildungsnetzwerke". Auf Knopfdruck können sich dann all diejenigen, die an einer Kooperation mit Schulen interessiert sind, und die Schulen, die ein Interesse an Kooperationspartnern haben, einbringen und können zueinanderfinden. Das ist ein wunderbarer Baustein, der sicherlich dazu beitragen wird, dass noch mehr passiert.

Abschließend noch ein Satz, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu der zweifellos großen Herausforderung, vor der wir stehen: Die Ganztagsschule in Baden-Württemberg muss selbstverständlich weiter ausgebaut werden. Das hat einfach etwas mit den tatsächlichen Lebensbedingungen der Menschen zu tun. Das ist überhaupt keine Frage. Es hat auch etwas mit Bildungsgerechtigkeit zu tun. Da möchte ich Herrn Dr. Kern ausdrücklich zustimmen.

Deshalb ist es wichtig, dass wir in der Tat so viel wie möglich in die Ganztagsschule – auch qualifiziert mit weiteren Lehrer(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

deputaten – investieren. In diesem Schuljahr stehen für den Ausbau der Ganztagsschule 150 Deputate zur Verfügung.

Im Augenblick haben wir noch das Problem, dass die Kommunen mit den Investitionen gar nicht so schnell nachkommen, wie das Land Mittel zur Verfügung stellt.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Für Jugendbegleiter stellen wir weitere 50 Deputate zur Verfügung. Daran sehen Sie, dass wir, die neue Landesregierung, ein großes Interesse daran haben, dass Kooperationen, die von den Schulen übrigens begrüßt werden, funktionieren. Die Klagen über bürokratische Hemmnisse halten sich gerade an diesem Punkt sehr in Grenzen. All das, was von den Schulen begrüßt wird und dazu beiträgt, dass Kinder an den Schulen gut betreut werden, werden wir fortsetzen. Aber es ist eine große Herausforderung.

Ich wiederhole hier, was ich bereits im Bildungsausschuss gesagt habe: Im Augenblick befinden wir uns mit den Kommunen in Gesprächen; wir werden mit den Kommunen darüber zu reden und zu vereinbaren haben, wie wir mit dem Ganztagsschulausbau deutlich vorankommen. Denn das ist der nächste Punkt, der nach dem bedarfsgerechten Ausbau der Elementarbetreuung ansteht. Da stimmen wir überein. Ich bin dabei ausdrücklich zur Kooperation – auch mit allen Fraktionen – bereit; denn in der Tat ist es eine wichtige gesellschaftliche Herausforderung.

Im Übrigen darf ich darauf hinweisen, dass im nächsten Schuljahr mindestens weitere 40 Ganztagsschulen hinzukommen werden, und zwar rhythmisierte Ganztagsschulen. Das sind die Gemeinschaftsschulen. Auch das ist ein Beitrag dazu, in Baden-Württemberg die Schullandschaft zukunftssicher weiterzuentwickeln.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm)

Ganz herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Haußmann.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Timm Kern!)

- Herr Abg. Dr. Kern, Entschuldigung.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die berühmten Kern-Aussagen!)

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Liebe Kolleginnen und Kollegen von Grün-Rot, Sie soll einmal jemand verstehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Normalerweise bekommen Sie, wenn ich hier vorn stehe und zu Bildungsfragen spreche, bald rot unterlaufene Augen und schimpfen und maulen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was?)

Heute strecke ich Ihnen die Hand entgegen und sage: "Machen wir doch etwas gemeinsam. Wo finden wir Gemeinsam-

keiten?" Sie dagegen fragen: "Wo ist bei dieser Debatte die Aktualität?" Ihnen kann man es nicht recht machen.

(Lachen des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Kritisiert man Sie zu Recht, sind Sie damit nicht einverstanden. Streckt man Ihnen die Hand entgegen und fragt: "Können wir etwas gemeinsam machen?",

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Auch nicht recht!)

dann fragen Sie: "Wo ist die Aktualität der Debatte?" Ich sage Ihnen, wo die Aktualität dieser Debatte ist. Es ist klar: Wenn man von Ihnen inhaltlich nichts hört – null –,

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

dann fällt einem natürlich auch kein Grund für die Aktualität ein.

Es gibt zwei bzw. drei sehr gute Gründe für die Aktualität. Erstens: Die Verbände, Kirchen, Vereine stehen doch – hoffentlich – auch bei Ihnen vor der Tür und sagen: "Wir brauchen eine Fortentwicklung, wir brauchen Verlässlichkeit,

(Zuruf des Abg. Georg Nelius SPD)

wir brauchen einen Rahmen." Eine Regierung, die sich selbst als "Regierung des Zuhörens" versteht, muss beide Ohren auf Durchzug gestellt haben,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

wenn sie das von den Vereinen, Verbänden und Kirchen nicht hört.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Der zweite Grund ist, dass Sie in diesem Bereich nichts tun, obwohl diese Vereine, Verbände, Kirchen, Sportvereine usw. da sind. Das ist doch wohl Grund genug.

Wir jedenfalls nehmen diese Anliegen ernst. Wir sind der Meinung, dass wir hierfür dringend ein neues Jugendbegleiterprogramm brauchten. Sie machen aber nichts. Das ist Begründung genug für die Aktualität.

Im Übrigen hat diese Debatte auch gezeigt, dass Ihnen etwas ganz anderes vorschwebt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Abg. Georg Nelius SPD: Können Sie einen konkreten Fall nennen?)

Sie haben ein tiefes Misstrauen gegenüber den Ehrenamtlichen. Wir haben das nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Völlig richtig! So ist es! Das ist der fundamentale Unterschied!)

Kollege Bayer hat eindeutig gesagt: "Wir sehen keine Notwendigkeit für Veränderung, wir warten gemütlich ab." Das

(Dr. Timm Kern)

ist ein Armutszeugnis. Wir warten nicht gemütlich ab. Baden-Württemberg kann es sich in diesem Bereich nicht leisten, gemütlich abzuwarten.

Zum Schluss möchte ich noch einmal den Versuch starten: Wir bleiben dabei – –

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Herr Kollege Dr. Kern, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lehmann?

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Ein Satz noch, dann bin ich sowieso fertig.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das war keine Antwort auf die Frage!)

Wir bleiben dabei: Ich strecke Ihnen erneut die Hand zur Kooperation aus. Wir sollten bei diesem wichtigen Thema gemeinsam arbeiten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was maulen Sie dann erst herum?)

Da lohnt sich der parteipolitische Streit unserer Meinung nach nicht; denn wenn Sie allein arbeiten, wie z. B. bei der Gemeinschaftsschule, sieht man ja, was dabei herauskommt. Dafür ist uns die Ganztagsschule zu wichtig.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Frage? – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Keine Zwischenfrage. – Dann spricht für die CDU-Fraktion Kollegin Dr. Stolz.

**Abg. Dr. Monika Stolz** CDU: Werte Frau Ministerin, Ihre Aussagen fasse ich als deutliches Kompliment an die Vorgängerregierung auf,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

die in der Tat die Bedingungen geschaffen hat, dass dieses Programm jetzt so laufen kann,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

wie es auch weiterläuft, wobei wir natürlich immer – das ist immer Aufgabe der Politik – auch an Weiterentwicklungen arbeiten müssen.

Aber, liebe Frau Boser und lieber Herr Bayer, das muss auch gemacht werden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Unser Ministerpräsident hat gesagt: "Regieren ist kein Ponyhof."

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Regieren heißt, dass man sich mit den Bedingungen auseinandersetzt und etwas tut.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn Sie sagen: "Veränderungen bedarf es nicht, wir warten gemütlich ab" und Frau Boser zu diesem Thema nichts zu sagen weiß, außer aus Oppositionszeiten dieses Programm zu kritisieren.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

kann ich nur sagen: Handeln Sie doch! Stellen Sie Lehrer ein! Machen Sie das Ganztagsprogramm! Darauf warten wir ja. Tun Sie es doch!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie sind in der Regierung. Sie sind nicht auf einem Ponyhof. Alles, was wir immer wieder hören,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

kommt mir so vor: Man hat einem kleinen Kind die Nuckelflasche genommen, und das Kind merkt nicht, dass es jetzt auch einmal allein trinken muss. Regieren Sie, auch bei diesem Thema.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion GRÜNE spricht Frau Kollegin Boser.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zum Thema Nuckelflasche! – Gegenruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das ist peinlich, Herr Kollege! – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

**Abg. Sandra Boser** GRÜNE: Wieder einmal ein qualifizierter Zwischenruf. – Herr Dr. Kern, wir sind uns hier im Plenum sicherlich einig, dass wir den Ausbau der Ganztagsschulen voranbringen wollen. Da schlage ich keine Hand aus. Aber es muss uns doch insgesamt klar sein, dass es zunächst einmal auch um die Qualität in den Schulen geht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Warum kommen denn derzeit viele Kirchen, Vereine, Musikschulen gar nicht in die Schulen hinein? Weil die Schulen mit der Aufgabe überlastet sind, den Schülerinnen und Schülern eine qualitativ hochwertige Förderung mitzugeben. Das heißt, derzeit findet an den Nachmittagen im Ganztagsbereich oftmals die Hausaufgabenbetreuung statt. Schon hier haben die Schulen das Problem, dass sie diese organisieren müssen.

Daher, Frau Dr. Stolz: Wir machen uns gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden daran, ein Ganztagsschulgesetz auf den Weg zu bringen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gern!)

– Herr Röhm, Sie haben in der Vergangenheit ein Ganztagsschulgesetz immer ausgeschlagen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Röhm, Sie haben zehn Jahre Zeit gehabt! – Zurufe der Abg. Karl-Wilhelm Röhm und Georg Wacker CDU) (Sandra Boser)

Sie können jetzt doch nicht behaupten, Sie wollten ein Ganztagsschulgesetz.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kommen Sie einmal an meine Schule!)

Frau Dr. Stolz, der Spruch "Politik ist kein Ponyhof", den Frau Kristina Schröder als Erste gebracht hat

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Stimmt auch! – Abg. Dr. Monika Stolz CDU: Ihr Ministerpräsident hat das gesagt!)

– Frau Kristina Schröder und viele andere –, passt doch absolut nicht. Ich will die Politik nicht immer mit einem Ponyhof vergleichen. Wir brauchen ein Ganztagsschulgesetz, und wir brauchen Qualität in den Schulen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dann müssen Sie Lehrer einstellen, wenn Sie es umsetzen wollen! – Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

 Wir können uns ja dann darüber unterhalten, wie wir das finanzieren, Herr Röhm. Da werden wir sicherlich in eine Debatte kommen. Aber heute habe ich hierzu bislang keine aktuelle Debatte festgestellt.

Ich glaube, Sie hätten besser daran getan, wenn Sie einen Antrag zum Jugendbegleiterprogramm gestellt hätten. Dann hätten wir uns im Ausschuss darüber auseinandersetzen können, wie wir es besser machen können. Aber die Aktualität dieser Aktuellen Debatte, muss ich sagen, vermisse ich derzeit.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist aber traurig!)

**Präsident Guido Wolf:** Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Bayer.

**Abg.** Christoph Bayer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jetzt sind am Ende doch noch ein paar künstlich produzierte Aufreger in die Debatte gekommen. Herr Kern, ich nehme Ihre ausgestreckte Hand einmal an, ich nehme sie ernst und stelle ein paar Punkte fest:

Das Jugendbegleiterprogramm wird aktuell so weitergeführt, wie es die vorherige Regierung "eingetütet" hat. Das Jugendbegleiterprogramm bringt die Zivilgesellschaft an die Schulen, und das wollen wir auch. Deswegen ist es sinnvoll.

Das Jugendbegleiterprogramm passt gut bezogen auf Einzelpersonen. Es passt weniger gut zur Systematisierung von Kooperation zwischen Schulen und Organisationen. Genau daraus entstehen auch die Zerwürfnisse, die beschrieben wurden, bzw. entsteht der Bürokratieaufbau.

Das Jugendbegleiterprogramm wird auch bei den gebundenen Ganztagsschulen sowie in zukünftigen Ganztagsschulkonzepten seinen Stellenwert behalten. Aber es ist ein an Personen orientierter Stellenwert. Deswegen ist das Jugendbegleiterprogramm keine Säule, sondern lediglich ein Baustein bei der Architektur von Bildungslandschaften.

Es muss daher schon eine gewisse Rolle bei der regionalen Bildungsplanung spielen. Aber bei der Systematisierung der Kooperation von Schulen mit außerschulischen Partnern braucht dieses Programm weit darüber hinausgehende Strukturen. Genau in diese Richtung wollen wir die Entwicklung voranbringen. Da orientieren wir uns beispielsweise an dem Mannheimer Unterstützungssystem Schule MAUS oder am Modell der "offenen Bürgerschule". Das alles sind Möglichkeiten, Zivilgesellschaft von der Struktur her in die Schulen hineinzubringen. Dann hoffen wir, Sie an unserer Seite zu haben. Wenn das der Fall wäre, hätte die Debatte vielleicht doch noch einen Sinn gehabt.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Guido Wolf:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist diese Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe Punkt 3 der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg und anderer Gesetze – Drucksache 15/1466

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport – Drucksache 15/1522

Berichterstatter: Abg. Georg Wacker

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung dieses Tagesordnungspunkts eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Kollegen Wacker für die CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Georg Wacker CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kurz vor Ostern haben wir im Bildungsausschuss die kommunalen Landesverbände angehört. Alle, die diese Anhörung aufmerksam verfolgt haben, müssen eigentlich zu dem Ergebnis kommen, dass sowohl der Städtetag als auch der Gemeindetag überhaupt kein gutes Haar an diesem Gesetzentwurf gelassen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Die kommunalen Landesverbände sind dabei Ihnen gegenüber, Frau Ministerin, sehr deutlich geworden. Die kommunalen Landesverbände sprachen von einer überhasteten und unausgegorenen Vorgehensweise bei der Vorlage dieses Gesetzentwurfs und somit der Einführung der Gemeinschaftsschule. Sie haben es sogar zugespitzt: "Die Landesregierung führt die Gemeinschaftsschule damit von Beginn an ins Abseits." Das ist eine sehr deutliche Aussage gegenüber Ihrem Projekt.

Die kommunalen Landesverbände forderten eine Perspektivplanung für alle Schularten, die Sie außer Acht lassen, und nicht nur für Ihr Lieblingsprojekt Gemeinschaftsschule, und sie beklagten, dass jegliche Finanzverantwortung seitens des Landes vermisst werde. Hier haben die kommunalen Landesverbände von einem klaren Foul gegenüber den Kommunen gesprochen. (Georg Wacker)

Meine Damen und Herren, ich zitiere eine Aussage des Vertreters des Gemeindetags in dieser Anhörung:

Es ist für uns inakzeptabel, dass zentrale Finanzfragen des Schulbaus, der Schulausstattung, ... der Sachkostenbeiträge im Gesetzentwurf ganz ausgeklammert sind.

Jetzt muss man fairerweise sagen: Keine Landesregierung übernimmt 1:1 die Forderung der kommunalen Landesverbände. Klappern gehört zum Handwerk. Natürlich ist das eine oder andere auch Bestandteil eines Verhandlungspokers. Nur: Wenn wir uns diesen Gesetzentwurf genau anschauen, müssen wir zu dem Ergebnis kommen, dass alle kommunalrelevanten Fragen, die im Zusammenhang mit der Einführung Ihres Lieblingsprojekts stehen, völlig ungeklärt bleiben.

Meine Damen und Herren, zuerst kam die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung. Wir werden feststellen, dass Schülerzahlen, vor allem an Standorten von kleinen Werkrealschulen, zu Beginn des neuen Schuljahrs massiv einbrechen. Kleine Schulstandorte haben große Sorgen über die Zukunft ihrer Standorte.

Dann suggerieren Sie, dass jede Kommune einen Antrag auf Einrichtung einer Gemeinschaftsschule stellen könne. Das Windhundprinzip kommt zur Anwendung. Jeder versucht zunächst einmal, sehr rasch einen Antrag zu formulieren. Ein enormer Konkurrenzkampf der Kommunen untereinander findet statt. Der Städtetag sprach sogar von einem Kannibalismus der Kommunen untereinander, der jetzt zum Tragen komme.

Schließlich, meine Damen und Herren, lassen Sie die Kommunen dabei völlig allein. Aus der Not geboren gehen die Kommunen ein hohes Risiko ein. Sie können nicht einmal einschätzen, wie die Akzeptanz dieser neuen Schulart in der Zukunft sein wird.

Meine Damen und Herren, zu Beginn der Osterferien haben wir einen sehr großen Jubel aus dem Kultusministerium vernommen. Sie verkündeten mit großem Stolz die Anmeldezahlen der neuen 30 Starterschulen. Wenn wir uns die Anmeldezahlen aber einmal genau anschauen, kommen wir zu folgendem Ergebnis: Mehr als die Hälfte aller genehmigten Starterschulen erreichen nur ganz knapp die Zweizügigkeit.

Da muss ich schon sagen: Es ist dreist, vor dem Hintergrund dieser Zahlen von einem großen Zuspruch für diese Schulart zu sprechen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Dazu braucht man keinen Maulwurf!)

Die Kommunen gehen ein doppeltes Risiko ein. Die pädagogische Akzeptanz ist ungewiss; sie müssen vor allem gegen einen demografischen Trend vor Ort angehen.

Deswegen zitiere ich hier noch einmal Matthias Klopfer, Oberbürgermeister von Schorndorf, früherer Geschäftsführer der SPD-Fraktion hier im Landtag:

Was jetzt vorliegt, ist lediglich ein Schonprogramm für den ländlichen Raum.

Meine Damen und Herren, Sie behaupten, die Begeisterung vor Ort für Ihr Projekt sei groß. Aber dort haben bis jetzt heftige Diskussionen stattgefunden. Auch das haben Sie bisher verschwiegen.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Ach! Einstimmig im Gemeinderat beschlossen!)

Wenn Sie die Presseberichte der letzten Wochen und Monate aufmerksam verfolgt haben, sind Sie auf Überschriften gestoßen wie: "Gemeindetag auf Konfrontationskurs zur Schulreform", "Schlechte Noten für Gemeinschaftsschulen", "Unausgegorener Entwurf", "An Schulen nicht improvisieren", "Handwerkstag rügt Bildungsreform", "Gymnasiallehrer haben kein Interesse", "Esoterische Gemeinschaftsschulpolitik"

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: "Esoterisch"!)

und "Kritik an Gemeinschaftsschulen". Auch das spiegelt die Debatte vor Ort wider.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Die CDU in Tübingen stimmt einstimmig zu! Ein Schuss in den Ofen für Sie! – Gegenruf von den Grünen: Aha! Hört, hört!)

- Ja, ja. Sie nennen Tübingen als Beispiel.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ihre Parteifreunde!)

Sie sagen, das sei ein Paradebeispiel für die gesamte Fläche des Landes. Das stimmt nicht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Tübingen ist ein uraltes Projekt! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE – Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE meldet sich. – Glocke des Präsidenten)

- Nein, ich lasse jetzt keine Zwischenfrage zu.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aha!)

Gern in der zweiten Runde, Herr Präsident.

Ich möchte Ihnen die Aussage eines Realschuldirektors aus dem Raum Stuttgart in den "Stuttgarter Nachrichten" zitieren:

Die Gemeinschaftsschule verspricht Chancengleichheit. Sie verspricht, dass sich die soziale Auslese, die auch in Baden-Württemberg zu beklagen ist, auflöst. Die individuelle Förderung der Schüler soll im Mittelpunkt stehen. Gleichzeitig sollen am Ende anspruchsvolle Abschlüsse stehen. Ich bin skeptisch, ob dieser Spagat gelingt.

Das war das Zitat eines Schulleiters.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Schön, dass Sie gefragt haben, ob Sie zitieren dürfen! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Auch so ein Angsthase aus der CDU! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Du kannst mit solchen Leuten nichts gewinnen!)

Das ist eine Skepsis, die in der gesamten Fläche des Landes wahrgenommen wird.

(Georg Wacker)

Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie konterkarieren dabei sogar Ihr eigenes Ziel. Deswegen darf ich vor dem Hintergrund der heftigen Diskussionen, die vor Ort in den einzelnen Kommunen stattfinden, Peter Fratton – Schulinnovator, Ihr Mentor und Pate des Projekts – zitieren. Er sagte am 28. April auf einer Veranstaltung der CDU-Landtagsfraktion – Zitat –:

Die Gemeinschaftsschule kann in einer Gemeinde nur gelingen, wo alle Beteiligten dies wollen, sonst gibt es nur Verlierer.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Auch die CDU-Gemeinderatsfraktion!)

Dieses Zitat spricht Bände. Lassen Sie sich dieses Zitat einmal auf der Zunge zergehen.

Meine Damen und Herren, wir finden auf Seite 2 Ihres Gesetzentwurfs folgende Aussage – ich zitiere –:

Eine belastbare konkrete Gesamtbetrachtung der finanziellen Auswirkungen ist aufgrund der nicht näher bestimmbaren Parameter (insbesondere Anzahl und Zeitpunkt der Einrichtung von Gemeinschaftsschulen) nicht möglich.

Das ist eine Aussage aus Ihrem Gesetzentwurf.

Wir haben folgende Ausgangslage: In dieser Legislaturperiode haben Sie einen Ressourcenkuchen, den Sie nicht mehr vermehren können; Sie haben dazu nicht die Möglichkeit. Die Ressourcen sind vergeben. Trotz des Rückgangs der Schülerzahlen sind diese Ressourcen verplant, entweder durch Maßnahmen der Vorgängerregierung oder durch Projekte, die Sie selbst beschlossen haben. Was Sie jetzt aber tun, ist: Sie bauen die Gemeinschaftsschule systematisch aus. Dieser Ausbau erfordert in zunehmendem Maß Jahr für Jahr zusätzliche Ressourcen. Ergebnis ist: Diesen Bereich bauen Sie aus, und die anderen Schularten werden systematisch darunter leiden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir werden nicht müde, in der Fläche des Landes zu sagen, dass dieses Projekt nachweislich zulasten aller anderen Schularten in Baden-Württemberg geht.

Weitere Ausführungen gern in der zweiten Runde.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion GRÜNE spricht Frau Kollegin Boser.

**Abg. Sandra Boser** GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wir haben heute die Wahl: Verharren wir in einem Schulsystem, das Unzufriedenheit schafft, oder gehen wir entscheidende Schritte zur Modernisierung unserer Schulen?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Oh-Rufe von der CDU)

Verharren wir weiter in einem nahezu jahrhundertealten System, oder passen wir unser System an eine moderne und zukunftsorientierte Gesellschaft an?

(Zuruf von der CDU: Ideologisch!)

Bleiben wir im Gestern stehen, oder gehen wir die Schritte ins Heute, um uns und unsere Kinder auf morgen vorzubereiten?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Niveauabbau!)

Meine Fraktion, die Fraktion GRÜNE, und ich bekennen uns ausdrücklich zu dem heute im Entwurf vorliegenden Gesetz und damit zu einem großen Schritt in ein offeneres und gerechteres Schulsystem.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Denn die Gemeinschaftsschule wird mit dem heutigen Tag nun endlich auch in Baden-Württemberg gesetzliche Realität. Wir und die grün-rote Landesregierung folgen damit einer gesellschaftlichen Veränderung und entsprechen damit einer Entwicklung, die zuvor konsequent ignoriert wurde.

Dieses neue schulische Angebot für Schüler, Eltern, Lehrer und Schulträger, das zuvor seit Langem gefordert und gewünscht wurde, wird den Bedürfnissen der Schulentwicklung gerecht und stößt vor allem auch deswegen auf eine große Akzeptanz. Die hohen Anmeldezahlen an den ersten Gemeinschaftsschulen belegen allein noch nicht deren langfristige Leistungsfähigkeit, aber sie zeigen die lang gebremste Motivation und die Bereitschaft zum längeren gemeinsamen Lernen auch hier in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich habe keinen Zweifel daran, dass diese Hoffnung und dieser Wunsch nach einem flächendeckenden Angebot zum längeren gemeinsamen Lernen bald in ganz Baden-Württemberg erfüllt werden können.

Gute Schulabschlüsse, längeres gemeinsames Lernen und Leistungsfähigkeit an der Gemeinschaftsschule werden bald Realität sein. Wissen Sie, warum ich davon so überzeugt bin? Im Gegensatz zu Ihnen sehen und anerkennen wir die Motivation der Verantwortlichen, der Schulleiterinnen und Schulleiter, der Lehrerinnen und Lehrer und auch der Eltern und der Kinder. Ebendiese Motivation und deren Einsatz für die individuelle Freude am Lernen und Lehren werden den schulischen Erfolg bringen.

Warum wollen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, diesen Menschen die Motivation und die Lust auf Schule nehmen? Warum wollen Sie dieses innovative Gesetzesvorhaben stoppen und den Verantwortlichen vor Ort ein weiteres Mal im Weg stehen? Anstatt mitzuhelfen, das Schulsystem in die Lage zu versetzen, sich den gesellschaftlichen Ansprüchen und der Realität anzupassen, schüren Sie Ängste und Vorbehalte bei den Bürgerinnen und Bürgern des Landes. Doch zum Glück sind die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land und viele Ihrer eigenen Bürgermeister und Parteikollegen sehr viel offener und moderner als viele Kollegen hier im Landtag.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Sandra Boser)

Natürlich gibt es auch offene Fragen. Es wäre geradezu tragisch, wenn wir das Schulsystem verbessern und modernisieren wollten und das vor Ort niemanden interessieren würde. Es gab und gibt Kritik an einzelnen Punkten des Gesetzes. Darüber haben wir in den vergangenen Wochen und Monaten ausgiebig diskutiert. Heute, am Ende dieser Diskussion, steht ein Gesetz zur Einführung der Gemeinschaftsschule, das einen breiten Konsens findet. Die Zustimmung zu den Grundlinien dieser Reform zeigt: Dieser Schritt ist richtig, sinnvoll und kommt gerade noch zur rechten Zeit.

## (Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die offenen Fragen nehmen wir selbstverständlich ernst; das ist doch klar. Hier in Baden-Württemberg geschieht etwas Neues, aber das gilt doch nur für Baden-Württemberg. Andernorts ist die Gemeinschaftsschule schon lange Realität – in Europa und in Deutschland. Niemand käme andernorts auf die Idee, eine Schule als "sozialistische Einheitsschule" zu verunglimpfen, nur weil Kinder unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher Begabung gemeinsam diese Schule besuchen und länger gemeinsam lernen. Vorbehalte und ernst gemeinte Fragen darf man natürlich haben und auch vorbringen. Aber Ängste schüren und Menschen verunsichern ist eine Art der Politik, die ich nicht akzeptieren kann.

#### (Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir stellen uns den offenen Fragen und sprechen mit den Bürgerinnen und Bürgern darüber, wie beispielsweise längeres gemeinsames Lernen gelingen kann.

Es gibt Behauptungen wie: "Längeres gemeinsames Lernen schwächt die Starken und hemmt die Schwachen." Zahlreiche nationale und internationale Studien belegen allerdings, dass die Zusammenstellung der Klassen oder Lerngruppen nach Begabung der Schülerinnen und Schüler keine negativen Einflüsse auf die Leistung hat. Das heißt, die Heterogenität der Schülerschaft ist für die Lernleistung des Einzelnen unerheblich. Wichtig und ausschlaggebend ist, was in der Lerngruppe, was in der Klasse und im Unterricht geschieht.

Zudem sind viele andere Faktoren für ein erfolgreiches Lernen maßgeblich: ein gutes Klassenklima, ein gutes Sozialklima, ein gutes Schulklima, ein Klima der Anerkennung ohne Ausgrenzung und ohne Selektionsdruck.

# (Zuruf von der CDU: Wirklich?)

Überaus wichtig ist ein unterstützendes, schülerorientiertes Klima. Von enormer Bedeutung sind die Motivation und die personale Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer. Ich habe überhaupt keinen Zweifel daran, dass dies an den Gemeinschaftsschulen wie auch an allen anderen Schulen im Land im Mittelpunkt der Bemühungen stehen wird. Die ersten Rückmeldungen der Schulen zeigen uns, dass viele Schülerinnen und Schüler das Angebot der Gemeinschaftsschulen wahrnehmen wollen und wir genau die Heterogenität an den Schulen erreichen, die diese Schulen am Ende zu erfolgreichen Gemeinschaftsschulen werden lässt.

Ich will aber den Blick noch einmal auf das Gesamte lenken. Wir und die grün-rote Landesregierung sehen mit Blick auf die Entwicklung in Deutschland unsere Aufgabe auch darin, im kooperativen Wettbewerb mit anderen Bundesländern neue

Rahmenbedingungen für Baden-Württemberg zu schaffen und dabei die gesamte Entwicklung im Blick zu haben.

Von der Opposition wird hier immer behauptet, Baden-Württemberg liege im Bildungssektor an der Spitze Deutschlands.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das stimmt auch!)

Nehmen wir einmal eine der letzten großen Studien, z. B. den Bildungsmonitor 2011 der Bertelsmann Stiftung: Platz 3, Herr Dr. Kern.

## (Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: 1!)

Betrachtet man diese Studie aber genauer, dann stellt man fest, dass wir in vielen Bereichen weit abgeschlagen sind. Im Bereich der Integration beispielsweise liegen wir auf Rang 13, im Bereich der Fördermöglichkeiten auf Rang 14, bei der Betreuungssituation auf Rang 9. Das ist weder die Spitze noch das Mittelfeld, meine Damen und Herren, sondern das ist das Ende der Rangliste.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wenn das, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Ihr Anspruch für Baden-Württemberg ist, dann können Sie alles so belassen, wie es ist. Unser Anspruch hingegen sieht anders aus. Wir wollen endlich echte Chancengerechtigkeit und Leistungsstärke als Ziel. Dazu bedarf es nun einmal veränderter Rahmenbedingungen. Die Gemeinschaftsschule ist dabei ein entscheidender Schritt.

Wenn hier, wie bei der letzten Beratung, gesagt wird – ich zitiere –: "Wir im Südwesten messen uns nur mit den Besten", sage ich: Natürlich messen wir uns mit den Besten. Auch der SC Freiburg und der VfB Stuttgart messen sich mit den Besten.

(Abg. Walter Heiler SPD: Und der HSV!)

– Und der HSV. – Aber das Entscheidende ist doch die Frage: Wo stehen wir am Ende dieses Vergleichs? Da stehen wir im Südwesten eben nicht überall auf den Champions-League-Plätzen. Da bedarf es Veränderungen und bedarf es Mut zur Veränderung, meine Damen und Herren.

In ganz Deutschland verändert sich die Bildungslandschaft. Kaum ein anderes Land neben Baden-Württemberg hat noch das gegliederte Schulsystem.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die anderen haben auch Bonussysteme!)

Wenn wir in andere Bundesländer und an die Spitze der Rangliste schauen wollen, müssen wir nach Sachsen und Thüringen schauen. Dort findet sich traditionell ein zweigliedriges Schulsystem, bestehend aus Gymnasien und aus Mittelschulen, Gesamtschulen, und es wird nicht schon nach der vierten Klasse selektiert, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der CDU)

Mit Ausnahme von Bayern ist die Gemeinschaftsschule oder die Gesamtschule bereits in der ganzen Republik vertreten. Die Hauptschulen gehen derzeit in fast allen Bundesländern (Sandra Boser)

in anderen Schularten auf, auch in Bayern beispielsweise, das die Hauptschulen derzeit in Mittelschulen umwandelt. Baden-Württemberg hat unter der vorherigen Landesregierung diese Entwicklung eindeutig verschlafen.

## (Beifall bei den Grünen und der SPD)

Neben dem Anspruch auf Bildungsgerechtigkeit und der Aufgabe, allen Kindern die bestmöglichen Voraussetzungen zu schaffen, haben wir auch die Erwartung der Wirtschaft in gewisser Weise zu erfüllen. Teamfähigkeit und Sozialkompetenz sind heute wichtige Voraussetzungen. Doch diese Erwartungen konnten in der Vergangenheit nicht mehr uneingeschränkt erfüllt werden; daher rührt die große Zustimmung beispielsweise des Handwerkstags.

Wir haben die Situation, dass in Baden-Württemberg 25,7 % der jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund zwischen 25 und 30 Jahren keinen Ausbildungsabschluss haben. Im Gegenzug haben wir einen hohen Fachkräftemangel. Das geht doch nicht zusammen, meine Damen und Herren. Da muss man doch in Baden-Württemberg aktiv werden und diese Situation verbessern. Ich sehe, dass wir noch einiges vor uns haben, um in einigen Jahren wieder von einem richtig erfolgreichen Bildungssystem sprechen zu können.

Ich sage hier auch ganz deutlich: Das liegt nicht an der Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer, die tagtäglich an den Schulen ihr Bestes geben, sondern hier liegt der Fehler im System. Deshalb sehe ich uns gefordert, dieses System zu verbessern und an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen.

Ich möchte hier gern noch eine Aussage des Bildungsforschers Wilfried Bos aufgreifen. Er sagte, dass Chancengerechtigkeit und Leistungsstärke in einem Bildungssystem abbildbar sind, dass aber derzeit die Chancengerechtigkeit in Deutschland so gut wie keine Rolle spielt und wir dadurch enorm viele Bildungsverlierer haben. Wir werden in Baden-Württemberg möglich machen, dass Chancengerechtigkeit und Leistungsstärke in einem Bildungssystem zusammengehen und Baden-Württemberg damit für ganz Deutschland zu einem Vorbild für ein modernes, chancengerechtes und leistungsstarkes Schulsystem wird.

Veränderte Schulstrukturen wie die Einführung der Gemeinschaftsschule sind hierbei sicherlich kein Allheilmittel. Es sind weitere Schritte notwendig, um das möglich zu machen: die regionale Schulentwicklung beispielsweise, die Lehrerausbildung, Investitionen in den frühkindlichen Bereich, die wir bereits getätigt haben. Doch ist der heutige Schritt, die Verabschiedung des Gesetzes zur Einführung der Gemeinschaftsschule, ein wegweisender Schritt zu einem besseren, leistungsstarken und chancengerechten Schulsystem in Baden-Württemberg.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Kleinböck.

**Abg. Gerhard Kleinböck** SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine Damen und Herren! Wir haben einige Fakten, die für die Gemeinschaftsschule sprechen, ge-

hört. Ich will gar nicht alles wiederholen, sondern nur einige wesentliche Punkte ansprechen:

Die Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder werden deutlich verbessert. Das ist vielfach nachgewiesen. Dass wir insgesamt höhere Bildungsleistungen erzielen, das muss man natürlich wollen. Wir wollen das. Auch dass die Chancengleichheit beim Zugang zu höheren Bildungsabschlüssen gewahrt wird, muss man natürlich wollen. Wir wollen das. Dass in fast allen Ländern länger gemeinsam gelernt wird, ist ein Fakt. Auch das Ergebnis der PISA-Studien – wir können es nachlesen –, dass das längere gemeinsame Lernen in diesen Ländern ein Erfolgsfaktor ist, muss man anerkennen. Das sind doch Argumente, angesichts derer wir fragen müssen: Gibt es in Deutschland besondere Rahmenbedingungen, die die Notwendigkeit des längeren gemeinsamen Lernens ernsthaft infrage stellen können?

Ganz wichtig ist uns auch, dass wir vor allem die starke Kopplung von sozialer Herkunft und ethnischer Zugehörigkeit einerseits und Bildungserfolg andererseits sehen. Diese zu ändern muss man natürlich auch wollen.

Sie wissen natürlich auch, meine Damen und Herren: Ein Ergebnis des längeren gemeinsamen Lernens in diesen Ländern ist eine viel geringere Leistungsstreuung. Das heißt aber nicht, dass es dort weniger Spitzenleistungen geben würde. Vielmehr ist die Gruppe derjenigen Schülerinnen und Schüler, denen notwendige Basisqualifikationen für ein lebenslanges Lernen oder für eine vernünftige Ausbildung fehlen, wesentlich kleiner. Der Anteil derjenigen, die Spitzenleistungen erbringen, ist sogar deutlich größer als in Deutschland, meine Damen und Herren von der Opposition.

Zumindest was die Steigerungsrate bei den Spitzenleistungen angeht, sollte es doch eine breite Zustimmung bei Ihnen geben. Dass hierzu sozusagen noch eine Zugabe gegeben wird, indem die Zahl der wenig Qualifizierten – was ich persönlich als ganz große gesellschaftliche Herausforderung betrachte – deutlich abnimmt, kann uns doch im Grunde genommen nur recht sein.

## (Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, ich habe an dieser Stelle schon einmal darauf hingewiesen, dass in Deutschland momentan 1,5 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 30 Jahren keinen Berufsabschluss, keine Ausbildung haben. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass wir hier in Baden-Württemberg einen erheblichen Beitrag dazu geleistet haben. Auch wenn wir mit einem Anteil von 7 % Schulabgängern ohne Abschluss im Ranking relativ gut dastehen, sind es auch im letzten Jahr 6 200 junge Menschen gewesen, die wir so in dieses System entlassen haben. Die Altersarmut ist für diese jungen Leute bereits im Alter von 17 oder 18 Jahren vorprogrammiert. Das können wir nicht einfach sehenden Auges zulassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben, um diesen neuen Weg zu gehen – das kann man auch nicht oft genug sagen –, in den Jahren 2011/2012 insgesamt 4 000 Lehrerstellen im System belassen, die Sie eigentlich streichen wollten, meine Damen und Herren von Schwarz-

(Gerhard Kleinböck)

Gelb. Das ist ein ordentlicher Beitrag. Das sind Ressourcen, die zur Verfügung gestellt werden.

Wenn Sie hier auch wieder auf die Grundschulempfehlung zu sprechen kommen, deren Verbindlichkeit wir aufgehoben haben, muss ich einfach noch einmal deutlich sagen: Wir wissen doch alle, dass diese Empfehlung am Ende der Klasse 4 mit erheblichen Unsicherheiten behaftet war, dass wir viele falsche Schullaufbahnempfehlungen konstatieren mussten. Ich verweise nur auf die Abschlüsse an der Integrierten Gesamtschule Mannheim, die Sie auch in der Statistik nachlesen können, und ich verweise auf die Stresssituationen für Lehrer, für Eltern und vor allem für Schülerinnen und Schüler. Manche mögen da vielleicht sagen: Das ist der Härtetest, das ist der Einstieg ins wirkliche Leben. Das kann man so sehen; wir sehen es allerdings nicht so, sondern wir wollen uns die Verbindlichkeit bei der Grundschulempfehlung wirklich ersparen.

Wir wissen natürlich auch, dass Eltern das Leistungsvermögen ihrer Kinder nicht unbedingt immer richtig einschätzen. Auch das ist für mich ein ganz gravierender Grund dafür, dass wir uns in Richtung Gemeinschaftsschule auf den Weg machen müssen.

Lassen Sie mich zur Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung noch eines sagen: Jede falsche Beratung, die da erfolgt ist, jede einzelne falsche Beratung war eine falsche Beratung zu viel.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zurufe von der SPD: Ja! Genau!)

Meine Damen und Herren, der Wechsel nach der Klasse 4 ist sowohl im Hinblick auf die Persönlichkeitsentwicklung als auch im Hinblick auf die Lernentwicklung viel zu früh. Wir wissen es: Starke Persönlichkeiten sind gute Lerner. Das weiß man, Herr Dr. Kern, übrigens auch in Schleswig-Holstein. Sie gestatten sicherlich, dass ich die Meldung aus dem dortigen Kultusministerium zitiere: "Eltern sind froh über die Gemeinschaftsschule." Sie wissen, dass es Ihr Parteifreund ist, der dort das Zepter in der Hand hält.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Noch!)

Die Gemeinschaftsschule ist in Schleswig Holstein ein Erfolgsmodell. Das wird – das kann ich Ihnen sagen – auch bei uns so kommen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Siehe PISA!)

Sie wissen, dass das seine Zeit braucht.

Im Übrigen weise ich noch einmal darauf hin: Die bildungspolitische Diskussion, die wir im Land und hier im Haus erleben – z. B., Lehrer seien "Lernbegleiter"; sie seien keine Lehrer mehr, sondern sie säßen nur noch da und unterhielten sich mit den Kindern; es hieß: hoffentlich schauen sie wenigstens, ob die Kinder überhaupt noch arbeiten –, zeigt doch ganz deutlich, dass die "Kompetenz", die sich dahinter verbirgt, oftmals nur im eigenen Schulbesuch begründet ist oder sich durch das Parteibuch, die Parteilinie begründet. Da sollten wir, meine Damen und Herren, doch etwas mehr auf das achten, was bereits im Land läuft.

Nur die eigene Bildungsbiografie zugrunde zu legen ist für eine nachhaltige Bildungspolitik schlicht und ergreifend zu wenig. Da darf man sich auch im Bereich der Bildung einmal eher auf Fachleute verlassen.

Bereits in den Sechzigerjahren haben Bildungsexperten – Dahrendorf und andere – das Schulsystem angeprangert, weil es den Benachteiligten zu wenig Chancen lasse, und sie haben schon damals das Bürgerrecht auf Bildung gefordert. 40 Jahre später sind wir nun hier in Baden-Württemberg keinen Schritt weiter.

Deshalb ist es notwendig, dass auch in diesem Land endlich etwas geschieht. Wir haben auch im Bildungsausschuss eine breite Diskussion geführt. Sie können dies im Protokoll nachlesen.

(Abg. Georg Wacker CDU: Genau!)

 Sie können es nachlesen, lieber Kollege Wacker. Den entscheidenden Satz haben Sie natürlich verschwiegen: Der Städtetag begrüßt grundsätzlich die Einführung dieser neuen Schulart.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! – Abg. Georg Wacker CDU: Aber das war es auch schon, Herr Kollege! Das war das Einzige!)

Sie erinnern sich sicherlich auch daran, dass die einen von vorherein gern mehr Geld gehabt hätten und manche den Prozess insgesamt gern etwas schneller durchlaufen würden, während andere, wie beispielsweise Sie, meinen, dass wir viel zu schnell vorgehen. Wir werden es nun so machen, dass wir den eingeschlagenen Weg "schnelllangsam" weiterbeschreiten,

(Abg. Georg Wacker CDU: Largo, Adagio, Allegro moderato, Allegro, Presto, Prestissimo!)

damit alle Beteiligten zufrieden sind. – Ja, ja, das machen wir genau so. "Schnelllangsam" ist für uns die Lösung. Wir machen uns auf den Weg.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch eines kurz anmerken: Wenn unser – gerade in unserem Wahlkreis, Kollege Wacker – geschätzter Carl Benz sich damals Zeit gelassen hätte, als er das Automobil erfunden hat, und gewartet hätte, bis auch das Automatikgetriebe und die Servolenkung zur Verfügung standen, weil man damit bequemer hätte nach Pforzheim tuckern können,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der CDU: Da gab es ja noch den Kaiser!)

dann müssten wir uns, Herr Kollege Wacker, wahrscheinlich drei Tage vorher von Weinheim aus auf den Weg machen, um rechtzeitig zur Plenarsitzung zu kommen.

Wir fangen mit der Gemeinschaftsschule an. Ich sehe die Gemeinschaftsschule in einem Entwicklungsprozess. Wir haben in diesem Gesetz jetzt die Leitplanken festgelegt. Alle Beteiligten sind froh, dass endlich begonnen wird.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss im ersten Durchgang noch eine Frage formulieren: Haben Sie ei(Gerhard Kleinböck)

gentlich alle schon einmal eine dieser Schulen, die sich auf den Weg gemacht haben, von innen gesehen? Das wäre natürlich ganz interessant.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

 Doch, das haben sie schon. Das weiß ich. Das habe ich ja auch unterstellt, lieber Kollege Heiler.

Lassen Sie mich abschließend den Bundespräsidenten bei seiner Vereidigungsrede zitieren. Er hat gesagt:

Wir dürfen nicht dulden, dass Kinder ihre Talente nicht entfalten können, weil keine Chancengleichheit existiert.

Meine Damen und Herren, auch die Opposition sollte das zur Kenntnis nehmen. Herr Gauck ist schließlich jetzt unser gemeinsamer Präsident.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Kern.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es war schon bemerkenswert: Die SPD will "schnelllangsam" losgehen, und die grüne Kollegin produziert hier vorn so viel heiße Luft, dass ich schon Angst hatte, dass sich das Dach hier allmählich hebt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Georg Wacker CDU: Wie in einer klassischen Sinfonie! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Tageslicht für den Landtag! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Es wird immer schlimmer! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das hätte auch der Rülke sagen können! Das passt! – Gegenruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Die gleichen sich allmählich an!)

In einigen Bundesländern haben verschiedene Streitparteien in den letzten Monaten sogenannte Schulfrieden geschlossen. Da waren stets auch Vertreter Ihrer Parteien dabei, verehrte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen. Jedenfalls hatte sich wohl bei allen Beteiligten die Einsicht durchgesetzt, dass ein Schulkampf um die Frage, wer mit seiner Schulideologie gerade Oberwasser hat, herzlich wenig mit der Sicherung und Entwicklung von Qualität in Schule und Unterricht zu tun hat.

Deshalb appelliere ich heute ein weiteres Mal an Sie, meine Damen und Herren von Grün-Rot: Noch ist es nicht zu spät. Stoppen Sie den sinnlosen Schulkampf in Baden-Württemberg,

(Unruhe)

den Sie mit der kompromisslosen Einführung der Gemeinschaftsschulen anzetteln.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Dass Sie einen Verdrängungskampf gegen das gegliederte Schulwesen führen, können Sie im Ernst doch nicht bezweifeln. Führende Vertreter Ihrer Parteien geben das ja ganz offen zu. Da ist der Ministerpräsident, der offen zugibt – Zitat –: "Die Einführung der Gemeinschaftsschule ist der erste Schritt weg vom gegliederten Schulsystem." Der SPD-Fraktionsvorsitzende Claus Schmiedel spricht öffentlich in der Presse über die Gemeinschaftsschule, die nach dem Willen der Regierung in rund zehn Jahren die Schullandschaft in Baden-Württemberg dominieren soll.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, selbstverständlich!)

Genau dies ist der Unterschied zwischen linker Schulpolitik und liberaler Schulpolitik. Sie meinen zu wissen, welche Schulart für unsere Schülerinnen und Schüler die beste ist.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Das machen doch Sie!)

Wir Liberalen aber wollen in Baden-Württemberg keine einseitige Dominanz gleich welcher Schulart, sondern wir wissen, dass die Menschen unterschiedliche Begabungen und auch unterschiedliche Motivationen haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Warum haben Sie dann nicht die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung aufgehoben? – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Kollege Dr. Kern, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lehmann?

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Wenn der Kollege Lehmann seinen Einfluss in seiner Fraktion dahin gehend nutzt, dass wir einmal eine zeitneutrale Lösung finden, dann gern.

Genau aus diesen guten und wohlüberlegten Gründen halten wir Liberalen am differenzierten, leistungsgerechten Schulsystem fest und werden in aller Klarheit die Menschen in unserem Land über Ihre wahren Motive aufklären. Sie wollen mittelfristig nur noch eine einzige Schulart in Baden-Württemberg haben. Nur fehlt Ihnen – bislang jedenfalls – der Mut zur Ehrlichkeit, das auch offen zuzugeben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sie haben gar nichts kapiert!)

Dass Ihre ideologische Schulpolitik nicht nur einseitig ist, sondern auch organisatorisch geradezu mangelhaft bis ungenügend durchgeführt wird, haben Ihnen vor den Osterferien sowohl der Städtetag als auch der Gemeindetag in teilweise drastischen Worten ins Stammbuch geschrieben. Ich erlaube mir, nur ein paar Begrifflichkeiten aus den Stellungnahmen aufzugreifen: "pädagogischer Dampfhammer", "grobe Fouls und ein Affront gegen die Kommunen" und notabene "Hütchenspielertricks". Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, man muss es sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: Für die kommunalen Landesverbände wird die baden-württembergische Bildungspolitik von Hütchenspielern gemacht – wobei ich an dieser Stelle den kommunalen Landesverbänden ausdrücklich widersprechen muss. Denn soweit ich informiert bin, muss bei richtigen Hütchenspielern wenigstens unter einem Hütchen auch tatsächlich etwas liegen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU) (Dr. Timm Kern)

Bei der Landesregierung ist aber selbst bei grundlegenden Organisationsfragen nichts zu finden. Beispiel Lehrerfortbildung. Die FDP/DVP-Fraktion hat hierzu einen Antrag gestellt: Die Landesregierung möge zum Thema Gemeinschaftsschule berichten.

bis zu welchem Zeitpunkt die Bildungspläne fertiggestellt sein sollen und ab welchem Zeitpunkt die auf dieser Grundlage notwendige Lehrerfortbildung durch Multiplikatoren und anschließend in der Fläche vorgesehen ist.

Die Stellungnahme der Landesregierung lautete:

Nach derzeitiger Planung soll die Weiterentwicklung der Bildungspläne für die allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg im Juli 2015 abgeschlossen sein.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aha!)

Maßnahmen der Lehrerfortbildung sind für den Zeitraum ab Herbst 2014 vorgesehen, zunächst für Multiplikatoren und anschließend für Lehrkräfte.

Das heißt nichts anderes, als dass die Gemeinschaftsschulen im Herbst dieses Jahres starten, ohne dass es eine einzige Fortbildungsstunde für die Lehrer gegeben hätte, und Bildungspläne gibt es ebenfalls nicht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört, hört!)

Meine Damen und Herren, jetzt ist es heraus: Bei den Hütchenspielern von Grün-Rot sind alle Hütchen leer.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Besser als wenn die Köpfe leer sind!)

Nirgends lässt sich etwas von Substanz finden, weder was die schulorganisatorischen Fragen angeht, noch was die finanziellen Konsequenzen für die Kommunen angeht. Gerade dies war ein wesentlicher Kritikpunkt der kommunalen Landesverbände.

Es stimmt einfach nicht, was Sie behaupten, nämlich dass Sie sich im Gegensatz zur Politik des damaligen, CDU-geführten Kultusministeriums eine liberalere Schulpolitik erlauben würden. Das zeigt sich inzwischen in Ihrem Regierungshandeln ganz deutlich. Ich habe auch ein Beispiel dafür.

Die Gemeinde Weil im Schönbuch hat am 19. Januar dieses Jahres bei der Landesregierung einen Antrag auf Einrichtung eines Schulversuchs gestellt. Wesentlicher Inhalt dieses Schulversuchs sollte sein, längeres gemeinsames Lernen durch eine Orientierungsstufe in Klasse 5 und Klasse 6 auf Basis des Realschullehrplans durchzuführen. Anschließend sollten die Schüler in einer Schule mit einem Lehrerkollegium in möglichst vielen gemeinsamen Lerngruppen nach ihren Fähigkeiten den Hauptschulabschluss, den Werkrealschulabschluss und den Realschulabschluss erreichen können.

Dem Antrag beigefügt war ein detailliert ausgearbeitetes Konzept, das im Gemeinderat, in der Schulkonferenz, in der Lehrerkonferenz und unter Beteiligung der Elternvertretungen einstimmig beschlossen worden war und mit den Nachbargemeinden ebenfalls abgestimmt wurde.

Was antwortete nun die Kultusministerin am 26. März 2012? Ich erlaube mir, aus dem Brief zu zitieren:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ...

nach Prüfung des Antrags muss ich Ihnen leider mitteilen, dass die Einrichtung eines Schulversuchs nach § 22 Schulgesetz hier nicht genehmigt werden kann.

Weiter unten heißt es:

Aus den vorgelegten Folien geht jedoch auf eindrückliche Weise hervor, wie groß die Bereitschaft von Schulleitung und Lehrkräften der Grund- und Werkrealschule Weil im Schönbuch ist, Schülerinnen und Schüler nach ihren individuellen Voraussetzungen zu fördern.

Darüber hinaus ist den Unterlagen zu entnehmen, dass sowohl genügend Fachräume an der Schule vorhanden sind, als auch eine Ganztagsschule mit Mensabetrieb eingerichtet wurde. Damit wären weitere Voraussetzungen zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule gegeben.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Aha!)

Der beantragte Schulversuch enthält Elemente aus der pädagogischen Konzeption der Gemeinschaftsschule, wäre jedoch nur eine Zwischenlösung auf dem Weg dorthin. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass bei den aktuellen bildungspolitischen Zielen Schulversuche, die nicht dem Anspruch einer flächendeckenden Einführung genügen, nicht genehmigt werden können.

(Unruhe)

Jetzt kommt der letzte Satz:

Ich würde mich sehr freuen, wenn sich Schulträger und Schule der Gemeinde Weil im Schönbuch dem Gedanken an eine Gemeinschaftsschule nähern könnten.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Aha!)

Mit freundlichen Grüßen

Gabriele Warminski-Leitheußer

(Abg. Georg Wacker CDU: Schön geschrieben! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Immer freundlich!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist der Beweis: Sie gängeln! Sie schreiben vor! Was Ihnen nicht ins Konzept passt, das erlauben Sie nicht! Das ist Ihre angeblich freie Schulpolitik. Hören Sie doch mit diesem Etikettenschwindel auf! Sie betreiben eine Schulpolitik, die an Dirigismus sogar noch das in den Schatten stellt, was Sie selbst einst bei Ihren konservativen Amtsvorgängern kritisiert haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Was die Menschen in unserem Land brauchen, ist eine echte Gestaltungsfreiheit der für das Schulleben vor Ort Verantwortlichen. Diesem Ziel wird Grün-Rot mit der Einführung der Gemeinschaftsschule gerade nicht gerecht, da diese Schulart pädagogisch und schulorganisatorisch nur als Gesamtpaket

(Dr. Timm Kern)

übernommen oder abgelehnt werden kann. Eine Kooperation von Gemeinschaftsschulen mit bislang bestehenden Schularten schließt der Gesetzentwurf sogar grundsätzlich aus.

Aus diesem Grund bringt die FDP/DVP-Fraktion den vorliegenden Entschließungsantrag ein, der die Landesregierung ersucht, die Voraussetzungen für diese dringend benötigte Gestaltungsfreiheit zu schaffen und alle Anträge der Schulträger auf Kooperation von unterschiedlichen Schularten grundsätzlich zu genehmigen, unabhängig davon, ob eine Gemeinschaftsschule oder eine nach Leistungsniveau bzw. nach Bildungsgängen differenzierende Schulorganisation oder Pädagogik angestrebt wird. Stimmt der Landtag für diesen Antrag, wäre zumindest der Weg frei für eine Bildungspolitik von unten, die diese Bezeichnung auch tatsächlich verdient.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Warminski-Leitheußer

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach so viel Emotion – das Dach hat auch schon gewackelt –, Herr Abg. Dr. Kern, kehren wir vielleicht einmal wieder zu den Fakten zurück.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Herr Dr. Kern, wenn Sie hier den Schulkampf – einen angeblichen Schulkampf – beschwören, dann liegt das – bei aller Wertschätzung – wirklich neben der Sache. Fakt ist: Die Eltern stimmen mit den Füßen ab, sind mit großer Begeisterung bei der Gemeinschaftsschule dabei. Gedanken, die wirklich gut sind, lassen sich auch nicht totbekommen. Das sieht man daran.

An Sie gerichtet, meine Damen und Herren von der CDU, sage ich: Während Sie in schwarz-weißen Zeitungsannoncen ankündigen, dass Sie jetzt neu denken, geben wir bereits die Antworten auf dringende bildungspolitische Fragen. Während Sie die Menschen mit farblosen Druckerzeugnissen langweilen, lassen wir in Baden-Württemberg Farbe zu.

(Abg. Georg Wacker CDU: Aber nur Rot und Grün lassen Sie zu!)

Ich sage Ihnen eines: Die Bildungslandschaft in Baden-Württemberg ist bunt. Das, was sich jetzt entwickelt, ist das Ergebnis eines Denkprozesses,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kunterbunt!)

der nicht erst unter Grün-Rot, sondern schon viel früher angefangen hat. Sie hätten die Chance gehabt, diese Entwicklung zuzulassen; wir tun das jetzt. Man sieht, was passiert.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Georg Wacker CDU: Ja, genau! Man sieht, was passiert!)

– Ja, es passiert nämlich etwas. Es gibt nämlich plötzlich Begeisterung in den Städten und Kommunen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Stimmung ist da, nicht Begeisterung!)

Mit einem haben Sie recht. Sie haben gerade Peter Fratton zitiert. Natürlich hat er recht, wenn er sagt: So eine neue gute Schule muss im ganzen Ort mit großer Begeisterung getragen werden. Das sagt übrigens auch Frau Professor Dr. Rita Süssmuth immer. Selbstverständlich ist das so. Wenn ich denn vor Ort tatsächlich eine gute Bildungslandschaft will, dann muss ich begeistert sein. In den Kommunen gehen alle Parteien – alle Parteien! – mit großer Begeisterung an die Arbeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wie sind denn jetzt die Fakten? Die Anmeldezahlen für die Gemeinschaftsschulen liegen vor. Es haben sich 1 880 Schülerinnen und Schüler für die Starterschulen angemeldet. 28 Starterschulen werden voraussichtlich zweizügig, neun dreizügig und zwei vierzügig sein. Es wird allerhöchstens eine dabei sein, die nur einzügig ist. Damit übertreffen die allermeisten Schulen die Prognosen, die wir, das Kultusministerium, angestellt haben, deutlich.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Daran sehen Sie: Wenn die Menschen ein überzeugendes Angebot vor Ort haben, dann nehmen sie dieses Angebot auch wahr. Deutlicher kann man es nicht machen. Die Schulleitungen sind begeistert. Sie haben mit ihrem Konzept für Vertrauen geworben und haben dieses Vertrauen bekommen. Diese Anmeldezahlen können Sie nicht kleinreden; sie sind da.

(Abg. Georg Wacker CDU: Zahlen kann man ja nicht anschreien!)

Nein, aber Sie können sie analysieren. Sie werden feststellen, dass die Eltern sehr genau abwägen,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Darüber, was los ist, reden wir in zwei Jahren einmal!)

welche Schule sie für ihre Kinder wählen. Die Begeisterung der Pädagoginnen und Pädagogen vor Ort, übrigens auch die der Kommunalpolitiker, ist offensichtlich ansteckend und erzeugt Vertrauen. Wir wissen übrigens auch – dazu liegen uns zumindest die ersten Einschätzungen vor –, dass beileibe nicht nur Kinder mit Werkrealschulempfehlung auf diese Starterschulen gehen werden, sondern auch nicht wenige mit Realschul- oder Gymnasialempfehlung. Wir werden sehen, dass die Attraktivität dieser Schulen in den nächsten Wochen und Monaten noch zunimmt, wenn man erst einmal sieht, wie konkret sie die Schullandschaft auch vor Ort verändern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, ich lade Sie noch einmal ausdrücklich ein, zu einer Versachlichung der Debatte zu kommen.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Denn Sie sehen doch, dass die Schulform angenommen wird und dass die Eltern den Pädagoginnen und Pädagogen in diesem Land vertrauen. Dann lassen Sie uns doch darüber nachdenken, wie wir nachhaltige Antworten auf die Fragen geben,

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

die sich aufgrund der Schulentwicklung schon für die nächste Jahre abgezeichnet haben: Wie stelle ich eine ortsnahe Versorgung mit einer leistungsfähigen weiterführenden Schule sicher? Wie können wir Antworten auf die neuen Herausforderungen im tatsächlichen und im beruflichen Leben geben? Wie bereiten wir junge Menschen darauf vor? Dafür bedarf es einer modernen Pädagogik. Wir haben dafür das Know-how im Land, und wir lassen sie endlich zu.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg ist ein Land, das in vielen Bereichen der Wirtschaft die Modernisierung immer vorangetrieben hat. Nur in der Bildungspolitik sind wir in den letzten Jahren weit unter unseren Möglichkeiten geblieben, was Entwicklungsprozesse angeht. Da haben wir einen Nachholbedarf. Wir haben diesen Bann endlich gebrochen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir werden zeigen, dass wir Chancengerechtigkeit und gute, herausragende Leistungen in diesem Land weiterhin entwickeln und tragen können. Damit halten wir dieses Land an der Spitze.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Schau'n wir mal!)

Meine Damen und Herren, ich möchte im Folgenden kurz auf die wichtigsten Eckpunkte des Gesetzentwurfs, die auch durchaus schon Gegenstand der Debatte im Bildungsausschuss waren, eingehen:

Die Gemeinschaftsschulen umfassen im Kern die Sekundarstufe I mit den Klassen 5 bis 10. Sie können auch die Grundschule umfassen. Die Sekundarstufe II kann ab einer Mindestschülerzahl von 60 Schülern eingerichtet werden.

Die Gemeinschaftsschule muss in der Regel zweizügig sein; ausnahmsweise kann sie auch einzügig sein. Aber wir haben gesehen, dass dann, wenn das Angebot vorhanden ist, die Nachfrage so groß ist, dass die Menschen in der Tat mit den Füßen abstimmen.

An der Gemeinschaftsschule wird nach den Bildungsstandards der Hauptschule, der Realschule und des Gymnasiums unterrichtet

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie geht das?)

Selbstverständlich arbeiten an der Gemeinschaftsschule Lehrer aller Schularten.

Gearbeitet und gelernt wird in heterogen zusammengesetzten Lerngruppen, und es werden innovative pädagogische Konzepte angewandt und weiterentwickelt.

Das Entscheidende ist ein wirklich funktionierender Mix aus Lehrerinput, Selbstlernphasen und konsequenter individueller Förderung der Stärken jedes Schülers und jeder Schülerin.

An der Gemeinschaftsschule können deshalb auch alle weiterführenden Schulabschlüsse gemacht werden. Nicht zuletzt das macht die große Attraktivität dieser Schule gerade auch im ländlichen Raum aus.

Die Noten werden durch differenzierte Leistungsbeurteilungen ergänzt. Es gibt verbale Rückmeldungen zum konkreten Lernfortschritt. Das ist ein sehr großes Plus nicht nur für die Schülerinnen und Schüler, sondern gerade auch für die Eltern, weil sie auf diese Weise viel besser als nur über Noten einschätzen können, was ihre Kinder tatsächlich können und wo sie noch Nachholbedarf haben.

Eine Nichtversetzung in die nächsthöhere Klasse wird es nicht geben, allein deshalb, weil das Sitzenbleiben keinen wirklich positiven Effekt hat. Wenn es denn so ist, dass Schülerinnen und Schüler in einem Bereich Schwächen haben, dann macht es keinen Sinn, dass sie letztlich den gesamten Stoff einer Schulklasse wiederholen müssen. Wir werden durch konsequente Unterstützung und individuelle Förderung zeigen, dass sich jeder Schüler optimal entfalten kann.

Die Gemeinschaftsschule ist eine verbindliche Ganztagsschule. Wir haben heute gerade darüber gesprochen. Selbstverständlich ist das ein wichtiger Entwicklungsbaustein in unserer Schullandschaft. Denn all die Kinder, die in eine Gemeinschaftsschule gehen, haben einen verlässlichen, rhythmisierten Ganztag – genau so, wie wir uns das vorstellen, um optimale pädagogische Effekte zu erzielen. Das wird zu besseren Leistungen führen. Davon bin ich überzeugt, und das ist heute auch schon angesprochen worden.

Im Übrigen sollte man gerade in einem Land wie Baden-Württemberg – auch das ist ein wichtiger Beitrag – nicht die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vergessen. Denn viele Eltern haben sich bei den Anmeldungen zur Gemeinschaftsschule sehr genau überlegt: Wo bekomme ich im Anschluss an die Grundschule eine tatsächliche, den ganzen Tag gesicherte, und zwar auch qualitativ gesicherte, Betreuung und Versorgung meiner Kinder?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben selbst schon verschiedentlich darauf hingewiesen – auch heute –, dass wir im Bereich des Ganztagschulausbaus einen erheblichen Nachholbedarf haben. Ja, natürlich haben wir das. Das ist etwas, was Sie der neuen Landesregierung nicht zuletzt als Entwicklungsstau hinterlassen haben. Ich fordere Sie in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf – wie ich es gerade in der Debatte um die Jugendbegleiter gemacht habe –: Lassen Sie uns gemeinsam die Schritte gehen. Es ist klar, dass wir das nur in gemeinsamer Anstrengung mit den Kommunen tun können. Alle positiven Bausteine, die wir haben, z. B. das Jugendbegleiterprogramm, werden wir selbstverständlich einbinden. Das ist überhaupt keine Frage.

Es ist richtig – dazu stehe ich –, dass die Gemeinschaftsschule eine Schulform ist, die wir fest im Gesetz verankern. Ganz bewusst werden wir die Gemeinschaftsschule nicht als Modellversuch etablieren, schon allein deshalb nicht, weil es nichts zu versuchen, nichts zu erproben gibt. Wir wissen, dass das Konzept der Gemeinschaftsschule funktioniert, und wir haben nie einen Hehl daraus gemacht, dass wir die Einführung der Gemeinschaftsschule anstreben, aber dabei auf eine andere Art und Weise vorgehen, als Sie das immer gemacht haben. Wir überlassen den Kommunen die Entscheidung darüber,

(Abg. Winfried Mack CDU: Das stimmt gar nicht!

Das stimmt definitiv nicht!)

wie ihre Bildungs- und Schullandschaft vor Ort aussehen soll.

Jetzt kommen wir einmal zu Weil im Schönbuch. Dazu sage ich gern etwas. Genau so verstehe ich meine Rolle als Kultusministerin. Wenn ich von einer Schule ein Superkonzept vorgelegt bekomme und sehe, dass es dort so viele Elemente gibt, dass sie sich nur noch einen kleinen Schritt weiterentwickeln müssten, um sich auf den Weg zur Gemeinschaftsschule machen zu können,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: "Dann lehne ich es ab"!)

dann berate ich doch die Schulen in diese Richtung.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Dann müssen Sie noch "Gemeinschaftsschule" darüberschreiben!)

Ich bin ganz sicher, ich werde von dieser Schule, die wirklich gut ist, eine Antwort bekommen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Was wollen sie denn anderes machen?)

Dann sehen wir, ob wir die Entwicklung dort nicht noch weiter vorantreiben können, als bisher diese Schule schon gedacht hat. Wir unterstützen die Schulen dabei, besser zu werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Volker Schebesta CDU: Wie Sie es wollen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Entwicklung zur Gemeinschaftsschule ist für Sie spitze! Sonst gar nichts!)

Es ist klar – da habe ich als Kultusministerin in der Tat eine andere Auffassung als die kommunalen Landesverbände –: Die Gemeinschaftsschule ist eine Schule, die wir wollen. Wir wissen, dass sie funktioniert. Deshalb gehört sie ins Gesetz. Denn wir brauchen verlässliche Rahmenbedingungen für die Kommunen, die sich auf den Weg machen wollen.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Im Übrigen möchte ich noch einmal deutlich betonen, Herr Wacker: Die kommunalen Landesverbände haben ausdrücklich die Einführung der Gemeinschaftsschule begrüßt,

(Abg. Karl Klein CDU: Oje!)

– es gibt Kritikpunkte; ich sage gleich etwas dazu –, und zwar vor folgendem Hintergrund: Die kommunalen Landesverbände sagen unisono: "Ja, die Schulstruktur in Baden-Württemberg muss weiterentwickelt werden." Wir müssen die Fragestellung beantworten: Wie können wir insbesondere im ländlichen Raum eine tragfähige, bezahlbare und leistungsstarke Schulstruktur im weiterführenden Bereich sicherstellen? Die kommunalen Landesverbände haben mir schriftlich ausdrücklich bestätigt, dass sie die neue grün-rote Landesregierung dabei unterstützen wollen,

(Abg. Georg Wacker CDU: Wenn Sie etwas Vernünftiges machen!)

dass die Gemeinschaftsschule tatsächlich gelingt. Ich höre den Verbänden sehr wohl zu. Deshalb werden wir – Sie wissen, dass es dort schon eine Arbeitsgruppe gibt – u. a. ein Konzept zur regionalen Schulentwicklungsplanung erarbeiten. Natürlich brauchen wir das. Das brauchen wir, wenn wir in einem Prozess, der den kommunalen Sachverstand und die Verant-

wortung des Landes zusammenbringen will, tatsächlich gute und verlässliche Schulstrukturen entwickeln wollen. Das werden wir auch gemeinsam hinbekommen. Wir sind in unserem Gesetzentwurf u. a. darauf eingegangen.

Ein Hauptkritikpunkt der kommunalen Landesverbände beruht auf einer Entwicklung, die Sie in der früheren Landesregierung selbst verursacht haben. Es gibt nämlich nur eine unzureichende Finanzierung der Ganztagsschule.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Die kommunalen Landesverbände sagen: "Liebe Kultusministerin, bevor du die Gemeinschaftsschule auf den Weg bringst, musst du erst einmal die Finanzierung der Ganztagsschule regeln." Ich sage: "Wir wollen die Gemeinschaftsschule einführen. Wir wollen, dass die innovativen pädagogischen Konzepte auch tatsächlich Anwendung finden können. Wir haben ausreichend gute Schulen im Land. Wir versprechen euch, dass wir die Finanzierung der Ganztagsschule gemeinsam angehen werden." Denn es steht ja eine gesetzliche Regelung in dieser Frage aus. Wir lösen dieses Problem dadurch, dass wir den Kommunen sagen: "Ihr könnt euch entscheiden, ob ihr schon unter den gegenwärtigen Bedingungen eine Gemeinschaftsschule errichten wollt oder nicht." Darum geht es.

Sie hätten das Thema Ganztagsschulfinanzierung regeln können. Das wäre doch gar kein Problem gewesen. Die Hauptkritik, die im Augenblick an uns herangetragen wird, beruht in der Tat auf einem Entscheidungsdefizit aus der Zeit, in der Sie an der Regierung waren. Es wird nicht einfach, diese Schwierigkeit zu beheben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen durchaus auch insofern auf die kommunalen Schulträger eingehen – das haben wir sehr ausführlich miteinander besprochen –, als wir uns den Verbundschullösungen durchaus nicht voll verschließen wollen. Sie werden die betreffende Formulierung im Gesetzentwurf sicherlich gesehen haben. Ich habe – ich sage es heute zum zweiten Mal – als ehemalige kommunale Bildungsbürgermeisterin

(Zuruf des Abg. Alexander Throm CDU)

Verständnis dafür, wenn Entwicklungszwischenschritte angegangen werden sollen. Man muss die Leute ja überzeugen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Aber das Ziel muss immer die Gemeinschaftsschule sein; das ist doch klar.

(Abg. Georg Wacker und Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Klar!)

Denn das sind die innovativen pädagogischen Konzepte.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zurufe von der CDU)

Schauen wir doch einmal, ob wir in dieser Frage nicht zusammenkommen. Es geht ja nicht nur darum, Schulstrukturen zusammenzubringen. Es geht auch darum, die Pädagogik weiterzuentwickeln. Das Know-how ist in diesem Land vorhanden, und die Pädagoginnen und Pädagogen können das.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sind Sie pädagogisch vorgebildet?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte jetzt noch etwas zu der Behauptung sagen, die Finanzierung der Gemeinschaftsschule gehe zulasten anderer Schularten. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Das ist wirklich starker Tobak.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genau! Superstarker Tobak! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/ DVP: Ja, das ist so!)

Denn wenn die Nachfrage nach der Gemeinschaftsschule so groß ist wie jetzt, dann sind die meisten Kinder in der Gemeinschaftsschule und nicht in anderen Schulen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Das ist ein ganz normaler Entwicklungsprozess. Diese Entwicklung werden Sie nicht aufhalten können. In dem Maß, wie der tatsächliche Bedarf vorhanden ist –

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

ich hoffe, dass der Bedarf weiterhin genauso wächst wie jetzt –, werden wir natürlich auch nachlegen.

Ich mache noch einmal darauf aufmerksam: In das allgemeine und berufliche Bildungssystem in Baden-Württemberg fließen im Jahr 2012 3 300 Deputate. Davon sind nur 60 Deputate für die Gemeinschaftsschule vorgesehen. Das sind Investitionen, die man vorzeigen kann. Das sind Investitionen, die Schulen voranbringen. Wir finanzieren die Krankheitsreserve, wir finanzieren mehr individuelle Förderung,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wir schauen uns die Schöpfmittel genau an! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wir finanzieren den besseren Ausbau zu Ganztagsschulen. An dieser Stelle können Sie die Zahlen nicht anschreien.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
 Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schon jetzt bekommen die Schulen keine Lehrer mehr!)

Außerdem finanzieren wir die Schulsozialarbeit. Entsprechende Mittel bekommen die Gemeinschaftsschulen genauso wie die anderen Schulen auch. Auch das ist ein Punkt, den Sie hätten angehen können, vor dem Sie sich aber immer gedrückt haben.

Ferner haben wir selbstverständlich eine vorläufige Kostenregelung mit den kommunalen Landesverbänden zu den Investitionen und den Kostentragungspflichten im Zusammenhang mit der Gemeinschaftsschule getroffen. Wir haben uns im Vorgriff auf die in Überarbeitung befindlichen Schulbauförderrichtlinien darauf geeinigt, dass wir eine um 30 % größere Programmfläche anerkennen. Wir haben ferner die Sachkostenzuschüsse vorläufig geregelt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Gemeinschaftsschule ist darüber hinaus eine Schule, die noch auf einem anderen Gebiet einen Entwicklungsstau auflöst und so allmählich eine Entwicklung einleitet, die zukunftsorientiert ist. Das geschieht im Bereich der Inklusion. Es werden ganz bewusst

Kinder mit Handicaps mit aufgenommen, und auch in dieser Frage werden wir damit weiterkommen.

Noch ein Punkt, der heute wieder angeklungen ist: Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu unterstellen, dass die Gemeinschaftsschule nur von denjenigen im ländlichen Raum aufgegriffen wird, die verzweifelt um den Erhalt des Standorts für eine weiterführende Schule ringen, ist doch eine Geringschätzung der Lehrerinnen und Lehrer vor Ort, die richtig viel Arbeit und Know-how in das stecken, was sie ihre Schule und eine ausreichende Förderung nennen. Ich bin der Auffassung, wir sollten diese pauschale Unterstellung allmählich aus unserem Sprachgebrauch streichen. Sie wissen doch selbst, wenn Sie sich vor Ort die Schulen anschauen: Da sitzen richtig gute Leute und arbeiten für die Kinder in ihren Schulen. Das gehört gewürdigt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Tage fand in Berlin die Tagung "Bildungsforschung 2020" statt.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Kern?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Ich bin gleich mit meinen Ausführungen am Ende und werde dann im Anschluss diese Frage zulassen.

Mit Blick auf diesen Kongress wage ich jetzt einmal einen Ausblick auf die Bildungslandschaft in Baden-Württemberg in den nächsten Jahren.

(Unruhe bei CDU und FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wir werden in den nächsten Jahren einen höheren Anteil von jungen Menschen mit mittleren oder höheren Bildungsabschlüssen haben. Das ist keine Bedrohung, das ist ein bildungspolitischer Erfolg.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir werden mehr Kinder mit Handicaps, mit Behinderungen an den allgemeinbildenden Schulen haben. Auch das ist keine Bedrohung, sondern ein bildungspolitischer und ein gesellschaftspolitischer Erfolg.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Das Land Baden-Württemberg wird endlich kein Land mehr sein, in dem der Bildungserfolg von der sozialen Herkunft abhängt. Das passt zu diesem Land, und das werden wir erreichen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich zitiere Dr. Helge Braun, CDU. Er ist Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung, und er sagte auf dem erwähnten Kongress:

Bildungserfolg hängt von Bildungsbegeisterung ab. Wir brauchen Bildungssysteme, die Begeisterung ermöglichen.

Genau das passiert im Augenblick in Baden-Württemberg in der Gemeinschaftsschule, meine Damen und Herren. Die Menschen sind schlicht begeistert. Die Anmeldezahlen sprechen in dieser Frage eine eindeutige Sprache.

Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Abg. Dr. Kern, bitte.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Frau Ministerin, stimmen Sie der öffentlichen Aussage des Kollegen Claus Schmiedel zu, der im Dezember letzten Jahres in der "Südwest Presse" gesagt hat, dass die meisten Schulen innerhalb von zehn Jahren das Gemeinschaftsschulmodell anstreben würden, und weiter ausgeführt hat – Zitat –:

Aber das ist ein Prozess, der dauert. Denn zur Umgestaltung gehört, dass die Lehrer auf den neuen Schultyp vorbereitet sind und dass die Eltern mitgenommen werden.

Stimmen Sie dieser Aussage zu?

(Heiterkeit der Abg. Claus Schmiedel SPD und Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Es ist völlig klar, dass wir uns in einem Entwicklungsprozess befinden. Ja, selbstverständlich!

(Beifall der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Gestatten Sie eine weitere Nachfrage des Kollegen Dr. Kern?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Selbstverständlich. Gern.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Wenn Sie dieser Aussage, dass dieser Prozess dauert und dass die Lehrer mitgenommen und vorbereitet werden müssen, zustimmen, warum gibt es dann keine einzige Fortbildung für die Lehrer an Gemeinschaftsschulen?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Aber die Fortbildung findet doch schon längst statt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich weiß nicht, woher Sie Ihre Informationen beziehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben schon längst Fortbildungsbausteine für die Lehrerinnen und Lehrer an den Gemeinschaftsschulen. Selbstverständlich.

(Zuruf: Der Kollege wohnt in Tübingen und bekommt es nicht mit! – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Gestatten Sie eine weitere Nachfrage des Kollegen Dr. Kern?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Natürlich. Ja.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Warum hat das Ministerium das auf genau diese Anfrage dann nicht in seine Antwort geschrieben, wenn es so ist?

Im Übrigen, weil gerade von Tübingen die Rede war: Ich selbst war an der Geschwister-Scholl-Schule und habe dort mein Referendariat gemacht. Ich kenne diese Schule sehr gut.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sehr gut!)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Die Antwort des Ministeriums bezieht sich auf die Fortbildungsbausteine zur Überarbeitung des Bildungsplans.

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Dieser Zusammenhang ist auch richtig. Wir müssen natürlich erst einmal mit der Überarbeitung des Bildungsplans weiter voranschreiten, bis wir die Fortbildungsbausteine anbieten können. Das ist notwendig. Aber für die Gemeinschaftsschulen gibt es bereits dieses Fortbildungsangebot und ein Coaching-Angebot. Das gehört zum Etablierungsprozess dieser Schulen dazu.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Georg Wacker.

Abg. Georg Wacker CDU: Frau Ministerin, Sie haben eben eine Milchmädchenrechnung aufgemacht. Ich muss sagen: Es ist schon beachtlich, dass Sie offensichtlich das Finanzierungssystem unserer Schullandschaft überhaupt nicht durchschaut haben. Wenn Sie behaupten, dass aufgrund von immer mehr Gemeinschaftsschulen immer mehr Schüler diese Schulart besuchten, aber trotzdem die Kosten gleich blieben, muss ich Ihnen sagen, dass Sie einem klaren Irrtum unterliegen.

Denn was würde geschehen, wenn wir immer mehr Schüler in den Gemeinschaftsschulen hätten? Genau das, was Sie selbst in einem Teil Ihrer Rede beschrieben haben: Schulanmeldungen erfolgen, es werden Eingangsklassen an den Gemeinschaftsschulen gebildet, natürlich werden dann an anderen Schulen die Schülerzahlen sinken, doch die Zahl der Klassen bleibt nahezu gleich. Das heißt, die Kosten bleiben bestehen: bei den Realschulen, bei den Werkrealschulen, bei den Gymnasien; bei den Grundschulen ohnehin.

Durch die Gemeinschaftsschulen entstehen zusätzliche Kosten. Damit ist doch vorprogrammiert, dass es eine Umschichtung der Ressourcen zulasten der anderen weiterführenden Schulen und zugunsten der Gemeinschaftsschulen geben muss.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE meldet sich.)

- Herr Lehmann, nein, ich lasse jetzt keine Zwischenfrage zu.

(Unruhe)

(Georg Wacker)

Das nennen wir eine eklatante Benachteiligung des allgemeinbildenden Schulwesens zugunsten der Gemeinschaftsschule.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich mache es an wenigen konkreten Beispielen fest, und darauf müssen Sie sich noch intelligente Antworten einfallen lassen; bisher haben Sie sie offensichtlich noch nicht parat.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das wird ihnen schwerfallen!)

Beim Thema Ganztagsschule waren Sie es, die damalige Opposition, die noch in der letzten Plenarsitzung vor der Landtagswahl einen Gesetzentwurf zur Abstimmung gestellt hatten, um die Ganztagsschulen im Schulgesetz zu verankern. Wir, die damaligen Regierungsfraktionen, hatten sogar zugesagt, dies danach auch in Angriff nehmen zu wollen. Doch im Bildungsausschuss sagten Sie nun, dass mit einer Novellierung des Schulgesetzes mit dem Ziel einer gesetzlichen Verankerung der Ganztagsschulen nicht vor dem übernächsten Doppelhaushalt zu rechnen sei. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Das heißt, in den nächsten Jahren tut sich gar nichts.

Das Einzige, was Sie, Frau Ministerin, machen, ist: Sie privilegieren die Gemeinschaftsschule, indem jeder Jahrgang zusätzlich fünf Deputatsstunden für den Ausbau zu Ganztagsschulen bekommt, während die anderen Schulen, die keinen Anspruch darauf haben, verbindliche Ganztagsschule zu werden, nicht in diesen Genuss kommen. Das nennen wir eine klare Privilegierung der Gemeinschaftsschule.

Das kann man fortsetzen bei der individuellen Förderung und der Ausweisung von zusätzlichen Programmflächen beim Schulbau, die nur die Gemeinschaftsschulen in Anspruch nehmen können. Die anderen Schulen, die hier offensichtlich einen Weiterentwicklungsbedarf haben, kommen nicht in den Genuss dieser zusätzlichen Mittel. Ferner ist die Senkung des Klassenteilers als ganz klares Paradebeispiel dafür zu nennen. Dort senken Sie den Klassenteiler auf 28, bei den anderen Schularten nicht.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch auf einen ganz wichtigen Punkt zu sprechen kommen. Frau Ministerin, Sie haben eben auch etwas zur Bildungsforschung gesagt. Frau Boser, Sie haben noch einmal den Versuch unternommen, darzulegen, dass wir in Baden-Württemberg beim Bildungswesen nicht gut dastünden. Die besten Quellen zu diesem Thema sind Äußerungen der Landesregierung selbst. Deswegen will ich Ihnen jetzt einfach einmal aus einer Stellungnahme zu einem parlamentarischen Antrag unseres Kollegen Ulrich Müller zitieren – es geht um den Antrag Drucksache 15/1455. Gefragt wird darin nach Daten des IQB-Ländervergleichs aus dem Jahr 2009, mit dem das Leistungsvermögen und die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler deutschlandweit untersucht wurden; das war eine Untersuchung bezogen auf die Sekundarstufe I.

Ich zitiere aus der Stellungnahme der Landesregierung:

Die Leistungen der baden-württembergischen Schülerinnen und Schüler beim IQB-Ländervergleich sind nachfolgend bezüglich der getesteten Fächer und Kompetenzbereiche mit ihren Platzierungen dargestellt: Lesekompetenz Deutsch Platz 3, ... mit Migrationshintergrund Platz 1.

Kompetenz Zuhören Deutsch Platz 2, ... mit Migrationshintergrund Platz 1.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Hört, hört!)

Orthografische Kompetenz Platz 2, ... mit Migrationshintergrund Platz 3.

Lesekompetenz Englisch Platz 2, ... mit Migrationshintergrund Platz 1.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Hörverständnis Englisch Platz 2, ... mit Migrationshintergrund Platz 1.

Dies ist das Leistungsvermögen unseres Schulsystems, das natürlich maßgeblich auf das Engagement und die Qualität der Lehrkräfte zurückzuführen ist. Wenn Sie sagen, wir stünden nicht gut da, disqualifizieren Sie die Lehrkräfte an unseren allgemeinbildenden Schulen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie loben nur die Lehrer an den Gemeinschaftsschulen – die innovativ sind; das möchte ich gar nicht bestreiten. Aber die überwiegende Anzahl der Lehrkräfte an den weiterführenden Schularten zeigt ebenfalls ein enormes Leistungsvermögen, und diese disqualifizieren Sie, indem Sie sagen, die Leistungen seien nicht gut. Meine Damen und Herren, das müssen Sie einem erst einmal erklären.

Diese Stellungnahme haben Sie, Frau Ministerin, in Vertretung durch Ihren Staatssekretär Dr. Mentrup,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Der versteht auch etwas davon!)

abgezeichnet und die darin wiedergegebene Leistungsbilanz wie folgt kommentiert – ich zitiere Ihr Haus und damit Sie selbst –:

Die erreichten Leistungen der Schülerinnen und Schüler

- in Baden-Württemberg -

sind Ausdruck eines leistungs- und funktionsfähigen Bildungs- und Bildungsunterstützungssystems in Baden-Württemberg, das in seinen Grundlagen gesamtgesellschaftlich und gesamtbildungspolitisch getragen wurde und wird.

Meine Damen und Herren, bekennen Sie sich dazu, und erzählen Sie hier nicht immer wieder das Gegenteil, indem Sie davon reden, dass unser Bildungssystem überkommen sei. Hier haben Sie selbst belegt, dass wir auch dank des Engagements unserer Schulen exzellent dastehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, nun zum dritten Punkt und damit auch zum Antrag der FDP/DVP. Was lassen Sie an Innovation von unten nach oben tatsächlich zu?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Basta-Politik!)

(Georg Wacker)

Lieber Kollege Dr. Kern, im Grundsatz stimmen wir Ihrem Antrag zu; wir werden ihn unterstützen. Im Detail gibt es allerdings durchaus noch Nachfragen, die ich formulieren muss:

Natürlich kann man nicht jedem Antrag zustimmen, der vor Ort gestellt wird. Zunächst einmal muss der ortsspezifische Bedarf tatsächlich durch die Schulverwaltung nachgewiesen werden. Natürlich ist eine eingehende Qualitätsprüfung erforderlich. Nicht nur, wenn ein Verbundantrag gestellt wird, dürfte das ausreichen, um dies tatsächlich zu genehmigen.

Aber das Entscheidende ist, meine Damen und Herren – das ist das, was wir fordern –: Innovative Schulentwicklung kann auch bedeuten, dass eine Verbundlösung vor Ort zustande kommt, bestehend aus den Bildungsgängen Hauptschule bzw. Werkrealschule und Realschule, die intensiv miteinander kooperieren wollen, unter einem Dach und unter Wahrung der bisherigen differenzierten Bildungsangebote. Wir haben doch eben gesehen, dass diese erfolgreich arbeiten. Lassen Sie diese doch auch zu! Wenn Sie diese nicht zulassen, ist das im Grunde ein rein ideologisch begründetes Vorgehen, und das, womit Sie die Einführung Ihrer Gemeinschaftsschule begründen, ist pure Ideologie.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/ DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Meine Damen und Herren, 76 % aller Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs in Baden-Württemberg – diese Zahl, die ebenfalls aus Ihrem Haus stammt, werde ich Ihnen immer wieder vorhalten; sie bezeugt auch ein Leistungsvermögen unserer Schulen, aller weiterführenden Schularten – haben im Jahr 2010 mindestens einen mittleren Bildungsabschluss erworben.

Meine Damen und Herren, wohin wollen Sie denn mit dieser Gemeinschaftsschule? Ich sage Ihnen eines in aller Deutlichkeit: Die Messlatte, die Sie jetzt mit Ihrer ideologisch motivierten neuen Schulart überspringen wollen, ist verdammt hoch. Ich sage Ihnen auch: Das, was ich hier an Zahlen vorgelegt habe, ist eine Schlussbilanz der vorherigen Regierung und gleichzeitig Ihre Eröffnungsbilanz. An dieser Eröffnungsbilanz werden wir Sie in nächster Zeit konsequent messen.

Ich bezweifle, dass Sie durch diesen neuen Schultyp tatsächlich das erreichen, was Sie sich vornehmen; denn mit purer Ideologie macht man eben keine gute Schulpolitik.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion GRÜNE spricht die Kollegin Boser.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrter Herr Wacker, sehr geehrter Herr Dr. Kern, wovor haben Sie Angst? Wenn die Gemeinschaftsschule so schlecht ist, wie Sie sie hier immer darstellen, dann wird sie sich wohl am Ende auch nicht durchsetzen. Denn wir geben die Gemeinschaftsschule als Angebot mit auf den Weg und lassen damit Wettbewerb zu.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! Angsthasen!)

Ihr Verhalten zeigt doch nur, dass Sie Angst davor haben, dass diese Schulen am Ende auch gelingen werden.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Deswegen haben Sie die Gemeinschaftsschule in den vergangenen Jahren immer blockiert, und deswegen schalten Sie auch so unsägliche Anzeigenkampagnen wie die heutige, die die Bürgerinnen und Bürger verunsichern sollen. Damit zeigen Sie aber nur Ihre eigene Verzweiflung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sehr geehrter Herr Wacker, damit ziehen Sie sich im Prinzip aus der bildungspolitischen Debatte in Deutschland komplett zurück. Sie reduzieren das Bildungssystem immer auf den Aspekt der Leistung und lassen die Chancengerechtigkeit konsequent außen vor.

(Abg. Georg Wacker CDU: Die gehört doch dazu!)

Sie haben in den vergangenen Jahren immer mit einkalkuliert – das werden Sie vermutlich auch in den nächsten Jahren tun –, dass es in einem Bildungssystem nun einmal auch Bildungsverlierer geben wird. Wir dagegen sehen es als unsere Aufgabe an, dass diese Situation in den nächsten Jahren verbessert wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Sie produzieren Bildungsverlierer! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Also Abitur für alle!)

- Herr Röhm, Ihren Spruch "Abitur für alle" kenne ich inzwischen zur Genüge. Ich muss Sie schon fragen, was denn so schlecht daran wäre, wenn alle Kinder und Jugendlichen das Abitur anstreben würden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das wäre ein Niveauverlust, und den wollen wir nicht! Darum geht es! Ein Niveauverlust!)

Sie tun so, als würde das einen Werteverfall in Baden-Württemberg bedeuten. Aber es geht nicht darum, dass am Ende alle das Abitur bekommen, sondern es geht darum, dass alle unsere Schülerinnen und Schüler am Ende ein qualifiziertes Ausbildungsangebot bekommen. Handwerkskammern und Handwerkstag kritisieren nicht zu Unrecht, dass die Schülerinnen und Schüler, die heute von den Schulen abgehen, dabei teilweise Defizite haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dann gleichen Sie das doch aus! Dazu brauchen Sie kein Abitur!)

25,7 % der jüngeren Menschen mit Migrationshintergrund zwischen 25 und 30 Jahren haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Das sind die Verlierer in unserer Gesellschaft. Das sind die Menschen, die wir als Gesellschaft am Ende mitfinanzieren müssen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Glocke des Präsidenten)

Ich sehe es nicht als unsere Aufgabe an, Verlierer zu produzieren. Wir wollen erfolgreiche Schülerinnen und Schüler produzieren. Wir wollen, dass die jungen Menschen ein erfolg-

(Sandra Boser)

reiches Leben führen können. Daher wollen wir unser Bildungssystem in Baden-Württemberg verbessern.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Glück auf!)

**Präsident Guido Wolf:** Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Kollege Kleinböck.

Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Kern, dass wir Ihren Antrag ablehnen, wird Sie nicht verwundern. Es gibt schon bislang die Möglichkeit, Schulverbünde einzugehen. Das gilt weiterhin. Für die Beliebigkeit, die im Antrag formuliert ist – man solle doch innerhalb des bestehenden Systems Verbesserungen vornehmen –, sind wir nicht zu haben. Wenn es nur darum geht, Kooperationen einzugehen, dann brauchen wir dafür keine Gesetzesänderung. Das ist unabhängig davon nach wie vor möglich.

Lieber Kollege Wacker, was den Antrag betrifft, der in Walddorfhäslach vor zwei oder drei Jahren von unserem SPD-Kollegen Röckel vorgelegt wurde – Sie haben diesen Antrag abgelehnt –, so sollten Sie sich einmal daran erinnern, was Inhalt dieses Antrags war, und sich fragen, ob Sie die Formulierung des Kollegen Dr. Kern bzw. der FDP/DVP unterstützen können. Das wage ich nämlich zu bezweifeln.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Meine Damen und Herren, wenn wir hier über das längere gemeinsame Lernen nachdenken und reden, dann fühle ich mich immer ein wenig an das erinnert, was ich auch heute unter dem Stichwort "Ergüsse der Weltliteratur" gelegentlich gern noch lese, nämlich an Uderzo und Goscinny und ihren Eingangstext zu den Asterix-Bänden, der Ihnen sicherlich hinreichend bekannt ist:

Ganz Gallien ist von den Römern besetzt. – Ganz Gallien?

Wie es weitergeht, wissen Sie. In Anlehnung an "Asterix und Obelix" könnte man hier schon formulieren: "Die ganze Welt will das längere gemeinsame Lernen. – Die ganze Welt?" Nein, eine Minderheit im Landtag von Baden-Württemberg hält krampfhaft am gegliederten Schulwesen fest.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Weil es erfolgreich ist! – Abg. Volker Schebesta CDU: Ganz ohne Zaubertrank!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP/DVP, machen Sie sich keine Hoffnungen: Das mit der Gemeinschaftsschule wird nicht so ausgehen, wie wir es immer gern bei Asterix gelesen haben, wo zum Schluss die große Siegesfeier stattgefunden hat.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Sie gefallen mir als Römer! – Vereinzelt Heiterkeit – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir werden Sie überzeugen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sind eher Obelix!)

und die Eltern werden Sie überzeugen, dass die Zukunft die Gemeinschaftsschule ist, lieber Kollege Röhm.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber Sie sind Obelix!)

- Dann machen wir doch gemeinsam hier ein Hinkelsteinwerfen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Oder ein Wildschweinessen!)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Kern.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Frau Ministerin, Sie versuchen auch heute wieder einen rhetorischen Spagat und hoffen, dass es niemand merkt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und das ist wieder einmal misslungen! – Zuruf von der SPD: Sie haben es gemerkt! Sehr gut!)

Auf der einen Seite sagen Sie: "Uns ist der Elternwille wichtig; uns ist wichtig, was die Gemeinderäte, was die Schulträger machen; wir wollen Bildungsvielfalt; wir wollen Bildung von unten." Das ist der eine Pol, an den Sie appellieren. Auf der anderen Seite lautet der entscheidende Satz auch in Ihren heutigen Ausführungen: "Das Ziel muss immer die Gemeinschaftsschule sein."

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau so ist es! Jawoh!!)

Sie müssen heute hier noch einmal vor der Öffentlichkeit erklären: Wie bringen Sie diese beiden Pole zusammen? Denn Sie können sie nicht zusammenbringen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Entweder ist das Ziel immer die Gemeinschaftsschule, oder Sie wollen Bildungsvielfalt. Bitte nehmen Sie heute hier noch einmal klar dazu Stellung.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Gemeinschaftsschule ist Bildungsvielfalt!)

Nur eines von beiden geht; beides geht nicht. Sie haben beim letzten Mal schon nicht darauf geantwortet. Ich bin gespannt, ob Sie heute darauf antworten.

(Abg. Georg Wacker CDU: Das wird schwierig!)

Und eine zweite Frage.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Kollege Dr. Kern, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lehmann?

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Ich habe nur noch 20 Sekunden Redezeit. Ich habe schon vorhin gesagt, warum ich keine Zwischenfrage zulasse. Aber wir kommen ja hoffentlich bald zu einer Lösung.

(Dr. Timm Kern)

Wenn das Ziel die Gemeinschaftsschule ist, dann möchte ich von Ihnen wissen – ich bin mir sicher, sehr, sehr viele Menschen in Baden-Württemberg interessiert das auch –: Gibt es – jetzt malen wir einmal den Teufel an die Wand und gehen davon aus, Sie regieren länger als fünf Jahre –

(Lachen der Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE)

zukünftig noch Realschulen und Gymnasien? Sie können uns heute hier an dieser Stelle viele Sorgen nehmen, indem Sie eine eindeutige Garantieerklärung für die Existenz der Realschulen und der Gymnasien abgeben. Machen Sie dies, oder machen Sie dies nicht? Das kann man relativ leicht mit Ja oder Nein beantworten.

Noch zur Frage des Kollegen Wacker: In unserem Antrag steht "grundsätzlich". Einen Automatismus gibt es nicht. Deshalb würde ich mich sehr freuen, wenn die CDU unserem Antrag zustimmen würde – und am besten auch noch die Regierungskoalition.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Gestatten Sie jetzt noch eine Nachfrage des Kollegen Lehmann?

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ja.

**Abg. Siegfried Lehmann** GRÜNE: Vielen Dank, Herr Dr. Kern. Was mich in der ganzen Debatte immer beschleicht, ist der Gedanke – diese Frage möchte ich vor allem auch an Sie als Mitglied der FDP/DVP-Fraktion stellen –: Wir machen jetzt ein Angebot für die Bürger, für die Eltern, für die Kommunen, für die Schulen, neue Wege zu gehen. Wir lassen also ein Stückchen Freiheit zu.

(Abg. Georg Wacker CDU: Scheinbar!)

die vorher nicht möglich war. Wie können Sie als Partei und als FDP/DVP-Fraktion zu dem Fenster, das wir hier öffnen, um mehr Freiheit auch für die Eltern, für die Schulen, für die Gemeinden zuzulassen, auch um Schulentwicklung zuzulassen, heute Nein sagen? Das verstehe ich nicht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Lieber Herr Kollege Lehmann, ich bin kein fundamentalistischer Gegner der Gemeinschaftsschule; ich war das noch nie. Das wissen Sie ganz genau, weil ich es oft genug in allen Ausschüssen und auch in der Öffentlichkeit gesagt habe.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Andreas Stoch SPD: Aber ein polemischer Gegner! – Unruhe)

Die Gemeinschaftsschule ist von ihrem Konzept her interessant; dies kann auch gelingen. Aber so dilettantisch, wie Sie es vorbereiten, so hektisch, fahren Sie ein Modell, das als Ergänzung interessant wäre, voll gegen die Wand. Darauf machen wir aufmerksam.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich könnte mir sehr wohl eine Schullandschaft vorstellen, in der auch Gemeinschaftsschulen vorkommen. Aber Sie und die Ministerin sagen ja: "Das Ziel muss immer die Gemeinschaftsschule sein." Das kritisiere ich, weil es nichts mit Freiheit zu tun hat.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wir schreiben sie nicht vor!)

Deshalb sind wir Liberalen auch die richtigen Liberalen – nicht Sie.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich darf Sie deshalb nochmals um Ihre Aufmerksamkeit bitten, um den Gesetzentwurf geschäftsordnungsgemäß abzuwickeln.

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur Abstimm ung über den Gesetzentwurf Drucksache 15/1466. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport, Drucksache 15/1522. Der Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

#### Artikel 1

Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diesem Artikel mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 2

Änderung des Privatschulgesetzes

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

# Artikel 3

Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

# Artikel 4

Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes

Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 4 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Präsident Guido Wolf)

Ich rufe auf

#### Artikel 5

Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg

Wer Artikel 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 5 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 6

#### Inkrafttreten

Wer Artikel 6 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist diesem Artikel mehrheitlich zugestimmt.

# Die Einleitung

lautet: "Der Landtag hat am 18. April 2012 das folgende Gesetz beschlossen:".

# Die Überschrift

lautet: "Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg und anderer Gesetze". – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

# Schlussabstimmung

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist mehrheitlich zugestimmt.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der SPD: Juhu! – Bravo!)

- Ich mache darauf aufmerksam, dass Ihre Mittagspause bereits begonnen hat.

# (Heiterkeit)

Wir haben jetzt noch über den hierzu vorliegenden Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/1572, abzustimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Bevor wir in die Mittagspause eintreten, möchte ich Sie herzlich zur Eröffnung der Hecker-Ausstellung anlässlich des 200. Geburtstags von Friedrich Hecker im Foyer des Landtags einladen.

Wir setzen die Sitzung um 14:30 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:34 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:31 Uhr)

**Stelly. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

#### Regierungsbefragung

Mit Schreiben vom 17. April 2012 hat das Staatsministerium zur Vorbereitung der Regierungsbefragung die beiden zentralen Themen der Kabinettssitzung mitgeteilt:

- Gesetz zur Einführung einer Landesverfassungsbeschwerde
- 2. Jahreskrankenhausbauprogramm 2012

Herr Minister Stickelberger wurde für das erstgenannte Thema angemeldet. Ich bitte den Herrn Minister für seine einführenden Erläuterungen ans Rednerpult.

Gesetz zur Einführung einer Landesverfassungsbeschwerde

**Justizminister Rainer Stickelberger:** Vielen Dank. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Der Ministerrat hat in seiner gestrigen Sitzung das Verfahren einer Landesverfassungsbeschwerde beschlossen und einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Anhörung freigegeben.

Ich möchte diese Regierungsbefragung dazu nutzen, Ihnen, aber auch den Bürgerinnen und Bürgern, die zuhören, das Vorhaben in seinen Grundzügen kurz zu erläutern.

Wie Sie wissen, verfolgt diese Regierung eine Politik des Gehörtwerdens. Die Einführung einer Landesverfassungsbeschwerde ist ein Baustein in dieser Politik des Gehörtwerdens.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der Abg. Helen Heberer SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Glaubt ihr daran? – Gegenruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Ihr werdet es noch sehen!)

Wir orientieren uns mit dieser Landesverfassungsbeschwerde an der Regelung über die Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht. Wir alle wissen, dass die Akzeptanz des Bundesverfassungsgerichts eine starke integrative Kraft bewirkt und den Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu einem Verfassungsgericht eröffnet. Zahlreiche Bundesländer sehen infolge dieser Entwicklung beim Bundesverfassungsgericht bereits Individualbeschwerden zum Landesverfassungsgericht vor.

Wir meinen, es ist der richtige Zeitpunkt, eine solche Landesverfassungsbeschwerde auch in Baden-Württemberg einzuführen. Das Land feiert in diesem Jahr 60 Jahre nach seiner Gründung ein Jubiläum. Das ist die richtige Gelegenheit, um ein solches Verfahren zu installieren. Wir wollen dadurch natürlich auch die integrative Kraft unserer Landesverfassung untermauern.

Mit dieser Landesverfassungsbeschwerde sollen sich Bürgerinnen und Bürger in Fällen individueller Betroffenheit – ich

(Minister Rainer Stickelberger)

sage das ausdrücklich – gegen Akte der Staatsgewalt des Landes wenden können. Gegenstand der Landesverfassungsbeschwerde können nur Akte der Staatsgewalt des Landes sein, also Landesgesetze, Akte der Exekutive des Landes sowie Entscheidungen der Gerichte des Landes, soweit nicht Gerichte des Bundes entschieden haben oder in letzter Instanz zuständig sind. Als Zulässigkeitsvoraussetzung ist festzustellen: Der Rechtsweg muss erschöpft sein, sofern ein solcher vorgeschrieben ist.

Beim Zugang zur Verfassungsbeschwerde im Land wollen wir aber bewusst verlangen, dass jemand in seinen eigenen Rechten betroffen ist. Auf eine Popularklage, mit der jeder gegen alles vorgehen kann, haben wir bewusst verzichtet, etwa im Gegensatz zum Land Bayern, wo es auch diese Popularklage gibt. Wir stehen mit dieser eingeschränkten Regelung in der Tradition des Artikels 19 Absatz 4 des Grundgesetzes und der entsprechenden Regelungen in den Prozessordnungen, etwa der Verwaltungsgerichtsordnung.

Mit der Verfassungsbeschwerde soll den Bürgerinnen und Bürgern neben dem Zugang zum Bundesverfassungsgericht eine weitere Rechtsschutzmöglichkeit eröffnet werden. Prüfungsmaßstab sind dabei zunächst die Bestimmungen der Landesverfassung und insbesondere auch die in die Landesverfassung inkorporierten Grundrechte des Grundgesetzes.

Der Grundrechtsschutz auf Landesebene geht aber darüber hinaus, wenn etwa die Landesverfassung weiter gehende oder andersartige Rechte vorsieht. Solche Regelungen haben wir etwa im Hochschulbereich und im Erziehungs- und Bildungsbereich. Auch kann die Verletzung von Wahlrechtsgrundsätzen bei Wahlen auf Landesebene gerügt werden. Insoweit schließen wir sogar eine echte Rechtsschutzlücke.

Schon vor diesem Hintergrund birgt die Einführung einer eigenständigen Landesverfassungsbeschwerde nach Auffassung der Landesregierung einen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger, die grundsätzlich die Wahl haben sollen, ob sie sich an den Staatsgerichtshof oder an das Bundesverfassungsgericht wenden wollen. Dies erscheint insbesondere auch vor dem Hintergrund der großen Auslastung des Bundesverfassungsgerichts sinnvoll. Entscheidend ist auch, dass landesspezifische Streitigkeiten – Streitigkeiten, die das Landesrecht betreffen – auch vor dem Staatsgerichtshof des Landes entschieden werden.

Im Rahmen der Föderalismusreform – darauf möchte ich in diesem Haus ausdrücklich hinweisen – wurden die Kompetenzen der Länder noch erweitert. Insbesondere auch das Land Baden-Württemberg hat zusätzliche Kompetenzen erhalten. Etwa im Bereich des öffentlichen Dienstrechts, des Versammlungsrechts und des Hochschulrechts wurden die Kompetenzen des Landes ausgeweitet, sodass vergleichbare Konstellationen in Zukunft eher zunehmen können.

Ich lege Wert auf die Feststellung, dass wir mit unserer Landesverfassungsbeschwerde keine unnötige Doppelstruktur schaffen wollen. Grundsätzlich haben die Bürgerinnen und Bürger die Wahl, für welches Instrument sie sich entscheiden. Aber an dieser Wahl werden sie dann auch festgehalten. Die Landesverfassungsbeschwerde ist subsidiär, und sie ist unzulässig, wenn das Bundesverfassungsgericht bereits mit der Sache befasst ist oder noch befasst wird.

Sofern jemand mit der Entscheidung des Staatsgerichtshofs nicht einverstanden ist, bleibt ihm der Weg zum Bundesverfassungsgericht nicht verwehrt. Das Bundesverfassungsgericht respektierte in seiner bisherigen Rechtsprechung allerdings stets die Entscheidungen der Landesverfassungsgerichte. Das hat sich in der Verfassungstradition im Verhältnis der Gerichtsbarkeiten zueinander so ausgebildet.

Unsere neue Landesverfassungsbeschwerde steht damit nicht mit der Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht in Konkurrenz,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Es gibt ja noch zwei Lesungen!)

sondern sie ist hierzu komplementär.

Für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes werden die Rechtsschutzmöglichkeiten erweitert. Ich möchte darauf hinweisen: Der Zugang zur Landesverfassungsbeschwerde ist leicht. Es besteht kein Anwaltszwang, und der Zugang ist grundsätzlich gebührenfrei –

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

mit Ausnahme der Fälle, in denen mutwillige Klagen erhoben werden oder ein Antrag von vornherein offensichtlich unzulässig oder unbegründet ist.

Ich lade Sie, meine Damen und Herren, ein, mitzuwirken, wenn wir an eine Änderung der Verfassung denken, die in diesem Haus auch schon mehrfach angesprochen wurde. Dann steht uns der Weg offen, die Verfassungsbeschwerde auch in die Verfassung aufzunehmen. Jetzt haben wir das im Wege einer einfachgesetzlichen Maßnahme vor, die dann in zwei Lesungen hier im Landtag von Baden-Württemberg behandelt wird. Es würde mich freuen, wenn Sie unserem Vorhaben aufgeschlossen gegenüberstünden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Gibt es Fragen? Sie wissen, dass das Rederecht jetzt in der Reihenfolge der Fraktionen der SPD, der FDP/DVP, der CDU und der Fraktion GRÜNE reihum wechselt.

Wer hat Fragen?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das scheint niemanden zu interessieren!)

Wenn niemand Fragen hat, darf ich mich beim Minister bedanken. Damit wäre der erste Teil der Regierungsbefragung erledigt.

Vielen Dank, Herr Minister.

Justizminister Rainer Stickelberger: Vielen Dank, Herr Präsident.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion hat jetzt zu einer einleitenden Erklärung in der Regierungsbefragung Frau Abg. Kurtz das Wort.

Staatstheater Stuttgart - Sanierung des Schauspielhauses

Abg. Sabine Kurtz CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich richte meine Frage an das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, das auf vielfältige Art und Weise mit dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst verwoben ist. Meine Frage zielt auf das Drama, das derzeit im benachbarten Schauspielhaus gegeben wird.

Sie haben der Presse dieser Tage entnommen, dass wir es momentan mit der Sanierung dieses Hauses zu tun haben, die mittlerweile dazu angetan ist, unseren Staatstheatern zu schaden. Verantwortlich dafür ist – das ist auch allgemein bekannt – die Bauverwaltung, die im Finanzministerium angesiedelt ist.

Ich bedaure, dass der Herr Finanzminister nicht da ist, und darf daher den Herrn Staatssekretär bitten, unsere Fragen entgegenzunehmen. Ich weiß, Herr Rust, dass Sie der Kunst nicht ganz abhold sind; wie ich gelesen habe, betätigen Sie sich sogar als Hobbyarchäologe. Insofern hoffe ich auf Ihr Verständnis für diese Fragen.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Ich möchte meine Frage in zwei Teile gliedern, zum einen in einen allgemeinen und zum anderen in einen konkretisierenden Teil. Die allgemeine Frage ist im Grunde die Gretchenfrage: Wie halten Sie es mit der Kunst, Herr Staatssekretär? Wie müssen wir es verstehen, wenn die Vertreter des Wissenschaftsministeriums, Frau Ministerin Bauer und Herr Staatssekretär Walter, immer wieder die Kontinuität der Kunstpolitik in Baden-Württemberg beschwören, wir aber hier den Eindruck haben, ihnen werden vom Finanzministerium Knüppel zwischen die Beine geworfen? Es drängt sich der Verdacht auf, dass sich die Regierung hier nicht einig ist, und es drängt sich der Verdacht auf, dass eine Art Boykott der Kunst- und Kulturpolitik im Land durch das Finanzministerium stattfindet.

Konkret darf ich die Frage zuspitzen und Sie fragen: Wie ist der Zeitplan vorgesehen für das, was ich die "Sanierung der Sanierung" des Schauspielhauses nennen möchte? Sie alle wissen, seit August 2010 läuft die Sanierung des Schauspielhauses. Die Wiedereröffnung musste von Oktober 2011 auf Februar 2012 verschoben werden. Wenige Wochen danach hat sich dann gezeigt, dass man Schließzeiten ins Auge fassen muss, um die Mängel zu beheben. Die Mängellisten, die von Ihrem Haus angefertigt wurden, sind Ihnen wahrscheinlich detaillierter geläufig als mir.

Ich habe eine parlamentarische Anfrage gestellt, und mir wurde Anfang März 2012 von der Bauverwaltung gesagt:

Derzeit wird geprüft, welcher Zeitrahmen für die Mängelbeseitigung erforderlich ist.

Ich verstehe nicht, Herr Staatssekretär, warum dieser Zeitplan jetzt noch nicht vorhanden ist.

Wir müssen wohl davon ausgehen, dass in der zweiten Hälfte dieses Jahres das Schauspielhaus wieder geschlossen wird, dass die Schauspieler kein Dach über dem Kopf haben, dass die Intendanten derzeit auf der Suche nach Ausweichquartieren sind. Sie wissen, was damit verbunden ist, auch für die Stadt Stuttgart. Es ist mir schleierhaft, warum Sie nach all diesen Wochen noch immer keinen detaillierten Zeitplan vorlegen können, wann welche Handwerker welche Aufgaben übernehmen.

Sie müssen sich, glaube ich, bewusst sein, dass Sie dem Schauspiel, dem Theater insgesamt in Baden-Württemberg und in der Landeshauptstadt, dadurch großen Schaden zufügen. Denn wie sollen die Intendanten auf die Suche nach einer Ausweichbühne gehen, wenn sie nicht einmal wissen, um welchen Zeitrahmen es sich handelt?

Welche Konsequenzen ziehen Sie daraus? Gibt es personelle Veränderungen in der Bauverwaltung? Müssen Sie das zuständige Personal verstärken? Denn in der Vergangenheit – das muss man wirklich sagen – ist das nicht sehr rühmlich gelaufen.

Wir bitten also jetzt um genaue Auskunft, wie und in welchem Zeitrahmen diese Mängel behoben werden sollen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Rust das Wort.

**Staatssekretär Ingo Rust:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Frau Kurtz, vielen Dank für die Regierungsbefragung zu diesem Thema. Schade, dass Sie uns das Thema nicht vorher mitgeteilt haben. Sonst hätte ich Ihnen jetzt detaillierte Informationen von meiner Bauverwaltung vorlegen können.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das steht in der Zeitung! Da hätten Sie sich auch informieren können! – Abg. Sabine Kurtz CDU: Montag war Verwaltungsratssitzung!)

- Und Sie sind im Verwaltungsrat?

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Ja!)

Ich bin nicht im Verwaltungsrat. Das heißt, Sie sind in diesem Punkt offensichtlich besser informiert als ich,

(Zuruf: Das ist doch ein Witz!)

weil Sie aufgrund dieses Amtes bestimmte Kenntnisse haben.

Sie haben mir dieses Thema nicht vorher mitgeteilt. Wenn es Ihnen hier wirklich darum ginge, mehr Informationen zu diesem Thema zu bekommen, dann hätten Sie mir das Thema – ich habe ja versucht, es zu erfahren – vorher mitgeteilt, und dann hätte ich Ihnen jetzt wirklich im Detail – wir haben da überhaupt nichts zu verbergen – das alles mitgeteilt. Das kann ich nun aber leider nicht.

Wir haben dieses Projekt "geerbt". Sie haben gesagt, in der Vergangenheit – ich zitiere – "ist das nicht sehr rühmlich ge(Staatssekretär Ingo Rust)

laufen". Da haben Sie absolut recht. Ich kann Ihnen aber keine detaillierten Informationen dazu geben. Ich weiß – aber das wissen Sie wahrscheinlich auch –, dass Anfang Mai wieder eine Sitzung hierzu stattfinden wird, bei der man dann die Details weiter bespricht.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Das war jetzt eine kurze Antwort!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Hollenbach.

**Abg. Manfred Hollenbach** CDU: Herr Staatssekretär, ich bin schon sehr überrascht, dass Sie sich beklagen, Sie hätten nicht gewusst, was hier gefragt wird, und sagen, Sie hätten uns detaillierte Antworten gegeben, wenn Sie das Thema vorher gekannt hätten.

Schon am Montag dieser Woche war Ihr Ministerium in der Verwaltungsratssitzung der Staatstheater vertreten. Da hätte man bereits Gelegenheit gehabt, detaillierte Antworten auf Fragen zu geben. Das ist nicht geschehen.

Sie sagen: "Wir haben dieses Projekt geerbt." Das ist ja richtig. Der Umbau des Schauspielhauses wurde schon vor über einem Jahr begonnen. Der Bauzeitenplan sah eine Fertigstellung im Oktober 2011 vor. Seit dem Sommer 2011 ist Sand im Getriebe, tut sich nichts, und ein Fiasko nach dem anderen kommt zutage.

Es ist wirklich, wie die Zeitungen heute schreiben, "der Tragödie nächster Akt". Es ist aber auch richtig, was eine weitere Zeitung schreibt, in Wahrheit handle es sich um einen "Komödienstadl".

Was das Finanzministerium hier zutage treten lässt, passt zu dem, was ich in den letzten drei, vier Wochen erlebt habe.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wo ist denn die Frage? – Abg. Helen Heberer SPD: Ist das eine Frage, oder was?)

Am 28. März 2012 kam es zu einem Trauerspiel, als es im Finanz- und Wirtschaftsausschuss darum ging, der Firma Schlecker ein Angebot zu machen. Die Landesregierung war konzeptionslos und vor allem – das muss man schon sagen – hilflos.

(Abg. Helen Heberer SPD: Ist das eine Frage?)

Genauso hilflos stehen Sie heute da und verweisen darauf, dass Sie eine detaillierte Lösung hätten. Diese gibt es anscheinend nicht.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sind Sie in der Lage, eine Frage zu formulieren?)

Ich komme zur Frage.

(Abg. Helen Heberer SPD: Aha! Eben kommt die Frage!)

Was unser Ministerpräsident sagt, ist dann der Gipfel. Er sagt – ich zitiere aus der "Stuttgarter Zeitung" –:

Ich kann nicht sagen, wer dieses Debakel zu verantworten hat.

Es heißt, der Rechnungshof sei eingeschaltet worden. Meine Damen und Herren, wir haben die Bauverwaltung. Das Finanzministerium hat Bauherreneigenschaft und ist für dieses Projekt zuständig. Da hat der Rechnungshof jetzt im operativen Geschäft nichts zu suchen.

Jetzt frage ich Sie: Wie sind denn die Kompetenzen zwischen dem Bauherrn, dem Finanzministerium, und den Architekten und Ingenieurbüros und letztlich auch dem Staatstheater geregelt? Und wer zahlt die ganze Geschichte? Das zahlen doch sicher nicht die Staatstheater? Heute lesen wir,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Die Frage!)

dass bis jetzt 4,5 Millionen € an Kosten angefallen seien. Es ist mindestens noch einmal ein halbes Jahr zu warten, bis es weitergeht. Es kommen nochmals 2 Millionen €, 3 Millionen € oder noch mehr an Kosten hinzu. Wer soll das bezahlen? Und gilt für diese Betriebskostenabrechnung das, was vereinbart ist, nämlich dass die Stadt Stuttgart mit im Boot ist? Auch hierzu hört man sehr Kritisches.

Auf die gestellten Fragen hätte ich gern eine Antwort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Ingo Rust: Herr Hollenbach, ich schätze Sie eigentlich sehr. Aber Sie haben sich selbst widersprochen. Sie haben gesagt, es gebe Mehrkosten. Aber wenn bei landeseigenen Projekten Mehrkosten entstehen, ist der Rechnungshof selbstverständlich gefragt, sich im Nachhinein das Projekt anzuschauen und zu prüfen, wer verantwortlich dafür ist, dass dort Mehrkosten entstanden sind. Ihre Aussage muss ich also entschieden zurückweisen und den Rechnungshof in Schutz nehmen. Der Rechnungshof hat sehr wohl die Möglichkeit, dies zu überprüfen, und wir haben ihn auch gebeten, dies zu tun

Ich kann Ihnen, wie gesagt, keine detaillierte Antwort auf Ihre Fragen geben. Ich hätte das – das können Sie mir abnehmen – wirklich gern getan. Hätten Sie für morgen eine entsprechende Mündliche Anfrage eingebracht, hätten wir letzten Montag Bescheid gewusst, und ich hätte Ihre Fragen detailliert beantworten können.

Ich bin auch gern bereit, das im Finanz- und Wirtschaftsausschuss nachzuholen. Wir können das auch in den Wissenschaftsausschuss verlagern.

(Abg. Peter Hauk CDU: Eine Unverfrorenheit! Das muss ich schon sagen!)

Das machen wir sehr gern. Aber ich kann Ihnen angesichts der Vielzahl der Bauprojekte, die wir haben – bei vielen Bauprojekten gibt es immer wieder Schwierigkeiten; das ist schon immer so –, nicht zu einem einzelnen Bauprojekt im Detail jede Einzelfrage beantworten.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Schmiedel.

**Abg. Claus Schmiedel** SPD: Herr Staatssekretär, kann es sein, dass es eine künstliche Erregung bei der Opposition ist,

(Claus Schmiedel)

weil sie damit verschleiern will, dass alle Aufträge noch von der damaligen Regierung erteilt wurden?

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das weiß er nicht, dazu kann er nichts sagen!)

Da sitzt der frühere Staatssekretär und ist ruhig.

Kann es sein, dass der Fehler darin besteht, dass man einen Architekten zum Bauleiter gemacht hat, der die Sache nicht beherrscht? Kann es sein, dass der Fehler darin besteht, dass man aus diesen Verträgen gar nicht mehr herauskommt und die jetzige Regierung das ganze Thema "geerbt" hat? Sollten diejenigen, die das verursacht haben, nicht am besten erst einmal ruhig sein? Ich bin sehr gespannt, was der Rechnungshof an Fehlern nachweist, die Ursache hierfür sind. Die Ursache liegt bei der vorherigen Landesregierung.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Warum wissen Sie etwas und er nicht? – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie sollen eine Frage stellen!)

Ich halte es für sehr wahrscheinlich, Herr Staatssekretär, ich weiß aber nicht, ob es stimmt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Zuruf: Es stimmt nicht! – Abg. Volker Schebesta CDU: Er weiß es nicht, aber Sie wissen es!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Staatssekretär Rust.

Staatssekretär Ingo Rust: Herr Schmiedel, Ihre Äußerungen sind sehr naheliegend. Aber eines weiß ich ganz gewiss, nämlich dass es der Opposition nicht darum geht, Informationen zu bekommen. Denn sonst hätten Sie mir das Thema vorher mitgeteilt. Ihnen geht es darum, dieses Thema hier aufzuziehen, und nicht darum, die Informationen zu bekommen, die Sie jetzt nachfragen.

(Widerspruch bei der CDU)

**Stelly. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine weitere Zusatzfrage, Frau Abg. Kurtz.

**Abg. Sabine Kurtz** CDU: Herr Staatssekretär, Herr Schmiedel, allen Ernstes: Mir geht es auch nicht so sehr um die Vergangenheitsbewältigung.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Claus Schmiedel: Das glaube ich Ihnen gern!)

Der Rechnungshof ist eingeschaltet, und darüber werden wir uns noch ausführlich unterhalten müssen; das kann ich Ihnen versichern. Wir sind dazu auch bereit.

Ich glaube – Kollege Hollenbach hat den Zeitplan etwas angerissen –, die Probleme sind neuerer Art. Mir geht es jetzt ausdrücklich um die "Sanierung der Sanierung". Herr Staatssekretär, ich habe das bewusst hier hereingetragen, auch um Sie zu sensibilisieren. Wir hatten Frau Ministerin Bauer ständig bei uns im Verwaltungsrat. Ich habe keine Sitzung versäumt und mich intensiv mit dem Thema befasst. Sie hat sich dazu selten zu Wort gemeldet, und der Vertreter Ihres Hauses konnte dazu nichts sagen.

Ich bin gern bereit zu sagen: Liefern Sie uns den Zeitplan bitte nach. Wir brauchen das, und vor allem die Intendanten brauchen das. Wir brauchen das, um Schaden vom Staatstheater abzuwenden. Ich weiß nicht, ob Sie ahnen, wie es in der Bevölkerung schon grummelt.

Herr Hollenbach hat nach den Kosten gefragt, und ich meine, diese Frage müsste in Ihrem Haus Thema sein. Ich wundere mich, dass Sie jetzt so völlig "blank" sind. Das darf nicht sein, und das kommt mir komisch vor. Wenn ein Haus wie das Kunstministerium vollmundig verspricht, es wolle die Kunstpolitik der Vorgängerregierung weitgehend fortsetzen – natürlich mit eigenen Akzenten usw., das ist völlig in Ordnung –, und das Finanzministerium, das für die Durchführung eines so großen Projekts zuständig ist, sagt, es könne sich nicht um alle Bauprojekte bemühen, wundert mich das. Das müsste bei Ihnen in den Chefgesprächen auf der Tagesordnung stehen. Entweder Sie beide kommunizieren nicht, oder Ihr Haus boykottiert das andere.

Geben Sie mir bitte Ihre Einschätzung, wie ich das zu verstehen habe, und veranlassen Sie bitte, dass dieser Zeitplan aufgestellt wird. Er muss aufgestellt werden; er ist bisher nicht vorhanden. Auch wenn ich die Frage vorher avisiert hätte, hätten Sie dies nicht leisten können – es sei denn, Herr Leidig hat uns im Verwaltungsrat etwas vorenthalten. Sie können uns den Zeitplan nicht geben, weil er nicht da ist.

Sie müssen hier Abhilfe schaffen, wenn Sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollen, der Kunst und der Kultur in Baden-Württemberg, die auch außerhalb der Landesgrenzen hoch anerkannt sind, Schaden zuzufügen. Sie müssen diese Verantwortung auf sich nehmen. Ansonsten unterstellen wir Ihnen tatsächlich einen Dissens in der Regierung und einen Boykott der erklärten Kulturpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Staatssekre-

Staatssekretär Ingo Rust: Ich komme gern auf Ihre erste Frage zurück, die ich nicht beantwortet habe, weil das eine politische Einschätzung des Finanzministeriums ist. Das Finanzund Wirtschaftsministerium wirft der Kulturpolitik und dem Wissenschaftsministerium keine Knüppel zwischen die Beine; wir unterstützen alles, was im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Wenn es einmal Differenzen beim Thema Finanzierung gibt, sind das ganz normale Verhandlungen zwischen dem Finanzministerium und einem Einzelressort, bei denen es darum geht, wie viel für jede Maßnahme ausgegeben werden muss.

Bauen ist Aufgabe des Finanz- und Wirtschaftsministeriums. Es ist selbstverständlich, auch für die räumliche Unterbringung aller Landesbehörden zu sorgen. Da haben wir schon eine ganze Menge auch an großen Projekten, auch in dieser Größenordnung. Was die Beträge angeht, gehört diese Sanierung übrigens nicht zu den größten Projekten der Bauverwaltung in diesem Jahr und in den nächsten Jahren. Das muss man einfach auch einmal sagen; da gibt es schon sehr, sehr große Projekte.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Aber der politische Schaden ist hierbei besonders groß!)

(Staatssekretär Ingo Rust)

Wir beschäftigen uns im Ministerium selbstverständlich damit. Unser Ministerialdirektor – Sie haben ihn jetzt schon mehrfach erwähnt – war auch bei den Verwaltungsratssitzungen dabei und hat sich dieses Themas intensiv angenommen. Das heißt, Untätigkeit ist dem Ministerium in diesem Punkt nicht vorzuwerfen. Das heißt aber nicht, dass sich jeder im Ministerium – und auch immer die komplette Hausspitze – mit jedem Thema detailliert beschäftigen müsste.

Ich hätte das, was Sie wollten, sehr gern getan, Frau Kurtz. Wirklich, ich hätte mich intensiv auf dieses Thema vorbereitet und hätte Ihnen gern Rede und Antwort gestanden. Ich bin auch gern bereit, das im Ausschuss zu machen. Ich bin ebenso gern bereit, Sie ins Ministerium einzuladen, damit wir uns mit der Bauverwaltung zusammensetzen und – das biete ich Ihnen gern an – die Fragen, die Sie dazu noch haben, detailliert erläutern. Dann können Sie auch Auskunft darüber bekommen, wann ein Zeitplan vorgelegt wird. Es muss jetzt einen Zeitplan geben; da haben Sie völlig recht. Wir können das sehr gern erläutern. Ich biete Ihnen das Gespräch an.

Wenn es Ihnen darum geht, Informationen zu bekommen, bekommen Sie sie. Das sage ich Ihnen zu. Sie erhalten alle Informationen, die uns zur Verfügung stehen, und ich lade Sie gern ins Ministerium ein, um Ihnen Ihre Fragen zu beantworten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Klaus Herrmann CDU: Hier ist doch der Ort dafür!)

 Ich beantworte die Fragen auch gern hier. Wenn Sie mir das vorher sagen und mir detaillierte Fragen zukommen lassen, dann mache ich das auch gern hier.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Der Minister ist nicht da, und der Staatssekretär weiß nichts! – Gegenruf des Abg. Peter Hauk CDU: So ist es aber generell! Wie immer! – Weitere Zurufe von der CDU: Wie immer! – Das geht ja gar nicht!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine weitere Frage. Herr Abg. Hollenbach.

Abg. Manfred Hollenbach CDU: Herr Staatssekretär, ich habe schon Verständnis, wenn es Ihnen nicht möglich ist, Detailauskünfte zu geben. Aber seit zwei, drei Tagen kocht dieses Thema wirklich in der Öffentlichkeit. Es geht um zwei Grundsatzfragen. Die Bauleitung hat einen Bauzeitenplan nicht hinbekommen. Seit Mai vergangenen Jahres sind Sie im Finanzministerium verantwortlich. Die Umbaumaßnahmen sollten im Oktober beendet gewesen sein. Wir alle haben Verständnis dafür gehabt, dass es bei Umbaumaßnahmen, bei denen viel Unvorhergesehenes geschehen kann, zu Zeitverzögerungen kommen kann. Wenn aber dann verbindlich gesagt wird – auch von der Bauleitung; das war im November 2011 –, im Februar 2012 würde eröffnet werden können, und der 17. Februar 2012 als Premierentag bekannt gemacht wird, dann muss es funktionieren. Wenn es dann nicht funktioniert, handelt es sich um einen Mangel in der Bauleitung, und dafür ist die Führung des Hauses verantwortlich und niemand sonst.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dann zu den Kosten: Es ist ganz klar, dass bei Umbaumaßnahmen manche Investitionskosten dazukommen, die ursprünglich nicht eingeplant waren. Über die reden wir nicht. Wir reden auch nicht über einen Rechtsstreit, wenn es um Mängel geht. Das alles wird, vielleicht sogar auf dem Gerichtsweg, zu regeln sein.

Es geht darum: Die Ensembles haben einen Spielplan vorbereitet. Es sind 200, 250 Menschen, die jetzt nicht wissen, was sie tun sollen, weil sie derzeit keine Spielstätte haben. Die 4 oder 4,5 Millionen €, die bislang angefallen sind, beziehen sich auf den laufenden Betrieb; das hat mit Investitions- und Sanierungskosten nichts zu tun. Jetzt geht es darum: Wer hat das zu bezahlen? Das bleibt beim Land. Denn eine Drittverpflichtung wird sich wahrscheinlich aus Bauverträgen nicht herauslesen lassen.

Dann geht es um die Zukunft. In der Zeit von heute bis zur endgültigen Eröffnung wird es noch einmal Kosten in Höhe von 1,5 bis 2,5 Millionen € geben. Die Ensembles stehen bereit und wissen nicht, was sie tun können. Sie können nichts einspielen. Darauf möchten wir gern eine Antwort.

(Beifall des Abg. Tobias Wald CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Ingo Rust: Zum ersten Punkt, der Frage, wo der Mangel in der Bauleitung liegt, den Sie genannt haben: Ich weiß, allerdings aus Zeitungsberichten – Sie wissen es sicherlich besser –, dass z. B. die Drehbühne nach wie vor nicht oder nur mangelhaft funktioniert. Ich habe gelesen, dass man das Theater so nicht betreiben kann. Dass jetzt die Drehbühne nicht funktioniert, ist aber sehr offensichtlich ein Mangel, den die Firma zu verantworten hat, die die Drehbühne eingebaut hat. Zunächst ist nicht die Bauleitung verantwortlich. Kein Bauleiter kann verhindern, dass Firmen, die Gewerke in einem Bauwerk liefern, fehlerhafte oder mangelhafte Teile liefern

Deswegen ist die Bühne also offensichtlich nicht so zu betreiben, wie das Schauspielhaus es gern hätte. Das ist ein Grund für die Verschiebung. Dazu muss ich jetzt sagen: Das hat eine Bauleitung eigentlich nicht zu verantworten, sondern da ist der Schuldige eindeutig bei der Zulieferfirma zu suchen. Bei anderen Punkten wird es sicher auch Fehler der Bauleitung geben; das kann ich aber, wie gesagt, jetzt nicht detailliert ausführen.

Zu den laufenden Kosten haben Sie sich Ihre Antwort im Prinzip schon selbst gegeben. Natürlich muss das Land die Kosten tragen. Wir werden schauen, was man im Zuge von Regressforderungen bei den Firmen, die da nicht ordnungsgemäß gearbeitet haben, holen kann, auch bei Architekten, die vielleicht nicht ordnungsgemäß gearbeitet haben. Das Land wird natürlich alles tun, um das zu klären. Aber im Endeffekt wird zunächst dafür auch das Land geradestehen müssen. Das ist ganz klar.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine Zusatzfrage der Frau Abg. Bauer.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ich habe mich auch gemeldet! – Zurufe)

– Meine Kolleginnen und Kollegen, ich will es noch einmal erklären: Selbst wenn eine Fraktion mehrere Redner hat, muss

(Stelly. Präsident Wolfgang Drexler)

ich immer der Reihe nach vorgehen. Und jetzt ist Frau Bauer an der Reihe.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Frau Abgeordnete Bauer ist jetzt dran!)

Bitte, Frau Abg. Bauer.

(Zurufe von der CDU: Das ist das erste Mal, dass sie als Abgeordnete spricht! – Herr Rust, es ist die Unwahrheit, was Sie sagen! – Unruhe)

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Herr Staatssekretär, ich muss in meiner Rolle als Abgeordnete eine Frage stellen, da mir die Opposition nicht die Möglichkeit gegeben hat, hier als Ministerin Rede und Antwort zu stehen. Es wäre ja naheliegend gewesen, die Wissenschaftsministerin, die in der Verwaltungsratssitzung anwesend war

(Abg. Walter Heiler SPD: Hört, hört!)

und die ohne Probleme hätte Auskunft geben können, zu befragen. Dann wäre der Auftritt der Landesregierung jetzt ein anderer. Aber Sie haben sich anders entschieden.

(Unruhe)

Deswegen lassen Sie mich als Abgeordnete den Herrn Staatssekretär bei dieser Gelegenheit um eine Einschätzung bitten.

Ich würde gern wissen, Herr Staatssekretär: Wenn man einen Bauplan aufstellt, was braucht man vorher an Informationen, um eine präzise und auch realistische Bauplanung hinzubekommen? Braucht man z. B. eine Entscheidung darüber, ob im Schauspielhaus ein neues Gestühl eingerichtet werden soll

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Herr Staatssekretär, Sie müssen darauf nicht antworten!)

oder ob man gar den gesamten Untergrund verändern muss, weil der ansteigende Boden in diesem Saal nicht zu dem eingekauften Gestühl passt? Hierzu hat der Verwaltungsrat erst am Montag eine Prüfung in Auftrag gegeben. Braucht man eine solche Entscheidung, um eine Bauplanung zu machen, oder braucht man sie nicht?

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Das ist doch peinlich!)

Braucht man für eine präzise und realistische Bauplanung eine Entscheidung des Verwaltungsrats, ob man die Seitenverkleidung erneuert oder ob man es vielleicht hinnimmt, dass trotz beeinträchtigter Sicht auf die Bühne dies so, wie es eingebaut ist, erhalten bleibt, oder nicht? Braucht man diese Entscheidung, um einen Bauplan zu machen, oder braucht man sie nicht?

Herzlichen Dank.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Staatssekretär

**Staatssekretär Ingo Rust:** Wir brauchen dies, und wir brauchen noch viel mehr. Aber darum ging es der Opposition heute gar nicht. Der Opposition ging es heute nicht darum, Informationen zu bekommen –

(Abg. Helen Heberer SPD: Absolut nicht!)

das schließe ich jetzt einfach einmal aus den Redebeiträgen –, sondern es ging darum, Krawall zu machen.

(Zurufe von der CDU)

Wenn Sie Informationen gewollt hätten, hätte ein Hinweis gereicht. Sie hätten einfach sagen müssen, es gehe um das Staatstheater, und ich hätte Ihnen die Informationen dazu geliefert.

Aber, Frau Bauer, wir werden das sehr gründlich aufarbeiten. Wir werden schauen, welche Beschlüsse damals von wem gefasst wurden, wer damals im Wissenschaftsministerium war, wer damals im Finanzministerium war, wer im Verwaltungsrat war, welche Beschlüsse zu welchem Zeitpunkt gefasst wurden und welche Beschlüsse nun zu Mehrkosten geführt haben. Das wird der Rechnungshof machen, das werden auch wir machen, und wir werden dem Landtag dann ausführlich darüber berichten. Ich nehme an, der Rechnungshof wird auch darüber berichten. Dann werden wir viel Zeit im Finanz- und Wirtschaftsausschuss haben, um dies im Detail zu erläutern und zu schauen, wer wo welche Fehler gemacht hat.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Schmiedel.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Der ist anscheinend im Thema drin!)

**Abg. Claus Schmiedel** SPD: Ihre letzten Äußerungen, Herr Staatssekretär, führen, glaube ich, in die richtige Richtung. Mittlerweile hat man den Eindruck: Es gibt das Land Baden-Württemberg, es gibt die Stadt Stuttgart, es gibt den Verwaltungsrat, es gibt den Intendanten, es gibt den Architekten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Es gibt die Zeitungen!)

Kann mir jemand sagen, wer jetzt die Leitung hat?

(Abg. Peter Hauk CDU: Das Finanzministerium! – Abg. Sabine Kurtz CDU: Die Bauverwaltung! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Kann mir das niemand sagen? Ich habe auch nur beobachtet, dass darüber diskutiert wurde und dass für die Errichtung eines Zeltes geworben wurde, aber als der Intendant festgestellt hat, dass dafür zwei Bäume zu fällen wären, hat er über Nacht entschieden, doch kein Zelt aufzustellen. Wer ist jetzt eigentlich der Bauherr? Ist es das Land Baden-Württemberg? Ist es der Verwaltungsrat? Ist es der Intendant?

(Zuruf von der CDU: Chaos!)

Wir hätten gern eine Auflistung, Herr Staatssekretär – das ist unsere Bitte –, wer beim Startschuss der Sanierung wem welchen Auftrag gegeben hat, wer welche Kompetenzen hat und wer was zu verantworten hat. Denn bisher scheint es so zu sein: An jeder Stelle zieht irgendjemand,

(Widerspruch bei der CDU)

der entscheidet oder auch nicht entscheidet.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Thema verfehlt!)

(Claus Schmiedel)

Wir bekommen da nur Ordnung hinein – Der Fehler liegt – ich will jetzt gar nicht polemisieren – an dieser Urkonstruktion, dass man nicht von Anfang an die Rollen geklärt hat. Die Bauverwaltung hat z. B. zum Zelt auch nichts zu sagen.

Jetzt haben wir gehört, der Verwaltungsrat habe auch noch einmal über das Gestühl entschieden. Wir möchten das einfach wissen,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Auftraggeber ist das Land!)

weil wir wollen, dass die Fehler, die Sie in Ihrer Regierungsverantwortung gemacht haben – keine klare Verantwortung bei einem solchen Projekt, bei dem so viele beteiligt sind, festzulegen –, für die Zukunft vermieden werden.

(Zurufe von der CDU – Unruhe)

Sonst gibt es kein gutes Ende.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Staatssekretär

Staatssekretär Ingo Rust: Herr Schmiedel, wenn Sie erlauben, dass ich Ihnen dies schriftlich zukommen lasse,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja!)

werden wir gern veranlassen, dass Ihnen eine Aufstellung darüber vorgelegt wird, wer wann, zu welchem Zeitpunkt, in welchem Gremium welche Entscheidung mit welchem Lastenheft getroffen hat

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das kann man schon heute sagen! Das Finanzministerium!)

und warum es zu Mehrkosten gekommen ist. Das werden wir gern vorlegen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abg. Schebesta.

**Abg. Volker Schebesta** CDU: Herr Staatssekretär, Sie haben jetzt zum zweiten Mal in Vertretung des Ministers für Finanzen und Wirtschaft die "Nummer" gebracht, wir hätten Ihnen zuvor das Thema nennen sollen, das wir in der Regierungsbefragung ansprechen wollen.

Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass im Präsidiumsbeschluss vom 25. November 2008 Folgendes geregelt ist? Dort heißt es:

Im Rahmen der verbleibenden Zeit können weitere Fragen von aktuellem Interesse zu Angelegenheiten, für die die Regierung verantwortlich ist, gestellt werden.

Zum Zweiten haben Sie jetzt mehrfach gesagt, Ziel einer Regierungsbefragung sei es, an Informationen zu kommen. Wenn ich es richtig verstanden habe, ist von den damaligen Oppositionsfraktionen die Regierungsbefragung in der Geschäftsordnung auch mit dem Ziel verankert worden, spontan ohne vorbereitende Vermerke – oder vielleicht doch damit, jedenfalls aber spontan – in Frage und Antwort zu einem wichtigen

politischen Thema eine Debatte im Landtag zu führen. Dazu gehört nicht unbedingt, dass man den Regierungsvertretern das Thema vorher nennt,

(Abg. Helen Heberer SPD: Aber wenn man so komplexe Fragen stellt, muss man sich auch auf diese Komplexität vorbereiten können!)

und dazu gehört auch nicht, dass sie sich dann nur mit einem Vermerk vorn ans Mikrofon stellen können. Sind Sie bereit, auch dies zur Kenntnis zu nehmen?

Würden Sie mir auch darin zustimmen, dass das Thema Schauspielhaus jetzt in der öffentlichen Diskussion in dieser Woche eine gewisse – eine gewisse! – Rolle spielt, und dass dieses Projekt nicht unbedingt mit 40 anderen Bauprojekten in der Zuständigkeit der Bauverwaltung zu vergleichen ist?

Vielleicht darf ich Ihnen noch Folgendes sagen: Mehrere Personen im Landtag von Baden-Württemberg, darunter auch Beobachter, haben mir heute Morgen gesagt, dass es in der Regierungsbefragung wahrscheinlich um das Thema Schauspielhaus gehen werde. Vielleicht wären Sie bereit, uns zuzusagen, dass Sie beim nächsten Mal – am liebsten soll das der Minister machen; wenn Sie es dann machen, dann machen eben Sie das – für die drei, vier oder fünf Topthemen Ihres Hauses, über die in der entsprechenden Woche diskutiert wird, vorbereitet ans Mikrofon treten? Wären Sie bereit, uns das zuzusagen?

(Beifall bei der CDU)

**Staatssekretär Ingo Rust:** Zu Ihrer ersten Frage: Die Geschäftsordnung kenne ich sehr gut. Ich sage auch nicht, es gebe kein Recht, Fragen zu stellen. Ich sage nur: Wenn Sie detaillierte Antworten wollen, dann sollten Sie das Thema vorher mitteilen.

(Abg. Helen Heberer SPD: Da kommt mir die Erinnerung an Herrn Drautz!)

Wenn Sie eine allgemeine politische Einschätzung wollen, kann das jedes Regierungsmitglied jederzeit leisten. Wenn Sie aber detaillierte Antworten wollen, dann sollten Sie uns das Thema mitteilen. Das ist ja nur in Ihrem Interesse. Wenn Sie hier eine lebendige, inhaltlich fundierte Debatte wollen, dann ist es sinnvoll, ein solches Thema vorher – und wenn es auch nur einen Tag vorher ist – mitzuteilen. Wenn Sie dies nicht wollen, wenn Sie nur eine grobe politische Aussage wollen, dann kann man das anders machen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wären Sie bereit, Aktenvermerke zu lesen?)

Zu Ihrer zweiten Frage: Es stimmt nicht, dass intendiert war, dass es dazu überhaupt keine Vorbereitung habe geben sollen. Das war damals nicht mit dieser Regelung intendiert. Das weiß ich noch sehr gut;

(Abg. Helmut Rau CDU: Die Regierung sollte ihre eigenen Pläne kennen!)

denn ich war in der damaligen Diskussion dabei. Wir hatten Einzelfälle, Herr Schebesta – das sage ich hier auch einmal –, bei denen ich Anfragen an ein Ministerium gerichtet habe und das Ministerium dann von mir wissen wollte, um was es geht.

(Staatssekretär Ingo Rust)

Ich habe damals in kollegialer Weise das Thema genannt; denn ich wusste, dass sich der entsprechende Regierungsvertreter zuvor darüber informieren und sich damit beschäftigen musste. Unter solchen Voraussetzungen kann ein Regierungsvertreter auch eine fundierte Antwort geben.

(Abg. Helen Heberer SPD: Das ist der Unterschied! – Abg. Volker Schebesta CDU: Sie können sich nicht da vorn hinstellen und Zeitungswissen berichten!)

Ich finde, das gehört ein Stück weit auch zur Kollegialität dazu.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zurufe)

Zum Dritten

(Unruhe)

- jetzt lassen Sie mich auch einmal ausreden -

(Abg. Volker Schebesta CDU: Zwischenrufe sind im Parlamentarismus übrigens auch erlaubt!)

möchte ich Ihnen auch noch Folgendes sagen: Ich bin dazu bereit, dass man das so macht. Sie sprachen von drei oder vier Themen. Wenn Sie diese drei bis vier Themen vorher nennen und uns nicht verraten, welches der Themen dann aufgerufen werden soll, dann ist das auch noch okay. Aber wenn Sie gar nichts sagen, können Sie keine detaillierten Antworten erwarten.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie sind die Regierung!)

Ich kann Ihnen eine politische Einschätzung geben, aber ich kann Ihnen keine Details zu einem Zeitplan bei einem Bauprojekt nennen, wenn Sie mir vorher nicht sagen, welches Thema Sie ansprechen wollen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Zur Gemeinschaftsschule kann die Regierung etwas sagen, zu anderen Themen nicht! – Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Gemeinschaftsministerium!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Kern von der Fraktion GRÜNE.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Herr Staatssekretär, werden Sie nur auf Zuruf informiert?)

Abg. Manfred Kern GRÜNE: Herr Staatssekretär, teilen Sie die Einschätzung, dass für Mängel in der Ausführung eines Baus nicht die Bauleitung verantwortlich ist und auch nicht haftbar gemacht werden kann, sondern dass sie allenfalls dafür verantwortlich gemacht werden kann, dass sie die Mängel entdecken muss und dass diese behoben werden, in welcher Weise auch immer dies geschieht?

(Unruhe)

Zweite Frage: Teilen Sie die Einschätzung, dass möglicherweise der Architekt in der Planung Fehler gemacht haben kann, die sich jetzt auswirken und die jetzt behoben werden müssen, beispielsweise die Verkleidungen, die Stühle (Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dann wissen Sie mehr als der Staatssekretär!)

- "möglicherweise" habe ich gesagt –, und dass dann, wenn es so ist, dessen Haftpflichtversicherung eintritt und diese Kosten nicht zulasten des Landes gehen, was hier von der Opposition darzulegen versucht wird?

Staatssekretär Ingo Rust: Das habe ich im Prinzip schon beantwortet. Wir werden sehr genau prüfen, sehr genau kontrollieren, wer wann welche Fehler gemacht hat. Wenn eine Firma, ein Lieferant – wie offensichtlich bei dieser Drehbühne – einen Fehler gemacht hat und ein fehlerhaftes Teil geliefert hat, dann ist es das Verschulden dieses Lieferanten, wenn diese Bühne nachher nicht funktioniert. Wenn Sie ein Auto kaufen, das nicht funktioniert oder das ständig ausfällt, dann ist derjenige, der das Auto produziert hat, der Schuldige und nicht derjenige, der das Auto gekauft hat.

Zu Ihrer zweiten Frage: Die Frage, was der Architekt oder die Bauleitung zu verantworten hat, wird geprüft. Es wird dann auch geprüft, in welcher Höhe dann gegebenenfalls Ersatzansprüche geltend zu machen sind. Bei dem Gestühl, habe ich gehört, liegt das nahe, weil die neue Steigung des Gestühls oder der Sitzreihen wohl nicht in die Beinfreiheit einkalkuliert wurde. Das ist ein klassischer Planungsfehler, würde ich sagen. Das wird ebenfalls geprüft. Aber das wird von Experten geprüft, von bautechnischen Experten, aber nachher auch von Juristen, die uns dann beraten werden, wie wir mit diesen Fehlern umgehen.

(Abg. Manfred Kern GRÜNE: Darf ich noch eine Zusatzfrage stellen?)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eigentlich nicht. Aber Sie können sich wieder melden.

Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Hauk.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Staatssekretär, können Sie mir bestätigen, dass erstens der Auftraggeber für den Umbau das Land Baden-Württemberg ist und zweitens konkreter Auftraggeber das Finanzministerium und dass damit drittens Adressat in der Regierungsbefragung nicht das Wissenschaftsministerium, sondern natürlich das Finanzministerium ist? Und schließlich: Können Sie uns verbindlich zusagen, dass bis Ende dieses Monats ein Bauzeitenplan für die "Sanierung der Sanierung" vorgelegt wird?

**Staatssekretär Ingo Rust:** Ich kann Ihre erste Frage nicht bestätigen, denn nicht das Finanzministerium ist Auftraggeber, sondern das Finanz- und Wirtschaftsministerium.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Ich werde Ihre zweite Frage, ob wir das bis Ende des Monats vorlegen können, gern bis morgen beantworten.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine weitere Zusatzfrage der Frau Abg. Kurtz.

**Abg. Sabine Kurtz** CDU: Herr Staatssekretär, ich wollte mit Ihnen weder über Abstandsreihen von blauen oder wie auch immer farbigen Sitzen im Theater sprechen noch über Scharniere von Drehbühnen, Inspizientenpulte oder sonst etwas. Ich

(Sabine Kurtz)

wollte von Ihnen wissen, ob Sie die politische Brisanz des Themas erkannt haben. Ich wollte von Ihnen wissen, ob Sie die Kunstpolitik bewusst boykottieren.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben die politische Brisanz nicht erkannt. Das müssen Sie sich vorhalten lassen, wenn über Themen hier tagelang und monatelang in der Zeitung diskutiert wird, und zwar nicht nur im Feuilleton, sondern mit Wirkung darüber hinaus.

Frau Ministerin Bauer, ich habe schon eine Anfrage gestellt. Sie ist lapidar genug beantwortet worden. Da ging es um die Sanierung. Jetzt geht es – ich sage es noch einmal – um die "Sanierung der Sanierung" und das Problem, das sich jetzt seit der jüngsten Verwaltungsratssitzung so deutlich zeigt. Die Ministerin hat dazu im Verwaltungsrat ausgesprochen wenig sagen können. Ich weiß, dass Sie bisher keinen Zeitplan haben. Sonst läge er vor. Deswegen noch einmal: Sind Sie bereit, diesen Zeitplan vorzulegen? Sind Sie bereit, diese Baumaßnahme jetzt ernst zu nehmen? Sind Sie bereit, jetzt Schaden von der Kulturpolitik in Baden-Württemberg abzuwenden? Würden Sie sich bitte bereit erklären, sich dieses Themas anzunehmen, und zwar vorausschauend?

Den Rückblick, der jetzt hier immer wieder angemahnt wird, müssen wir noch führen. Aber der nützt uns im Augenblick nichts. Er nützt dem Theater nichts, den Theaterleuten, die Verträge haben, den Intendanten, die allmählich wirklich zermürbt sind, die sich sehr stark bemüht haben, über diese Bauphase und all die Mängel hinwegzukommen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Mir kommen gleich die Tränen!)

Sie wissen, wir hatten in der Türlenstraße Räumlichkeiten angemietet. Das hat, glaube ich, 4 Millionen € gekostet. Das müsste bei Ihnen doch irgendwie ins Kontor schlagen. Da müssten Sie sich doch auch mit der Stadt ins Benehmen setzen, wie das zu finanzieren ist.

Das sind nämlich die nächsten Fragen: Haben Sie sich darüber bereits Gedanken gemacht, wie Sie die Kosten, die zukünftig durch Einnahmeausfälle und Ersatzspielstätten entstehen werden, schultern und verteilen wollen? Finden da schon Gespräche statt?

Das sind, glaube ich, sehr konkrete Fragen, die Sie beantworten könnten.

Vielen Dank.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Staatssekretär

Staatssekretär Ingo Rust: Noch einmal: Wir werfen dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst keine Knüppel zwischen die Beine. Wenn es zwischen dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft und dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Diskussionen über die Finanzen gibt, dann sind es die ganz normalen Gespräche, die jedes Ressortministerium mit dem Finanz- und Wirtschaftsministerium führt, und ist es keine – wie Sie es unterstellen – spezielle Attacke auf die Kunstpolitik, im Gegenteil: Es wäre interessant, zu erheben, wie die Ausgaben für Kunst und

Kultur zu Zeiten der vorigen Landesregierung waren, und diese den heutigen Ausgaben gegenüberzustellen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das wäre gut!)

Dann ließe sich vielleicht an einem objektiven Betrag ablesen, welche Wertschätzung die neue Landesregierung dem Bereich Kunst und Kultur beimisst. Herr Kollege Walter ist sicher bereit, das aufzubereiten und im Wissenschaftsausschuss darüber zu berichten.

(Heiterkeit der Abg. Helen Heberer SPD)

Von einer Attacke gegen die Kunst- und Kulturpolitik kann also keine Rede sein. Bei dem Bauprojekt geht es darum, dieses Projekt zu begleiten; das wird gemacht. Das Ministerium nimmt dieses Bauprojekt sehr ernst. Der Amtschef im Ministerium kümmert sich seit mehreren Monaten persönlich um dieses Thema. Er unterrichtet auch immer wieder die Hausspitze.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Echt? Davon haben wir nichts gemerkt!)

Auch der Minister hat sich persönlich schon bei diesem Thema eingebracht, aber eben nicht bei jeder Detailfrage.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Das sagt er jetzt!Abg. Volker Schebesta CDU: Haben Sie die Zeitung gelesen?)

Das ist auch die normale Aufgabenverteilung in einem Ministerium.

Wie gesagt: Wenn es Ihnen um Informationen geht, biete ich Ihnen diese an. Wenn Sie die Information nicht annehmen — Sie müssen mir Ihre Frage vorher mitteilen, damit ich hier dann ausführlich berichten kann. Sonst kann ich nur politisch antworten, wie es für die politische Spitze des Ministeriums angebracht ist, aber nicht auf die Details eingehen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Aber mehr als aus der Zeitung berichten, das kann man schon!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Damit ist die einstündige Regierungsbefragung beendet.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Aber wir haben doch um 14:30 Uhr angefangen, oder?)

- Wann haben wir mit der Regierungsbefragung begonnen?

(Zurufe: Um 14:30 Uhr!)

Ich habe gerade nur in meine Vorlage geschaut. Wenn wir um 14:30 Uhr angefangen haben, dann ist die Regierungsbefragung um 15:30 Uhr zu Ende. Herr Staatssekretär, Entschuldigung, die Regierungsbefragung dauert noch 15 Minuten.

Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Abg. Herrmann.

**Abg. Klaus Herrmann** CDU: Herr Staatssekretär, es ist unstreitig, dass bei dem Projekt das Land Baden-Württemberg der Bauherr ist.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Sehr gut!)

(Klaus Herrmann)

Das Land war bis Mai 2011 durch das Finanzministerium vertreten.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Auch richtig!)

Seit Mai 2011 ist es durch das Finanz- und Wirtschaftsministerium vertreten; denn dort ressortiert die Bauverwaltung.

Meine Frage nun an Sie: Wenn es ein solches Chaos gegeben haben sollte, wie es Herr Kollege Schmiedel vorhin dargestellt hat, warum haben Sie dann nicht in den letzten zehn Monaten, in denen Sie die Verantwortung dafür tragen, dafür gesorgt, dieses vermeintliche Chaos abzustellen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Helen Heberer SPD: Weil der Schaden erst jetzt aufgetreten ist!)

**Staatssekretär Ingo Rust:** Unser Ministerialdirektor – ich habe es eben erwähnt – kümmert sich seit Monaten persönlich um dieses Thema; er ist der ranghöchste Beamte im Ministerium. Ich kann nicht erkennen, dass dem Thema nicht die nötige Wichtigkeit beigemessen würde.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Dann gab es offenbar kein Chaos? – Gegenruf des Abg. Walter Heiler SPD: Es war so groß, dass man es in zehn Monaten nicht beheben konnte! – Vereinzelt Heiterkeit)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abg. Schmiedel.

**Abg. Claus Schmiedel** SPD: Herr Staatssekretär, kann es sein, dass bei der CDU-Fraktion ein Missverständnis hinsichtlich der Rolle

(Zuruf des Abg. Günther-Martin Pauli CDU)

des Bauherrn und der Bauleitung vorliegt und dass genau das die Ursache dafür ist, dass man in der vorherigen Regierung meinte, man habe die Bauleitung? Man hatte aber die Bauherrschaft und hatte die Bauleitung an jemanden abgetreten, der offensichtlich große Mängel bei der Bauleitung zeigt.

(Abg. Helen Heberer SPD: So ist es!)

Kann es darüber hinaus sein, dass die Schäden noch nicht seit zehn Monaten erkennbar sind.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das weiß er alles nicht!– Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Meine Güte!)

dass, wie gesagt wurde, die Bauleitung – nicht der Bauherr – die neue Spielzeit noch konkret angekündigt hat und die ganze Katastrophe erst jetzt, in diesen Tagen, auftritt?

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ich weiß gar nicht, warum er so in dem Thema drin ist und nicht Sie, Herr Staatssekretär! Ich verstehe das gar nicht! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Jetzt könnte man sich denken, dass diejenigen, die Hauptverursacher dieser Katastrophe sind, die konzeptionell und organisatorisch die Weichen gestellt haben, an dieser Stelle ein bisschen kleinlauter sein sollten. Denn wenn man mit dem Finger auf jemanden zeigt, zeigen immer drei Finger auf einen selbst zurück. Stelly. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Ingo Rust:** Ich glaube nicht, dass von einem Missverständnis bei der CDU ausgegangen werden kann; da unterschätzen Sie die CDU. Sie will jetzt einfach Krawall machen. Das ist der einzige Grund.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Sabine Kurtz CDU: Schaden vom Theater abwenden!)

Der Krawall wird aber auf sie zurückfallen, denn wenn klar ist, wo die Verantwortlichkeiten zu sehen sind, wer am Anfang welche Steuerungsfunktion eingenommen hatte,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Diese Wortwahl kenne ich nur vom Kollegen Sckerl!)

dann wird sehr schnell deutlich, dass die neue Landesregierung alles versucht hat, um Schaden von diesem Projekt abzuwenden – das aber wohl von Anfang an konzeptionell so angelegt war, dass es in diesem Punkt Schwierigkeiten geben kann.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine weitere Zusatzfrage für die CDU, Herr Abg. Birk.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Dr. Birk!)

- Entschuldigung, Herr Dr. Birk.

Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Herr Staatssekretär, Sie sind doch sicherlich auch einig mit mir in der Annahme, dass das Parlament gegenüber der Regierung ein Auskunftsrecht hat und dass Sie dieses auch zu erfüllen haben. Ich würde Sie deshalb auch bitten, die Aussage zurückzunehmen, dass es hier um Krawall gehe.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Ja!)

Vielmehr geht es hier um ein sehr wichtiges Thema,

(Beifall bei der CDU)

bei dem das Land Baden-Württemberg, die Landesregierung, die Kultur in Baden-Württemberg Gefahr laufen, Schaden zu nehmen durch Missmanagement, durch mangelndes Krisenmanagement der Landesregierung.

Deshalb die konkrete Frage an Sie, nachdem Sie sich mit diesem Thema schon über umfangreiche Zeitungslektüre beschäftigt haben:

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

In der früheren Landesregierung war es so, dass es immer mehrere, auch brisante Themen gegeben hat und zumindest ein Ressort dafür jeweils eine Zuständigkeit hatte und auch sprachfähig war, entsprechend vorbereitet war, um hier Rede und Antwort zu stehen. Ich gehe einmal davon aus, dass die jetzige Landesregierung diese Praxis im Endeffekt auch so übernommen hat.

Was ist denn aus Ihrer Sicht aktuell notwendig und wichtig, um dieses Problem in den Griff zu bekommen? Da ist es, glaube ich, zu kurz gesprungen, wenn man jetzt den Ministerialdirektor beauftragt, der nicht nur im Verwaltungsapparat und (Dr. Dietrich Birk)

auch nach außen geschickt agiert, der die Brisanz wohl auch noch nicht erkannt hat. Gehen Sie nicht auch mit mir einher, dass es dringend notwendig ist, eine Taskforce, ein Krisenmanagement mit allen Beteiligten einzurichten,

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: "Taskforce" dürfen Sie nicht sagen!)

sowohl mit den beteiligten Ressorts – Finanz- und Wirtschaftsministerium, Wissenschaftsministerium – als auch mit der Stadt Stuttgart, dass man die Fragen aufnimmt, dass man auch rechtliche Schritte prüft? Auch der Rechnungshof ist eingeschaltet. Das ist das eine.

Das andere ist doch, dass Sie jetzt sehr rasch eine Lösung anbieten müssen. Da kann ich nur sagen: Was die Kultur in Baden-Württemberg derzeit zur Kenntnis nehmen muss, ist eine ganz saftige Ohrfeige seitens des Finanz- und Wirtschaftsministeriums, weil Sie dem Staatstheater dafür bislang keine Lösungen anbieten.

Deshalb die herzliche Bitte: Nehmen Sie sich dieses Themas an

Sie treten mir hier im Ton und auch im Inhalt teilweise wirklich zu locker auf

(Abg. Walter Heiler SPD: Was?)

und nicht angemessen bei der Bedeutung dieser Frage. Deshalb die herzliche Bitte, dass das Thema wirklich auf der Prioritätenliste seitens des Finanz- und Wirtschaftsministeriums, seitens des Bauherrn, des Landes Baden-Württemberg, ganz oben sein muss.

Deshalb ganz persönlich die Bitte an Sie: Machen Sie uns doch jetzt einmal einen Vorschlag, wie Sie dieses Problem sehr zügig beheben wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Staatssekretär Ingo Rust: Den ersten Punkt nehme ich nicht zurück, weil er sich konkret darauf bezogen hat, dass, wenn es Ihnen hier darum ginge, konkrete Informationen zu bekommen, gar nichts dagegen gesprochen hätte, das Thema vorher zu benennen. Sie haben noch keinen einzigen Grund genannt, warum Sie gestern einfach nicht gesagt haben: Das Thema kommt dran, bitte detailliert vorlegen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das haben wir immer gemacht, jedes Mal! – Gegenruf des Abg. Volker Schebesta CDU: Quatsch! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Es gibt überhaupt keinen Grund dafür, das nicht zu tun, wenn Sie Informationen wollen. Wenn Sie das nicht tun, müssen Sie begründen, warum Sie keine Informationen wollen. Das müssen Sie begründen.

Zweitens: Ich teile auch nicht Ihre Einschätzung, dass die vorherige Landesregierung hier immer zu jedem Punkt qualitätsvoll Auskunft gegeben hat. Sie war in den allermeisten Fällen vorbereitet. Aber selbst in Fällen, in denen eine Vorbereitung möglich war, war es nicht immer qualitätsvoll vorbereitet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU) Drittens: Was Sie da gefordert haben, was jetzt getan werden soll, wird schon lange getan. Wir arbeiten schon jetzt intensiv mit dem Wissenschaftsministerium zusammen an der Lösung des Problems. Wir arbeiten schon intensiv mit dem Staatstheater zusammen an der Lösung des Problems. Wir arbeiten auch schon an der rechtlichen Abklärung, was —

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wissen Sie das aus der Zeitung?)

- Nein, das weiß ich nicht aus der Zeitung.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Dann ist es gut!)

Es war falsch, was Sie gesagt haben, dass ich mich nur aus der Zeitung informieren würde.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie haben das gesagt!)

- Nein, ich habe das nicht gesagt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Doch!)

- Nein, ich habe das nicht gesagt. – Das heißt, es wird schon lange daran gearbeitet, auch zu prüfen, wer Schuld hat, wer welchen Baumangel zu verantworten hat. Das wird schon lange gemacht. Daher brauchen Sie uns nicht dazu aufzufordern; genau diese Punkte sind schon in der Umsetzung.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wie ist die Projektorganisation für das Krisenmanagement?)

Wenn Sie zu diesem Punkt Informationsbedarf haben: Wir haben da überhaupt nichts zu verheimlichen. Sie bekommen die Informationen, die Sie brauchen. Ich habe Ihnen das angeboten. Die kann man Ihnen in einer Ausschusssitzung geben, die kann man Ihnen hier im Plenum in einer öffentlichen Diskussion geben. Das ist überhaupt kein Problem. Da wird nichts versteckt und nichts hinter dem Berg gehalten. Die Landesregierung kommt ihrer Informationspflicht selbstverständlich nach. Jederzeit sind wir bereit, dies zu tun.

**Stelly. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine weitere Zusatzfrage, Frau Abg. Kurtz.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Herr Rust, ich würde das Thema gern wieder ein bisschen von der persönlichen Ebene auf die Sachebene ziehen. Denn ich bin schon ein bisschen verwundert, wie die Debatte hier läuft. Ich möchte für mich persönlich ganz ausdrücklich sagen: Ich will hier nicht Krawall machen. Ich habe Ihnen gesagt, ich wollte die Hausspitze sensibilisieren. Mir ist es wirklich ein Anliegen, dass von den Staatstheatern weiterer Schaden abgewendet wird.

Meines Wissens ist die Regierungsbefragung auf Wunsch der früheren Opposition so eingeführt worden, wie wir sie heute als Instrument haben. Ich bin, ehrlich gesagt, davon ausgegangen, dass Sie mit solchen aktuellen Themen so weit vertraut sind, dass Sie jetzt, ohne dass ich Ihnen da auf die Füße trete, doch etwas souveräner hätten antworten können. Es war nicht meine Absicht, Sie hier überfallartig mit irgendeiner Frage zu konfrontieren, die eigentlich eine Zumutung wäre.

Jetzt frage ich mich aber schon ein bisschen: Wie ist denn bei Ihnen im Haus die Arbeitsteilung? Sind Sie der falsche An(Sabine Kurtz)

sprechpartner? Ist es jetzt vielleicht sehr honorig von Ihnen, dass Sie sagen: "Natürlich tun wir alles für Kunst und Kultur in Baden-Württemberg,

(Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

und wir arbeiten auch mit dem Wissenschaftsministerium in diesem Bereich sehr gut zusammen"? Aber können Sie dies auch für den Minister sagen? Können Sie für ihn ebenfalls die Hand ins Feuer legen, oder muss ich davon ausgehen, dass der eigentlich Verantwortliche in diesem Ministerium eben nicht die Absicht hat, sich eines Themas wie diesem so stark anzunehmen? Er steht ja hier jetzt auch nicht als Ansprechpartner zur Verfügung.

**Staatssekretär Ingo Rust:** Frau Kurtz, vielen Dank für Ihre klarstellenden Worte zum Sinn und Zweck dieser Debatte. Ich nehme das Wort "Krawall" in Bezug auf Ihre Äußerungen ausdrücklich zurück.

Ich kann, was das Thema "Kunst und Kultur" angeht, für den Minister absolut die Hand ins Feuer legen. Hätte er gewusst, dass über dieses Thema heute diskutiert wird, wäre er hierzu sicher persönlich ans Rednerpult getreten. Er kann es nicht. Das wurde aber im Präsidium vorher besprochen. Er führt eine Wirtschaftsdelegationsreise nach Moskau an. Ihn begleiten etwa 100 Personen vor allem aus der Wirtschaft, aber auch aus der Politik und der Wissenschaft. Er ist im Präsidium entschuldigt worden. Deswegen kann er heute nicht hier sein.

Aber gerade unserem Minister sind Kunst und Kultur sehr wichtig. Er sitzt z. B. im Kulturunterausschuss der Landesstiftung. Er sitzt, glaube ich, auch schon lange dem Kuratorium der Kunststiftung Baden-Württemberg vor. Er ist also dem Thema "Kunst und Kultur" sehr zugeneigt. Das heißt, Sie können in Bezug auf die Haltung des Finanz- und Wirtschaftsministeriums zu Kunst und Kultur beruhigt sein. Kunst und Kultur haben in unserem Minister sogar einen besonderen Unterstützer, weil er dem Bereich sehr zugeneigt ist. Deswegen sind wir auch bemüht, diese Probleme schnell zu lösen.

Es gab zwischendurch einmal – das wurde gerade erwähnt – auch den Vorschlag der Unterbringung in einem Zelt. Dieser Vorschlag kam vom Intendanten, wenn ich richtig informiert bin. Er hat den Vorschlag aber schon wieder zurückgezogen, weil er ihn selbst auch nicht mehr so gut fand.

Es wird momentan an Lösungen gearbeitet. Ich glaube, es wird gut zusammengearbeitet.

Die Interessenlagen sind auch bei der baulichen Unterbringung von Institutionen des Landes immer unterschiedlich gelagert. Das Finanz- und Wirtschaftsministerium strebt natürlich eine möglichst wirtschaftliche Unterbringung an.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das ist doch logisch! – Abg. Helen Heberer SPD: Das war nie anders!)

Das ist die Aufgabe des Ministeriums. Auf der anderen Seite hat der Nutzer gewisse Vorstellungen, die manchmal auch sehr weit reichen. Das ist ganz normal. Da ist es egal, ob das eine Hochschule, ein Polizeipräsidium oder ein Finanzamt ist. Da kommt der Bauverwaltung die Rolle zu, wirtschaftliche Lösungen zu finden. Natürlich hat der Nutzer da auch oft weiter

gehende Vorstellungen. Das ist ganz klar. Das kann auch in diesem Fall so sein. Ich möchte nie bestreiten, dass es das gibt. Da hat jeder seine Rolle. Aber im Großen und Ganzen, glaube ich, wird da konstruktiv zusammengearbeitet.

Ich kann Ihnen zusagen, dass unser Ministerialdirektor genau an diesen Aufgaben, die Sie hier genannt haben, im Augenblick schon arbeitet, dass man diese Probleme lösen will und sowohl für die Baumehrausgaben als auch für die betrieblichen Mehrausgaben Lösungen sucht. Das gehört zum Geschäft. Das ist jetzt Krisenmanagement, weil es zweifelsohne eine Krise ist. Aber ich habe vollstes Vertrauen in unseren Ministerialdirektor, dass er dieses Krisenmanagement hervorragend meistern wird.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Zeit für die Regierungsbefragung ist jetzt abgelaufen. Es ist 15:30 Uhr.

Ich rufe Punkt 5 der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Messund Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts – Drucksache 15/1465

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Minister Untersteller.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Ich darf heute die Gesetzesvorlage der Landesregierung zu dem Abkommen einbringen, das die Länder Ende 2011 zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik, die sogenannte ZLS, unterzeichnet haben.

Das Änderungsabkommen hat bisher in anderen Ländern überall Zustimmung erfahren. Ich habe daher guten Grund zur Hoffnung, dass auch unser Ratifizierungsgesetz im Parlament kein so kontroverser Tagesordnungspunkt werden wird, wie wir ihn eben im Zusammenhang mit der Frage, wie es mit der Sanierung des Schauspielhauses weitergeht, hatten.

Die ZLS ist eine von allen Ländern gemeinsam getragene und finanzierte Stelle, die schon bisher Länderaufgaben im Bereich der Produktsicherheit und des Gefahrstoffrechts wahrnimmt. Ihr Aufgabenschwerpunkt sind die Anerkennung und die Überwachung von Konformitätsbewertungsstellen wie beispielsweise dem TÜV oder der DEKRA auf der Grundlage des Produktsicherheitsrechts. Den inhaltlichen Kern des Änderungsabkommens bildet die Übertragung von länderübergreifenden Koordinierungs- und Vollzugsaufgaben der Marktüberwachung im Bereich der Produktsicherheit auf die ZLS. Hier entwickeln die Länder ihre Strukturen für eine effiziente und einheitliche Marktüberwachung weiter, und bei der ZLS bündeln wir Kompetenzen und schaffen einen zentralen Ansprechpartner in Richtung Europa, aber auch gegenüber der Wirtschaft und gegenüber den Verbraucherverbänden.

(Minister Franz Untersteller)

Die Wirtschaft fordert hier schon lange eine stärkere Koordinierung und Vereinheitlichung. Die ZLS wird in der Zusammenarbeit mit dem Zoll zukünftig der zentrale Ansprechpartner schlechthin. Hier geht es darum, gefährliche Produkte schon bei der Einfuhr zu erkennen und möglichst erst gar nicht ins Land zu lassen. Bei der ZLS wird künftig auch die Koordinierung der Erstermittlung bei den sogenannten RAPEX-Meldungen konzentriert. Wir reden dabei über ein Schnellwarnsystem für Produkte, von denen eine ernste Gefahr ausgeht.

Außerdem wird sie die Vertretung Deutschlands im europäischen Träger des Systems ICSMS wahrnehmen. Dieses maßgeblich hier in Baden-Württemberg von der LUBW entwickelte EDV-System wird schon jetzt von den Marktüberwachungsbehörden vieler Staaten in Europa zum Informationsaustausch genutzt, und es wird künftig in der Marktüberwachung aller EU-Mitgliedsstaaten eingesetzt werden. Auch die Arbeit der vom Bundesrat benannten EU-Richtlinienvertreter, die die Länder in nationalen und europäischen Gremien vertreten, soll künftig zentral von der ZLS wahrgenommen werden.

Schließlich wird die Entscheidungs- und Vollzugskompetenz auf die ZLS verlagert, wenn bei gefährlichen Verbraucherprodukten Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ländern darüber bestehen, wie der Gefahr zu begegnen ist und inwieweit die Dringlichkeit des Problems sowie der Schutz der Gesundheit ein bundesweit einheitliches Handeln einfordern.

Bei den Neuerungen sind die Interessen von Baden-Württemberg angemessen berücksichtigt, nicht zuletzt deshalb, weil sich alle Länder die Kosten nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel zukünftig teilen.

Das Änderungsabkommen enthält außerdem notwendige Anpassungen an zwingendes europäisches Recht und an verschiedene Änderungen nationaler Fachgesetze.

Besonders zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang vielleicht noch die EU-Verordnung zur Akkreditierung und Marktüberwachung. Infolge dieser Verordnung müssen Akkreditierungen, die bisher die ZLS vorgenommen hat, nun formal im Außenverhältnis durch die Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH – kurz DAkkS – erfolgen. Der ZLS-Staatsvertrag wird entsprechend angepasst.

Die Begutachtungen im Innenverhältnis, die Befugniserteilung und die Überwachung der Konformitätsbewertungsstellen in dem sensiblen Bereich der Produktsicherheit bleiben aber nach wie vor unverändert bei der ZLS, die hier über große Erfahrungen und hervorragendes Fachwissen verfügt.

Das Änderungsabkommen bereinigt zudem eine Schnittstelle zwischen der ZLS auf der einen Seite und der Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten auf der anderen Seite. Hier gibt es bisher geteilte Zuständigkeiten. Die Zentralstelle für Gesundheitsschutz übernimmt fortan die bisherigen Aufgaben der ZLS nach dem Medizinproduktegesetz. So können wir zukünftig Synergien optimal nutzen.

Ich bin überzeugt davon, dass unser Gesetzesvorhaben dazu beiträgt, die Effizienz der Marktüberwachung in dem wichtigen Bereich der Produktsicherheit zu steigern, und bitte Sie herzlich, dem von uns vorgelegten Gesetzentwurf im weiteren Verfahren Ihre Zustimmung zu geben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Meine Damen und Herren, für die Aussprache über diesen Gesetzentwurf in der Ersten Beratung hat das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. von Eyb.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, geehrte Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Minister hat es derart intensiv beschrieben, dass ich mir vorgenommen habe, meine geplante einstündige Grundsatzrede zu diesem Thema abzukürzen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Ich kann für die CDU-Fraktion Zustimmung signalisieren.

Ich will mir vielleicht eine einzige Bemerkung erlauben: Der Grund für diese Anstrengungen war wohl eine Aktion im Jahr 2007, bei der in den Vereinigten Staaten und in Europa in großem Umfang Kinderspielzeug zurückgerufen werden musste.

Letztendlich – wenn man das in einem einzigen Satz zusammenfasst – geht es darum, dass der Bürger bzw. der Verbraucher zukünftig besser geschützt ist. Das wollen wir erreichen. Mehr können wir nicht erreichen. Deswegen wird die CDU-Fraktion dem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist Effizienz!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Marwein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der stimmt auch zu!)

**Abg. Thomas Marwein** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach dem langen Theater sind wir jetzt in den Niederungen der Landespolitik gelandet.

(Zuruf des Abg. Paul Locherer CDU)

Wir müssen hier eigentlich nur über eine Formalie beraten, die aber, weil es sich um einen Gesetzentwurf handelt, der Zustimmung des Landtags bedarf.

Allerdings ist das Vorhaben nicht ganz unwichtig. Die inhaltlichen Aspekte hat der Herr Minister schon vorgetragen.

Ich will nur einen Punkt betonen: die Marktüberwachung. Es ist sicherlich für unsere Bürgerinnen und Bürger ganz wichtig, dass hier eine Vereinheitlichung in ganz Deutschland erfolgt und die Marktüberwachung gestärkt wird. Was wir im Haushalt schon für die LUBW niedergelegt haben, bestärkt das Ganze. Deswegen kann ich für die weiteren Beratungen schon jetzt Zustimmung signalisieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Gabi Rolland und Klaus Käppeler SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Rolland.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die stimmt auch zu!)

Abg. Gabi Rolland SPD: Vielen Dank. – Herr Präsident, meine Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Was haben Spielzeug aus Frankreich, Waschmaschinen aus Deutschland und Kettensägen aus China miteinander gemein? Alle unterliegen der Sicherheitsprüfung. Das ist echter Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern.

Ziele des Gesetzentwurfs, der uns heute in der Ersten Beratung vorliegt, sind eine wirksamere Überwachung des Marktes und ein besserer Informationsfluss auf europäischer Ebene. Außerdem ist das im Entwurf vorliegende Gesetz auch ein Beispiel dafür, dass Föderalismus kein Hindernis für richtig vernünftige Lösungen sein muss.

Bessere Zuständigkeiten, gebündelt, zu einem fairen Preis: Die Kosten für das Land betragen 130 000 €. Die SPD-Fraktion wird dem Gesetzentwurf zustimmen. Das Gesetz ist gut, günstig, zweckmäßig und sinnvoll.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Glück.

**Abg. Andreas Glück** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine gute Rede muss kurz sein; diese Rede wird spitze.

(Heiterkeit)

Es geht um die Umsetzung einer EU-Vorgabe. Wir werden das im Ausschuss weiterverfolgen. Ich möchte dem Ganzen nicht vorgreifen, aber ich denke, dass auch wir dem Gesetzentwurf so zustimmen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Bravo!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/1465 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Ich rufe Punkt 6 der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur – Zukünftige Straßenverkehrsfinanzierung – Drucksache 15/799 (geänderte Fassung)

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Kunzmann das Wort.

Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Die Straßeninfrastruktur ist unterfinanziert. Wir in Baden-Württemberg spüren das ganz besonders durch die täglichen Staus und durch die Lärmbelastung. Staus strapazieren Nerven, beeinträchtigen die Lebensqualität und verursachen erheblichen volkswirtschaftlichen Schaden.

Keine Bundesregierung, gleichgültig in welcher Zusammensetzung, hat bisher den gordischen Knoten durchschlagen, der lautet: Wie finanzieren wir die Straßeninfrastruktur ausreichend und nachhaltig? Die frühere rot-grüne Bundesregierung hat zudem dafür gesorgt, dass trotz der Lkw-Maut im Endeffekt nicht mehr Geld für den Straßenbau zur Verfügung steht.

(Beifall der Abg. Nicole Razavi CDU)

Der Ministerpräsident hat sich im Herbst zu einer streckenabhängigen und satellitengestützten Nutzerfinanzierung bekannt und schlug Baden-Württemberg als Modellregion vor. Das ist ein interessanter Vorschlag. Er ist so interessant, dass wir der Meinung sind, darüber muss auch hier im Landtag diskutiert werden. Denn auch die CDU Baden-Württemberg spricht sich seit Jahren für eine Nutzerfinanzierung aus. Also haben wir nachgefragt: Wie hält es denn jetzt die Landesregierung ganz konkret mit der Nutzerfinanzierung, und schlägt sie Baden-Württemberg – getreu der Linie des Ministerpräsidenten – auch als Modellregion vor?

Die Antwort des Verkehrsministers war wachsweich.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Er sagt nicht Muh und nicht Mäh.

(Zurufe von den Grünen)

Er versteckt sich hinter einer Kommission auf Bundesebene und der Aussage, das mit der Modellregion sei überhaupt schon aus rechtlichen Gründen gar nicht möglich.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Na also!)

Wieder einmal ist es Minister Hermann, der enttäuscht.

(Oh-Rufe von den Grünen – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Im Zuge der Haushaltsberatungen hatten wir einen gemeinsamen Antrag verabschiedet, wonach der Bund dem Land mehr Geld für den Bundesfernstraßenbau zur Verfügung stellen solle. Dieser Antrag wurde einstimmig verabschiedet. Doch den Zusatzantrag von CDU und FDP/DVP, dann auch über eine Nutzerfinanzierung nachzudenken, haben Sie aus fadenscheinigen Gründen abgelehnt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Aus gutem Grund! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Aus guten Gründen!)

(Thaddäus Kunzmann)

Dabei ist doch klar: Schon angesichts der Haushaltslage ist es unwahrscheinlich, dass der Bund auf Dauer mehr Geld in die Straßeninfrastruktur investiert. Das heißt, nur eine Nutzerfinanzierung durchschlägt den gordischen Knoten.

Dabei muss jedoch eines vorab geklärt werden: Geld aus der Maut muss unmittelbar und zusätzlich dem Straßenverkehr zugutekommen. Nur dann findet sie auch Akzeptanz. Für eine Entscheidung darüber, welche Form wir dann wählen, ob das eine Vignette ist oder ob eine Maut streckenabhängig erhoben wird, ist es heute noch zu früh. Beides hat Vorteile, aber auch Nachteile. Unser Angebot an Sie ist: Diskutieren wir das offen und transparent aus.

Die CDU reicht heute die Hand zum gemeinsamen Vorgehen für eine Nutzerfinanzierung mit dem einen Ziel, dass wir die Straßeninfrastruktur ausreichend, zuverlässig und nachhaltig finanzieren – zum Wohle der Menschen, denen wir damit Stresssituationen ersparen und Lebensqualität zurückgeben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜ-NE erteile ich Herrn Abg. Raufelder das Wort.

Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin über diese Diskussion hier im Plenum etwas verwundert. Denn die Überschrift des Antrags lautet eigentlich etwas anders. Sie haben Straßenbauprojekte benannt und danach gefragt, wie sie in Baden-Württemberg umgesetzt werden sollen, und sind erst dann auf die Fragestellung gekommen, wie man das auch weiter finanzieren kann.

Deswegen verstehe ich auch die Kritik an Herrn Minister Hermann nicht. Denn im Grunde genommen geht die Frage, was die Bund-Länder-Kommission macht, tatsächlich in Richtung dessen, was wir dem Bund als Aufgabe geben. Es besteht eine Abhängigkeit beim Schienenverkehr, bei den Wasserstraßen und bei den Straßen, und die Bund-Länder-Kommission will eine faire Behandlung der Bundesländer herausarbeiten.

Ich verstehe nicht, dass, wenn eine solche Kommission eingerichtet worden ist, dann von Ihnen auf einmal ein Antrag eingebracht wird, mit dem Sie auf Kosten des Ministeriums darstellen wollen, wie unfähig der Minister ist. Es ist nämlich völlig anders: Auf Anregung des Ministers gibt es in der Bund-Länder-Kommission diese breit gefächerte Diskussion darüber, wie man die verschiedenen Elemente – Wasserstraßen, Schienenverkehre, aber auch Straßenverkehre – in der Bundesrepublik fair finanzieren soll. Den Ländern ist aufgegangen, dass sie eine Mobilitätsverlagerung vornehmen müssen. Diese Mobilitätsverlagerung kann nur stattfinden, wenn man alle drei Bereiche, die ich genannt habe, berücksichtigt und aufzeigt, wie man diese finanzieren kann.

Über die verschiedenen Möglichkeiten wurde auch schon früher immer wieder diskutiert. Deswegen wundere ich mich darüber, dass man nicht auch einmal diese Analyse eingebracht hat. Es gab ja schon solche privatrechtlichen Straßenbauprojekte, bei denen man festgestellt hat: Das hat nicht den Erfolg gebracht, den wir uns gewünscht haben.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja!)

Deswegen müssen wir uns auch die Frage stellen: Bringt uns eine solche Privatisierungswelle eigentlich weiter? Ich behaupte, dass das im Grunde genommen nicht der richtige Weg ist. Aber wir werden dazu auch von der Kommission noch etwas hören, denn das ist eine Sache, die von dieser geprüft werden soll.

Eines wundert mich natürlich auch kolossal. Warum gehen Sie nicht auf die Sanierung von Straßen ein? Wir haben in Baden-Württemberg viele Spannbetonbrücken, die in den Sechziger- und Siebzigerjahren gebaut worden sind und heute kolossale Sanierungsfälle darstellen. Aber von Ihrer Seite wird nur lapidar gesagt: Wir müssen über Neubauten diskutieren. Doch die Sanierung – das war auch im Zusammenhang mit dem Landeshaushalt für Baden-Württemberg Gegenstand der Diskussion –

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

ist der wesentliche Punkt, den wir angehen müssen. Das ist auf Bundesebene genauso zu sehen wie auf baden-württembergischer Ebene.

Deswegen wäre es gut gewesen, wenn Sie sich in Ihrem Antrag darauf fokussiert hätten, zu fragen, wie diese Sanierung stattfinden kann. Mich würde interessieren, ob es auch von Ihrer Seite eine Priorisierung gibt, wie sie von der Landesregierung vorgenommen wurde, welche Strecken Sie vom Bund saniert haben möchten und welche Strecken Sie als wichtig empfinden. Nein, hierzu finden wir in Ihrem Antrag keine Frage. Stattdessen führen Sie wieder irgendwelche Mautdiskussionen, bei denen man darüber streiten kann, welche Lösung besser ist. Lassen Sie uns auch hier eine Versachlichung vornehmen. Es gibt – auch in anderen Ländern – viele Beispiele für solche Mautsysteme. Aber richtig ist auch – das muss man ganz deutlich sagen –, dass der Bund auch Rahmenbedingungen schaffen muss, um solche Mautsysteme einzuführen. Auch diese Frage ist bei der Bund-Länder-Kommission richtig angesiedelt.

Daher nochmals die Bitte an Sie: Stellen Sie Ihre Anträge nicht immer so, dass wir im Parlament im Grunde genommen die Situation haben, dass Sie vieles wissen wollen, wir dann antworten müssen – der Minister hat auf diese Fragen auch Antworten gegeben – und Sie die Antworten immer wieder infrage stellen.

Richtig wäre nach meiner Meinung, dass Sie das Ergebnis der Arbeit der Bund-Länder-Kommission berücksichtigen; im Herbst sollen Ergebnisse vorliegen. Wir hoffen natürlich, dass dann auch das Land Baden-Württemberg gerade für die Sanierung – das ist mir ganz wichtig – einen neuen Finanzierungstopf bekommt. Denn ich glaube – das können Sie bestimmt nachvollziehen –, dass viele Straßen in Baden-Württemberg große Sanierungsfälle sind, besonders die Brücken; darauf will ich einmal hinweisen.

Wenn Sie sich vergegenwärtigen, dass Kosten von insgesamt 7,5 Milliarden € pro Jahr für die Straßenbauprojekte in der Bundesrepublik anfallen, die erforderlich sind, um nur den Status quo zu erhalten, dann können Sie sich auch vorstellen, welche gewaltige Aufgabe vor uns steht, um diese Strukturen auch weiterhin zu erhalten.

(Wolfgang Raufelder)

Es stellt sich nun tatsächlich die Frage: Sind die Verbindungen, die wir in der Bundesrepublik haben, alle in der bestehenden Form noch notwendig? Gibt es sogar Verlagerungseffekte, oder gibt es z. B. einen europäischen Konsens – den dürfen wir nicht unerwähnt lassen – und Möglichkeiten, Güterverkehre zu verlagern? Sie wissen selbst, dass die Transitstrecken in Baden-Württemberg sehr stark belastet sind. Deswegen waren wir und sind wir auch sehr stark daran interessiert, dass die Rheinschiene, die Verbindung Genua-Rotterdam, auch zur Entlastung auf der Straße führt.

Daher will ich noch einmal ganz deutlich erwähnen: Meines Erachtens sind diese Verlagerungseffekte wichtig. Diese sollten Sie auch noch einmal in den Fokus Ihrer Fragestellung nehmen. Die Antworten des Herrn Ministers sind nach meinem Dafürhalten nicht wachsweich, sondern sehr detailliert und klar. Ich denke, man sollte sich diese Sachen auch einmal in der Bund-Länder-Kommission zu eigen machen – ich hoffe, das wird auch so sein – und im Herbst noch einmal hierüber diskutieren.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Lassen Sie eine Frage der Kollegin Razavi zu?

Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Ja, gern.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte.

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Kollege, vielen Dank. – Das Thema des Tagesordnungspunkts heißt Straßenbaufinanzierung. Jetzt würde mich doch Ihre Haltung hierzu interessieren, denn dazu haben Sie eigentlich gar nichts gesagt. Sie haben zu vielen Themen geredet, über die man sicherlich weidlich diskutieren kann. Aber zu Ihrer Haltung, wie wir den Straßenbau – ob Neubau oder Erhaltungsmaßnahmen – finanzieren sollen, dazu haben wir von Ihnen noch nichts gehört.

**Abg. Wolfgang Raufelder** GRÜNE: Ich hatte gedacht, dass ich Ihnen klarmachen konnte, dass der Bund einen neuen Finanzierungsschlüssel für die Länder erstellen muss, was er jetzt anscheinend auch macht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Dazu wurde ja ein Antrag formuliert!)

– Dazu wurde ein Antrag formuliert, wie Herr Schmiedel gerade richtigerweise sagt. – Wie soll ich es Ihnen noch deutlicher sagen?

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich gehe jetzt davon aus, dass uns der Bund den neuen Schlüssel vorlegt. Dann werden wir hoffentlich auch mehr Geld bekommen. Sie sind ja in Berlin noch an der Regierung, und da wird dies dann sicher relativ zügig vorangetrieben werden.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Genial! – Abg. Nicole Razavi CDU: Der Ministerpräsident sagt etwas ganz anderes!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Haller das Wort.

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben es angesprochen, Herr Kunzmann: Wir haben ein Kerndilemma in dieser Republik: viel zu wenig Geld für die verschiedenen Verkehre auf Schiene, Wasser, Straße. Das ist nun einmal Fakt. Sie haben auch zu Recht gesagt: Egal, wer regiert – der Bund wird seiner Verantwortung nicht gerecht. Das ist nun einmal eine Tatsache.

Die Frage heißt: Wie können wir das Dilemma lösen? Seit ich im Landtag bin, hat die CDU nur eine Antwort: Maut, Maut, Maut.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau! – Abg. Thaddaus Kunzmann CDU: Wir haben wenigstens eine!)

Denn sie hat viel zu viel versprochen, kann ihre Versprechen nicht einlösen, und dann kommt wieder: "Maut, Maut, Maut" – das ist wie bei einem zurückgebliebenen Papagei. Das ist doch keine Lösung, vor allem keine finanzielle Lösung. Denn Sie wollen ja die Kfz-Steuer abschaffen. Damit bringen Sie keinen Cent mehr ins System. Sie verlagern nur das eine ins andere.

Dann möchte ich noch vor einer Lebenslüge warnen. Sie sagen, Sie wollten eine Nutzerfinanzierung. Hören Sie einmal her: Die Autofahrer zahlen doch eine Unmenge an Kfz-Steuern und Mineralölsteuern. Der derzeitige Straßenbau ist nutzerfinanziert, und wie!

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Haller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Köberle?

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Das ist mein Freund, natürlich

(Heiterkeit)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte.

**Abg. Rudolf Köberle** CDU: Wusste ich es doch, dass Sie nicht Nein sagen. Deshalb freue ich mich auch auf eine gute Antwort von Ihnen.

Sie sagten gerade, dass die Union viele Versprechen gemacht habe, für deren Umsetzung jetzt das Geld fehle.

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Schon immer.

**Abg. Rudolf Köberle** CDU: Die Versprechen können sich ja nur auf den Bundesverkehrswegeplan beziehen ...

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Ja.

**Abg. Rudolf Köberle** CDU: ... und auf die Ausweisung des Vordringlichen Bedarfs, was viele als Anspruch verstehen und darum kämpfen, dass diese Projekte dann auch verwirklicht werden. Können Sie mir sagen, wer diesen total aufgeblähten Bundesverkehrswegeplan aufgestellt hat?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die CDU! – Heiterkeit)

Wer hat im Jahr 2002 oder im Jahr 2003 in Berlin regiert, und wer hat solche Versprechen gemacht?

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD – Unruhe)

**Abg. Hans-Martin Haller** SPD: Es ist völlig klar: Der Bundesverkehrswegeplan wurde von Rot-Grün aufgestellt, untergliedert in verschiedene Tranchen, und dieser Plan war immerwährend unterfinanziert. Das habe ich doch vorhin gerade förmlich erklärt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Eingangs wurde das schon gesagt! Er hat es schon zugegeben! – Zuruf: Schon erledigt!)

Das war die Eingangsbemerkung.

Deswegen noch einmal: Wenn Sie die Kfz-Steuer durch eine andere Nutzerfinanzierung ersetzen, haben Sie keinen Cent mehr für den Straßenbau oder für die Schiene. Vielmehr baut man dadurch nur einen neuen Popanz auf, man verunsichert die Leute und jagt sie in eine Sackgasse hinein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Das kann doch nicht die Antwort sein; das ist doch kein verantwortungsbewusstes Handeln.

Jetzt kommt etwas ergänzend hinzu: Die Mineralölsteuer erbringt etwa 42 Milliarden € pro Jahr. Diese Steuer ist mit einem sehr geringen Verwaltungsaufwand verbunden. Die Kfz-Steuer ist dagegen schon verdammt verwaltungsaufwendig, weil alle 35 oder 40 Millionen Pkws einzeln erfasst werden müssen, weil Anordnungen, Mahnungen etc. verschickt werden müssen. Da kann man sich wirklich getrost fragen, ob diese Steuer aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung nicht einfach abgeschafft und stattdessen eine entsprechend höhere Mineralölsteuer erhoben werden sollte. Auch das wäre eine Form der Nutzerfinanzierung.

Aber Sie wollen – und das als CDU! – die Kfz-Steuer, die bereits verwaltungsaufwendig ist, noch weiter bürokratisieren. Denn ein Mautsystem für ganz Baden-Württemberg oder sogar für die gesamte Bundesrepublik bedeutet doch, dass der Autofahrer mit Ausfahrt aus der Garage über irgendein Telesystem erfasst werden müsste. Wenn die Strecken, die zurückgelegt werden, abrechnungstechnisch erfasst würden, könnten hieraus sogar Ehekrisen entstehen, weil dadurch gewisse Einblicke gewonnen werden könnten.

(Heiterkeit – Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Das war doch der Ministerpräsident, der die Sprache darauf brachte!)

Dann muss das Geld kassiert werden; es muss gemahnt werden. Das ist doch eine abenteuerliche Bürokratie, die Sie da aufbauen wollen. Dazu brauchen wir gar kein Modell, um zu wissen – das ist völlig klar –: Das lehnen wir ab. Wir sind der Meinung, an der Steuerfinanzierung der Verkehrswege muss festgehalten werden. Wir müssen beim Bund entschieden dafür kämpfen – das sollten wir aber gemeinsam tun –, dass hierfür Mittel bereitgestellt werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Haußmann das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der CDU zur Straßenverkehrsfinanzierung enthält die Aussage, dass vom Bund 120 Millionen € hierfür jährlich bereitgestellt worden seien. Inzwischen wissen wir aber aus der Korrektur, dass es 280 Millionen € jährlich sind. Wir sind uns jedoch über alle Fraktionsgrenzen hinweg einig – wir haben einen gemeinsamen Entschließungsantrag gestellt –, dass eine Änderung des Verteilungsschlüssels anzustreben ist. Da besteht Einigkeit unter den Fraktionen des Landtags von Baden-Württemberg.

Ich habe aber schon ein bisschen das Gefühl, dass nun, nachdem die Volksabstimmung zu Stuttgart 21 erfolgt ist, eine weitere Sau durchs Dorf getrieben wird, und zwar unter dem Begriff "Citymaut". Das ist schon ein aktuelles Thema.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wie?)

Am 1. April gab es eine Pressemitteilung des Verkehrsministeriums.

(Zurufe: Am 1. April!)

 Ich dachte auch, es handle sich um einen Aprilscherz. Es war aber keiner.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So viel April gibt es gar nicht!)

Verkehrsminister Hermann hat darin eine Citymaut gefordert, und zwar in Höhe der Kosten, die aufgrund des geltenden ÖPNV-Tarifs in Stuttgart an einem Tag anfallen. Dabei bewegen wir uns also je nach Entfernung zwischen 6 und 13  $\in$  pro Tag. Es gab daraufhin – Sie alle haben es gelesen – natürlich viel Widerstand und viele Proteste. Ferner wurde gefordert, dass darüber hinaus noch umfangreiche Mautsysteme eingeführt werden sollten. Gestern habe ich gehört, dass OB Palmer dieses Thema gleich aufgegriffen hat. Er sagte, er könne sich dies für Tübingen auch vorstellen, und sprach dabei von  $1 \in$  pro Tag. Damit bekämen wir jedoch Zustände, wie sie im Mittelalter herrschten. Damals hat man abschnittweise Zoll verlangt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wegelagerer!)

Ich meine, das kann in Baden-Württemberg nicht unser Ziel sein. Wir werden diesen Weg mit Sicherheit nicht mitgehen.

Wenn man das Thema dann weiter betrachtet und dazu den Antrag und die Stellungnahme heranzieht, dann wird deutlich, dass sich das Verkehrsministerium dafür ausspricht, eine Pflicht zur Maut auch für kleinere Lkws vorzusehen. Das würde jedoch das Handwerk, den Mittelstand, die Unternehmen und damit natürlich auch die Verbraucher in Baden-Württemberg sehr heftig treffen. Ich glaube, im Sinne einer mittelstandsfreundlichen Wirtschaftspolitik wäre dies nicht der richtige Weg.

Da nicht ausdrücklich drinstand, dass man keine Mautpflicht bei Busverkehren möchte, sehe ich natürlich auch die Gefahr, dass das Thema auch für die Busverkehre nochmals auf die Agenda kommt.

Insofern möchte ich seitens der FDP/DVP-Landtagsfraktion vier Positionen ansprechen.

(Jochen Haußmann)

Da ist zum einen das Thema Vignettenlösung. Wenn ich daran denke, wie man sich schon seit Jahren mit dem Thema Maut auseinandersetzt – mit dem Datenschutz, mit der Form, mit der Technik –, dann erwarte ich in den nächsten Jahren hierzu keine Lösung, die pragmatisch funktioniert. Deswegen plädieren wir, die FDP/DVP-Landtagsfraktion, für die Einführung einer Autobahnvignette bei gleichzeitiger Reform der Kfz-Steuer. Wir sind deshalb für eine Vignette – das machen uns andere Länder auch vor –, weil wir damit weitere Verkehrsteilnehmer, weitere Autofahrerinnen und Autofahrer aus der EU in die Nutzerfinanzierung einbeziehen. Es funktioniert in anderen Ländern auch. Ich frage mich seit Jahren: Wieso funktioniert das bei uns nicht?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Weil es zu einfach wäre!)

Deswegen ist das ein Thema, das unsere Landtagsfraktion seit längerer Zeit verfolgt.

Wir müssen darüber hinaus als zweiten Punkt sehen: Die Infrastruktur ist stark überlastet. Ich glaube, Ziel der Straßenverkehrspolitik muss auch ein Stück weit sein, dass wir uns auf die Engpässe fixieren und konzentrieren und dort gezielt investieren. Das heißt, dass man sich vielleicht auch einmal etwas mehr am volkswirtschaftlichen Nutzen orientiert und die Länderquote auch einmal infrage stellen darf. Das wird möglicherweise ein Punkt sein, über den die Verkehrsminister diskutieren.

Dritter Punkt: Die Projektfinanzierungen, die immer nach Haushaltsplan und nach Haushaltsjahr gehen, sollten in Zukunft überjährig ablaufen, damit es auch mehr Planungs- und Realisierungssicherheit gibt. Wir kennen das von den abschnittsweisen Realisierungen der Projekte.

Der vierte Punkt, den ich zum Schluss ansprechen will, ist das Thema "Innovation im Bereich der Mobilität". Das betrifft die Bereiche Verkehrsmanagement, Mobilitätsdienste und Zukunftstechnologien. Ich will nur ein praktisches Beispiel nennen: Das ist die temporäre Seitenstreifenfreigabe, wie sie in anderen Bundesländern schon praktiziert wird. Da könnte man schnell wirksame Maßnahmen ergreifen, ohne dass man große Investitionen tätigen muss.

Also: Hände weg von der Citymaut und stattdessen Orientierung an einer Vignettenlösung bei gleichzeitiger Reform der Kfz-Steuer.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Frau Staatssekretärin Dr. Splett das Wort.

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem Antrag wurde zum einen abgefragt, welche Vorhaben des Bundesfernstraßenbaus in Baden-Württemberg realisiert werden könnten, wenn ausreichende Finanzmittel zur Verfügung stünden. Zum anderen – darum drehte sich jetzt im Wesentlichen die Debatte – geht es um das Thema "Nutzerfinanzierung der Straßenverkehrsinfrastruktur" und um die Frage, ob Baden-Württemberg hier Modellregion werden könnte.

Wir haben in der Stellungnahme aufgeführt, welche baureifen Projekte von der gravierenden Unterfinanzierung im Bundesfernstraßenbau betroffen sind. Zum Zeitpunkt der Beantwortung des Antrags waren es 19 planfestgestellte Vorhaben; inzwischen sind es 20. Für diese Vorhaben arbeiten wir derzeit – auch das ist Ihnen bekannt – an einer Priorisierung. Aktuell führen wir eine Anhörung zu den Kriterien der Priorisierung durch. Sobald diese Anhörung ausgewertet ist, werden wir eine Bewertung der einzelnen Straßenbauprojekte vornehmen. Wir wollen damit erstmalig in einem transparenten Verfahren eine Entscheidungsgrundlage für die Umsetzungsreihenfolge schaffen.

Dies ist notwendig vor dem Hintergrund der gravierenden Unterfinanzierung, die sowohl für die laufenden als auch für die noch nicht begonnenen Maßnahmen des Vordringlichen Bedarfs besteht. Für das Jahr 2012 hat der Bund dem Land für Neubaumaßnahmen 136 Millionen € zur Verfügung gestellt. Mit dem Infrastrukturbeschleunigungsprogramm hat der Bund nochmals 68 Millionen € für Bedarfsplan- und Erhaltungsmaßnahmen draufgelegt.

Der Finanzbedarf allein für die laufenden Baustellen liegt aber deutlich über diesen Ansätzen und kann nur durch Umschichtungen aus anderen Bereichen und in der Hoffnung auf Mittelrückflüsse gedeckt werden.

Allein um die laufenden Baustellen abzufinanzieren, brauchen wir insgesamt 900 Millionen  $\epsilon$ . Die noch nicht begonnenen Vorhaben des Vordringlichen Bedarfs haben ein Finanzierungsvolumen von 3,7 Milliarden  $\epsilon$ . Es dauert Jahrzehnte, bis diese Maßnahmen mit den bisherigen Mittelansätzen realisiert werden können.

Ganz klar ist, dass wir in diesem Jahr keinen Spielraum für Neubeginne bei den Bundesfernstraßen haben. Dies hat uns im Übrigen auch Bundesverkehrsminister Ramsauer in einem Schreiben vom 17. Januar 2012 bestätigt.

Wir legen die Karten offen auf den Tisch und beenden die Politik der leeren Versprechungen. Ich werde landauf, landab, egal, wohin ich gehe, immer mit der Aussage konfrontiert: "Unsere Maßnahme ist doch wichtig. Sie ist seit Jahrzehnten geplant. Die baldige Realisierung war uns schon vor Jahren zugesagt. Wann passiert endlich etwas?"

Es lief tatsächlich über Jahre und Jahrzehnte so, dass man immer wieder gesagt hat: "Es geht einen Schritt weiter. Wir planen. Wir sind dran. Wir prüfen." Natürlich sind die Erwartungen vor Ort hoch. Die Enttäuschung ist groß, wenn man dann sagt: "Da kommt so schnell nichts."

Aber das Problem hat nicht die jetzige Landesregierung verursacht, sondern haben diejenigen verursacht, die leere Versprechungen gemacht und unrealistische Hoffnungen geweckt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Das ist doch Ihr Bundesfernstraßenplan! Die rot-grüne Bundesregierung hat ihn doch beschlossen!)

 Aber die Versprechungen in den Kommunen hat nicht nur der Bund gemacht.

(Zuruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU)

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

Übrigens muss auch die Frage erlaubt sein, wie viel Straßenneubau noch Sinn ergibt. Der Erhalt der Straßeninfrastruktur und insbesondere die Erhaltung der vielen in die Jahre kommenden Ingenieurbauwerke werden uns in den kommenden Jahrzehnten vor große Herausforderungen stellen. So sind etwa ein Drittel der rund 2 000 Brücken im Zuge von Bundesfernstraßen in einem nicht ausreichenden oder ungenügenden Zustand.

Wenn man sich diese Herausforderungen anschaut, muss man sich auch vor Augen halten, dass die demografische Entwicklung in Richtung Bevölkerungsrückgang geht. Man muss außerdem die Klimaschutzziele im Blick behalten, die eine Richtungsänderung der Mobilitätspolitik notwendig machen.

Nach meiner Überzeugung wird in den kommenden Jahrzehnten auch die Verknappung des Erdöls zu Veränderungen führen, die das "Weiter so!"-Prinzip im Straßenbau infrage stellen werden.

Wir bemühen uns natürlich mit Nachdruck um eine höhere Mittelzuweisung durch den Bund. Minister Winfried Hermann ist auch Mitglied der sogenannten Daehre-Kommission zur Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung. Heute ist er zur Verkehrsministerkonferenz gefahren – deswegen stehe ich jetzt hier –, um auch dort die Interessen des Landes zu vertreten.

# (Zuruf: Oje!)

Die chronische Unterfinanzierung des Bundesfernstraßenbaus ist bekannt. Daher beschäftigt sich Ihr Antrag auch mit der Frage der Nutzerfinanzierung durch eine Bemautung.

Wir teilen den Grundsatz des Prinzips der Nutzerfinanzierung. Aber man muss gleichzeitig festhalten, dass nicht jede Form einer Maut unseren verkehrspolitischen Überzeugungen entspricht.

So ist die Einführung einer Pkw-Maut mittels Vignette nur auf den ersten Blick dazu geeignet, mehr Geld in die Kassen zu spülen. Flankierend dazu müsste man die Gewähr haben, dass der Bund die Höhe der allgemeinen Steuermittel dann in diesem Bereich auch beibehält – trotz einer Maut. Im Zuge der Einführung der Lkw-Maut wurde die Höhe der allgemeinen Steuermittel, die für die Infrastruktur genutzt worden sind, reduziert. Das führt am Ende auch nicht zu mehr Mitteln für die Verkehrsinfrastruktur.

Natürlich müsste man, wenn man eine Maut einführt, auch sicherstellen, dass der Straßenverkehr nicht an anderer Stelle entlastet wird und das nicht insgesamt zu einem Nullsummenspiel wird.

Weiter muss bedacht werden, dass man mit einer Vignettenlösung unbestritten keine Lenkungseffekte zugunsten einer nachhaltigen Verkehrsentwicklung und Ressourcenschonung erzielen kann. Deswegen meinen wir, dass man intelligentere Lösungen finden muss.

Die entfernungs- und/oder zeitabhängige Mauterhebung könnte ein solcher Weg sein, der allerdings – darüber sind wir alle uns, denke ich, im Klaren – nicht kurzfristig realisierbar ist.

Initiativ werden wir, die Landesregierung, u. a. beim Thema "Verursachergerechte Anlastung der Kosten der Straßenbenutzung von Lkws". Hier geben, wie wir in der Stellungnahme zum Antrag ausgeführt haben, die neuen EU-Vorschriften dem Bund Spielräume und Möglichkeiten, auch externe Kosten in die Lkw-Maut-Berechnung mit einfließen zu lassen. Wir prüfen eine entsprechende Bundesratsinitiative, die auch eine Ausdehnung der Mautpflicht umfassen soll.

Wir bringen uns bei diesem Thema gern in die bundesweite Diskussion ein. Ich nehme auch gern Ihr Angebot auf, Herr Kunzmann, dass wir gemeinsam an diesem Thema weiterarbeiten und weiter darüber diskutieren.

Die Debatte hat aber meines Erachtens gezeigt, dass es noch viele offene Fragen gibt und dass von unterschiedlichen Ansätzen zur Maut gesprochen wird. Klar ist auch, dass Bund und Länder gefragt sind, dass das nicht ein Land allein machen kann. Insofern meine ich auch, dass Ihr Beschlussantrag, dem Bund Baden-Württemberg als Modellregion vorzuschlagen, wahrlich nicht entscheidungsreif ist; denn dazu müssten wir wissen, für was genau es ein Modell sein soll; das steht in Ihrem Antrag auch nicht.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Staatssekretärin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Haußmann?

**Staatssekretärin Dr. Gisela Splett:** Ich sage noch zwei, drei Sätze, dann bin ich fertig. Anschließend gestatte ich die Zwischenfrage gern.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte.

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Unser Fazit ist: Wir kämpfen für eine bessere Mittelausstattung. Wir sind gern bereit, über verschiedene Lösungsansätze zu sprechen. Solange die Situation so ist, wie sie ist, werden wir die Mittel so effizient wie möglich einsetzen und in der dargestellten Weise die Vorhaben, die noch nicht begonnen sind, priorisieren und dann umsetzen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Haußmann.

**Abg. Jochen Haußmann** FDP/DVP: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin. – Ich habe noch eine Frage. Sie haben das Thema Citymaut nicht angesprochen. Ich bitte da einfach noch einmal um Klarstellung. In dem Antrag der FDP/DVP-Landtagsfraktion vom 19. Juli 2011, Drucksache 15/302, haben wir unter Ziffer 7 nach der Citymaut gefragt. Herr Minister Hermann hat geantwortet – ich zitiere –:

Die Einführung einer Citymaut ist laut Koalitionsvertrag kein Thema der Landesregierung in Baden-Württemberg.

Jetzt zu der bereits vorhin erwähnten Pressemitteilung vom 1. April, aus der ich nur einen Satz zitiere:

Im Südwesten hat das stau- und feinstaubgeplagte Stuttgart die besten Voraussetzungen für eine Citymaut. (Jochen Haußmann)

Weiter heißt es, man möge die Möglichkeiten schaffen, dass die Kommunen in Baden-Württemberg eine Citymaut einführen. Dazu hätte ich jetzt gern noch eine Klarstellung.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hü und hott geht es hier!)

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Die Aussage in der Stellungnahme zu Ihrem Antrag, die Sie zitiert haben, stimmt: Die Citymaut ist nicht im Koalitionsvertrag genannt. Herr Minister Hermann hat sich aber als grüner Verkehrsminister, der Mitglied in der Daehre-Kommission ist – das habe ich schon genannt –, in einem Interview zu verschiedenen Möglichkeiten der Nutzerfinanzierung geäußert. Daraus ist dann diese Pressemitteilung vom 1. April entstanden, in der eben auch die Frage Citymaut angesprochen ist.

(Zurufe: Scherz oder keiner? – Aprilscherz?)

- Es war kein Scherz.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Kann man es nicht unter "1. April" abheften?)

Wir machen auch gern einmal Scherze; aber das war kein Scherz. Es gibt bei uns keine Denkverbote und keine Denktabus. Wenn wir über Nutzerfinanzierung und Mautlösungsmöglichkeiten nachdenken,

(Zuruf des Abg. Alexander Throm CDU)

dann kommt man nicht um das Thema Citymaut herum.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich möchte aber an dieser Stelle auch klarstellen, dass wir nicht über die Höhe einer möglichen Citymaut spekulieren. Die Citymaut – darauf werden wir, glaube ich, auch morgen in der Fragestunde eingehen –

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

wäre auch eine Sache, bei der der Bund und die Länder eine Rahmensetzung vornehmen könnten, wobei aber dann die Kommunen gefordert wären, das auszufüllen. Insoweit ist die Frage nach der Höhe einer Citymaut nicht an das Land zu richten.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Haußmann?

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Ja, gern.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Jochen Haußmann** FDP/DVP: Sie hatten jetzt gesagt, es gebe keine Denkverbote, und hatten auch die Höhe der Citymaut angesprochen. Dazu will ich Sie aber auch noch einmal darauf hinweisen, dass der Minister gesagt hat, die Höhe der Maut müsse mindestens auf dem Niveau eines ÖPNV-Tagestickets liegen. Das einfach zur Ergänzung.

Meine konkrete Frage lautet: Plant die Landesregierung in dieser Legislaturperiode, das Thema so umzusetzen, dass die Kommunen die Möglichkeit haben, eine Citymaut einzuführen?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das macht Frau Wilhelm dann in Stuttgart!)

**Staatssekretärin Dr. Gisela Splett:** Dazu wiederhole ich noch einmal: Es ist nicht Bestandteil des Koalitionsvertrags. Der Minister hat sich als grüner Verkehrsminister, der sich auch in Bund-Länder-Kommissionen mit der Thematik auseinandersetzt, damit beschäftigt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Gedanken sind frei!)

Insoweit sehe ich da keinen Widerspruch.

Was Ihre Anmerkung zur Höhe und zu diesem Zitat aus der Pressemitteilung betrifft: Klar ist: Wenn man über die Höhe einer Citymaut nachdenkt, liegt es nahe, zu sagen, das muss in irgendeinem Zusammenhang mit den Kosten stehen, die bei einer Fahrt mit dem ÖPNV anfallen. Die genaue Festlegung auf die Höhe des Preises eines Tagestickets – oder was auch immer – ist, glaube ich, nicht zielführend; das ist auch nicht als Festsetzung von uns zu sehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Frau Staatssekretärin. – Es liegen keine weiteren Fragen vor.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kunzmann für die Fraktion der CDU.

Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Herr Präsident! Ein bisschen habe ich mich schon gewundert: Sie – vor allem Herr Haller und Herr Raufelder – beklagen sich darüber, dass wir heute eine Diskussion über die Maut führen. Beklagen Sie sich beim Ministerpräsidenten! Wir haben uns auf eine Äußerung des Ministerpräsidenten berufen. Er hat die streckenabhängige Nutzerfinanzierung ins Spiel gebracht. Er hat dafür die Modellregion Baden-Württemberg ins Spiel gebracht. Wir haben uns nur auf seine Initiative hin gemeldet.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das machen Sie bei anderen Themen doch auch so!)

Wir führen die Debatte aufgrund dieser Initiative. Wenn es Ihnen peinlich ist, darüber zu sprechen, dann gehen Sie zum Ministerpräsidenten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Haben Sie keine eigenen Ideen?)

Der Ministerpräsident hat vor wenigen Wochen Folgendes gesagt:

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was sind denn Ihre Ideen?)

"Wenn der Ramsauer mir mehr Geld gibt, dann baue ich auch mehr Straßen."

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! – Zuruf von der SPD: Guter Mann!)

(Thaddäus Kunzmann)

Sie geben heute Mittag überhaupt keine Antwort. Zumindest die Frau Staatssekretärin hat sich zur Nutzerfinanzierung bekannt. Von Ihnen, den Grünen und der SPD, hat es dazu überhaupt keine Meldung gegeben.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das stimmt doch nicht! Herr Raufelder hat umfassend Stellung genommen!)

Sie geben keine Antwort. Ich habe den Eindruck, dass es vor allem Ihnen himmelangst wäre, wenn Herr Ramsauer Ihnen mehr Geld zur Verfügung stellen wollte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD – Unruhe)

Denn Sie wollen gar keine neuen Straßen bauen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Diese Politik zieht sich wie ein roter Faden vom Bund über das Land bis hin zu den Kommunen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Setzen Sie sich doch dafür ein, dass wir mehr Geld bekommen!)

Wenn Ihnen die Sanierung von Bundesstraßen und Autobahnen so viel wert wäre, warum haben Sie dann im Bundestag gegen die 1 Milliarde € mehr für die Verkehrsinfrastruktur gestimmt?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wir sind doch nicht im Bundestag! – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Wenn Ihnen die Sanierung der Landesstraßen so viel wert wäre,

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

warum geben Sie dann in diesem Jahr weniger Geld aus als im vergangenen Jahr?

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Sind Sie Mitglied im Bundestag, Herr Kunzmann? Haben Sie da abgestimmt? – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Warum würgen Sie den kommunalen Straßenbau jetzt ab?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was? Das stimmt doch überhaupt nicht! – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Herr Kollege Haller, wenn ich mit Freunden, mit Nachbarn über das Thema Pkw-Maut spreche, stelle ich fest: Darüber ist niemand begeistert.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Ich mache Werbung für die Maut. Mir sagen die Leute: "Wenn das Geld wirklich dazu verwendet wird, dass es weniger Staus

gibt, dass ich nicht mehr über Schlaglöcher fahren muss, dann bin ich bereit,

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

eine Maut zu bezahlen." Das ist das, was ich von den Leuten höre. Gäbe es die Einnahmen durch eine Pkw-Maut, könnten wir morgen anfangen, zu sanieren und zu bauen. Immerhin 20 baureife Straßenbauprojekte

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wer hat sie uns hinterlassen?)

gibt es in Baden-Württemberg.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: 3,7 Milliarden €!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Kunzmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

**Abg. Thaddäus Kunzmann** CDU: Nein. SPD und Grüne hatten ihre Chance, zu diesem Thema konstruktiv zu reden. Es gibt ja noch eine zweite Runde.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

**Stelly. Präsident Wolfgang Drexler:** Sie lassen also keine Zwischenfrage zu?

Abg. Thaddaus Kunzmann CDU: Nein.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie hatten 58 Jahre Zeit, eine Maut einzuführen, Herr Kollege! – Zurufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

Die heutige Diskussion hat Sie einmal mehr entlarvt.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Abg. Kunzmann hat das Wort. Ich bitte um Ruhe. Das gilt auch für Sie, Herr Kollege Zimmermann.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Ihr Fraktionskollege spricht. Es sollte eigentlich Ruhe herrschen, damit man ihn auch hört.

Bitte, Herr Kollege Kunzmann.

**Abg. Thaddäus Kunzmann** CDU: Die Zwischenrufe von Herrn Zimmermann sind mir lieb und teuer.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut! – Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die heutige Diskussion hat wieder einmal deutlich gezeigt: Ihr Ruf nach mehr Geld ist pure Propaganda. Sie wollen dieses Geld nicht, weil Sie auch nicht mehr bauen wollen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Haller das Wort.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Jetzt aber! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er will bauen! – Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

**Abg. Hans-Martin Haller** SPD: Ich stelle zunächst einmal fest: Es gibt in diesem Saal zwei Mautparteien. Die Grünen sind für die Citymaut, und die CDU ist für die Streckenmaut. Die SPD ist gegen eine Maut. Das sei noch einmal deutlich gesagt.

(Beifall bei der SPD)

Welche Koalition Sie nun in vorauseilendem Gehorsam zu allem, was der Ministerpräsident sagt, bilden mögen, sei dahingestellt. Das werden wir locker ertragen. Aber es ist lobensund dankenswert, dass Herr Ministerpräsident Kretschmann eine Meinung äußert, und dass die CDU sofort auf den Wagen aufspringt, ist eine erfreuliche überparteiliche Form des neuen Bürgerverständnisses.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Inhalt! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Das hat er nicht verstanden!)

Nochmals: Der Straßenbau ist nutzerfinanziert. 8 Milliarden € kommen aus der Kfz-Steuer, 42 Milliarden € aus der Mineralölsteuer. Allein durch die Benzinpreiserhöhungen der letzten Monate fließen rund 200 Millionen € aus der Mehrwertsteuer mehr in den Bundestopf. Da kommen Sie und sagen, das sei nicht nutzerfinanziert. Es ist nur so: Steuermittel sind nicht zweckgebunden.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Also! Ganz genau!)

Aber nutzerfinanziert ist es, weil von den 50 Milliarden € vielleicht 30 Milliarden € in den Verkehr zurückfließen, und mit den übrigen 20 Milliarden € wird sonst was aus Steuermitteln finanziert.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Ökosteuer zum Beispiel!)

– Das ist völlig wurscht, vom Sozialen bis zu "Ihrem" Betreuungsgeld, das so überflüssig ist wie ein Kropf.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Oh!)

Insoweit ist klar: Wir brauchen mehr Geld. Eines kann ich Ihnen zusagen: Angenommen, Herr Ramsauer legt ein "Sonderprogramm Baden-Württemberg" mit 1 Milliarde € für den Straßenbau auf, dann fahren wir nach Berlin und machen den Kotau. Das ist uns das Ganze wert.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/799 (geänderte Fassung). Abschnitt I – ein Berichtsteil – kann für erledigt erklärt werden. Abschnitt II – ein Beschlussteil – enthält ein Handlungsersuchen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Er kann auch für erledigt erklärt werden!)

– Er kann auch für erledigt erklärt werden. – Damit ist der Antrag für erledigt erklärt und Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

Ich rufe Punkt 7 der Tagesordnung auf:

- a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft – Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg – Die Perspektiven der Elektromobilität und notwendige Strategien – Drucksache 15/935 (geänderte Fassung)
- b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft – Gewerbliche Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet der Elektromobilität – Drucksache 15/936 (geänderte Fassung)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu den Buchstaben a und b fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Für die Begründung der Anträge erteile ich Herrn Abg. Hofelich für die SPD-Fraktion das Wort.

**Abg. Peter Hofelich** SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Von der Straße zum Fahrzeug: Elektromobilität.

Als wir im November 2011 die beiden Anträge mit den Titeln "Die Perspektiven der Elektromobilität und notwendige Strategien" und "Gewerbliche Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet der Elektromobilität" gestellt hatten, war die Situation – erinnern wir uns ein knappes halbes Jahr zurück – eher ambivalent. Das galt auch für die Monate davor.

Wir alle hatten natürlich erkannt – das lässt sich politisch nicht trennen –: Es geht auch darum, dass es wichtig ist, dass die Bedeutung elektromobiler Fahrzeuge und Systeme in Zukunft zunimmt. Es gab auch sich aufbauende Aktivitäten im Land Baden-Württemberg und darüber hinaus, die angestrengt wurden

Auf der anderen Seite war die Situation ambivalent. Wir hatten in gewisser Weise Zweifel, ob Baden-Württemberg mit seiner starken Tradition des herkömmlichen Automobilbaus – immer auf hohem technologischen Niveau – relativ zu dem, was im Weltmarkt passiert, was technologisch an anderer Stelle passiert, zurzeit noch da steht, wo man gern stehen würde. Eine ambivalente Situation: Man tut etwas, aber man kommt mit der neuen Welt, da wir in der alten Welt sind, noch nicht ganz klar.

Besonders im Bereich der Batterieforschung und der Batterieproduktion hat sich das dann festgemacht, wo es auch eine intensive Kommunikation gab. Klar war: Wir müssen noch mehr tun. Klar war: Wir müssen überhaupt handeln. Klar war

(Peter Hofelich)

auch, dass sich hieraus eine Verantwortung ergibt, auch der öffentlichen Hand, des Staates, weil es darum geht, neue Märkte zu erschließen, auf denen wir tätig sein wollen, wobei auch ein Zusammenspiel zwischen der Privatwirtschaft und dem öffentlichen Sektor notwendig ist. Darin waren wir uns auch einig.

Deswegen war zu diesem Zeitpunkt für die neue Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen eine Strategie wichtig. Diese konnte nur lauten: noch einmal ein Stück weit wachrütteln, nicht nachlassen, an den Themen dranbleiben, auch Schwerpunkte setzen, mitfinanzieren und schauen, dass man schnelle Erfolge erzielt. Denn eines war klar – das ist in jedem Fall die Überzeugung von uns, der SPD-Fraktion –: In unserem Land, wo die Wiege des Automobils stand, muss auch die Zukunft des Automobils sein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir haben bei uns in Kirchheim schon seit zwei Jahren Elektrofahrzeuge! Da fängt er von vorn an! – Vereinzelt Heiterkeit)

Okay. Es gibt aber auch noch andere Fahrzeuge in Kirchheim.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Das wird auch noch länger so sein!)

- Ein Wengerter in Kirchheim?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ja, da sollte man sich erkundigen!)

Wir müssen erst einmal resümieren, Herr Kollege Zimmermann – ich glaube, Sie machen mit und Sie klatschen auch gleich –, was seither geschehen ist, ob wir Erfolge erzielen konnten. Einiges ist geschehen, auch schon in Zeiten der Vorgängerregierung. So konnten wir die "Aktion Modellregionen", die damals übrigens von dem sozialdemokratisch geführten Ministerium im Bund unter Herrn Tiefensee und der Kollegin Karin Roth ausgegangen ist, mit der "Modellregion Stuttgart" in das Land hineintragen. Zudem ist die Gründung der Landesagentur für Elektromobilität – ein wichtiger Zug, den Günther Oettinger gemacht hat – mit der Landesinitiative Elektromobilität I – erfolgt.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Rücken wir einmal näher an das heran, was jetzt passiert ist: Es gab die Landesinitiative Elektromobilität II, die diese Regierung angestoßen hat. Wir haben den Gewinn des Spitzenclusterwettbewerbs mit der "Industrialisierung der Elektromobilität" als Stichwort zu verzeichnen. Wir haben zusätzliche Ausgaben für Elektromobilität – Stichwort Pfinztal, Stichwort ZSW – getätigt. Und vor wenigen Wochen konnten wir, das Land und die Region Stuttgart zusammen, den Bundeswettbewerb "Schaufenster Elektromobilität" gewinnen.

Ich bin nicht bekannt für eine große Lyrik. Aber eines ist klar: Das ist eine Perlenkette an Taten, und das ist ein Stakkato an Erfolgen. Wir, das Land Baden-Württemberg, sind bei der Elektromobilität zurück in der Erfolgsspur, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Karl Zimmermann CDU – Zuruf)

- Er hat mitgeklatscht, und da hat er auch recht.

Ich möchte an dieser Stelle etwas erwähnen, was im Parlament vielleicht nicht immer sofort angesprochen wird. Da wurden Anträge geschrieben. Da wurde unter Hochspannung gearbeitet. Man stellt sich hier die Frage: "Packen wir es?" Viele sagen: "Die Baden-Württemberger sind sowieso gestopft, die müssen es nicht haben." Es wurde hochwertige Arbeit geleistet. All denen, die in Ministerien, in Wirtschaftsförderungseinrichtungen, in Agenturen dafür gearbeitet haben, dass diese Perlenkette an Erfolgen entstanden ist, muss man heute einmal ein Dankeschön dafür sagen. Sie haben Qualitätsarbeit geleistet. Mit dem, was wir jetzt präsentieren, können wir vorankommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Aber die Arbeit ist mit Sicherheit nicht zu Ende; sie beginnt eigentlich erst. Deswegen äußere ich ein paar Gedanken zu dem, was jetzt eigentlich kommen muss oder was weiter kommen sollte. Da sind wir uns wahrscheinlich auch einig, weil sich dieses Thema nicht dazu eignet, zu politisieren. Aber ein paar Punkte müssen schon angesprochen werden.

Das eine ist: Zur Philosophie der Elektromobilität werden wir alle uns in der Politik wie vor allem auch in der Wirtschaft darauf einlassen müssen, dass wir noch stärker in eine branchenübergreifende Welt, in eine Welt der konvergierenden Technologien, der Konvergenz hineinkommen – von den IKT-Technologien über Energietechnologien bis hin zu Fahrzeugtechnologien. Das wird bedeuten, dass wir uns gedanklich – sosehr die Zukunft des Automobils weiterhin in Baden-Württemberg sein wird – ein Stück weit vom Automobil lösen müssen und uns hin zu Mobilitätstechnologien orientieren müssen. Das wird für dieses Land wichtig sein. Das geschieht auch. Das ist nichts, was nicht gehen würde.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Im Grunde genommen ist es das, was Gottlieb Daimler – sicherlich würde es Carl Benz genauso sehen – mit seinem Stern gemeint hat. Die drei Elemente des Daimler-Sterns symbolisieren Wasser, Luft und Land. Damit wird dieser Effekt, dass wir in allen Richtungen Mobilität entwickeln können, auch gut ausgedrückt.

In der Wissenschaft kommt es darauf an, dass wir nicht nur in der Forschung und der Entwicklung gut sind, sondern es auch in Produktionstechnologien am Produktionsstandort Baden-Württemberg übersetzen. Das bedeutet auch, dass zusätzliche Lehrstühle geschaffen werden müssen, etwa für die gute alte Elektrotechnik.

Im Hinblick auf den Markt kommt es darauf an, dass Baden-Württemberg selbst Leitmarkt ist, selbst das Schaufenster ist. Die Wettbewerbe verschaffen uns dafür eine gute Plattform, eine gute Ausgangssituation. Aber wir werden hier nachlegen müssen. Wir müssen hier in Baden-Württemberg selbst das beste Beispiel für elektromobile Anwendungen geben.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Andreas Schwarz und Andrea Lindlohr GRÜNE)

(Peter Hofelich)

Wir wollen auch in den traditionellen Verbrennungsmotortechnologien weiterhin ein Lieferant für die Weltmärkte sein. Dabei kommt es darauf an, dass wir vor allem auf Effizienzsteigerung setzen. Nach dem, was an Marktstudien vorliegt, besteht in dieser Hinsicht bis 2020 ein großes Potenzial. Das gilt aber eben auch für das, was in der Elektromobilität neu geschehen kann, vor allem bezüglich der einzelnen Komponenten, die vielleicht nur schrittweise und nicht immer gleich im Gesamtfahrzeug eingesetzt werden – entlang dem elektrischen Antriebsstrang.

Es werden uns auch wieder Dinge beschäftigen, die wir eigentlich schon lange hatten. Ich nenne als Stichwort den Leichtbau, der vorangetrieben werden muss – mit alten baden-württembergischen Industrien, mit der Textilindustrie über die Fasertechnologie oder auch über die Blechbearbeitung mit der guten alten "Blechbätscherei" aus Baden-Württemberg, die hier neue Perspektiven eröffnet.

Bei der Anwendung kommt es stark darauf an, wie wir uns im kommunalen Umfeld aufstellen. Wir wollen es ermutigen.

Es ist wichtig, dass wir gemeinsam mit dem Handwerk, mit der Industrie, aber auch mit den Gewerkschaften in der Lage sind, Qualifikation neu aufzubauen. Auch das geschieht heute etwa mit ESF-Mitteln. Ich weiß von der IG Metall, dass man sehr daran interessiert ist, auch dort, wo es nicht um den industriellen Kern, sondern um Kfz-Handwerk, um Zulieferbetriebe geht, Qualifikation zusätzlich aufzubauen. Es kommt auch darauf an, dass die Infrastruktur der E-Mobilität unter öffentlicher Verantwortung steht. Die Reise nach Kalifornien hat ergeben, dass Plug-in-Technologien in den nächsten Jahren mit Sicherheit wichtig sein werden.

All das zusammen, Kolleginnen und Kollegen, veranlasst mich zu der Aussage: Wir sind auf einem guten Weg. Dieser Weg bedeutet, dass wir Industriepolitik für Elektromobilität so formulieren müssen, dass wir die beschriebenen Komponenten von der Forschung bis hin zur Qualifizierung zusammenführen. Das ist das Beste, was wir derzeit tun können. Dabei wird es darauf ankommen, dass wir wissen, dass parallele Entwicklungen stattfinden, dass wir mit dem Verbrennungsmotor weiterhin gut unterwegs sein werden und dass sich gleichzeitig Neues mit der Elektromobilität aufbauen wird, dass Zulieferer und Handwerk von den Entwicklungen in den großen, weltweiten Kooperationen nicht abgehängt werden.

Es wird für uns bedeutsam sein, all das politisch mitzusteuern – allerdings nicht in einem Allmachtsdenken, denn vieles wird auch ohne uns geschehen. Aber dort, wo wir unsere Beiträge liefern können – wir haben bewiesen, dass wir das können –, werden wir das auch tun. Deshalb wiederhole ich: Dieses Land wird sich stark für die Elektromobilität einsetzen, weil wir wissen, dass viel von dem, was unseren Wohlstand und unseren eigenen Stolz ausmacht, mit dem Fahrzeug, mit der Mobilität zusammenhängt.

Ich bin froh, dass wir heute eine gute Zwischenbilanz ziehen konnten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Klein das Wort.

Abg. Karl Klein CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf ausdrücklich sagen, Herr Kollege Hofelich, dass die CDU-Landtagsfraktion die beiden Anträge der SPD-Fraktion begrüßt, die sich insbesondere mit dem Thema Elektromobilität beschäftigen.

Wir haben nicht nur dieses Thema, sondern noch weiter gehende Themen auf der heutigen Tagesordnung – ob das die Energiespeichertechnologie, die Stromnetzentwicklung oder intelligente Stromnetze sind. Man sieht, der Landtag steht heute in verschiedener Hinsicht "unter Strom" – zum einen bei manchen Themen emotional, zum anderen aber auch in der Sachauseinandersetzung über dieses sehr wichtige Thema.

Es freut uns sehr, dass die Bundesregierung unser baden-württembergisches Projekt "LivingLab BWe mobil" ausgezeichnet hat und fördert. Das ist eine Anerkennung und ein wichtiges Zeichen für unseren wichtigen Wirtschaftsstandort, für unseren wichtigen Forschungsstandort Baden-Württemberg, aber auch ein sehr schönes Zeichen für das Autoland Nummer 1. Wir haben es in der Vergangenheit fertiggebracht, das Land der Tüftler und Erfinder zu sein, und wollen dies auch künftig im Bereich der neuen Technologien sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bereits im Jahr 2010 hat das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg gemeinsam mit dem Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation und mit der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart die "Strukturstudie BWe mobil: Baden-Württemberg auf dem Weg in die Elektromobilität" veröffentlicht. Der damalige Wirtschaftsminister Ernst Pfister führte in seinem Vorwort aus, das ich kurz zitieren darf:

Energieeffizienz wird für die Automobilindustrie immer mehr zum alles beherrschenden Thema. So verlangen nicht nur kosten- und umweltbewusste Kunden nach verbrauchsarmen Fahrzeugen.

Bereits in dieser Broschüre ging man davon aus – was die Experten auch prognostiziert haben –, dass wir in 50 Jahren – viele von uns dann vielleicht nicht mehr – überwiegend rein elektrisch – natürlich mit einer Batterie oder Brennstoffzelle ausgerüstet – auf unseren Straßen unterwegs sind und die Mobilität in unserem Land so gestalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, blickt man einmal auf die vergangenen zwei Jahre zurück, darf man auch feststellen, dass sich in der Autoindustrie viel getan hat. Da genügt auch einmal ein Blick auf die Automobilausstellung IAA. Wer hätte damals gedacht, dass das Thema Elektromobilität schon jetzt eine eigene Halle füllt, dass es auf der IAA bereits eine sehr große Rolle spielt und dass vor allem auch schon Fahrzeuge gezeigt werden, die für die Zukunft enorm wichtig sind, und zwar insbesondere für ein Autoland wie Baden-Württemberg? Zugleich wird auch gezeigt, welche Möglichkeiten es in der Zukunft geben wird.

Das Thema ist, wie Herr Kollege Hofelich auch schon gesagt hat, in der Vergangenheit durch die damalige Landesregierung gut gestartet und finanziell gut angeschoben worden. Die Ent(Karl Klein)

wicklung ist gut und wird von Grün-Rot Gott sei Dank in dieser Form auch entsprechend weitergeführt. Ich glaube, wir sind in diesem Bereich auf einem sehr richtigen Weg, und es ist unseres Erachtens auch wichtig, dass alle gemeinsam an einem Strang ziehen. Das gilt sowohl für das Land als auch für den Bund.

Bereits im August 2009 hat die Bundesregierung den Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität veröffentlicht. Seit Mai 2011 liegt der zweite Bericht dazu vor. Bereits im Jahr 2010 forderte unsere Bundeskanzlerin, Frau Angela Merkel, dass Deutschland Leitmarkt für Elektromobilität werden soll. Der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler sagte ebenfalls bereits im Jahr 2010: "Die Zukunft gehört eigentlich dem, der als Erster die Kraft der Sonne in den Tank bringt, der mit Wasserstoff überholt oder CO<sub>2</sub>-frei vorankommt." Auf diesem Weg sind wir, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Elektromobilität ist zwar heute in aller Munde, aber viel wichtiger wäre, dass wir Elektromobilität auch auf die Straße bringen. Die Politik steht unseres Erachtens hier in einer ganz besonderen Verantwortung, dafür die Weichen richtig zu stellen und einen guten Rahmen dafür zu geben.

Die ehemalige baden-württembergische Landesregierung hat dies bekanntermaßen bereits durch vielfältige Maßnahmen getan. Ich bin schon darauf eingegangen. Im Jahr 2009 wurde beispielsweise – Herr Hofelich hat dies auch gesagt – eine Landesinitiative zur Förderung der Elektromobilität geschaffen. Es wurde auch ein entsprechender Beirat gegründet, in dem Wissenschaft, Kammern, Verbände, Handwerk, Netzwerke, Clusterorganisationen, Verbraucherorganisationen und Kommunen zusammenarbeiten. Auch damals wurde schon eine Taskforce zwischen den Ministerien eingerichtet, um diese wirtschaftliche Entwicklung, diese neue Technologie gemeinsam voranzubringen.

Ich hoffe, dass dies unter der neuen Landesregierung entsprechend fortgeführt wird. So begrüßen wir es, dass die grün-rote Landesregierung diesen von der CDU und der FDP/DVP eingeschlagenen Weg in der Regierungsverantwortung fortsetzt

# (Lachen der Abg. Muhterem Aras und Andreas Schwarz GRÜNE)

Aber bildlich gesprochen gilt: Wer jetzt nicht Gas gibt – da habe ich Herrn Hofelich auch richtig verstanden –, wird im Rennen um die zukunftsfähigen Technologien im Bereich der Elektromobilität überholt und abgehängt werden.

Eines, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist auch klar: Wir haben ein klares Ziel vor Augen, aber für dieses Ziel muss in der Tat sehr hart gearbeitet werden. Wunschdenken oder Träumereien dürfen hier keine Rolle spielen und wären fehl am Platz. Man darf auch nicht die Augen vor der Realität verschließen, sondern man muss erkennen, dass es noch ein langer und anstrengender Weg sein wird, um zu den gewünschten Resultaten zu kommen.

Bundesverkehrsminister Ramsauer hat erklärt, er stelle sich vor, dass 2020 mindestens eine Million Autos auf der Straße sind, die elektrisch angetrieben werden. Heute sind es gerade einmal 1 500. Da ist noch ein großer Schritt zu tun und viel

Arbeit zu leisten. Aber ich glaube, wir sind auf einem guten Weg.

Diese Entwicklung muss auch mit bezahlbaren Kosten verbunden sein, denn nur so können wir erreichen, dass die Verbraucher diese neue Technologie auch nutzen. Unstrittig ist auch, dass unser Bildungssystem darauf angepasst werden muss, meine Damen und Herren. Wir müssen das fortentwickeln und weiterentwickeln und in den verschiedensten Bereichen eine Vernetzung erreichen. Auch hier haben wir gute Grundlagen gelegt und können wir die neue Landesregierung nur ermuntern, auf diesem Weg weiterzufahren.

In diesem Sinn bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜ-NE erteile ich Frau Abg. Lindlohr das Wort.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der 3. April 2012 war ein guter Tag für Baden-Württemberg. Wir haben uns mit dem Antrag, der von der grün-roten Landesregierung eingebracht worden ist, beim Bundeswettbewerb "Schaufenster Elektromobilität" gegen die Konkurrenz aus anderen Ländern und Regionen durchgesetzt. Wir werden vom Bund bis zu 50 Millionen € erhalten, um sinnvolle Projekte umzusetzen.

(Zuruf von der CDU: Und wer regiert dort?)

Ich lobe gute Entscheidungen aus Berlin; die sind nicht ausgeschlossen.

Das kommt nicht von ungefähr. Der Antrag aus Baden-Württemberg ist innovativ, ökologisch durchdacht und von ganz vielen Kooperationspartnern getragen. Das Land, die Region Stuttgart, die Stadt Karlsruhe, die Partner aus der Industrie – Daimler, Bosch und viele weitere – und die Partner aus der Wissenschaft haben ihre Ideen und Projekte eingebracht. Ich halte es für eine wirklich sehr gute Leistung, wie das Land, insbesondere die Landesagentur für Elektromobilität, diese Partner so gut und erfolgreich zusammengeführt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen schon hieran: Die Weiterentwicklung des Automobilstandorts Baden-Württemberg ist bei uns in guten Händen, weil wir zum einen selbst gute Ideen haben und darüber hinaus mit Wirtschaft und Wissenschaft hervorragend zusammenarbeiten.

Im "Schaufenster Elektromobilität" haben die Partner 41 Projekte mit einem Volumen von etwa 150 Millionen € zusammengefasst. Auch die Wirtschaft beteiligt sich an der Finanzierung. Das Schaufenster ergänzt und verzahnt sich ganz hervorragend mit der Landesinitiative Elektromobilität II und natürlich auch mit dem Spitzencluster E-Mobilität, das ebenso erfolgreich nach Baden-Württemberg geholt wurde.

Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP/DVP, lieber Kollege Klein, behaupten, das sei alles gar nichts Neues, sondern das hätte schon die frühere Regierung geleistet, dann ist das – mit Verlaub – nicht einmal ein Viertel der Wahrheit. Denn Sie haben das Thema Elektromobili-

(Andrea Lindlohr)

tät in der Konstellation der letzten Legislaturperiode einfach lange verschlafen, sodass sich Deutschland schon gewundert hat, auf welchem Stand der Automobilstandort Baden-Württemberg ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Erst im Juni 2010 konnte die Landesagentur für Elektromobilität ihre Arbeit aufnehmen, sodass Sie von CDU und FDP/DVP gerade einmal zehn Monate Zeit hatten, sich die Arbeit der Agentur anzuschauen, bevor Ihre Regierung abgewählt wurde. Das soll Sie jetzt natürlich nicht daran hindern, die Arbeit der Agentur positiv zu begleiten.

Dafür gab es einen inhaltlichen Grund – das ist kein Zufall –: Die ökologische Randbedingung unseres Automobilstandorts, dass Öl eine endliche und sogar eine besonders knappe Ressource ist, war bei Ihnen ganz lange nicht auf dem Film. Deswegen hat es so lange gedauert. Herr Kollege Klein, Sie haben ja auch lediglich Vorworte aus dem Jahr 2010 zitiert, und da waren viele andere schon viel weiter. Baden-Württemberg ist da leider spät gestartet. Ich möchte mich besonders bei der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart einmal bedanken, die das Thema auf dem Film hatte und hier eine langjährige Lokomotivfunktion übernommen hat.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Felix Schreiner CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Tatsache, dass Öl knapp und teuer wird, zwingt die Automobilindustrie weltweit zur Entwicklung von neuen Antriebstechnologien. Aber das bietet auch die Chance, neue, erfolgreiche Geschäftsmodelle zu entwickeln. Darum zeichnet sich der erfolgreiche "Schaufenster"-Antrag von Baden-Württemberg gerade dadurch aus, dass wir viel mehr vorhaben, als nur eine Einzeltechnologie zu fördern. Die Förderung des intermodalen Verkehrs macht etwa ein Drittel des "Schaufenster"-Antrags aus. Ich möchte hierzu einmal kurz aus den "Stuttgarter Nachrichten" vom 4. April 2012 zitieren:

Aus der Jury verlautete, dass die Bewerbung aus dem Südwesten "unisono und mit Abstand als sehr gut eingeschätzt wurde". Vor allem die Pläne aus dem Südwesten für die Einbindung von Elektromobilität in den öffentlichen Nahverkehr hätten überzeugt.

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Hier sehen Sie den grün-roten Schwerpunkt.

Als ein Beispiel hierfür nenne ich das Pilotprojekt am Bahnhof Ludwigsburg. Der Bahnhof Ludwigsburg wird laut "Schaufenster" zu einer "Schnittstelle von Mobilitätsangeboten zwischen Bahnen, E-Bikes, E-Cars, ÖPNV und Carsharing ausgebaut". Wer den Bahnhof Ludwigsburg kennt – nicht nur der Kollege Schmiedel kennt ihn –, der weiß, dass dieser Bahnhof ein solches Konzept gut gebrauchen kann. Er liegt nämlich in einem gewissen Abstand zur Innenstadt, und es ist daher sinnvoll, hier ein modernes Angebot zu schaffen.

Wie man mit Carsharing auf der Basis der Elektromobilität gutes Geld verdienen kann, soll Daimler nun mit der Ausweitung des "Car2go" hier in Stuttgart und in der Region zeigen. Das ist ebenfalls ein sehr guter Beitrag.

Dass es nicht nur um eine Einzeltechnologie geht, zeigt sich auch mit Blick auf die Zulieferindustrie. Kollege Hofelich hat es angesprochen: Elektromobilität ist auch ein Thema für die Zulieferindustrie im Automobilbereich sowie für das Handwerk. Wir unterstützen bereits mit der Landesinitiative Elektromobilität II im Rahmen des Landeshaushalts 2012 die Zulieferindustrie mit der Strukturwandelberatung. Sie kennen wahrscheinlich den Strukturbericht der Region Stuttgart aus dem vorletzten Jahr, der dieses Thema als Schwerpunkt hatte

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Seit 1987!)

Dabei zeigt sich, dass gerade die kleinen und mittleren Unternehmen besondere Anlaufschwierigkeiten haben, sich hier anzupassen. Im Landeshaushalt 2012 haben wir hierfür bereits Mittel eingesetzt.

Auch hier geht das Thema weiter. Sie haben es angesprochen: Es geht um Mobilität, um Energieformen und auch um Informations- und Kommunikationstechnologien. Wir werden es auch fördern, wenn sich Zulieferunternehmen neuen Kunden zuwenden wollen. Gerade im Bereich der erneuerbaren Energien und der Effizienztechnologien haben viele Unternehmen hier technologische Schnittstellen. Diese Unternehmen können wir dabei unterstützen, damit sie ihren Weg dann selbst gehen können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen: Schon nach nur einem Jahr können wir von Grün-Rot beim Thema Elektromobilität eine absolute Erfolgsbilanz vorweisen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Automobilcluster, die Unternehmen, die in dieser Zeit viele strategische Entscheidungen treffen müssen, und die Bürgerinnen und Bürger, die moderne Mobilitätsangebote wollen und diese nachfragen, sie alle werden von uns unterstützt und finden in uns einen verlässlichen Partner bei der Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg. So kann es weitergehen, und so wird es weitergehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Frau Kollegin, gestatten Sie noch eine Frage des Herrn Kollegen Paal?

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Ja.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte.

Abg. Claus Paal CDU: Frau Kollegin Lindlohr, ich frage Sie, ob Sie wissen, dass – anders, als Sie es vorhin behauptet haben – der Antrag zum "Schaufenster Elektromobilität" von der e-mobil Baden-Württemberg, gleichberechtigt mit der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart, und nicht von der grün-roten Landesregierung gestellt wurde. Die Landesagentur e-mobil Baden-Württemberg – zum Hintergrund: Herr Loogen; ihn kennen Sie bestimmt – wurde unter der vorherigen Landesregierung gegründet.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Herr Kollege Paal, die Landesagentur für Elektromobilität – e-mobil BW GmbH – ist eine Gründung des Landes. Sie war hier federführend; das habe ich erläutert. Es gibt weitere Partner. Der wichtigste Partner ist die Wirtschaftsförderung Region Stuttgart. Dazu kommen die Region Stuttgart als solche,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das hat alles nicht viel mit euch zu tun!)

die Stadt Karlsruhe und viele weitere Partner, so, wie ich es Ihnen bereits erläutert habe.

Danke.

(Abg. Claus Paal CDU: Nachfrage?)

**Stelly. Präsident Wolfgang Drexler:** Lassen Sie noch eine weitere Frage zu?

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Nein, danke.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Peinlich!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich jetzt Herrn Abg. Grimm das Wort.

Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Hätte Kaiser Wilhelm recht behalten, säße Deutschland heute auf dem Pferd, denn er sah im Auto nur eine kurze, vorübergehende Erscheinung. Es waren nicht die Karls und nicht die Wilhelms, auch nicht die Friedrichs, die der wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Land ihren Namen gegeben haben. Es sind nicht die Winfried Kretschmanns und es werden auch nicht die Nils Schmids sein, die wissen, wie die Zukunft dieses Landes aussehen wird.

Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung vor einem Jahr das Auto der Zukunft in fast allen Details neu erfunden. Das Finanz- und Wirtschaftsministerium hat mit seiner Delegation in Los Angeles und San Francisco die mobile Zukunft des Landes gesucht, anstatt vielleicht besser hier im Land zu reisen. Hier, auf dem Land, hätten Sie vielleicht eher etwas erfahren über den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg, die Perspektiven der Elektromobilität und notwendige Strategien, über die wir heute diskutieren.

Meine Damen und Herren, ich sehe in dieser Regierung von Grün-Rot keinen Ferdinand Steinbeis. Er hat allenfalls Denkanstöße für die wirtschaftliche Entwicklung gegeben, aber er hat keinem Benz oder Daimler gesagt, was sie zu machen haben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Natürlich! Den Daimler hat er nach England geschickt! Sagen Sie einmal! Unglaublich! Keine Ahnung! – Weitere Zurufe)

Sie von der Regierung aber sind angetreten mit einer eigenen Vision von Elektromobilität.

Sie haben Ihren "Wilhelm" unter einen kühnen Plan gesetzt, der von Ihnen nicht erfunden worden ist. Die CDU-FDP/DVP-Landesregierung hatte bereits im Jahr 2009 den Anstoß gege-

ben, indem sie eine Landesinitiative zur Förderung der Elektromobilität verabschiedet hat. Das wurde auch schon von meinen Vorrednern erwähnt. Hierbei entstand wegweisend die e-mobil BW GmbH, unter deren Dach sozusagen die ganze Breite der Elektromobilität mit Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnik zusammengefasst wurde.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ein Jahr nach Ihrer Regierungserklärung muss nunmehr gesagt werden: Sie haben sich vergaloppiert. Der Ministerpräsident und sein Wirtschaftsminister sitzen auf einem falschen Pferd. Das ist natürlich nur im übertragenen Sinn zu verstehen, denn in Wirklichkeit steht ihre Mobilität wie die ihrer Vorgänger auch nicht unter Strom, sondern hängt am so verteufelten Verbrennungsmotor. Sie räumen ein, dass das auch im Jahr 2020 noch so sein werde.

Dass mit Voraussagen vorsichtig umgegangen werden muss, haben Sie mit der schwer zu erreichenden Prognose von einer Million Elektromobilen bis 2020 in Deutschland doch schon jetzt buchstäblich erfahren.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Das ist eine Prognose der Bundesregierung! Das ist ein Ziel der Bundesregierung! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Frau Merkel hat das erzählt!)

Angesichts der gleichzeitig erwarteten Gesamtzahl von dann bis zu ca. 60 Millionen Fahrzeugen ist das ein Nichts.

Das Elektromobil von Herrn Kretschmann und Herrn Schmid ist ein Spielzeug, das sich allenfalls jemand leisten kann, der Premiumklasse fährt. Im Flächenland Baden-Württemberg ist die Batterie auf Rädern untauglich, und selbst in Großräumen wie Stuttgart gibt es bereits die bessere Alternative: den öffentlichen Personennahverkehr.

Zahlen könnten täuschen, besonders massenhaft vorgelegte Zahlen. Hinter diesen von Ihnen vorgelegten Zahlen verbirgt sich oft eher Ratlosigkeit. In den von Herrn Minister Schmid zur Elektromobilität vorgelegten Zahlen sind die Lücken mit Phrasen gefüllt, welche Kompetenz vorgaukeln. Etwas weniger Worte, aber mehr Konkretes hätte dem Papier nicht geschadet.

Konkret wird die Angelegenheit dort, wo es um Fördermillionen von Bund und Land geht.

(Abg. Karl Klein CDU: Aha!)

Es geht aber nicht darum, ein, wie Sie es nennen, Schaufenster für das Land auf dem Weg zu einer Million Elektrofahrzeuge zu schaffen. Die Mobilitätswende, die Sie anstreben, darf nicht wieder zu einer überstürzten, hoch subventionierten Scheinwende und zu noch mehr Belastungen der Menschen führen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was will denn die FDP/ DVP bei diesem Thema eigentlich?)

Sie müssen auf die Flexibilität und Tüftlerkunst der Wirtschaft dieses Landes setzen.

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

(Leopold Grimm)

Elektromobilität zu subventionieren wäre der falsche Weg. Was die CDU-FDP/DVP-Regierung seinerzeit in die Wege geleitet hat, war nur der Anstoß für das freie Spiel der Kräfte. Sie aber, so scheint mir, wollen das unter eigener Kontrolle haben. Es darf nicht der gleiche Fehler wie bei der nun darniederliegenden Solarindustrie gemacht werden. Diese wurde mit Subventionen bis zur Bewegungsunfähigkeit gemästet, und nun platzt sie.

Die deutsche Automobilindustrie hat keine Entwicklung verschlafen, meine Damen und Herren. Sie arbeitet an verschiedenen Alternativen. Sie aber haben ausschließlich auf die Mähre namens Elektromobil gesetzt und reiten damit auf einem Irrweg.

Die Nachteile liegen auf der Hand: zu teuer, geringe Reichweite, langwierige Aufladung, keine Infrastruktur. Der Hinweis auf Klimaschutz zündet auch nicht. Das Elektromobil ist nur so klimaschonend wie der Strom, mit dem es betrieben wird. Ist es sogenannter Ökostrom, muss dieser an anderer Stelle ersetzt werden.

Der Hinweis auf das Versiegen der Ölquellen ist auf mittlere Sicht auch falsch; denn in den letzten 150 Jahren ist ein Drittel der heute bekannten Lagerstätten gefördert worden. Außerdem sind synthetische Treibstoffe aus regenerativen Quellen auch im Kommen.

Bevor Sie, die Landesregierung, weiter auf Ihr Pferd Elektroauto setzen, schauen Sie sich einmal hier in der Gegend um. Die Entwickler sind bereits weiter. Einige Fahrzeuge sind mit Wasserstoff als Brennstoff für modifizierte Brennstoff- und Verbrennungsmotoren im Hybrideinsatz bereits serienreif. Wasserstoff könnte in angedachten Solarenergiegroßprojekten durch Elektrolyse gewonnen werden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Bullinger, was ist denn das? Ist das die Linie der FDP? – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Es gibt also genügend sachliche Gründe, um Ihre Elektromobilbegeisterung kritisch zu betrachten, meine Damen und Herren von der Regierung.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Grimm, kommen Sie bitte allmählich zum Schluss.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das wäre wirklich wichtig!)

**Abg. Leopold Grimm** FDP/DVP: Das tue ich. – Deshalb sollte es Ihre Aufgabe sein, bei der Ausbildung und Forschung für die Mobilität der Zukunft die Wirtschaft nach deren Bedarf zu begleiten und zu unterstützen, damit sie ihre Marktführerschaft beibehalten kann.

Herr Kollege Schmiedel, das ist Realo.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ist das auch FDP?)

Das ist FDP. Sie müssen nach dem Markt gehen. Sie müssen schauen, wohin die Entwicklungen gehen. Die Entwicklungen gehen heute nicht in Richtung Elektroauto, auf das Sie

setzen, sondern sie gehen in andere Bereiche. Da müssen wir die Industrie unterstützen. Das tun Sie momentan nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Alfred Winkler SPD: Der letzte Teil war nicht Realo, sondern Parodie!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Rust das Wort.

Staatssekretär Ingo Rust: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war eigentlich schon versucht, eine große Einigkeit in dieser Debatte festzustellen. Denn von SPD, Grünen und CDU gab es die große Einigkeit, dass wir die E-Mobilität weiter voranbringen müssen, dass der Beginn, der unter der Vorgängerregierung gemacht wurde, richtig war und wir diesen Weg konsequent fortsetzen müssen. Das tun wir, wie es Herr Kollege Klein richtigerweise auch betont hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD sowie des Abg. Dieter Hillebrand CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Aber jetzt kamen leider doch wieder die Bedenkenträger der FDP/DVP zum Zuge. Ich muss Ihnen als Ingenieur, der ich bin, sagen: Hätten Sie damals Bertha Benz die Bedenken vorgetragen, die Sie jetzt in Richtung E-Mobilität vorgetragen haben, dann würde heute noch kein Auto fahren. Hätten Sie damals schon das Sagen gehabt und hätten Sie so etwas verhindern können, würde heute kein einziges Auto fahren.

In einem Punkt möchte ich Ihnen widersprechen, Herr Klein: Wir brauchen Wünsche, und wir brauchen Träume. Das braucht jeder Erfinder, das braucht jeder Ingenieur, der eine neue Technologie entwickelt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aber nicht zu viele!)

Er braucht eine Vision. Dabei gebe ich Ihnen wieder recht: Der Weg wird steinig. Der Weg, bis wir so weit sind, dass Elektromobilität in verschiedenen Technologien – Elektromobilität ist ja nicht eine einzige Technologie, sondern es können mehrere Technologien sein – marktfähig und bezahlbar ist, ist weit. Am Anfang ist der Weg steinig und bedarf der Unterstützung. Die leisten wir.

Selbstverständlich erfindet, konstruiert, produziert die Politik keine Fahrzeuge. Das tut weder die Bundesregierung noch die Landesregierung. Aber wir können die richtigen Impulse setzen. Wir können Anreize setzen. Wir können unterstützen,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die FDP ist technikfeindlich!)

um diese Technologie in ihren Anfängen zu befördern.

Im Übrigen: Hätten wir in den letzten Jahrzehnten nie Kernkraftwerke gehabt, hätte die Politik diese Technologie nicht am Anfang mit Subventionen unterstützt. Hätten wir nie andere zentrale Energieformen als die Kohle gehabt,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

(Staatssekretär Ingo Rust)

hätte es am Anfang keine staatliche Unterstützung gegeben, um diesen Bereich zu subventionieren. Deswegen ist es richtig, dass die Politik nicht über ihre Kompetenz hinausgeht und meint, sozusagen selbst die Technologien bestimmen zu können. Aber sie kann die richtigen Impulse setzen, damit Technologie in unserem Land vorangetrieben werden kann.

Deswegen brauchen wir Träume. Deswegen brauchen wir auch da Visionen, brauchen dies unsere Entwickler und Ingenieure, wenn es darum geht, eine Elektromobilität der Zukunft zu denken.

Die Alternative, die Sie gerade genannt haben, lässt mich als Ingenieur fassungslos zurück. Sie haben gesagt, wir sollten doch lieber auf Wasserstoff setzen. Wissen Sie eigentlich, wie Wasserstoff produziert wird, lieber Kollege? Er wird mit Strom, also wieder mit "Elektro" produziert. Das heißt, auch ein Wasserstoffantrieb ist im Endeffekt Elektromobilität, weil die Elektrolyse nur mit Strom funktioniert und Sie nur so Wasserstoff erhalten.

(Abg. Alfred Winkler SPD: 65 % Verlust! – Zuruf des Abg. Leopold Grimm FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich aber noch ein paar inhaltliche Punkte zu diesem Thema anführen. Aktuell erwirtschaftet die Automobilindustrie in Baden-Württemberg Rekordgewinne und blickt zuversichtlich in die Zukunft.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das stimmt uns froh. Es ist aber kein Grund, uns entspannt zurückzulehnen. Die gesamte Branche steht vor großen Herausforderungen, vor dem steinigen Weg, den Kollege Klein auch erwähnt hat. Die Energieeffizienz beim Betrieb von Fahrzeugen, aber auch bei der Herstellung wird dabei immer wichtiger. Es entsteht momentan ein intensiver Wettbewerb um die zukünftige Technologie- und Produktionskompetenz sowie um die Markt- und Wertschöpfungsanteile weltweit, aber auch bei uns, innerhalb Deutschlands.

Dem klassischen Verbrennungsmotor – das wurde schon erwähnt, und das bestreitet auch niemand – wird noch bis 2020 eine große Bedeutung beigemessen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Bis 2050!)

Deswegen müssen wir auch da mehr in die Entwicklung ressourcensparender Motoren investieren. Das machen unsere Hersteller aber auch in ganz hervorragender Weise.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Weltweit spitze!)

Für Baden-Württemberg ist in diesem Bereich ein Anstieg des Marktvolumens um etwa 240 Millionen € zu erwarten, was beim klassischen Verbrennungsmotor allerdings nur noch einem jährlichen Zuwachs um gut 0,5 % entspricht.

Ein deutliches Plus von nahezu 1,4 Milliarden € im Jahr 2020 werden die Effizienztechnologien im Fahrzeug auf sich vereinen können. Komponenten, die durch Elektrifizierung des Antriebsstrangs Anwendung finden – etwa der elektrische Motor, aber auch die sonstige Elektronik oder die Batteriesysteme, die auch schon angesprochen wurden –, können von den prognostizierten Entwicklungen profitieren und ein hohes Wachstum auch bei uns in Baden-Württemberg generieren.

Aspekte wie der sehr große Wertanteil dieser Komponenten, aber auch eine möglichst hohe Automatisierung bei Fertigungs- und Montageprozessen sind gute Voraussetzungen für eine Herstellung bei uns in Baden-Württemberg; denn da haben auch unsere Mittelständler ihre Kompetenz.

Die Themen der Elektromobilität eröffnen Baden-Württemberg ein Potenzial von ungefähr 10 000 neuen Arbeitsplätzen bis 2020. Die Elektromobilität bietet außerdem große Chancen für die Forschungslandschaft in Baden-Württemberg – sowohl für die universitäre Forschung als auch für die außeruniversitäre Forschung, die wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen.

Das Land nimmt in einigen Themenfeldern der Elektromobilität bereits eine führende Rolle in der Forschung ein. Mit der Einführung von elektromobilen Antriebskonzepten und revolutionären Leichtbauwerkstoffen werden Wertschöpfungsanteile neu verteilt.

Kollege Hofelich hat – das finde ich sehr interessant – darauf hingewiesen, dass auch die alte, traditionelle Industrie in Baden-Württemberg – z. B. die Textilindustrie, aber auch die Textilforschung – da wieder neue Betätigungsfelder findet. Nachdem sie einen sehr schwierigen Strukturwandel hinter sich hat, kann die Textilindustrie gerade beim Thema Leichtbau wieder neue Märkte erschließen.

Neue Geschäftsmodelle und ein anderes Nutzerverhalten, die Anbindung der individuellen Automobilität an den öffentlichen Personennahverkehr – Frau Kollegin Lindlohr hat es angesprochen – und die Möglichkeiten moderner Informationsund Kommunikationstechnik eröffnen der Mobilitätsbranche neue Chancen.

Der Technologiewandel hin zur Elektromobilität ist bereits in vollem Gang. Mit der Landesinitiative Elektromobilität I wurden mit annähernd 30 Millionen € vorbereitende Struktur- und Projektmaßnahmen gefördert. Eine bedeutende Maßnahme dieser Initiative ist der Aufbau einer Fraunhofer-Projektgruppe für neue Antriebstechnologie in Karlsruhe. Das Land hat damit die Chance, erstmals seit 1981 wieder ein neues Fraunhofer-Institut nach Baden-Württemberg zu holen.

Darüber hinaus wurde die gute Ausgangslage im Bereich der Batterieforschung durch gezielte Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen gefördert. Die exzellente Position Baden-Württembergs im Umfeld der Batterieforschung wird durch mein Ministerium gemeinsam mit dem Bund durch den Aufbau einer Pilotanlage zur Erforschung und Optimierung der Lithium-Ionen-Zellenfertigung am Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg in Ulm − das ZSW, das viele Kollegen auch kennen − weiter gestärkt. Die Bundesregierung hat Mittel in Höhe von ungefähr 50 Millionen € für Geräte- und Anlageninvestitionen sowie zur Projektförderung in Aussicht gestellt. Die zur Umsetzung erforderlichen Gebäudeerweiterungen und Infrastrukturmaßnahmen am eLaB des ZSW in Ulm werden durch die Landesregierung realisiert und finanziert.

Um die Vielzahl an Aktivitäten im Bereich der Elektromobilität in Baden-Württemberg besser zu bündeln, wurde die Landesagentur für Elektromobilität und Brennstoffzellentechnologie, die e-mobil BW, eingerichtet. Sie wurde schon mehrfach erwähnt. Die Agentur arbeitet hier eng verzahnt mit den

(Staatssekretär Ingo Rust)

bereits bestehenden Netzwerken automotive-bw und Brennstoffzellen- und Batterie-Allianz Baden-Württemberg zusammen.

Mit der im Dezember 2011 verabschiedeten Landesinitiative Elektromobilität II machen wir klar, dass E-Mobilität einen wesentlichen Bestandteil der Landesstrategie darstellt. Diese sieht eine Förderung mit rund 50 Millionen € in den kommenden vier Jahren vor.

Wesentliche Elemente dieser zweiten Initiative sind die Strukturwandelberatung von kleinen und mittleren Unternehmen – dagegen kann nicht einmal die FDP sein –, die Forschungsund Transferförderung, der Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur sowie Demonstrationsprojekte im ländlichen Raum. Das sind wesentliche Bestandteile der Strategie der Landesregierung.

Ein weiterer wesentlicher Standortfaktor des Autolands Baden-Württemberg ist das bestehende Angebot an Aus- und Weiterbildung. Dazu steht bei diesem Punkt auch ein Antrag auf der Tagesordnung. Auch wenn die Kollegen bisher nicht näher darauf eingegangen sind, möchte ich dazu ein paar Punkte sagen. Denn die Aus- und Weiterbildung in diesem Bereich ist, glaube ich, sehr wichtig.

Die Sicherung der Nachwuchskräfte, die Absicherung des Fachkräftebedarfs und die kontinuierliche Weiterbildung von Beschäftigten, was ihre Kompetenzen in den neuen Technologiefeldern der Elektromobilität angeht, sind entscheidende Faktoren für die weltweite Innovationsführerschaft unseres Standorts. Denn wir leben nicht von unseren natürlichen Ressourcen, sondern von der Kompetenz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land.

Bildungsinitiativen sind in der akademischen Ausbildung, im gewerblichen Bereich, z. B. in Werkstätten und Servicebetrieben, aber auch im kaufmännischen Bereich notwendig.

Die e-mobil BW ist in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Industrieunternehmen eine Anlaufstelle für den Fachkräftenachwuchs.

Speziell an den Bedarf der Unternehmen angepasste Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen werden in Abstimmung mit den Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern des Landes diskutiert und entwickelt. Deren Umsetzung wird vorbereitet bzw. in einzelnen Kursprogrammen schon jetzt realisiert.

Mein Ministerium hat deshalb im Rahmen der ESF-Fachkursförderung eine Programmlinie mit dem Schwerpunkt Elektromobilität aufgelegt. Gefördert werden hierbei 50 % der einschlägigen Kursgebühren.

Darüber hinaus fördert das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft das dreijährige Modellprojekt "Fachkraft für Infrastruktur und Systeme der Elektromobilität für Beschäftigte in kleinen und mittleren Unternehmen mit dem Schwerpunkt Elektro- und Informationstechnik". Das heißt, auch dort nehmen wir Geld in die Hand, um die Beschäftigten weiterzubilden.

In der akademischen Weiterbildung kommt vor allem den kooperativen Promotionskollegs große Bedeutung zu. Hierzu haben beispielsweise die Universität Stuttgart und die Hochschule Esslingen ihre Kompetenzen in dem kooperativen Promotionskolleg Hybrid gebündelt.

Um im Umfeld der Elektromobilität schnell bezahlbare und kundenorientierte Konzepte zu schaffen, ist eine enge Verzahnung der drei Technologiefelder Fahrzeug, Energie sowie Informations- und Kommunikationstechnik erforderlich. Das Spitzencluster Elektromobilität – Kollegin Lindlohr hat es schon angesprochen – mit seinem Management durch die e-mobil BW verwirklicht dieses Ziel, indem es die im Land vorhandenen Akteure der drei Technologiefelder wirkungsvoll miteinander vernetzt.

Der Bund fördert das Spitzencluster mit 40 Millionen € für Forschungsprojekte. In gleicher Höhe wird sich die Industrie im Cluster in die Projekte einbringen. Das Land unterstützt das Spitzencluster ebenfalls mit 5 Millionen €.

Neben der Erforschung und Entwicklung zukünftiger Fahrzeugtechnologien und deren Produktionstechnik mit dem Ziel der Leitanbieterschaft ist es notwendig, auch die Rolle des Leitmarkts zu adressieren. Baden-Württemberg realisiert dies mit dem Schaufenster "LivingLab BW<sup>e</sup> mobil", einem intermodalen, international vernetzten, bürger- und herstellungsnahen "Schaufenster Elektromobilität".

Die Bundesregierung hat den bundesweit vier unter 23 Bewerbern ausgewählten Schaufenstern Mittel in Höhe von 50 Millionen € pro Schaufenster in Aussicht gestellt. Ich nehme die Glückwünsche der Fraktionen dazu gern entgegen und leite sie an die e-mobil BW, die dies koordiniert hat, weiter. Die Kolleginnen und Kollegen dort haben hervorragende Arbeit geleistet. Wir können stolz darauf sein. Ich habe gerüchteweise sogar gehört, dass der Antrag von Baden-Württemberg der beste aller Anträge war.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, die Elektromobilität bietet die Möglichkeit, erneuerbare Energien zunehmend auch im Verkehrssektor zu nutzen und so eine Unabhängigkeit von fossilen Kraftstoffen zu schaffen. Das im Januar ausgezeichnete Spitzencluster Elektromobilität Süd-West und der vor wenigen Tagen erreichte Erfolg des Schaufensters zeigen klar die herausragende Bedeutung Baden-Württembergs für die Entwicklung Deutschlands zum Leitanbieter und zum Leitmarkt für Elektromobilität.

Das Autoland Baden-Württemberg steht bei der Forschung, der Entwicklung und der Realisierung einer ressourcenschonenden und klimafreundlichen Mobilität besonders in der Verantwortung. Wir, die Landesregierung, sind Partner und stehen an der Seite unserer Industrie, unserer Betriebe, dies auch umzusetzen, und sind auf einem hervorragenden Weg. Wir haben, Herr Kollege Klein, aufs Gaspedal gedrückt, und wir haben sogar die Handbremse der Vorgängerregierung gelöst.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Den Motor haben wir gezündet!)

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen jetzt zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der beiden Anträge. Der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 15/935 (geänderte Fassung), ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 15/936 (geänderte Fassung), ist ebenfalls ein reiner Berichtsantrag und kann ebenfalls für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist der Tagesordnungspunkt 7 erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Innenministeriums – Gefahren durch die rechtsextremistischen türkischen "Grauen Wölfe" in Baden-Württemberg – Drucksache 15/983

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Ich darf für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Dr. Lasotta das Wort erteilen.

Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man sich gegen Extremismus stellt, ist man schnell persönlichen Anfeindungen ausgesetzt. So ist es auch mir gegangen, als ich mich mit dem Thema "Graue Wölfe" beschäftigt habe. Es gab Drohanrufe, Hassmails und Beleidigungen. Das darf uns Demokraten aber nicht einschüchtern, sondern wir müssen uns entschlossen gegen jeden Extremismus in diesem Land stellen und umso entschlossener Demokratie- und Verfassungsfeinde bekämpfen, egal, ob rechts oder links. Jeder Extremist ist Mist, weil er Freiheit, Demokratie und Frieden gefährdet.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das haben wir bisher auch in großer Einmütigkeit in diesem Landtag getan, wenn wir über Rechtsextremismus und auch über linksextremistische Gruppen debattierten. Dafür bin ich dankbar.

Ich habe das Thema "Graue Wölfe" aufgegriffen. Das ist eine radikale, nationalistische türkische Organisation, ein Zusammenschluss, der auch unter dem Namen der sogenannten "Idealistenvereine" fungiert. Sie haben als Ideologie ein "großtürkisches Reich", das nach einem Führer ruft. Sie hetzen gegen Juden, Griechen, Kurden und gegen Minderheiten, u. a. gegen Homosexuelle, und wenden sich damit gegen das friedliche Zusammenleben der Völker. Sie missachten das Selbstbestimmungsrecht, und sie werden zu Recht vom Verfassungsschutz überwacht. Viele Seiten des baden-württembergischen Verfassungsschutzberichts beschäftigen sich mit dieser Organisation. Auch in Nordrhein-Westfalen werden entsprechende Beobachtungen festgehalten.

Die Grauen Wölfe entfalten zunehmend Aktivitäten auch in Baden-Württemberg. Sie diffamieren nicht nur, sondern es wird über das Internet, über Chats und über Foren in volksverhetzender Weise zu Körperverletzungen, zu Mord, zu Lynchjustiz aufgerufen. Es wird versucht, frustrierte Jugendliche für diese abstrusen Ideen zu rekrutieren.

Auch in die Parteien versuchen Mitglieder der Grauen Wölfe zu gelangen und dort Fuß zu fassen. Wir, die CDU, haben in Baden-Württemberg dazu selbst keine Erkenntnisse in unserer Partei. Aber in Nordrhein-Westfalen versuchen Mitglieder der Grauen Wölfe, Einfluss innerhalb der CDU zu gewinnen. Wir kennen von früher Kontakte zwischen der CSU in Bayern und den Grauen Wölfen. Hier hat keine ausreichende Distanzierung und Abgrenzung stattgefunden.

Die Grauen Wölfe sind totalitär, rassistisch und demokratiefeindlich. Sie stellen damit ein Integrationshemmnis dar, stehen unserer Verfassung feindlich gegenüber und erreichen allen Integrationsbemühungen zum Trotz im Endeffekt genau das Gegenteil, weil damit entsprechende Diskreditierungen verbunden sind.

Deswegen müssen wir die Öffentlichkeit für diese Organisation sensibilisieren. Wir müssen unsere Öffentlichkeitsarbeit verbessern, und wir müssen über die Ziele und die Hintergründe, die diese sogenannten Idealisten verbreiten wollen, aufklären.

Das ist auch wichtig für unsere kommunalen Mandatsträger, die im Bereich der Integrationspolitik vor Ort Kontakte zu den verschiedenen Moscheevereinen aufnehmen müssen. Es muss deutlich gesagt werden, dass hier eine kritische Distanz gewahrt werden muss, dass keine Aufwertung dieser Personen stattfinden darf und dass auch in der Diskussion vor Ort eine Distanzierung von den Zielen geschehen soll. Deswegen fordern wir auch eine bessere Aufklärungsarbeit durch die Landeszentrale für politische Bildung und wollen, dass hierauf ein entsprechender Schwerpunkt gelegt wird.

Im Rahmen des Landtagswahlkampfs ist in Nürtingen die Distanz zu dieser Vereinigung verloren gegangen. Der Auftritt der Gattin des SPD-Spitzenkandidaten, Tülay Schmid, bei den Grauen Wölfen hat diese Grenze überschritten. Ich halte das nicht für richtig. Demokraten dürfen hier nicht im Trüben fischen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Absolut!)

Dennoch will ich hier keinen Nachklapp zu dieser Geschichte bringen, weil ich weder der SPD noch irgendjemandem, der im Wahlkampf für die SPD tätig war, undemokratisches Verhalten unterstelle. Aber die Reaktion auf diesen Vorgang hat mich enttäuscht; denn ich hätte nicht erwartet, dass man das Thema sublimieren würde oder sagen würde, man habe es nicht gewusst. Das könnte man ganz leicht widerlegen, weil bei diesem Wahlkampfauftritt viele örtliche Vertreter der SPD zugegen waren und weil seit Jahren in Nürtingen darüber diskutiert wird, dass diese Vereinigung rechtsextremistisch ist. Ich hätte mir da eine klare Distanzierung gewünscht, auch zum Schutz derjenigen, die diese Organisation als rechtsextremistisch benennen, weil sie auch ein Stück weit auf den Schutz und die Solidarität dieses Landtags angewiesen sind. Ich kann Ihnen sagen, dass die Angriffe und alles andere, was da kam, was ich auch persönlich erleben musste, nicht vergnügungssteuerpflichtig waren.

(Dr. Bernhard Lasotta)

Deswegen fände ich es gut, wenn Sie sich deutlich distanzieren – Sie haben heute die Chance, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen –, zumal auch die Tendenz besteht, dass sich Extremisten in diesem Land zusammenschließen. Sie eint nämlich ein schreckliches Ziel: der Antisemitismus. In Thüringen gibt es zwischen den Grauen Wölfen und der NPD Kontakte, Verbindungen und gemeinsame Auftritte. In Nürtingen wurde von den Grauen Wölfen gemeinsam mit Milli Görüs, einer Organisation, die ebenfalls vom Verfassungsschutz überwacht wird, eine Veranstaltung organisiert, bei der der Salafist Pierre Vogel aufgetreten ist, dem dort ein entsprechendes Podium geboten wurde.

Ich glaube, wir alle müssen da als Demokraten zusammenstehen und sagen: Wir wollen das nicht in unserem Land. Das ist integrationshemmend, das ist verfassungsfeindlich. Wir haben als Demokraten die Verpflichtung, diese radikalen Kräfte zu bekämpfen. Hier gilt es, genauer hinzuschauen und das Thema nicht einfach wegzudrücken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Deswegen möchte ich alle Fraktionen im Landtag auffordern, unserem Antrag zuzustimmen, diese Rechtsextremisten als solche zu benennen, deren Ziele zu ächten und zu verurteilen, vor allem auch bei unseren Parteien auf eine Unvereinbarkeit der Mitgliedschaften hinzuwirken und die Aufklärungsarbeit und die politische Bildung in diesem Bereich zu verbessern. Stimmen Sie unserem Antrag zu! Das wäre ein starkes Signal aller Demokraten für null Toleranz gegenüber Extremisten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Lede Abal.

**Abg. Daniel Andreas Lede Abal** GRÜNE: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Lasotta, ich fasse einmal am Beginn meiner Rede zusammen, worin wir mit Ihnen einig sind.

Die "Idealistenvereine" in Deutschland, besser bekannt als die Grauen Wölfe, sind – so haben Sie es auch in Ihrem Antrag geschrieben – radikal, nationalistisch und antidemokratisch. Wenn man noch etwas weiter recherchiert, dann kommt man auch sehr schnell darauf – Sie haben es jetzt auch in Ihrer Rede angesprochen –, dass sie auch antisemitisch und in den letzten Jahren zunehmend islamistisch geworden sind.

Von diesem Gedankengut, von diesen politischen Inhalten grenzen sich alle Parteien hier in diesem Landtag ab. Ich glaube auch, dass sie das in sehr deutlicher Weise durch ihre politischen Programme tun.

Wenn Sie sich die Mühe gemacht hätten, hätten Sie möglicherweise auch feststellen können, dass die Grauen Wölfe in Baden-Württemberg – zu Recht – beobachtet werden und im Landesverfassungsschutzbericht großen Raum einnehmen,

(Abg. Karl Zimmermann und Abg. Manfred Hollenbach CDU: Das hat er ja gesagt! – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das habe ich gesagt!)

und dass sie in ihrer Entwicklung seit Jahren bestenfalls stagnieren.

Sie hätten mit wenig Mühe auch wahrnehmen können, dass es die Prävention, die Sie in Ihrem Antrag fordern, in diesem Bereich bereits gibt. Sie, Herr Dr. Lasotta, bezeichnen in Ihrem Antrag die Grauen Wölfe – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten – als "eine Gefährdung für die freiheitlich demokratische Grundordnung".

Vielleicht machen Sie sich aber auch einmal die Mühe, den Bundesminister des Innern und seinen Verfassungsschutz auf diese Bedrohung hinzuweisen, denn im Bundesverfassungsschutzbericht werden die Grauen Wölfe einmal namentlich erwähnt mit Angabe der Personenzahl, die diesem Verband zugeordnet werden, finden aber ansonsten keinerlei Erwähnung. Dass Sie diese Bedrohungslage hier an die Wand malen, sie aber auf Bundesebene nicht erkennen und auch keine Anstalten in dieser Richtung unternommen haben, ist, wie ich finde, schon ein Missverhältnis.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Vielleicht trägt die Debatte dazu bei, dass es im Bund stärker wahrgenommen wird!)

Wenn ich davon spreche, dass man sich Mühe machen sollte, Herr Dr. Lasotta, oder Mühe gemacht hat, dann stelle ich gleichzeitig fest: Sie haben sich keine große Mühe gemacht. Ich weiß nicht, ob Ihnen der Antrag Drucksache 15/3266 des Landtags von Nordrhein-Westfalen bekannt ist. Ich gehe davon aus, dass Sie diesen Antrag kennen. Er trägt die Überschrift "Mehr Informations- und Präventionsangebote zu den Grauen Wölfen" und ist ein Antrag der CDU-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen vom 8. November 2011. Er ist also etwa einen Monat älter als Ihr Antrag. Sie haben den Beschlussteil Ihres Antrags im Wesentlichen aus diesem Antrag kopiert, ein wenig à la Guttenberg nachbearbeitet, und Sie haben sich meiner Meinung nach hier kräftig damit blamiert.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Was ist eigentlich die Botschaft Ihrer Rede?)

- Hören Sie zu, dann kommen Sie vielleicht darauf.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Bis jetzt war es nur chaotisch!)

Damit Sie diese Entwicklungshilfe der CDU aus Nordrhein-Westfalen auch visualisieren können, habe ich Ihnen die Anträge, um die es geht, markiert.

(Der Redner hält zwei Schriftstücke mit markierten Stellen hoch.)

Das sind nur die wortgleichen Stellen, nicht die Stellen, die Sie in Details verändert haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU: Was ist daran verwerflich? – Ist das inhaltlich richtig oder nicht?)

- Ich komme noch darauf, warum das wenig sinnvoll ist.

(Daniel Andreas Lede Abal)

Sie haben sich dann ein wenig Mühe gemacht und unter Ziffer 4 noch eine eigene Feststellung formuliert, die sich dann aber genau auf die Vorfälle in Nordrhein-Westfalen bezieht, nämlich auf die Unterwanderungsversuche, die es in Essen, in Duisburg, in Köln und in Krefeld gegeben hat.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Geht es Ihnen noch um die Sache, Herr Demokrat?)

Sie versuchen mit viel Geschrei, einen alten Fisch anzupreisen. Als ich Ihnen in der Haushaltsdebatte geraten habe, sich an der Integrationspolitik der CDU in Nordrhein-Westfalen zu orientieren, habe ich nicht das gemeint – weder im Stil noch als Plagiat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie sagen selbst, Sie könnten von Unterwanderungsversuchen in Baden-Württemberg nichts berichten, weder bei Ihrer eigenen Partei noch bei anderen Parteien.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Was Sie hier vorführen!)

Sie wollen alle hier im Landtag vertretenen Parteien pauschal mit dieser Partei gleichsetzen. Das lehnen wir in dieser Form ab.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Mit wem gleichsetzen?)

Wir glauben, dass das hier ein Versuch ist, zu skandalisieren, lautstark ein Problem heraufzubeschwören, das in Nordrhein-Westfalen isoliert bei der CDU bestanden hat. Ich glaube, dass Sie damit letztlich die Integrationspolitik im Landtag und in diesem Bundesland beschädigen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Völlig absurd!)

Ich möchte Ihnen noch eine weitere Sache mit auf den Weg geben. Wenn Sie hier eine klare Botschaft in Richtung der Grauen Wölfe fordern, möchte ich Ihnen Folgendes nahelegen – ich beziehe mich auf einen Artikel der Tageszeitung "Die Welt" unter der Überschrift "Türkische Rechtsextreme schleichen sich in CDU" und zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

Sogar eine Studie der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung empfiehlt ... "aus politstrategischen Gesichtspunkten" im Einzelfall abzuwägen, "inwieweit eine zielgerichtete Zusammenarbeit" mit den Rechtsradikalen möglich sei.

Ich glaube, Sie haben einiges aufzuarbeiten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Was war denn Ihr Redebeitrag zu diesem Antrag? – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Deshalb haben wir den Antrag gestellt, um eine klare Position zu bringen!)

– Sie sollten erst einmal selbst Ihre Hausaufgaben machen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Wahl das Wort.

**Abg. Florian Wahl** SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Da braucht man keine neue Lichtkuppel, da braucht man ein besseres Fundament in diesem Parlament!)

– Wollen Sie reden?

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Vereinzelt Beifall)

Sie dürfen es aber bei diesem Thema wahrscheinlich nicht.

Am Anfang habe ich gedacht, Herr Dr. Lasotta hätte sich mit dem Thema auseinandergesetzt. Er hat gesagt, das sei ein wichtiges Thema, das wir gemeinsam angehen müssten. Wir haben darüber auch schon im Ausschuss beraten. Aber am Schluss kommen wir doch zu dem Punkt – spätestens nachdem die Frau des stellvertretenden Ministerpräsidenten erwähnt wurde und in welcher Art und Weise dies geschah –, dass es doch wieder nur um parteitaktische Spielchen geht.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Dr. Bernhard Lasotta und Karl Zimmermann CDU – Zuruf: Ausdrücklich nicht!)

Ich glaube, man muss einfach aufpassen mit dem Vorwurf der Blauäugigkeit. Wenn der damalige Beigeordnete von Nürtingen, Guido Wolf, damals engen Kontakt mit Vertretern der dortigen Moschee und mit DITIB gepflegt hat, sollte man vielleicht selbst vorsichtig sein.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das war in dienstlicher Mission! Es ist ein Unterschied, ob es ein Wahlkampfauftritt ist! – Unruhe bei der CDU)

- So ist es doch. Ich denke, man sollte --

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Es ist ein Unterschied, ob es ein Wahlkampfauftritt ist!)

- Sie sind dran, wenn Sie dran sind, und ich bin dran, wenn ich dran bin. Okay?

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Zwischenrufe sind in diesem Parlament nicht verboten!)

Man muss an dieser Stelle sagen: Sie haben damit dieser Sache eigentlich einen Schaden zugefügt. Denn wir hätten die heutige Debatte nutzen können, um uns wirklich ernsthaft über die Grauen Wölfe zu unterhalten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Machen Sie es doch! – Unruhe)

Wir Demokraten haben den Auftrag, uns mit dem Thema Rechtsextremismus – wir reden hier über türkischen Rechtsextremismus – auseinanderzusetzen. Es ist unsere Pflicht, dass wir hier an dieser Stelle überparteilich dafür einstehen, dass wir als Demokraten dastehen und nicht anfangen, mit dem Finger auf andere zu zeigen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wer macht denn das Thema kaputt? Das war doch er!)

(Florian Wahl)

Wir müssen als gute Demokraten in diesem Haus Geschlossenheit zeigen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig! Machen Sie es doch!)

Ich denke, bei diesem Thema sollte gerade der Profilierungswille einzelner Parteien immer zurückstehen.

(Unruhe bei der CDU)

Eines muss man auch sagen, wenn jetzt immer wieder erwähnt wird, es hätte eine zu starke Nähe gegeben oder eine Grenze wäre verschwommen – Sie haben es jetzt exemplarisch für die CDU in Nordrhein-Westfalen gesagt –: Wir – ich glaube, da kann ich für die gesamte Sozialdemokratische Partei sprechen – kämpfen seit 150 Jahren auf allen Ebenen gegen Faschismus, und ich glaube, wir brauchen da keine Nachhilfe von Ihrer Seite.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

Nichtsdestotrotz müssen wir sehen, dass die Grauen Wölfe in Baden-Württemberg ein ernsthaftes Problem sind. Diese Gruppierung ist hier mit 2 100 Mitgliedern verhältnismäßig stark. Ich denke, wir müssen, wie Sie richtigerweise gesagt haben, auch sehen: Der offizielle Aufruf zum Gewaltverzicht kollidiert mit der radikalen Rhetorik. Diese Gruppe hängt einem rassistischen Glauben an die Überlegenheit der türkischen Rasse an, der wiederum Parallelsetzungen zum deutschen Rechtsextremismus zulässt. Beide Phänomene sind stark antisemitisch. Deshalb müssen wir diese Debatte ernsthafter führen, als Sie sie hier begonnen haben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ernsthafter konnte man sie doch gar nicht führen, als Kollege Lasotta es gemacht hat! Sie machen es doch nieder! – Abg. Andreas Stoch SPD: Ich würde ihm nicht diese Redepausen geben!)

Ich würde an dieser Stelle sagen: Ich glaube, wir tun uns einen Gefallen, wenn wir dieses Thema in der Ruhe, die geboten ist, angehen.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Ich habe ganz ruhig geredet! Sie haben die Schärfe hier hereingebracht!)

Ich denke, das macht die Landesregierung, und das macht der Innenminister. Ich denke, das ist Regierungshandeln, das gut funktioniert. Ich glaube, wir müssen uns an dieser Stelle nichts nachsagen lassen. Deswegen bitte ich auch darum, den Antrag abzulehnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Unglaublich!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Professor Dr. Goll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unterhalten wir uns doch jetzt einmal

ernsthaft über die Grauen Wölfe. Tatsache ist, dass der letzte Verfassungsschutzbericht aus dem Jahr 2010 dieser Gruppierung immerhin acht Seiten widmet. Das ist in Baden-Württemberg übrigens keineswegs eine kleine Vereinigung, sondern im Bericht ist angegeben, dass sie bundesweit 7 000 Mitglieder hat, davon 2 100 Mitglieder in Baden-Württemberg.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das hat er doch gerade gesagt!)

Das ist also schon ein baden-württembergisches Thema.

Der Verfassungsschutzbericht des Landes widmet den Grauen Wölfen acht Seiten. Eine oder zwei Kostproben sollte man sich mit Erlaubnis des Präsidenten schon einmal gönnen. Da heißt es, die Bewegung

verfolgt ... Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet sind, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker. Sie propagiert einen übersteigerten Nationalismus, gepaart mit der Vorstellung einer ethnisch homogenen Gesellschaft. Dies führt zu Intoleranz gegenüber anderen Völkern. Hinzu kommen ein extremer Idealismus und Moralismus.

An anderer Stelle heißt es:

Dass Deutschland den Jugendlichen als "die Fremde" vermittelt wird, obwohl viele von ihnen hier leben oder sogar hier geboren sind, wirkt einer Integration in die deutsche Gesellschaft entgegen.

Wenn wir uns hier ernsthaft über die Grauen Wölfe unterhalten wollen, gibt es da überhaupt noch eine Frage, womit wir es da zu tun haben?

(Abg. Andreas Stoch SPD: Nein! Keine Frage!)

Deswegen habe ich bei der Debatte gerade eben teilweise schon das Gefühl gehabt, ich stehe im Wald. Wo sind wir eigentlich? Was da abgeht, ist doch völlig klar; das kann nicht in unserem Sinn sein.

Jetzt haben wir hier über einen Antrag zu befinden. Ich sage: Dieser Antrag, ganz egal, woher er kommt, hat das Anliegen, festzustellen, dass die rechtsextremistische Ausrichtung dieser Föderation eine Gefährdung für die freiheitliche demokratische Grundordnung ist. Das sieht offensichtlich auch das Landesamt für Verfassungsschutz so. Es betont, dass sich die Gruppierung gegen ein friedliches Zusammenleben richtet, dass Transparenz, Offenheit, kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft gefährdet werden, dass die Bemühungen um Integration eher behindert werden und dass die Aufklärung über die radikalen, nationalistischen und antidemokratischen Ziele ausgebaut werden muss. Hierzu wird die Landeszentrale für politische Bildung in Abschnitt II des Antrags aufgefordert

Jetzt frage ich Sie: Wie kann man einen solchen Antrag ablehnen?

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Man hat gemerkt, worum es wirklich gehen könnte, nämlich darum, dass – ich drücke mich vorsichtig aus – der Antrag für Sie von der falschen Seite kommt, von der CDU. Das wurde

(Dr. Ulrich Goll)

ja angedeutet. Abgesehen davon, dass das ohnehin ein etwas läppisches Spiel ist – was Sie an anderer Stelle auch schon kritisiert haben –, haben wir zumindest bei manchen Themen wie bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus ein solches Spiel bisher nicht gespielt, sondern wir haben einen Antrag, der eine schiere Selbstverständlichkeit darstellt, auch gemeinsam beschlossen – egal, woher er kommt.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zurufe von der CDU: So ist es! – Die Botschaft bei einer Ablehnung wäre verheerend!)

Sie müssen sich schon fragen lassen: Was wollen Sie eigentlich? Wollen Sie in der nächsten Mitgliederzeitschrift dieser Organisation lobend erwähnt werden? Das kann doch nicht wirklich Ihr Ziel sein! Man muss es leider sagen: Die Windungen der beiden Redner von Grünen und SPD waren schlicht und einfach unwürdig.

Darum habe ich die Bitte: Stimmen Sie diesem Antrag zu, damit weiterhin klar ist, was dieser baden-württembergische Landtag in seiner Gänze wirklich will.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf von der CDU: Bravo! Die Botschaft wäre verheerend, wenn der Antrag abgelehnt wird! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das alles findet doch schon statt!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort für die Landesregierung –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Da jubeln die Grauen Wölfe!)

- Herr Kollege Zimmermann, Sie haben weder das Wort, noch gibt es einen Redner; daher gibt es auch keine Zwischenrufe.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Ist das logisch? Gut.

Das Wort hat jetzt der Innenminister des Landes Baden-Württemberg, Herr Gall.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Zwischen den Rednern ein Rufer!)

**Innenminister Reinhold Gall:** Herr Präsident, werte Kolleginnen und werte Kollegen! Auch ich bin der Auffassung, dass es bezüglich des Inhalts des Antrags eigentlich keinen Streit im Plenum geben sollte.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich will aber trotzdem feststellen, dass im Antrag Fragen gestellt werden oder Äußerungen stehen, die überhaupt nichts Neues sind. Das will ich ausdrücklich festhalten. Denn es gab zu diesem Themenkomplex in den zurückliegenden Monaten mehrere Initiativen vonseiten der Fraktion der CDU, auch Kleine Anfragen von Ihnen, Herr Kollege Dr. Lasotta, oder von Herrn Kunzmann, die alle in etwa die gleiche Zielrichtung hatten. Wir haben zu diesen Initiativen entsprechend Stellung genommen, und zwar mit dem Tenor, den ich jetzt auch wieder zum Ausdruck bringe, nämlich dass wir uns den inhaltlichen Feststellungen in Ihren Anträgen natürlich anschlie-

ßen, weil sie schlicht und ergreifend den Tatsachen entsprechen

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aber den Antrag lehnen Sie ab!)

Es ist so: Die "Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland" ist ein Sammelbecken. Das ist völlig unstrittig. Ich kenne niemanden – wohlgemerkt auf der parlamentarischen Ebene –, der eine andere Auffassung vertreten würde. Sie ist ein Sammelbecken teils extremer nationalistischer Personen mit türkischem Migrationshintergrund. Sie wissen, welche Vereine dazugehören und wie der Verband in Baden-Württemberg organisiert ist, nämlich in drei Regionen und mit rund 40 Vereinen, die sich – auch das möchte ich schon einmal sagen – zum Teil Namen gegeben haben, welche nicht darauf schließen lassen, dass sie dem Dachverband angehören.

Übrigens sind das alles eingetragene Vereine. Das hat mich veranlasst bzw. – das muss ich ehrlicherweise sagen – wird mich veranlassen, diesbezüglich einmal aktiv zu werden. Dies gehört zwar nicht unbedingt zu den Aufgaben eines Innenministers, aber wir werden eine solche Initiative auf den Weg bringen, da meines Erachtens die Gemeinnützigkeit an der einen oder anderen Stelle durchaus hinterfragt werden kann. Dies sollten wir einfach einmal angehen

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

und prüfen, welche Ziele dort verfolgt werden.

Zu diesen Zielen wurde schon einiges gesagt: Weitestgehend gibt es keine Distanzierung zu Gewaltanwendungen; es wird vielfach eine antidemokratische Haltung zum Ausdruck gebracht, und zudem zeigt sich eine antipluralistische Haltung und damit ein Gesellschaftsbild, das dem unsrigen überhaupt nicht entspricht. Dieses Gesellschaftsbild entspricht jedoch auch nicht der deutlichen Mehrheit der bei uns lebenden Menschen mit türkischem Migrationshintergrund – das sind immerhin über 400 000 Menschen, von denen 290 000 die türkische Staatsbürgerschaft haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD sowie des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Auch diese Menschen distanzieren sich weitestgehend von den Grauen Wölfen, bei denen wir – die Größenordnung wurde genannt – von ca. 2 100 Personen sprechen. Diese Zahl ist bereits groß genug; das ist überhaupt keine Frage. Deshalb finden auch entsprechende Beobachtungen des Dachverbands wie auch der angegliederten Vereine statt.

Was die Vereine anbelangt, will ich nochmals darauf hinweisen, dass diese zum Teil Namen haben, die durchaus den Eindruck entstehen lassen, dass sie mit den Grauen Wölfen nichts zu tun hätten. Nur wenige dieser insgesamt 40 Vereine tragen, so wie der Dachverband, das Wort "idealistisch" im Namen. Vielfach nennen sie sich einfach Kultur- oder auch Sportvereine. Deshalb halte ich, wie gesagt, die Überprüfung hinsichtlich der Gemeinnützigkeit durchaus für angebracht.

Richtig ist auch – ich sage es noch einmal – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Glück?

Innenminister Reinhold Gall: Ja.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Andreas Glück** FDP/DVP: Herr Minister Gall, geben Sie mir in der Einschätzung recht, dass das Thema "Graue Wölfe" ein Thema ist, das zu einem großen Teil auch das Integrationsministerium betrifft und bei dem Sie mit dem Integrationsministerium zusammenarbeiten müssen?

Geben Sie mir weiter recht, dass es sehr bedauerlich ist, dass die Integrationsministerin zu diesem wichtigen, die Integration betreffenden Thema jetzt nicht anwesend ist?

Innenminister Reinhold Gall: Herr Glück, sind Sie aber jetzt nicht auch der Auffassung, dass Ihre Frage in Bezug auf dieses Thema einfach ein Ablenkungsmanöver ist? Inhaltlich finde ich es nicht sehr bedeutsam, ob Frau Ministerin Öney jetzt da ist oder nicht.

Natürlich ist dies ein Thema, das insbesondere im Zusammenhang mit der Integration eine außerordentlich große Rolle spielt. Denn die Aktivitäten, die Tätigkeiten des Dachverbands und der einzelnen Vereine sind eben nicht integrationsfördernd, sondern sind aussondernd und abgrenzend. Deshalb ist dies dort ein Thema. Sie werden aber doch beobachtet und zur Kenntnis genommen haben, dass Anträge – ich habe gerade davon gesprochen –, die vorher gestellt wurden, natürlich auch vom Integrationsministerium entsprechend verbeschieden wurden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Diese Aufgabe können Sie ohne Weiteres mit erledigen!)

Das ist auch völlig okay.

Ich will ausdrücklich noch einmal sagen, dass die Feststellungen, die im vorliegenden Antrag gemacht wurden, nicht falsch sind. Sie sind richtig; aber sie sind eben, wie gesagt, nicht neu. Mir erschließt sich auch die Logik noch nicht ganz, wenn gefordert wird, dass wir uns innerhalb von drei Monaten zum wiederholten Mal mit diesbezüglichen Initiativen befassen müssen. Ich habe die Berichte über die entsprechenden Ausschussberatungen gelesen und habe auch dort keinen Dissens festgestellt, sondern vielmehr Übereinstimmungen in der Zielrichtung.

Im Übrigen sind wir – die jetzige, aber natürlich auch die vorherige Landesregierung – seit Jahren bei diesem Thema unterwegs, und zwar sowohl repressiv – dort, wo es erforderlich und machbar ist – als auch präventiv. Auch das ist nicht seit elf oder zwölf Monaten so, sondern da gab es schon unter der Vorgängerregierung entsprechende Aktivitäten.

Was die geforderte Aufklärung anbelangt, Herr Dr. Lasotta – auch das ist Inhalt des Antrags der CDU-Fraktion –, ist natürlich auch dagegen nichts einzuwenden, und zwar schon deshalb nicht, weil diese Aufklärung ebenfalls bereits stattfindet. Auch das müssen wir nicht neu auf den Weg bringen; auch das wird bereits gemacht. Es wird – das will ich noch sagen – an der einen oder anderen Stelle vielleicht neu akzentuiert,

und entsprechende Programme werden fortentwickelt. Ich will diesbezüglich gleich zwei Beispiele nennen.

Sie haben auch gefragt, was wir tun. Sie wissen natürlich sehr genau – die Vorredner haben sogar aus dem Bericht zitiert, und auch daran wird es klar –: Der Verfassungsschutz beobachtet in diesem Bereich natürlich nicht nur – wie er im Übrigen auch in anderen Bereichen nicht nur beobachtet –, sondern er wird auch präventiv tätig, etwa durch Informationskampagnen, durch die Zusammenarbeit mit anderen Partnern, z. B. mit der Landeszentrale für politische Bildung, mit der er Programme auf den Weg bringt. Vor diesen extremistischen Bestrebungen warnt er und macht deutlich, dass sich hinter den zum Teil harmlos klingenden Vereinsnamen extremistische Bestrebungen verbergen. Entsprechende Informationen kann man in der Tat – das sehen Sie, wenn Sie auf die Website des Landesamts für Verfassungsschutz gehen – zur Kenntnis nehmen.

Beispiel: Landeszentrale für politische Bildung. Darüber haben wir in den zurückliegenden Wochen in anderem Zusammenhang diskutiert. Unter das Programm "Team meX" fallen auch präventive Maßnahmen im Zusammenhang mit den Grauen Wölfen. Die Landeszentrale für politische Bildung kooperiert im Übrigen auch mit einem Beratungsnetzwerk der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung, die diesbezüglich ebenfalls tätig ist. Dort finden entsprechende Fortbildungsveranstaltungen für Multiplikatoren statt. Auch dort funktioniert die Zusammenarbeit, wie ich finde, im Prinzip sehr gut.

Aber natürlich werden diese Angebote – ich sagte es – neu akzentuiert. Sie werden auch erweitert. Deshalb wird gerade die Fortbildungsveranstaltung "Jugendszene zwischen Islam und Islamismus" in diesem Jahr durch ein neues Modul ergänzt. Das Modul heißt schlicht und ergreifend "Graue Wölfe", um genau Ihrem Anspruch, Herr Dr. Lasotta, gerecht zu werden.

Es ist mir aber schon wichtig, meine Damen und Herren, darauf hinzuweisen, dass sich diese Aufklärung, dass sich auch die Präventionsarbeit letztendlich nicht nur auf die Grauen Wölfe beschränkt. Sie ist Bestandteil all der Maßnahmen, die wir bei den extremistischen Bestrebungen insgesamt feststellen: im Bereich der Bekämpfung des Extremismus, in all seinen Facetten, wie wir ihn leider vorfinden, und insbesondere, wie gesagt, im Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus; denn dort gibt es weitestgehende Übereinstimmungen, was die Ideologien anbelangt.

Unserer Antwort – auch das wurde gefragt – können Sie entnehmen, dass uns keine Erkenntnisse bezüglich einer Zusammenarbeit oder anderer Verbindungen zwischen den im Landtag vertretenen Parteien und den Grauen Wölfen vorliegen. Erfreulicherweise liegen uns da keine Erkenntnisse vor. Die von Ihnen wiederholt angesprochene Distanzierung im Zusammenhang mit einem Wahlkampfauftritt hat tatsächlich stattgefunden. Auch das haben wir Ihnen in der Stellungnahme zu einem vorangegangenen Antrag mitgeteilt. Das kann man ebenfalls nachlesen.

Ich nehme zum Schluss dieser Diskussion noch einmal wahr, und ich nehme dies auch aus den Äußerungen der Vorredner in dieser Diskussion mit, dass wir uns in der Einschätzung der Arbeit – ich könnte auch sagen: der Gefährlichkeit – der Grau-

(Minister Reinhold Gall)

en Wölfe in diesem Haus doch wirklich einig sind. Wir bleiben insgesamt aufgefordert, ausdrücklich sowohl repressiv als auch präventiv weiterhin tätig zu werden. Wir, die Landesregierung, werden dies jedenfalls tun.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Warum sind Sie jetzt gegen unseren Antrag?)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Lasotta das Wort.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Also ich frage mich wirklich, warum die gegen unseren Antrag sind!)

**Abg. Dr. Bernhard Lasotta** CDU: Es ist schon einigermaßen ernüchternd: Jeder Redner der Koalitionsfraktionen sagt im Endeffekt:

(Abg. Thomas Blenke CDU: Alle sagen: "Ihr habt recht, aber wir sind dagegen"!)

"Dem Inhalt des Antrags stimmen wir voll zu, aber dem Antrag an sich können wir nicht zustimmen, weil er vielleicht von der falschen Seite kommt."

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Der Briefkopf muss vielleicht verändert werden!)

Das ist zu wenig. Wenn Sie eine klare Distanzierung haben wollen, dürfte es eigentlich überhaupt keine Frage sein, hier auch die Gemeinschaft des Landtags zu finden. Das wäre wichtig, Herr Lede Abal.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Natürlich hat eine Zusammenarbeit mit der CDU in Nordrhein-Westfalen stattgefunden. Das ist doch vollkommen klar. Wir haben uns auch ausgetauscht. Jetzt können Sie das natürlich ins Lächerliche ziehen und sagen, das sei ein Plagiat. Aber die Problemstellung ist in NRW und in Baden-Württemberg da, weil in beiden Bundesländern die Organisationen intensiv arbeiten und dort die höchsten Mitgliederzahlen haben. Natürlich bin ich da mit dem Kollegen Lehne in Nordrhein-Westfalen in Kontakt, und wir haben uns darüber ausgetauscht, was wir politisch tun können, um auf der einen Seite die Grauen Wölfe inhaltlich zu bekämpfen und auf der anderen Seite auch einen Schutz zu bieten, damit unsere Parteien nicht auf diese "Biedermänner" hereinfallen, als die sie sich dann geben, wenn sie auf die Parteien zugehen und als "Wölfe im Schafspelz" auftreten.

Anscheinend, Herr Gall, hat die Aufklärungsarbeit doch nicht genügend Erfolg gehabt, wenn solche Wahlkampfauftritte stattfinden und dann einfach gesagt wird: "Wir haben es nicht gewusst." Wenn man es nicht gewusst hat, dann muss mehr aufgeklärt werden. Denn ich will nicht, dass Kommunalpolitiker oder andere Politiker, egal, von welcher Partei, zukünftig in genau die gleiche Falle hineinlaufen.

Das heißt: Aufklärung ist vonnöten. Der Antrag ist aktuell, weil die Aktivitäten in den vergangenen Jahren zugenommen haben, weil die Grauen Wölfe mit ihren Organisationen im

Internet verstärkt tätig werden, um junge Leute zu rekrutieren.

Die Anträge, die wir bisher behandelt haben, Herr Gall, hatten nie einen Beschlussteil. Das waren reine Berichtsanträge. Bei solchen Fragen ist es, glaube ich, wichtig – so haben wir es auch bei anderen Fragen zum Extremismus gehandhabt –, dass wir sie nicht nur nicht öffentlich in Ausschusssitzungen behandeln, sondern irgendwann auch in der Öffentlichkeit, in diesem Parlament, um deutlich zu machen, dass Demokraten so etwas nicht haben wollen, dass wir das nicht dulden

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

und dass wir diese Menschen als ein Hemmnis für wirkliche Integrationsarbeit sehen. Wir meinen zudem, dass diese Menschen vor allem auch andere Menschen diskreditieren. Denn wenn es so extremistisch orientierte Menschen gibt, wird in der Bevölkerung auch immer ein Rückschluss auf andere, z. B. türkische, Gruppen gezogen. Das wollen wir nicht. Wir wollen auch, dass diejenigen, die sich hier völlig normal integrieren, die ihren Beitrag in der Gesellschaft leisten, die versuchen, hier ihr Glück zu finden, Arbeit zu finden, die in der Gesellschaft aktiv sind, ihre Kinder großziehen, anerkannt sind. Auch deswegen ist es wichtig, dass alle radikalen Gruppen ausgegrenzt und deutlich benannt werden.

Deswegen ist Ihre Argumentation eine reine Ablenkungstaktik gewesen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Dann beschließen wir also etwas, was es schon gibt? Das ist doch unlogisch!)

Sie wollen einfach nicht zustimmen, weil der Antrag von der CDU kommt. Das ist zu wenig. Damit versagen Sie ein Stück weit in Ihrer Integrationspolitik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie wollen etwas, was es schon gibt! Das machen wir nicht mit!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Wahl das Wort.

Abg. Florian Wahl SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie wollen Eulen nach Athen tragen. Das, was Sie fordern, machen wir. Diese Antwort ist mehrmals gegeben worden. Herr Kollege Goll hat gesagt, es sei an der Zeit, dass das Innenministerium hierbei aktiv werde. Das ist eine schiere Selbstverständlichkeit. Wozu brauchen wir dann an dieser Stelle noch den Antrag?

Sie versuchen, dieses Anliegen, dem wir bereits nachkommen, für andere Dinge zu nutzen und andere Subtöne hochzuziehen. Bei diesem Thema machen wir an dieser Stelle nicht mit. Deswegen werden wir diesem Antrag auch nicht zustimmen. Vielmehr erledigen wir die Arbeit, die die Landesregierung zu erbringen hat, und kümmern uns daher auch um Themen wie die Grauen Wölfe.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
 Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Lieber Kollege, der Wahlkampf ist schon vorbei!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags. Zuerst stelle ich Abschnitt I des Antrags Drucksache 15/983, der eine Feststellung des Landtags begehrt, zur Abstimmung. Wer diesem Abschnitt I zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt I mehrheitlich abgelehnt.

Abschnitt II des Antrags ist ein Beschlussteil, in dem zwei Handlungsersuchen enthalten sind. Sie sind damit einverstanden, dass wir über die beiden Handlungsersuchen gemeinsam abstimmen. Wer Abschnitt II zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist auch Abschnitt II mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 8 erledigt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD meldet sich.)

Eine Erklärung zur Abstimmung von Herrn Abg. Schmiedel.

(Abg. Thomas Blenke CDU zu Grünen und SPD: Was hättet ihr gesagt, wenn wir uns so verhalten hätten? – Abg. Tanja Gönner CDU: Peinlich, peinlich!)

**Abg. Claus Schmiedel** SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte erklären, weshalb ich gegen den Antrag gestimmt habe.

Bis vor einem Jahr waren für die Bereiche Sicherheit und Recht Herr Kollege Rech und Herr Kollege Goll in der Landesregierung zuständig. Niemand hatte einen Zweifel an der Position dieser beiden Minister in Bezug auf die Grauen Wölfe. Niemand hatte die Vorstellung, dass nicht das gesamte Parlament gegen die ablehnungswürdige und bekämpfenswerte Haltung der Grauen Wölfe eingestellt sei. Deshalb kamen Sie zu diesem Zeitpunkt auch nicht auf die Idee, einen solchen Antrag ins Parlament einzubringen.

(Zuruf von der CDU: Ihr auch nicht!)

Jetzt haben sich die Rollen vertauscht. Jetzt versuchen Sie, durch einen Antrag eine Feststellung zu einer Position zu verabschieden, die sich weder im Parlament noch in der Fortsetzung der Regierung geändert hat. Sie suggerieren einen Handlungsdruck, weswegen Sie jetzt die Initiative ergreifen müssten.

(Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Deshalb ist das ein Spiel, das Sie betreiben.

(Widerspruch bei der CDU)

Deshalb haben wir das Begehren abgelehnt. Wir fordern Sie auf, diese wichtigen Themen künftig nicht mehr zu Ihrer persönlichen Profilierung und schon gar nicht mehr als Angriffsthemen gegen uns

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: So ein Quatsch, Herr Schmiedel! Die Initiative ging von Ihnen aus! – Abg. Tanja Gönner CDU: Unglaublich!) oder andere Sozialdemokraten im Land Baden-Württemberg zu verwenden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Diese Worte werden im Protokoll stehen!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe Punkt 9 der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Agrartourismus – Drucksache 15/1153 (geänderte Fassung)

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Rapp das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Paal CDU: Bravo!)

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich hoffe, dass ich mit den Ausführungen zum Agrartourismus keinen Sozialdemokraten in irgendeiner Form berühren muss. Ich möchte Ihnen auch gleich zu Anfang sagen: Das Thema haben wir nicht deswegen auf die Agenda gebracht, weil wir den Irrtum aufklären wollten, dass Agrartourismus mit Urlaubsreisen von Personen zu tun hätte, die in der Landwirtschaft tätig sind.

Die Fraktion der CDU hat dieses Thema aufgeworfen, weil wir es für wichtig halten und weil es bisher, also in den letzten zwölf Monaten, weder von den Regierungsfraktionen noch vom Ministerium angesprochen worden ist und auch die Angebote, die im Zusammenhang mit Ferien auf dem Bauernhof, auf Winzerhöfen, Obsthöfen stattfinden, in diesem Zeitraum niemals in der Diskussion waren.

Die Bedeutung des Themas wird aber dann trotz alledem in der Stellungnahme des Ministeriums deutlich. Darin sind nicht nur die Zuwächse bzw. Potenziale im Bereich des Agrartourismus dargestellt. Vielmehr wird auch darauf verwiesen, dass Baden-Württemberg bundesweit die zweitbeste Position bzw. Platzierung hinter Bayern einnimmt.

Sowohl Sie, Herr Minister, als auch die Sprecher der Fraktionen, die die Regierung tragen, werden hier nachfolgend höchstwahrscheinlich die Bedeutung des Agrartourismus wort- und zahlenreich unterstreichen. Ich bitte Sie aber inständig, davon abzusehen, es so zu machen wie jüngst hier bei der Verlesung der CO<sub>2</sub>-Verbrauchswerte der Fahrzeuge der Minister. Ich glaube, das wäre der Sache nicht dienlich.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Ich hoffe vielmehr, dass Sie trotz Ihres Politikansatzes des "Magischen Dreiecks" die Bedeutung der unterschiedlichen Komponenten des Agrartourismus erkennen. Dies sind erstens die einzelbetrieblichen Vorteile durch die Schaffung von weiteren Standbeinen, Diversifikation, Risikominimierung,

(Dr. Patrick Rapp)

zweitens – quasi im Schulterschluss damit – die Möglichkeit sowohl der Winzerhöfe als auch der Obsthöfe, aber auch der Urlaubsbauernhöfe und der Reiterhöfe, sich mit der Vermarktung regionaler Produkte einzubringen, und drittens die Möglichkeit, die Urlaubsangebote gerade auch für Familien zu ergänzen, und zwar in herausragender Art und Weise. Die touristischen Angebote im ländlichen Raum stärken sowohl die örtliche Gastronomie als auch die vorhandenen weiteren touristischen Angebote.

Viertens ist der Agrartourismus auch eine Stütze für die Attraktivität in den ländlichen Räumen, und zwar durch den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Fünftens schließlich verweise ich auf die Wertschöpfung, die aus dem Agrartourismus im ländlichen Raum gewonnen werden kann, die dann Grundlage, zugleich aber auch finanzieller Boden für den Erhalt von Landschaft, aber auch für den Schutz der Landschaft ist.

Daher sind wir, denke ich, auch im Konsens, wenn die bisherige Politik fortgeführt wird. Wir bitten Sie: Unterstützen Sie die Landwirte weiter über die Förderprogramme, sei es im Bereich der Ausbildung zu Gästeführern und Gästeführerinnen, sei es im Bereich der Einzelförderung für die Betriebe, sei es aber auch über die Qualitätsförderprogramme für die Urlaubshöfe, die Winzerhöfe, die Reiterhöfe. Bringen Sie etwas weniger von Ihrer magischen Politik vom grünen Tisch zum Tragen. Unterstützen Sie vielmehr unsere Landwirte auch auf der EU-Ebene – Stichwort LEADER-Programme –, aber sorgen Sie auch für die passenden Rahmenbedingungen.

Ich weiß, dass es bei den meisten von Ihnen spätestens dann aufhört, aber hierzu gehören einerseits auch die Verkehrsanbindungen, und andererseits gehört dazu die Anbindung an das Internet, an DSL, mit der entsprechenden Ausstattung mit Software bzw. Hardware.

## (Beifall bei der CDU)

Ich möchte Sie auch bitten, von einer einseitigen Ausrichtung und einer selbst definierten Nachhaltigkeitspolitik Abstand zu nehmen. Nehmen Sie Bezug zur richtigen Nachhaltigkeit, und zwar im Sinne der Regionen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜ-NE erteile ich Herrn Abg. Pix das Wort.

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Agrartourismus heißt in Italien, unserem klassischen Urlaubsland, "Agrotourismo". Egal, wo man sich dort als Tourist bewegt, man wird überall auf dieses Schild stoßen. Das heißt, in Italien – auch in Südtirol – ist man in dieser Hinsicht wesentlich weiter.

Warum ist das so? Wenn Sie schon einmal dort waren, werden Sie es bestätigen: Wir haben immer wieder den gleichen Dreiklang von schöner Landschaft, Landschaftsidylle, Kulturlandschaft, Historie, Tradition. Genau deshalb fahren die Touristen immer wieder gern dorthin, genießen einheimische Produkte und einheimische Kultur.

Ich lasse den Blick einmal zurück über den Alpenkamm schweifen und lasse ihn dabei vielleicht an den Ufern des Bodensees ruhen. In den Hügellandschaften des Hinterlands des Bodensees schaue ich auf einen Betrieb mit einer Größe von 120 ha. Zu ihm gehören 40 Milchkühe,

(Abg. Paul Locherer CDU: Allgäu!)

die frei laufen und die noch Hörner haben. Dort streifen Fohlen, Ponys, Katzen und Hunde herum. Vier Ferienwohnungen warten dort auf Touristen. Ich übernachte da, wache morgens auf und stelle fest: Genau hier lässt sich Urlaub machen, hier lässt sich Landschaft genießen, die diesen Namen noch verdient.

Ich lasse meinen Blick weiter z. B. in die Rheinebene schweifen. Ich blicke auf ein Vulkangebirge und sehe, wie lustige Leute auf dem Schlepper eines Winzers die Weinkulturlandschaft, die Weine genießen.

(Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Diese Gäste bleiben nicht nur zwei Tage, sondern eine ganze Woche dort.

Von den Inhabern der beiden Betriebe, von denen ich gerade spreche, sitzt einer hier. Das ist mein Kollege Martin Hahn. Der andere steht als Winzer leibhaftig vor Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Deren Betriebe profitieren im Wesentlichen vom Agrartourismus.

In Baden-Württemberg haben aber lediglich 1 500 Bauernhöfe dieses Thema als weiteres wichtiges Standbein für sich entdeckt. Bayern steht an erster Stelle. Dort sind es mehr als doppelt so viele Betriebe und ist diese Art von Tourismuskultur schon wesentlich weiter entwickelt. In Baden-Württemberg sind es nur 3 % der Betriebe insgesamt. Daran sieht man ganz deutlich, dass hier noch Luft nach oben ist, dass hier noch vieles zu tun ist. Da sind wir dabei.

Deswegen bin ich Ihnen, Herr Kollege Rapp, sehr dankbar, dass Sie dieses Mal dieses "Magische Dreieck" hier auf das Rednerpult gelegt haben. Denn spätestens bei diesem Thema wird uns klar, wo eigentlich die Magie steckt, nämlich die Magie, wie sie Minister Bonde gerade verbreitet hat.

Es war auch für mich – leider konnten Sie nicht dabei sein – ein unglaubliches Erfolgserlebnis, im Südschwarzwald endlich den Startschuss für ein Biosphärengebiet zu geben. Dort soll genau das geschützt werden: das bäuerliche Handeln, die bäuerliche Tradition, die Landschaft, die daraus erwachsen ist, die Haltung von Hinterwälderrindern, die die Landschaft mit ihren Allmendfluren wesentlich bestimmt. Wenn wir das schaffen, dann helfen wir – davon bin ich überzeugt – den Betrieben, denen das Wasser bis zum Hals steht, die sich aus eigener Kraft wirtschaftlich fast nicht mehr halten können. Sie können dann mithilfe der Ausweisung zum Biosphärengebiet exklusiv ein weiteres Standbein entwickeln.

Auch ein PLENUM-Gebiet, etwa am Kaiserstuhl, kann hier hilfreich sein, dient es doch dem Schutz von Wiedehopf, Bienenfresser oder Smaragdeidechse. Des Weiteren verweise ich (Reinhold Pix)

auf das, was wir mit der TMBW jetzt machen – über das "Genießerland", über den "Grünen Süden". Wir helfen dabei, genau diesen Tourismus anzukurbeln, damit wir die Regionen interessant machen, auch für Touristen, die von außerhalb, auch außerhalb Europas, kommen. Auch da haben wir es geschafft, mit einer Aufstockung des Tourismusetats dazu beizutragen, dass wir hier marketingfähig, kampagnefähig sind.

Ich glaube, wenn man all das sieht, dann wird die Magie deutlich, die in den Maßnahmen liegt, die diese Landesregierung ergriffen hat, von PLENUM-Gebieten

(Abg. Winfried Mack CDU: Magie? Habe ich richtig gehört?)

über Naturparks bis hin zu Biosphärengebieten. Dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, glaube ich, dass wir weit über diese Marke hinaus, die wir mit gerade einmal 3 % aller Höfe bisher halten, zur Identitätsfindung von bäuerlichen Familienbetrieben, von Frauen auf dem Land beitragen. Dann sind wir auf einem guten Gleis, und dann wird diese Magie erst so richtig deutlich.

(Abg. Winfried Mack CDU: Die Magie?)

Vielen Dank für Ihr Zuhören.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Herr Sckerl ist hin- und hergerissen!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Storz das Wort.

Abg. Hans-Peter Storz SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Rapp, ich glaube, über die Bedeutung des Tourismus, gerade auch für den ländlichen Raum, sind wir uns einig. Das haben wir hier schon kürzlich diskutiert, als wir die Große Anfrage der SPD miteinander abgearbeitet haben. Ich glaube, darüber brauchen wir nicht lange zu reden.

Klar ist, die Erwartungen der Menschen, die in Urlaub gehen, sind so vielfältig und so individuell wie die Menschen selbst. Daher gibt es auch eine Vielfalt von Angeboten, von denen der Agrartourismus ein Segment bildet. Allen Urlaubern ist aber gleich, dass sie mit bestimmten Erwartungen in Urlaub fahren.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das stimmt!)

Dafür haben sie auch gute Gründe. Denn der Urlaub kostet Geld. Dafür erwarten sie zu Recht eine Gegenleistung. Wenn wir heute über die Chancen des Agrartourismus für den ländlichen Raum sprechen, dann müssen wir, denke ich, auch das berücksichtigen. Wenn ländliche Betriebe touristische Angebote machen, dann muss der Rahmen stimmen. Die Urlauber kommen nicht von allein.

Was erwarten die Urlauber, wenn sie im ländlichen Raum Urlaub machen? Sie erwarten zuerst einmal intakte Landschaften, die Raum für Erholung bieten. Darum ist gerade dieses "Magische Dreieck", das Sie auch angesprochen haben, wichtig, dass nämlich Landwirtschaft, Naturschutz und Tourismus zusammenkommen. Denn ohne Naturschutz bleibt die Landschaft nicht intakt, und für die Pflege der Kulturlandschaft sind die landwirtschaftlichen Betriebe unverzichtbar. Nur

wenn beides funktioniert, hat auch der Tourismus auf dem Land eine Chance.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Es ist daher richtig und wichtig, dass wir das Prinzip der Nachhaltigkeit bei den Förderprogrammen im Tourismus stärker berücksichtigen, als dies bisher geschehen ist, gerade im Blick auf diese Situation.

Gerade in landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten – das haben Sie auch deutlich gemacht –, in den Regionen des Schwarzwalds, ist das Potenzial des Agrartourismus als zusätzliche Einnahme für die landwirtschaftlichen Betriebe besonders hoch. Darin liegt auch die Chance eines Nationalparks, wenn dort der Tourismus weiter ausgebaut werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Ich möchte hier noch eine Anregung der Landfrauen einbringen. Wir Abgeordneten im Süden waren kürzlich bei den Landfrauen eingeladen. Ich möchte erst einmal deren Engagement betonen, das in diesem Zusammenhang nicht genug geachtet werden kann. Denn es sind gerade die Landfrauen, die durch ihre Arbeit zum einen in der landwirtschaftlichen Produktion auf dem Hof und zum anderen noch nebenher im Fremdenverkehr, bei der Vermietung von Fremdenzimmern oder Ferienwohnungen, oder auch in der Direktvermarktung aktiv sind und all dies schultern.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Die sind innovativ und kreativ!)

Ich glaube, da haben die Landfrauen ein großes Lob verdient.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

An den Tischen wurde mit den Landfrauen über manches diskutiert, etwa über dies: Je mehr Menschen mit dem Fahrrad unterwegs sind – ich denke, das gilt genauso für die Wanderer –, desto größer ist entlang der entsprechenden Routen der Bedarf an Unterkünften. Hier gibt es schon viele engagierte Landfrauen, die sehr gern die beliebten "Fahrradhäusle" – ein Begriff, der sich inzwischen wohl etabliert hat – einrichten und bauen würden und damit den Touristen, die mit dem Fahrrad oder zu Fuß unterwegs sind, eine entsprechende authentische Unterkunft bieten wollen.

Die Schwierigkeit ist nun, dass es Widersprüche in den gesetzlichen Regelungen gibt. Da muss man, denke ich, dringend herangehen. Es ist nämlich nicht verständlich, warum durch das Agrarinvestitionsförderungsprogramm jeweils 25 Gästebetten in diesem Bereich förderfähig sind, während nach dem Baurecht nur 15 Betten erlaubt sind. Ich denke, man muss bestrebt sein, diese Widersprüche in den Regelungen aufzulösen.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Klar ist: Die Landesregierung hilft den einzelnen Betrieben bei der Finanzierung von Investitionen. Sie unterstützt damit die vorhandene Bereitschaft und den Unternehmergeist im Land und ermöglicht Vorhaben, die ohne Förderung in vielen Fällen nicht möglich wären. (Hans-Peter Storz)

Klar ist auch: Neben dieser Einzelförderung ist die Ausbildung und Weiterbildung – Sie haben es hier betont, Herr Rapp; das sehen wir genauso – wichtig.

Klar ist zudem: Es wird immer wichtiger werden, das touristische Potenzial weiterer Regionen des Landes mit innovativen Projekten zu erschließen. Dazu zählt das LEADER-Projekt, das die Regierung in der Stellungnahme zum vorliegenden Antrag erwähnt hat. Dieses Projekt läuft noch bis Ende 2013. Ich denke, es ist bald Zeit, dass wir miteinander Bilanz ziehen und gegebenenfalls Entscheidungen zur Anschlussfinanzierung treffen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Ich möchte zum Schluss kommen und noch einmal deutlich machen: Die Urlauber kommen nicht von allein. Sie kommen dann, wenn eine Urlaubsregion attraktiv und bekannt ist. Auch im Tourismus im ländlichen Raum, im Agrartourismus, ist es Aufgabe der Betriebe und der Kommunen, attraktive Angebote zu schaffen. Unsere Aufgabe ist es dann, gute, nachhaltige Ansätze zu unterstützen, zu verstärken und wirksam zu machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

**Stelly. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger.

(Zuruf von der SPD: Jetzt wird es schwer! – Abg. Alfred Winkler SPD: Wie ist das im Hohenlohischen?)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Tourismus und seine Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg wurde sehr gut, sehr umfangreich und inhaltlich fundiert in der Debatte über die Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Entwicklung des Tourismus in Baden-Württemberg –, Drucksache 15/865, am Mittwoch, 15. Februar 2012, an dieser Stelle erörtert.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Um es klar und deutlich zu sagen: Auch bei den Haushaltsberatungen haben wir dieses "neue Kind" im MLR entsprechend gewürdigt. Das heißt, hier im Haus besteht bei diesem Thema viel Konsens.

Ich darf mich bei meinem Kollegen für das Lob der Landfrauen bedanken. Als Mitglied des Landfrauenvereins in Brettheim habe ich mich darüber besonders gefreut.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Meine Damen und Herren, leider stand das angesprochene Thema bei der letztmaligen Diskussion und steht es auch heute wieder sehr spät auf der Tagesordnung. Ich würde mich freuen, wenn dieses Thema einmal ganz am Anfang einer Plenarsitzung vor entsprechend vielen Zuhörerinnen und Zuhörern erörtert würde. Denn in Baden-Württemberg gibt es immerhin über 280 000 Arbeitsplätze im Bereich des Tourismus

einschließlich des Bäderlands und des heute angesprochenen Agrartourismus.

Trotzdem – auch das wurde schon gesagt – ist der Agrartourismus ein sehr kleines Segment in der Tourismuswirtschaft. Die betroffenen land-, forst- und weinwirtschaftlichen Betriebe bieten dies oft als zusätzlichen "Wirtschaftszweig" an. Sie tragen damit auch zu den Aktionen der Bauernverbände wie beispielsweise "Gläserne Produktion" und "Offener Bauernhof" bei. Es ist besonders gut und wichtig für Familien mit Kindern, dort Urlaub zu machen und die Natur zu erleben. Denn am PC oder mithilfe sonstiger moderner elektronischer Unterhaltungsmedien kann man das nicht erfahren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der SPD)

Deshalb ist dies auch wichtig für die Kultur in unserem Land und für die Ausbildung und die Bildung insgesamt, sowohl der Kinder als auch der Erwachsenen; denn häufig haben auch junge Eltern in diesem Bereich noch große Lücken.

Meine Damen und Herren, ich möchte eines feststellen: Der Agrartourismus bietet für die Land- und Forstwirte und die Weinbauern ein zusätzliches Einkommen. Dieser Bereich – das muss man klar und deutlich sagen – ist ausbaufähig und muss auch ausgebaut werden. Bisher verdienen sich nur 33 von 1 000 Betrieben damit ein Zubrot; manche haben diesen Bereich auch als Haupterwerb.

Deshalb ist es wichtig – ich wiederhole die Aussage aus meiner Rede zum Haushalt –, dass man diesen Bereich in Ihrem Haus, Herr Minister, entsprechend koordiniert.

Ich sage ganz klar: Der Agrartourismus ist nicht in Konkurrenz zur traditionellen Gastronomie und Hotellerie auszubauen, sondern zusätzlich und gemeinsam mit ihnen. Da gibt es sehr gute Beispiele. So nimmt man z. B. das Frühstück auf dem Bauernhof ein, und dort nutzt man auch die Möglichkeit, zu übernachten und die Kinder spielen zu lassen. Zum Mittagessen jedoch geht man in die örtliche Dorfwirtschaft – sofern sie noch da ist. Es ist gut, wenn man diese Bereiche miteinander koordiniert. Dafür sollte man vor allem die Chancen, die wir hier haben, entsprechend nutzen.

Ich habe allerdings, Herr Minister, hierbei auch eine große Sorge. Denn der Agrartourismus erfordert auch Infrastruktur im ländlichen Raum, und wir haben heute Morgen von Abbestellungen im Schienennahverkehr gehört.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das hat die CDU gesagt!)

– Ja, weil sie recht hat mit diesen Bedenken, Herr Schmiedel.

Gerade in ländlichen Regionen, in Urlaubsregionen hängt der Tourismus entscheidend davon ab, wie die Strukturen sind, welche Möglichkeiten es gibt und ob der Urlaub dort auch mit dem Auto gestaltet werden kann.

Ein weiterer Punkt, meine Damen und Herren: Diese Stiefkinder in der Politik für den ländlichen Raum, für die die Landesregierung die Verantwortung trägt, sind nicht förderlich. Wenn ich mich richtig erinnere, haben in der letzten Woche die Fahrradverbände beklagt, dass auch hier von der neuen Landesregierung bisher außer Luftnummern nicht viel gekom-

(Dr. Friedrich Bullinger)

men ist. Schauen Sie sich einmal an, was die Vorsitzende des Fahrradverbands dazu gesagt hat.

(Unruhe – Zuruf von der SPD: Was?)

Dieses "Magische Dreieck", das der Herr Ministerpräsident erst kürzlich auch beim BLHV in Tiengen beschworen hat, wird Magie bleiben, wenn man den ländlichen Raum nicht mit der Infrastruktur, mit der Bildungsstruktur und dem gesamten Verkehrsbereich als Ganzes sieht.

Meine Damen und Herren, die Touristen wollen Baden-Württemberg erleben. Sie wollen dieses Kulturland erleben, sie wollen auch die Kulinaristik erleben, sie wollen den grünen Süden und nicht den "Totholzsüden".

(Beifall bei der SPD – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Genau, den grünen Süden!)

– Danke, dass Sie dazu geklatscht haben.

Ich möchte eines klar sagen: Herr Minister, Sie haben den Startschuss für das Biosphärengebiet Südschwarzwald gegeben. Sie wissen, wir sind für dieses Projekt. Allerdings muss es vernünftig umgesetzt werden und darf nicht ideologisch angegangen werden.

Meine Damen und Herren, in einem touristisch attraktiven Baden-Württemberg mit den Belangen des Tourismus, mit der Gastronomie, mit der Hotellerie, mit den Bürgern und Bürgerinnen, die sich dort engagieren, auch mit den Landfrauen, wird der ländliche Raum den demografischen Wandel bewältigen. So wird Baden-Württemberg ein attraktives Zuzugsland, ein Tourismus- und Bäderland bleiben. Auch das können wir in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Landwirtschaftsminister Bonde das Wort.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Tourismus in Baden-Württemberg ist eine zentrale Wirtschaftsbranche. Er ist eine Wachstumsbranche. Wir haben im Tourismus in Baden-Württemberg ein fantastisches Jahr hinter uns. Auch das aktuelle Jahr beginnt mit hervorragenden Zahlen.

Der Agrartourismus, über den wir heute sprechen, hat seinen Anteil daran. Er ist zu Recht ein wichtiger Bestandteil der breiten Palette von Urlaubsmöglichkeiten, die das Genießerland Baden-Württemberg anzubieten hat.

Seit Jahrzehnten sind touristische Angebote nicht nur ein wichtiges zusätzliches Standbein für landwirtschaftliche Betriebe, sondern sie tragen auch zur Lebensqualität im ländlichen Raum und zur Attraktivität des ländlichen Raums bei.

Die Landesregierung steht zum Agrartourismus. Als Tourismusminister und als Agrarminister werde ich in der nächsten Woche gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft die Saisoneröffnung für "Urlaub auf dem Bauernhof" vornehmen.

Sie, Herr Kollege Rombach, werden als Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft mit dabei sein. Wir sind froh, dass wir da eine breite Palette von Anbietern haben – vom klassischen Urlaubsbauernhof, bei dem die Beherbergung im Vordergrund steht, bis hin zum Erlebnishof, der auch für Tagesausflüge und das Naherholungsangebot attraktiv ist.

Tatsächlich hat das viel mit dem Politikansatz des Ministerpräsidenten – mit dem "Magischen Dreieck" – zu tun, nämlich an die Landnutzung, den Naturschutz und den Tourismus gemeinsam zu denken und Synergien gerade für die Wertschöpfung im ländlichen Raum zu erarbeiten.

Der Agrartourismus ist ein wichtiger Part des Tourismus bei uns im ländlichen Raum, den wir weiter fördern wollen und bei dem wir überzeugt sind, dass er weiterhin von der positiven Entwicklung profitiert, aber auch selbst zu dieser positiven Entwicklung beiträgt.

Attraktive Kultur- und Naturlandschaften geben dem Land Baden-Württemberg eine tolle Chance, diese dynamische Tourismusentwicklung gerade auch im Agrartourismus weiterzuführen. Wir haben ein breites Angebot an Urlaubshöfen vom Winzerhof über den Reiterhof, den Obsthof, den Biohof und vieles andere mehr. Wir haben also ein spannendes Angebot, und klar ist: Es geht weiter.

Es gibt auch spannende neue Zahlen. Im Bundesdurchschnitt geben 44 % der Anbieter im Agrartourismus an, dass sich ihre Belegungssituation im Jahr 2011 verbessert hat. In Baden-Württemberg sind dies 50 % der Betriebe. 57 % der Betriebe in unserem Land möchten den Umfang ihres Angebots ausweiten. Das macht deutlich: Da ist Bewegung drin. Das trifft den Nerv der Menschen, die nach Erholung im ländlichen Raum, in unseren Kultur- und Naturlandschaften suchen und die für Alt und Jung auch eine Möglichkeit suchen, sich wieder der Frage zu nähern: Wo entstehen unsere Lebensmittel, und wie sieht eine Kuh außerhalb der Lebensmittelverpackung eigentlich aus?

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Lila!)

Baden-Württemberg steht im Agrartourismus auf Platz 2 der Bundesländer – hinter Bayern –, aber es wurde zu Recht gesagt: Wir haben hier auch noch erhebliche Steigerungspotenziale.

Jetzt passt der Agrartourismus als Standbein nicht auf jeden Hof.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Das muss einem liegen; das muss zur Struktur des Hofes passen. Wir müssen auch aufpassen, dass man den Höfen nicht so viele Standbeine verordnet, dass zum Schluss keines mehr steht. Aber es ist natürlich für viele ein spannendes Angebot und für viele auch eine Option, sich in den Wertschöpfungsketten zu betätigen und noch stärker Angebote in der Regionalvermarktung mit dem Agrartourismus zu verknüpfen.

Die Trends sind positiv, und der Agrartourismus im Land wächst. Das ist aber kein Selbstläufer, sondern dahinter steckt harte Arbeit. Unter der Federführung der Landesarbeitsge(Minister Alexander Bonde)

meinschaft "Urlaub auf dem Bauernhof in Baden-Württemberg" wurde in den letzten Jahren ein Schulungskonzept speziell für Gastgeberinnen entwickelt, mit dem zwischenzeitlich 420 Frauen qualifiziert wurden. Damit wurde das Qualitätsniveau bei unseren Anbieterinnen und Anbietern entscheidend gestärkt. Die Maßnahme wurde im Rahmen des Programms "Innovative Maßnahmen für Frauen im Ländlichen Raum" gefördert, und wir werden in diesem Bereich noch weiter vorangehen.

Zusätzlich haben sich die Anbieterinnen im Verein Landvielfalt e. V. organisiert und qualifizieren sich ständig weiter. Das ist ein wichtiger Beitrag für den Urlaub auf dem Bauernhof, für die Diversifizierung in den Betrieben, aber insbesondere auch zur Verbesserung der Chancen auf Vereinbarkeit von Arbeit und Familie und auf wohnortnahe Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Das schafft gerade auch für Frauen im ländlichen Raum neue Perspektiven.

Die attraktiven Landschaften mit regionalen Spitzenprodukten, mit unserer hochwertigen Gastronomie im ländlichen Raum und unseren professionellen Anbieterinnen und Anbietern von Urlaub auf dem Bauernhof sind ein großes Potenzial, das nicht zu unterschätzen ist. Wichtig ist, dass wir gemeinsam dieses Potenzial hegen und pflegen. Im Jahr 2011 hat die Arbeitsgemeinschaft mit dem Internetportal "Landsichten" einen weiteren Schritt im Marketing in diesem internationalen Wettbewerb, in dem wir stehen, getan. Ich bin froh, dass ich gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft das Baden-Württemberg-Modul im letzten Jahr freigeben konnte. Insofern, meine Damen und Herren - jetzt kommt der Werbeblock -, buchen Sie bitte Ihren nächsten Urlaub über "www.landsichtenbw.de". Ich vermute, viele Abgeordnete der Oppositionsfraktionen buchen bereits; so erkläre ich mir zumindest die leeren Plätze an dieser Stelle.

(Vereinzelt Heiterkeit bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich glaube, dass wir – Spaß beiseite – mit dem Portal "Landsichten", aber auch mit der Wertschöpfungskette, die dahintersteckt, einen wichtigen zusätzlichen Benefit für unsere Betriebe und für die Landwirtschaft erzielen können. Kooperation mit der Tourismusbranche ist da wichtig. Das haben wir durch die Zusammenführung der beiden Themenbereiche im Ressort gestärkt. Ich glaube, wir sind da insgesamt auf einem guten Weg.

Ich freue mich, dass wir heute die Möglichkeit hatten, gemeinsam diese Debatte zu führen, und ich hoffe, dass wir hier über die Parteigrenzen hinweg den Tourismus in Baden-Württemberg weiter unterstützen und voranbringen sowie den Agrartourismus im Rahmen der bewährten und effektiven Maßnahmen auch gemeinsam fördern.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage bzw. Nachfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Aber gern.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Minister, ich glaube, bei diesem Thema – das haben wir in den Beiträgen gespürt – gibt es sehr viel Konsens. Wie man es nicht macht, haben wir ja auch gesehen, ob bei der Grünen Woche oder auch bei anderen Tourismusmessen. Ich sage das nicht erst, seit Sie die Verantwortung tragen. Ich habe das schon vor zehn Jahren bemängelt. Eine Ausstellungsfläche von 1,98 m² für "Ferien auf dem Bauernhof", das war beschämend. Wie möchten Sie auf diesen Messen wie CMT, Intergastra und Grüne Woche bewerkstelligen, dass wir hier gemeinsam als Ganzes, nämlich Gastronomie und Hotellerie – also der DEHOGA – sowie der Bauernverband, an einem Strang ziehen?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Herzlichen Dank für die Frage. Das ist tatsächlich einer der Gründe, weshalb der Ministerpräsident gesagt hat, wir wollen diese Punkte in diesem "Magischen Dreieck" – also Landnutzung, Naturschutz und Tourismus – enger zusammenführen und auch organisatorisch in einem Ministerium zusammenfassen.

Insofern ist das, was Sie ansprechen, richtig, dass wir nämlich in der Zukunft sehr viel stärker den Auftritt Baden-Württembergs zusammenfassen. Wir müssen sowohl auf der Grünen Woche stärker den Tourismus einbeziehen als auch dort, wo Baden-Württemberg als Tourismusland auftritt, sehr viel stärker den ländlichen Raum und auch den Agrartourismus als Elemente in der spannenden Bandbreite, die dieses Urlaubsland Baden-Württemberg anzubieten hat, darstellen. Wenn mir der Landtag als Haushaltsgesetzgeber da noch bessere Möglichkeiten im Rahmen des Landeshaushalts einräumt, werden wir in den nächsten Jahren gern den einen oder anderen Quadratmeter an zusätzlicher Ausstellungsfläche zur Verfügung stellen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wenn wir den Finanzminister stellen und Sie Agrarminister bleiben!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Herr Minister. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Der Antrag Drucksache 15/1153 (geänderte Fassung) ist ein reiner Berichtsantrag und wird mit der Aussprache für erledigt erklärt. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 9 erledigt.

Ich rufe Punkt 10 der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Zukunft des Bündnisses für die Jugend – Drucksache 15/989 (geänderte Fassung)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Ich darf Herrn Abg. Schreiner für die CDU-Fraktion das Wort erteilen.

Abg. Felix Schreiner CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, Vertreter von Jugendverbänden auf den Rängen! Ich möchte zunächst sagen, warum wir diesen Antrag gestellt haben. Ein Grund dafür ist natürlich, dass wir wissen wollen, wie es weitergeht, dass wir Ihnen, den Vertretern der Jugendverbände, ein deutliches Signal geben wollen, dass wir Ihre tolle Arbeit unterstützen.

Es war Günther Oettinger, der am 26. Juni 2007 als damaliger Ministerpräsident gemeinsam mit der Baden-Württembergischen Sportjugend, der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung, der Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung, der Arbeitsgemeinschaft der Landjugendverbände und dem Landesjugendring das "Bündnis für die Jugend" angelegt und die bis zum 31. Dezember 2011 laufende Vereinbarung unterzeichnet hat. Ein bedeutendes und wegweisendes Bekenntnis zur Jugendarbeit in diesem Land und eine finanzielle Planungssicherheit für die Jugendverbände bis Ende letzten Jahres – das waren die Beweggründe der damaligen Landesregierung.

Die Intention von Ministerpräsident Günther Oettinger war hierbei nicht nur, die Jugendarbeit zu stärken, sondern auch, durch ein Bündnis selbst das Gesamtbildungskonzept sowie ein Jugendbegleiterprogramm zu erarbeiten. Wir sind froh, dass die Bündnispartner dieses Engagement auch rückblickend positiv bewerten.

Was ist nun? Der Vertrag ist ausgelaufen. Sie haben ihn – Gott sei Dank; dafür sind wir Ihnen dankbar – um ein Jahr verlängert und damit natürlich auch unterstrichen, dass das "Bündnis für die Jugend" gar nicht so schlecht gewesen ist. Aber reden wir nicht darum herum: Sie bleiben weit hinter Ihren Ankündigungen und unseren Ansprüchen, sogar Ihren eigenen Ansprüchen, zurück.

## (Beifall bei der CDU)

Nun zur Stellungnahme. Die Frau Kultusministerin ist da. Ich danke, dass Sie geantwortet haben. Ich hätte eigentlich auch erwartet, dass die Sozialministerin da ist, weil ich meine, dass das Thema auch ihr Ressort betrifft. Aber ich spreche Sie trotzdem beide an. Sehr geehrte Ministerinnen, Sie sprechen von einem "Zukunftsplan Jugend". Wow! Ein Konzept können Sie aber nicht vorlegen. Das ist doch Lyrik! Stattdessen hätten Sie einfach unser "Bündnis für die Jugend" fortsetzen können, wofür wir Ihnen unsere Zusammenarbeit angeboten haben.

## (Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Fakt ist: Bisher wurde das erarbeitete Gesamtbildungskonzept nicht, wie von Ihnen versprochen, im Kabinett beraten. Die Mittel für die Jugendbildungsreferenten wurden im Haushalt nicht aufgestockt, obwohl Sie im Koalitionsvertrag noch von einem Ausbau des Bildungsreferentenprogramms gesprochen haben. Bis heute ist offen, wie und mit welchen Mitteln das "Bündnis für die Jugend" fortgesetzt werden soll. Sie haben im Landesjugendplan lediglich Mittel in der bisherigen Höhe eingestellt; eine langfristige Zusage ist bislang nicht erfolgt.

Wenn das die Bilanz von Grün-Rot nach einem Jahr Verantwortung in der Jugendpolitik ist, dann gute Nacht!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Die grün-rote Landesregierung hat für die Jugendarbeit viel versprochen, meiner Meinung nach aber bisher zu wenig gehalten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wie überall!)

Es ist nun Ihre Chance, zu sagen, wie es weitergeht. In der gemeinsamen Anhörung des Landesjugendrings zum Entwurf des 44. Landesjugendplans, die der Bildungsausschuss gemeinsam mit dem Sozialausschuss durchgeführt hat, haben die Vorsitzende des Landesjugendrings und die anwesenden Vertreter der Bündnispartner unseren, aber auch meinen persönlichen Eindruck bekräftigt, dass es mit der Jugendpolitik von Grün-Rot nicht so weit her ist und dass der Stillstand und das Ausruhen auf dem von der vorherigen Landesregierung Erreichten die Handlungsdevise Ihrer Politik ist – und das alles, obwohl wir Ihnen, wie ich nochmals betonen möchte, unsere Zusammenarbeit angeboten haben.

Setzen Sie das Bündnis doch einfach fort. Es herrscht doch Konsens zwischen den jugendpolitischen Sprechern aller Fraktionen, dass das "Bündnis für die Jugend" fortgeschrieben werden muss. Für uns ist selbstverständlich, dass die Jugendverbände Planungssicherheit brauchen, dass sie jetzt eine Entscheidung von Ihnen brauchen und nicht erst in vielen Monaten.

Deshalb bitte ich Sie heute ganz einfach: Legen Sie endlich ein Konzept zur Fortführung des "Bündnisses für die Jugend" vor. Treffen Sie zeitnah die notwendigen Entscheidungen für die Einstellung von Mitteln in den Doppelhaushalt – weil wir Ihnen das entsprechende Angebot gemacht haben und weil ich schon hoffe, dass Ihr Bekenntnis zum "Bündnis für die Jugend" und Ihre Rhetorik – im Ausschuss äußern Sie sich dazu lobend – mehr sind als nur ein Lippenbekenntnis.

Ich bitte Sie hier im Landtag von Baden-Württemberg: Nehmen Sie dieses Angebot an. Wir, die CDU, stehen für ein echtes Bündnis mit der Jugend in diesem Land.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Bravo!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜ-NE erteile ich Herrn Abg. Poreski das Wort.

**Abg. Thomas Poreski** GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Ein Kleinkind auf der Zuhörertribüne beginnt zu weinen.)

 Wir haben auf der Zuhörertribune offenbar eine ganz junge Besucherin, die sich gerade bemerkbar gemacht hat. Um sie wird es zukünftig naturlich auch gehen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nicht verschrecken!)

Herr Kollege Schreiner, so viel Opposition hätte es jetzt nicht bedurft; denn Sie wissen ganz genau, dass wir in Bezug auf die Jugendarbeit und die Jugendbildung in Baden-Württem(Thomas Poreski)

berg in einem dialogischen Beratungsprozess unter Beteiligung genau der Verbände und Dachorganisationen sind, die Sie schon genannt haben: die Baden-Württembergische Sportjugend, die Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung, der Landesjugendring, die Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung und die Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände in Baden-Württemberg.

Diese Verbände sind sich alle einig – hier besteht ein kleiner Unterschied zu dem, was Sie gerade vorgetragen haben –: Es geht eben nicht einfach um ein "Weiter so!". Deshalb reden wir auch nicht mehr vom "Bündnis für die Jugend" – das ist nicht nur ein Etikett, so, wie Sie den Begriff "Bündnis für die Jugend" in Ihrem Antrag verwenden –, sondern vom "Zukunftsplan Jugend". Denn dieses "Bündnis für die Jugend" hat nicht verhindert, dass die Mittel in diesem Bereich über viele Jahre hinweg real gesunken sind.

Die Neuaufstellung hat jetzt länger gedauert, als sich dies einige Akteure erhofft hatten. Das ist ein Kritikpunkt, den Sie zu Recht angeführt haben. Aber das liegt natürlich zum einen an den neuen Aufgabenstellungen und an den sich hieraus als notwendig ergebenden Abstimmungsprozessen zwischen einer Vielzahl unterschiedlicher Akteure untereinander, miteinander und mit uns. Es liegt zum anderen aber auch daran, dass wir nach dem Regierungswechsel keine Vorarbeiten für eine zeitgemäße Vereinbarung vorgefunden haben, geschweige denn eine mittelfristige Finanzplanung – dies ganz nebenbei bemerkt.

Zeitlos ist sicherlich – da sind wir uns wahrscheinlich wieder einig – die grundsätzliche Bedeutung der offenen Jugendarbeit und der Jugendbildung. Sie vermittelt Schlüsselqualifikationen und Schlüsselkompetenzen, übrigens auch für Kinder aus bildungsfernen Familien. Sie gestaltet Ferien und Freizeiten mit pädagogisch wertvollen Angeboten. Viele von uns haben dies erlebt und in ihrer Jugend erfahren, manche, wie ich, im Rahmen der kirchlichen Jugendarbeit, bei den Pfadfindern oder bei der Jungschar, andere etwa im Sport.

Der Wert solcher Angebote ist zeitlos. Es kommt aber darauf an, dass sowohl die Quantität als auch die Qualität stimmen, im Sinne einer demokratischen Kultur, die auf Freiwilligkeit, Partizipation und Selbstorganisation basiert.

Die Leistungen der Jugendarbeit und der Jugendbildung wurden – das hat man nachrechnen können – zwischen 2000 und 2010 um 20 % gesteigert. Die Finanzierung folgte dem aber nicht, im Gegenteil. Laut Professor Dr. Rauschenbach hat Baden-Württemberg hier mit die geringsten Pro-Kopf-Ausgaben im Bundesvergleich. Wir wissen, dass das problematisch ist, denn Jugendliche brauchen verlässliche professionelle Strukturen, um auch an ehrenamtliches Engagement herangeführt zu werden. Diese Quelle darf nicht ausgebeutet werden, sondern muss immer wieder neu erschlossen und gepflegt werden. Denn auch heute noch lernen Kinder und Jugendliche außerhalb der Schule in der Summe mehr als innerhalb.

Die offene Jugendarbeit ist eine unabhängige und wichtige Sozialisationsinstanz für junge Menschen, die in Baden-Württemberg zu Recht Verfassungsrang hat. Sie ist außerdem eine wichtige Maßnahme im Sinne von § 11 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Jeder hier gut investierte Euro rentiert sich an anderer Stelle mehrfach.

Umso wichtiger ist es, dass wir uns gemeinsam neuen Herausforderungen stellen, nämlich dem demografischen Wandel, der sich verändernden Bildungslandschaft, den neuen Medien und einem veränderten Freizeitverhalten, die dazu führen, dass Kinder und Jugendliche heute schwerer zu erreichen sind, weil sie sich weniger im öffentlichen Raum aufhalten. Darüber und über die damit zusammenhängenden Probleme wurde in diesem Landtag – ich habe die Plenarprotokolle genau gelesen – nach dem Amoklauf von Winnenden zu Recht viel und ernsthaft nachgedacht. Wir haben jetzt die Aufgabe, verbindliche und verlässliche Förderstrukturen zu schaffen. Dazu haben wir uns im grün-roten Koalitionsvertrag auch bekannt. Dabei geht es um Angebote im ländlichen wie im urbanen Raum, nicht zuletzt auch um die notwendigen Bildungsreferentenstellen.

Demokratie entwickelt sich eben vor allem dadurch, dass sie erlebt wird und erlebbar gemacht wird. Deshalb wollen wir die Potenziale der Kinder- und Jugendarbeit auch als Demokratiewerkstatt nutzen, ebenso die Bildungspotenziale von der Alltagskompetenz bis zur Gesundheitsbildung. Wir brauchen neue Kooperationen zwischen Schule und Jugendarbeit, aber ohne falsche Vermischung. Denn ganz zentral für die Wirksamkeit der offenen Jugendbildung und Jugendarbeit ist, dass sie ein unabhängiger Erfahrungsraum bleibt und auch als solcher wahrgenommen wird. Die Stärkung der außerschulischen Erfahrung ist ein Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit, denn die dort erworbenen Fähigkeiten und das darin gewonnene Selbstvertrauen wirken sich selbstverständlich auch auf den weiteren Berufs- und Bildungsweg aus. Diese Bedeutung besteht nicht zuletzt – auch das sind eben neue Themen – im Hinblick auf neue Milieus und die notwendige interkulturelle Öffnung der Angebote.

Umso wichtiger ist es, dass wir im Rahmen der Haushaltsstrukturkommission wirklich alle Posten in allen Bereichen auf den Prüfstand stellen, damit wir für diesen wichtigen Politikbereich die notwendigen Mittel bereitstellen. Ich freue mich deswegen, dass die Verbände mit uns nicht nur über Geld reden, sondern auch über Inhalte und Wirkungen.

Wir wollen den "Zukunftsplan Jugend und Jugendbildung" noch in diesem Jahr auf den Weg bringen. Über die Inhalte und Ergebnisse soll in der Mitte der Wahlperiode eine Auswertung stattfinden, mit Debatten in den zuständigen Ausschüssen und im Plenum. Zum Ende der Wahlperiode, rechtzeitig vor dem Auslaufen der Vereinbarung – diesmal rechtzeitig –, soll es eine gemeinsame Endauswertung mit Anschlussperspektive geben. So, meine Damen und Herren, gestalten wir ganz unaufgeregt einen Prozess, der wirklich sinnvoll ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Wahl das Wort.

**Abg. Florian Wahl** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die grün-rote Koalition hat mit der Regierungsübernahme einen "Zukunftsplan Jugend" in Aussicht gestellt,

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Vorgefunden! – Zuruf von der CDU: Und wir warten noch immer!)

(Florian Wahl)

der dem erfolgreichen "Bündnis für die Jugend" nachfolgen soll. Die Kooperation von Land und Kommunen und den Trägern der Kinder- und Jugendarbeit soll damit fortgesetzt, weiterentwickelt und langfristig gestärkt werden.

Lieber Kollege Schreiner, es ist dann schon in gewisser Weise putzig,

(Abg. Felix Schreiner CDU: Ich möchte nicht putzig sein!)

wenn Sie an dieser Stelle drängen, es würde nicht schnell genug gehen, aber uns letztendlich in vielen Bereichen jugendpolitisch ein Entwicklungshilfeland hinterlassen haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deswegen ist dieser Zukunftsplan noch in Arbeit. Er wird im Laufe des Jahres mit den Bündnispartnern vereinbart werden. Insofern bleibt die genaue thematische und finanzielle Ausgestaltung dem politischen Prozess vorbehalten. Ich denke, da werden wir alle gemeinsam dafür sorgen, dass wir etwas Gutes auf die Reihe kriegen. Aber wir können uns nach einem Jahr Grün-Rot nicht nachsagen lassen, dass wir für die Jugend nichts gemacht hätten. Denn auch außerschulische Jugendbildung ist Bildungsarbeit. Das ist wohl das zentrale Thema der Landesregierung. Wir arbeiten mit großem Einsatz und enormen finanziellen Anstrengungen an der Verbesserung unserer Bildungslandschaft, insbesondere im Hinblick auf sozial benachteiligte Menschen.

Zu diesem zentralen Politikfeld gehören auch die außerschulische Bildungsarbeit und nicht zuletzt die Kooperation von Schule und außerschulischer Bildung. Diesem Thema müssen wir viel Aufmerksamkeit widmen. Aber wir dürfen es auch nicht isoliert betrachten.

Auf der Zuhörertribüne sitzen bei unserer heutigen Debatte einsam und verlassen, weil wir das Thema heute so spät beraten, Vertreter von außerschulischen Bildungseinrichtungen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ihr habt doch die Mehrheit im Präsidium! – Zuruf des Abg. Felix Schreiner CDU)

Der offene Dialog, der partnerschaftliche Austausch ist dieser Koalition wichtig. Dies möchte ich an dieser Stelle – –

(Ein Kleinkind auf der Zuhörertribüne beginnt zu weinen. – Heiterkeit und Beifall – Unruhe)

 Das ist die Politik des Gehörtwerdens, die das kleine Kind schon nach einem Jahr mitbekommen hat.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Felix Schreiner CDU: Politik zum Heulen! – Unruhe)

Wir haben im Haushalt --

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir haben beschlossen, die Haushaltsstellen, die das "Bündnis für die Jugend" betreffen, auf gleichem Niveau zu halten, bis wir an dieser Stelle eine Lösung gefunden haben. Wir befinden uns seit längerer Zeit in Verhandlungen mit verschiedenen Ministerien und Vertretern der außerschulischen Jugendarbeit.

Ich möchte noch eines sagen: Im Koalitionsvertrag steht einiges. Aber er ist auf fünf Jahre angelegt. Das Ziel ist ambitioniert, und es kann an manchen Stellen – das gehört zur Ehrlichkeit dazu – nur schrittweise umgesetzt werden.

Im Koalitionsvertrag gibt es auch ein Kapitel "Nachhaltiges Haushalten". Es wäre doch ein Hohn, wenn wir anfingen, die Förderung der Jugendbildung auf Schulden zu finanzieren, die die nächste Generation belasten.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Da beißt sich doch die Katze in den Schwanz. Das werden wir nicht mitmachen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Wir haben, seitdem wir an dieser Regierung sind, keine neuen Schulden aufgenommen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Angekündigt!)

Die Schulsozialarbeit finanzieren wir zu einem Drittel mit. Wir haben die Zuschüsse an die Kommunen für den Ausbau der Kinderbetreuung

(Das Kleinkind beginnt erneut zu weinen.)

 hier hört man es – verdreifacht. Wir haben die Studiengebühren abgeschafft. Ich denke, an dieser Stelle tun wir eine ganze Menge.

Wir werden auch in den Bereichen, die jetzt angesprochen worden sind, einiges erreichen. Wir sind bereit, uns da zu engagieren. Wir sind bereit, insbesondere die Maßnahmen zu den Bildungsreferenten, die angesprochen worden sind, schrittweise umzusetzen.

Sie sind an dieser Stelle – beispielsweise wurde unter Oettinger der Sonderurlaub für die Jugendarbeit abgeschafft; das muss man auch erwähnen – die Letzten, die uns da etwas sagen können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Felix Schreiner CDU: Putzig!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern das Wort.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir geht es ein klein wenig wie unserem jüngsten Zuhörer gerade. Es gibt Themen, da lohnt es sich, die parteipolitische Auseinandersetzung zu suchen, und es gibt Themen, da lohnt es sich nicht. Ich finde, bei der Jugendpolitik lohnt es sich nicht.

(Unruhe bei der SPD)

Natürlich kann man jetzt in den Rückspiegel schauen und sich überlegen: Was haben Sie nicht alles versprochen, und was ist in dem letzten Jahr passiert? Wir könnten jetzt natürlich auch anführen, was die christlich-liberale Koalition in den vergangenen Jahren alles getan hat. Aber ich finde: Lassen wir doch einmal den Blick zurück, schauen wir ausschließlich nach

(Dr. Timm Kern)

vorn, und hören wir mit gegenseitigen Schuldzuweisungen auf. Denn es geht hier um Jugendpolitik. Da sollten wir nach vorn und nicht nach hinten schauen.

Ob es "Bündnis für die Jugend" oder "Zukunftsplan Jugend" heißt, ist doch eigentlich Nebensache. Von wesentlicher Bedeutung ist es, das eine oder andere Vorhaben im Jugendbereich auch tatsächlich anzugehen. Vielleicht wäre es auch kein Fehler, zuerst einmal mit bescheidenen Zielen zu beginnen, das heißt, sich auf wenige Vorhaben zu konzentrieren. Damit ist womöglich mehr gewonnen, als wenn man zu viel auf einmal will, dann feststellt, dass das Geld fehlt, und dann alles nur halbherzig oder gar nicht mehr richtig tut. Hierfür hat die grün-rote Landesregierung tatsächlich bereits das eine oder andere Beispiel geliefert.

Auf welche Vorhaben man sich konzentriert, das gilt es mit den Betroffenen, in diesem Fall den Jugendverbänden, offen zu besprechen und zu vereinbaren. Immerhin können sie aus ihrer Arbeit vor Ort die jeweilige Bedarfslage am besten beurteilen. Die Jugendverbände müssen das Beschlossene schließlich auch umsetzen.

Aus sehr konstruktiven Gesprächen weiß ich, dass den Jugendverbänden unter der Vielzahl möglicher Vorhaben vor allem drei besonders am Herzen liegen: erstens der Ausbau des Bildungsreferentinnen- und -referentenprogramms bei den Vereinen und Verbänden der Jugendarbeit, zweitens eine Erhöhung der schon länger nicht mehr angepassten Zuschüsse im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit und drittens – das ist nach Auffassung der Jugendverbände und der FDP/DVP eine wichtige Zukunftsaufgabe – die Kooperation von Jugendarbeit und Schule.

Wie heute Morgen in der von der FDP/DVP beantragten Aktuellen Debatte zum Jugendbegleiterprogramm angesprochen wurde, gilt es hier, ein echtes Potenzial zu heben. Gerade weil Jugendarbeit in einer eigenen, vielen Gesetzmäßigkeiten von Schule entzogenen Welt stattfindet, kann sie ein zusätzliches und sehr interessantes Bildungsangebot für junge Leute sein. Wesentlich kommt es hier auf die Koordinierung und Verzahnung an, weshalb die FDP/DVP in den Beratungen zum Haushalt 2012 beantragt hat, eine landesweite Koordinierungsstelle einzurichten; eigentlich muss man sagen "wieder einzurichten", denn eine solche gab es bereits. Vielleicht können sich die Regierungsfraktionen zu einem späteren Zeitpunkt hierzu durchringen.

Insgesamt sollten sich die Regierungsfraktionen überlegen, ob bei der Jugendpolitik nicht ein gemeinsames Vorgehen aller Fraktionen sinnvoll und angebracht wäre. Die Jugendverbände haben meines Erachtens völlig recht, wenn sie auf die gemeinsamen Ziele der Fraktionen in diesem Bereich hinweisen und von allen für wichtig befundene Vorhaben nicht an unnötigem Streit scheitern sehen wollen. Hierfür müssen aber alle einen Schritt aufeinander zugehen.

Für die FDP/DVP-Fraktion kann ich nur anbieten, dass wir gern bereit sind, an einer gemeinsamen Lösung mitzuarbeiten, die greifbare Ergebnisse für die Zukunft der Jugendpolitik bringt.

Ich danke Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich der Frau Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Warminski-Leitheußer das Wort.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei dem Thema "Zukunft des Bündnisses für die Jugend" handelt es sich um ein klassisches Querschnittsthema – so könnte man es fast nennen –, das im Augenblick zwischen zwei Ressorts aufgeteilt ist. Ich will den Sachverhalt kurz umreißen, da ich die Aufgabe übernommen habe, für die Landesregierung zu antworten:

Wir haben zum einen den "Zukunftsplan Jugend", der das "Bündnis für die Jugend" weiterentwickeln soll. Das haben Sie gerade richtig skizziert. Diese Überarbeitung hat federführend das Sozialministerium übernommen. Ich weiß, dass die Arbeiten mit Hochdruck unter Beteiligung derjenigen erfolgen, die eben nicht so einsam und verlassen da oben sitzen, sondern sehr aufmerksam zuhören,

(Heiterkeit des Abg. Felix Schreiner CDU)

und dass eine Kabinettsvorlage in Arbeit ist, die wir sicherlich auch noch im Lauf der nächsten Monate beraten werden.

## (Vereinzelt Heiterkeit)

Weil ich dieses Zwischenlächeln – so will ich es einmal nennen – sehr gut höre: Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass man sich Themen, die man als neue Landesregierung gleichsam mit Entscheidungsvorschlägen, mit einem vorgeschriebenen Handlungsprogramm übernommen hat, gemeinsam noch einmal sehr genau anschaut, auch im Hinblick darauf, was wir tatsächlich finanzieren können, das halte ich persönlich für legitim.

Wenn ich jetzt einmal für mein Ressort sprechen darf: Ich hatte genug damit zu tun, gemeinsam mit dem Finanz- und Wirtschaftsminister die 223 Millionen € zur Weiterfinanzierung der Qualitätsoffensive Bildung hinzubekommen. Das war ein dicker Batzen. Wenn man solche Altlasten zu klären hat, dann ist es – ich sage es noch einmal – legitim, wenn man sich sehr genau anschaut, wie wir weitermachen mit Linien, die schon vorgedacht, aber noch nicht beschlossen, noch nicht abgeschlossen sind. Das zum "Zukunftsplan Jugend"; das ist in Arbeit

Dann kommen wir zu dem Bereich, der im Augenblick in meinem Haus federführend bearbeitet wird, nämlich zum Gesamtbildungskonzept der außerschulischen Bildung. Sie, Herr Dr. Kern, haben zu Recht skizziert, was dort besonders wichtig ist. Die Jugendverbände haben mir das auch schon persönlich vorgetragen. Ich bin meinerseits als Kultusministerin gefordert, sorgfältig abzuwägen, was wir umsetzen können. Ein Handlungskatalog dazu ist schon erarbeitet worden. Auch ich bereite im Augenblick eine Kabinettsvorlage vor, damit wir im nächsten Doppelhaushalt die richtigen Maßnahmen einleiten können.

Ich will hier skizzieren, was mir besonders wichtig ist. Mir ist ganz besonders wichtig, dass die Bildungsreferenten der Jugendverbände in die Lage versetzt werden, ihre Arbeit zu leisten. Deshalb halte ich die Forderung, die von den Jugendverbänden kommt, durchaus für angemessen. Wir müssen uns

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

aber bei all dem, was wir finanzieren, sehr genau anschauen: Was ist tatsächlich möglich?

Ich glaube, dass die Jugendverbände einen ganz wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung unserer Demokratie leisten. Denn die Jugendverbände sind weit mehr als nur Verbände der Jugendarbeit in den Sportvereinen oder der Jugendarbeit in kirchlichen Verbänden oder in anderen Verbänden. Vielmehr sind das durchaus Lobbyisten für die junge Generation. Deshalb ist es wichtig, dass sie in die Lage versetzt werden, sich auch zu Wort zu melden. Deshalb halte ich ihre Forderung für ganz wichtig und auch für legitim.

Die Zuschüsse für die Kinder- und Jugendarbeit fallen nun wieder in den Zuständigkeitsbereich des Sozialministeriums. Dem möchte ich nicht vorgreifen. Bei allen Zuschüssen muss man sich immer wieder sehr genau anschauen: Was können wir aufgrund der aktuellen Haushaltslage zusätzlich bereitstellen?

In meinem Zuständigkeitsbereich ist mir die Kooperation zwischen Jugendarbeit und Schule ganz besonders wichtig. Wir haben heute schon verschiedentlich darüber gesprochen, was wir bisher auf den Weg gebracht haben. Meine Damen und Herren, das Land finanziert jetzt zu einem Drittel die Schulsozialarbeit. Auch das ist ein wichtiges Feld der Kooperation zwischen der Jugendarbeit und der Schule. Es ist absolut richtig, dass das Land dort eingestiegen ist. Das ist ein wichtiges Betätigungsfeld, und das macht die Kooperation zwischen den Verbänden und der Schule und vor allem die Kooperation mit dem Know-how, das vorhanden ist, auch verbindlicher.

An dieser Stelle setzen wir einen ganz wichtigen Ankerpunkt für gute Kooperationen an den Schulen. Denn ich persönlich bin der Auffassung: Wir müssen die Kooperation in der Jugendarbeit auch auf die Hilfen zur Erziehung ausdehnen. Jetzt greife ich wieder zutiefst in die Zuständigkeit des anderen Ressorts ein. Aber es ist meine Erfahrung aus der kommunalen Praxis, dass es nicht nur um Jugendarbeit geht, sondern um ganz konkrete Zusammenarbeit auch an der Schule, um die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen zu unterstützen. Ich glaube, dass wir gemeinsam mit den Jugendverbänden die Aufgabe haben, Kinder und Jugendliche bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit zu unterstützen. Da können wir gemeinsam auch Know-how einbringen.

Das Jugendbegleiterprogramm, das wir heute schon an zwei Punkten angesprochen haben, ist ein zweiter Ankerpunkt für diese Kooperation. Sie wissen, meine Damen und Herren, dass wir jetzt in der Fortsetzung des Jugendbegleiterprogramms auch das sogenannte Kooperationsbudget mit eingebaut haben. Das ist die Möglichkeit für die Schulen, auch mit Verbänden vor Ort – übrigens auch mit den Sportverbänden – Kooperationsvereinbarungen zu schließen und diese Kooperation zu verstetigen und mit einem verlässlichen Hintergrund zu versehen. Mit den 15 000 bis 20 000 Jugendbegleitern, die wir unterdessen haben, von denen viele aus den Verbänden kommen, zeigen wir auch hier: Wir binden das Know-how der Jugendverbände in die Arbeit insbesondere an den Schulen mit ein. Das werden wir auch weiterhin tun.

Was das Gesamtbildungskonzept angeht, ist der konkrete Stand der folgende: Wir werden jetzt in Vorbereitung für den Doppelhaushalt 2013/2014 in meinem Haus beraten, welche der Handlungsempfehlungen wir umsetzen können und mit

welchen Zahlen wir dies hinterlegen können. Dann wird es eine entsprechende Vorlage geben, die dann beraten und hoffentlich beschlossen wird. Das ist der aktuelle Stand.

Ich greife sehr gern noch einmal das auf, was Sie, Herr Dr. Kern, gerade formuliert haben: Natürlich ist das ein Politikfeld, in dem man zusammenarbeitet. Ich glaube, das sehen alle in diesem Raum so. Denn die Arbeit, die die Jugendverbände leisten, ist eine wichtige Bündelungsarbeit, um junge Menschen in diesem Land zu Wort kommen zu lassen. Es ist unser gemeinsames Interesse, dass diese Meinungsäußerungen erfolgen und wir auf diese Weise einen guten Eindruck von den bei den Jugendlichen vorherrschenden Meinungen bekommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags. Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann mit der Aussprache für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu

Damit ist Tagesordnungspunkt 10 erledigt.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur – Fördermittel nach Entflechtungsgesetz – Drucksache 15/1052 (geänderte Fassung)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort für die Begründung erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Kunzmann.

Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung hat die Mittel für den kommunalen Straßenbau nach dem Entflechtungsgesetz gekürzt: statt 60 % nur noch 40 %, statt heute 99 Millionen € ab 2014 nur noch 65 Millionen € jährlich. Das heißt, Sie nehmen dem kommunalen Straßenbau bis zum Auslaufen des Entflechtungsgesetzes im Jahr 2019 234 Millionen € oder insgesamt 30 % weg.

Der kommunale Straßenbau war bis 2019 im Wesentlichen durchfinanziert. Bewilligungen, Zusagen und Anträgen in Höhe von ca. 800 bis 820 Millionen € – glaubt man den Zahlen, die Sie, die Regierung, selbst geliefert haben – standen Mittel in Höhe von 800 Millionen € gegenüber.

Nehmen Sie zur Kenntnis: Im kommunalen Straßenbau geht es schon lange nicht mehr nur um Ortsumfahrungen. Es geht um die Beseitigung von Bahnübergängen, um den Ausbau bzw. die Sanierung von Gemeinde- und Kreisstraßen oder um die Sicherheit im Straßenverkehr, und das alles oft genug verbunden mit Maßnahmen zur Ortsentwicklung. Diese Maßnahmen würgen Sie jetzt ohne Not ab.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Auch gegen den ländlichen Raum!)

(Thaddäus Kunzmann)

Nun kommt hinzu, dass Sie ab 2014 die Förderkonkurrenz verschärfen. Sie nehmen den Lärmschutz als Förderkriterium hinzu. Dagegen ist nichts einzuwenden – aber das geht nicht, wenn das aus einem Topf finanziert werden muss, den Sie vorher eingedampft haben. So ist es kein Wunder, dass die kommunalen Landesverbände dagegen Sturm laufen. Ändern Sie Ihre Entscheidung nicht, wird über das hinaus, was heute bereits bewilligt ist, nur noch wenig gehen. Deshalb ist es natürlich konsequent, dass Sie in diesem und im nächsten Jahr keine neuen Bewilligungen ausstellen.

Fazit: Durch Ihre Entscheidung werden viele – auch kleine – Projekte im kommunalen Straßenbau, Entlastungs- und Sicherheitsmaßnahmen, Maßnahmen zur Stadtentwicklung jetzt nicht mehr umgesetzt werden. Diese Politik, meine Damen und Herren, lehnen wir ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP-Abg. Winfried Mack CDU: Bravo!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜ-NE erteile ich Herrn Abg. Schwarz das Wort.

**Abg. Andreas Schwarz** GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will noch ein paar Worte zum Antrag der CDU sagen. Ich denke, wir müssen drei Grundprinzipien beachten, wenn wir über Verkehrspolitik in Baden-Württemberg reden.

Erstens: Wir müssen CO<sub>2</sub>-Emissionen reduzieren, weil der Verkehr noch immer über ein Viertel der CO<sub>2</sub>-Emissionen in unserem Land verursacht. Also müssen wir den Schwerpunkt auf umweltorientierte Mobilität setzen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Genau! Bahnübergänge! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Fahrrad!)

Zum Zweiten müssen wir die finanzielle Situation in unserem Land im Blick haben

(Abg. Winfried Mack CDU: Genau! Der Topf reicht aus!)

und müssen sehen, dass für Baden-Württemberg auch die Schuldenbremse gilt.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Das hat mit dem Entflechtungsgesetz gar nichts zu tun!)

Drittens, Herr Kunzmann, müssen wir sehen, dass die Verkehrspolitik in der Pflicht steht, für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Unternehmen ein intaktes Verkehrsnetz und eine lebenswerte Umwelt aufrechtzuerhalten.

(Abg. Winfried Mack CDU: Nicht nur für den Juchtenkäfer!)

Herr Kunzmann, Sie haben die Entflechtungsmittel angesprochen. Hier sehe ich auf lange Sicht tatsächlich Probleme. Im Jahr 2013 läuft die verkehrliche Zweckbindung der Entflechtungsmittel des Bundes aus, und 2019 will der Bund gar keine Entflechtungsmittel mehr über das GVFG bereitstellen. Wenn wir also heute den Aufschrei tätigen wollen, dann müs-

sen wir an den Bund appellieren: Es bedarf einer Nachfolgeregelung für das GVFG.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir dürfen die Kommunen bei der Bewältigung ihrer Verkehrsprobleme nicht alleinlassen.

(Zurufe der Abg. Thaddäus Kunzmann und Winfried Mack CDU)

Sie kritisieren, dass wir künftig 60 % der Mittel für den Umweltverbund zur Verfügung stellen. Da verweise ich Sie auf eine Studie im Auftrag des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen und der Länder aus dem Jahr 2009 − ich nehme an, dass auch die frühere Landesregierung dabei war −, die einen Bedarf an Reinvestitionen in die Infrastruktur von U-Bahnen, Stadtbahnsystemen und S-Bahn-Systemen von bundesweit 550 Millionen € offengelegt hat. Diese Studie des Büros Intraplan hat auch aufgezeigt, dass Betriebseinschränkungen und Streckensperrungen bei U-Bahnen, Stadtbahnen und Straßenbahnen im Raum stehen, wenn diese Finanzierungslücke nicht geschlossen wird. Herr Kunzmann, das kann auch die CDU nicht wollen. Daher besteht hier Handlungsbedarf.

(Zuruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU)

Deswegen werden wir diesem Investitionsbedarf im Umweltverbund nachkommen.

(Beifall des Abg. Manfred Lucha GRÜNE – Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Aus dem Entflechtungsgesetz wird doch nicht der laufende Verkehr finanziert! Das sind Ausbaumaßnahmen! Das betrifft doch nicht den laufenden Verkehr!)

- Herr Kollege, aus dem Entflechtungsgesetz werden Infrastruktur und Investitionen finanziert.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Aber doch nicht der laufende Verkehr!)

Wir werden den Mittelumschwung hin zum Umweltverbund für Ausbauten im öffentlichen Nahverkehr auf den Weg bringen.

Dass dies nichts Neues ist, hat die SPD-Fraktion schon im Jahr 2010 aufgezeigt. Damals ging es hier um das Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz – vom Grundsatz her in Ordnung. Die SPD hat damals richtigerweise beantragt, dass die Hälfte der Mittel für den Umweltverbund und den ÖPNV zur Verfügung gestellt werden können. Es war doch völlig klar, dass SPD und Grüne den Schwerpunkt auf den Ausbau der Infrastruktur im Rahmen des Umweltverbunds legen werden.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Deshalb dürfen wir es trotzdem kritisieren! – Gegenruf von der SPD:

Das ist etwas anderes!)

Wenn Sie jetzt auf die Straßen zu sprechen kommen, dann möchte ich hierzu einfach einmal den einer Unionspartei angehörenden Bundesverkehrsminister zitieren. Er bringt in einem Schreiben an die Landesregierung von Baden-Württemberg zum Ausdruck: (Andreas Schwarz)

Bei der Verwendung der zusätzlichen Mittel entsprechen Ihre Vorschläge auch meinen Zielvorstellungen, dass mit dem Geld vorrangig im Bau befindliche Neu- und Ausbauabschnitte an Autobahnen verstärkt

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Aber das hat doch mit dem Entflechtungsgesetz nichts zu tun!)

... und dringende Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Das heißt, der Bund bestätigt, dass wir in Baden-Württemberg mit unseren Zielen des Erhalts, der Sanierung der Infrastruktur und des Ausbaus des umweltorientierten Verkehrssystems auf dem richtigen Weg sind.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aber auf der verkehrten Spur!)

Diesen Weg werden wir weitergehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abg. Haller.

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das GVFG war über Jahre hinweg – und ist es heute nach wie vor – ein bewährtes Instrument zur Finanzierung des Verkehrs in den Kommunen. Der Topf war über Jahre hinweg gut gefüllt, manchmal besser gefüllt als die Töpfe zur Finanzierung der eigenen Straßenbaumaßnahmen. Es war ja das Dilemma, dass wir, das Land, zum Teil "Kürmaßnahmen" für die Kommunen fördern sollten, aber für unsere eigenen Maßnahmen das Geld gefehlt hat. Ich erinnere nur noch einmal daran: Das Land wollte seinerzeit für die Stuttgarter Kulturmeile, also eine Verkehrsbehinderungsmaßnahme, über 70 Millionen € im Etat des GVFG einstellen. Das ist glücklicherweise gescheitert.

Aber nochmals: Es dient Maßnahmen, die letztlich sinnvoll sind. Ich brauche nicht zu wiederholen, dass wir auf den Individualverkehr nicht verzichten können.

Aber viele Kommunen, gerade Großstädte, können doch ihre Verkehrsprobleme über den Individualverkehr gar nicht mehr bewältigen. Es ist nun einmal Aufgabe der Politik, Vorhandenes nicht einfach linear fortzuschreiben – sonst könnten wir das Parlament auflösen –, sondern alternativ zu handeln. Deswegen gibt es die CDU, die Grünen und die Roten. Wir sind der Meinung, dass wir an dieser Stelle den Hebel umlegen mussten, damit die Kommunen ihre Instrumente in die Hand nehmen können.

(Abg. Winfried Mack CDU: Die FDP gibt es auch noch! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Qualität haben Sie vergessen! Die FDP ist auch noch da!)

– Tatsächlich, die FDP gibt es auch noch. Danke, dass Sie mich daran erinnern. Ich bitte um Nachsicht. Ich gelobe Besserung, lieber Kollege.

Mit dieser Neuorientierung bieten wir die Chance, Radwege zu bauen und den ÖPNV auszubauen. Wir sind der Meinung, diesbezüglich auf dem richtigen Weg zu sein. Wir wollen nicht warten, bis wir über Gerichtsurteile, z. B. zum Feinstaub etc., wieder gezwungen werden, zu handeln. Wir wollen nicht reaktiv handeln, sondern den Städten aktiv und verantwortungsbewusst ein Instrument zur Verfügung stellen, mit dem sie ihre Verkehrsprobleme lösen können.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich erteile Herrn Abg. Haußmann für die Fraktion der FDP/DVP das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Kollege Kunzmann hat die Details noch einmal aufgeführt und von der Mittelverwendung und der Umschichtung gesprochen. Ich hatte schon im September eine Kleine Anfrage dazu gestellt. Schon damals war klar, dass die grün-rote Regierung die Mittel umschichtet.

Allerdings wundert mich Folgendes ein bisschen – Sie betonen ja immer, dass Sie die Regierung des Gehörtwerdens seien –: In der Kleinen Anfrage hatte ich die Frage gestellt, inwieweit die kommunalen Landesverbände eingebunden wurden. Von Minister Hermann wurde darauf geantwortet:

Die Neuausrichtung der Fördermittelaufteilung ist im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung enthalten.

Das betraf die Beteiligung der kommunalen Landesverbände über die Feststellungen des Koalitionsvertrags.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Vorhaben, die Sie in der Anlage zur Stellungnahme zum Antrag Drucksache 15/1052 aufgelistet haben, sprechen an und für sich dafür, diesen Verteilungsschlüssel nicht aufzulösen.

In Ziffer 9 des Antrags ist gefragt worden, welche Projekte jetzt im ÖPNV geplant seien. Es ist überraschend, dass dazu überhaupt keine Details genannt wurden, sondern dass diese Frage sehr allgemein beantwortet wurde.

Positiv hervorzuheben ist, dass auch das Thema "Barrierefreiheit für Fußgänger" angedacht wird. Als ich das gelesen habe, hatte ich fast den Eindruck, dass der ÖPNV gar nicht so sehr im Fokus steht; denn andernfalls hätte man da durchaus eine detaillierte Aufstellung der Projekte geben können, die man in den nächsten Jahren plant.

Ich kann mich im Übrigen der Meinung des Kollegen Kunzmann anschließen. Ich möchte das angesichts der fortgeschrittenen Zeit nicht vertiefen. Wir von der Landtagsfraktion der FDP/DVP teilen die Meinung, es wäre gut, diesen Verteilungsschlüssel nicht umzustellen.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die Landesregierung erteile ich Frau Staatssekretärin Dr. Splett.

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Land Baden-Württemberg erhält derzeit jährlich rund 165 Millionen € Kompensationsmittel des Bundes nach dem Entflechtungsgesetz. Damit wurden in der Vergangenheit mit rund 100 Millionen € pro Jahr verkehrswichtige kommunale Straßenbauvorhaben unterstützt.

Wie geht es weiter? Dazu muss man erst einmal festhalten, dass der Bund und die Länder im Rahmen einer im Jahr 2013 anstehenden Revision gemeinsam den weiteren Mittelbedarf ab 2014 überprüfen sollen. Bereits heute zeichnet sich ab, dass sich die Vorstellungen der Länder nicht mit denen des Bundes decken. Nach Auffassung des Bundes schließt bereits der Zweck der Regelung in der Übergangsvorschrift eine Erhöhung der Kompensationszahlung aus. Der Bund beabsichtigt einen schrittweisen jährlichen Abbau der Finanzzuweisungen.

Falls der Bund seine Vorstellungen durchsetzt, hätte dies erhebliche negative Auswirkungen auf die künftige Ausgestaltung der Förderung in diesem Bereich. Natürlich setzen Minister Winfried Hermann und ich uns dafür ein, dass die vom Bund beabsichtigte Abschmelzung der Kompensationsmittel nicht eintritt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wie Sie wissen, haben die Regierungsfraktionen im Koalitionsvertrag vereinbart, das Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz ökologisch, nachhaltig und kommunalfreundlich auszugestalten. Dabei sollen für den Ausbau der Infrastruktur des Umweltverbunds – dazu zählen wir ÖPNV, Radverkehr, Fußgängerverkehr und die Schnittstellen dazwischen – künftig 60 % der Mittel eingesetzt werden. Das MVI wird deshalb die seitherige Aufteilungsquote von 60 % für den kommunalen Straßenbau und 40 % für den ÖPNV schrittweise anpassen.

Ich möchte dabei darauf hinweisen, dass Rad- und Gehwege bisher dem Straßenbau zugerechnet wurden und zukünftig dem Anteil des Umweltverbunds zugerechnet werden. Die Umschichtung ist also nicht so dramatisch, wie sie hier zum Teil dargestellt wurde.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ach, deshalb wird nichts mehr angefangen?)

Das von der Landesregierung verfolgte Ziel einer nachhaltigen Mobilität lässt sich nur dann verwirklichen, wenn der klimafreundliche Umweltverbund gestärkt wird. Busse und Bahnen des öffentlichen Verkehrs sind, gemessen an ihrer Transportleistung, klimafreundlich unterwegs. Radfahren und Zu-Fuß-Gehen sind klimaneutral.

Die Umschichtung erfolgt auch nicht in einem Schritt – auch das wurde schon gesagt –, sondern in drei Schritten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Für den kommunalen Straßenbau – ganz ohne Radverkehr – stehen im Jahr 2012 insgesamt 90 Millionen €, im Jahr 2013 insgesamt 80 Millionen € und ab dem Jahr 2014 jeweils 66 Millionen € zur Verfügung. Die maßvolle Umschichtung

erfolgt unter Berücksichtigung der weiteren Ausfinanzierung bereits bewilligter Vorhaben. Damit wird dem Finanzbedarf der bewilligten Maßnahmen vollständig Rechnung getragen.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Das ist ja auch das Mindeste!)

Ab dem Jahr 2014 stehen dem Umweltverbund dann gegenüber heute bis zu 34 Millionen € mehr für eine nachhaltige und integrative Verkehrspolitik zur Verfügung. Genau das ist das Ziel dieser Neuausrichtung.

Unter der Voraussetzung, dass die Kompensationszahlungen des Bundes ab dem Jahr 2014 nicht reduziert werden – ich hoffe, dass wir gemeinsam dafür kämpfen –, stehen für den kommunalen Straßenbau ab dem Jahr 2014 dann noch immer rund 66 Millionen € jährlich zur Verfügung. Ab dem Jahr 2014 können auch wieder Neubewilligungen im kommunalen Straßenbau erteilt werden.

Dass vorher keine Neubewilligungen möglich sind, hat einerseits mit der Umschichtung zu tun. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Die andere Hälfte ist, dass uns die Vorgängerregierung wie auch bei Landes- und Bundesstraßen eben auch bei den kommunalen Straßen schier endlose Listen von Vorhaben und zahlreiche im Bau befindliche und bewilligte Maßnahmen hinterlassen hat, die wir jetzt erst einmal fertig bauen müssen. Auch ohne die Umschichtung wäre die Blase der vielen gemachten Versprechen früher oder später geplatzt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Haben Sie schon einmal in das GVFG hineingeschaut?)

– Ja, schon häufig. Ich habe die langen Listen schon gesehen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ja, aber das GVFG würde ich auch einmal systematisch lesen, um zu versuchen, das Ganze zu verstehen!)

Wir stellen durch die Umschichtung mehr Mittel für die Radverkehrsinfrastruktur zur Verfügung. Gerade in diesem Bereich wurde in den vergangenen Jahren zu wenig gemacht. Wir haben hier Nachholbedarf.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie doch die Frau Staatssekretärin jetzt reden. Sie wollen doch die Information haben. Dann müssen Sie auch zuhören.

(Unruhe)

**Staatssekretärin Dr. Gisela Splett:** Nach dem LGVFG ist der Bau oder der Ausbau von verkehrswichtigen Radwegen förderfähig. Das hat auch unsere Vorgängerregierung schon so geregelt. Sie hat es aber versäumt, die Mittelausstattung an diese Zielsetzung anzupassen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Systematisch vergessen!)

Zur Aufwertung des Radverkehrs im Rahmen einer nachhaltigen Verkehrspolitik werden wir die Radverkehrsinfrastruktur auch im Zusammenhang mit dem Straßenbau weiterentwickeln und werden vorhandene Lücken schließen.

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

Klar ist, dass die Umschichtung der Mittel den kommunalen Straßenbau trifft. Aber man kann das Geld nur einmal ausgeben. Es ist wichtig, dass wir den Umweltverbund voranbringen. Wir müssen insgesamt zu der Entwicklung kommen, dass unsere Mobilitätsansprüche nicht immer mehr Verkehrsfläche in Anspruch nehmen. Unser Mobilitätsverhalten muss intelligenter und klimaverträglicher werden. Ein ewiges Wachstum beim Straßenbau kann es nicht geben.

Der Kassensturz beim Straßenbau hat gezeigt, dass der Schwerpunkt zukünftiger Ausbaumaßnahmen auf die Hauptverkehrsachsen gelegt werden muss. Zusätzlich müssen die Anstrengungen zur intelligenten Nutzung der vorhandenen Straßeninfrastruktur verstärkt werden.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bin der festen Überzeugung, dass eine nachhaltige Verkehrspolitik auch ein nachhaltiges Umsteuern in der Förderpolitik erfordert, und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit ist der Antrag Drucksache 15/1052 (geänderte Fassung) erledigt, da es sich um einen reinen Berichtsantrag handelt.

Ich habe vorhin gehört, dass die Fraktionen übereingekommen sind, Punkt 12 von der Tagesordnung abzusetzen.

(Zurufe: Was?)

Das ist mir auch erst jetzt mitgeteilt worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir treffen uns morgen früh um 10:00 Uhr zum Antrittsbesuch des Herrn Bundespräsidenten hier im Plenarsaal. Die nächste Plenarsitzung wird offiziell für morgen, Donnerstag, 19. April, um 12:30 Uhr einberufen. Wir treffen uns aber schon pünktlich um 10:00 Uhr und begrüßen den Herrn Bundespräsidenten.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 19:12 Uhr